

**HESSISCHER LANDTAG**

15. 12. 99

22. Sitzung

Wiesbaden, den 15. Dezember 1999

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	1379	Einzelplan 04	
<i>Entgegengenommen</i>	1379	11. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Präsident Klaus Peter Möller	1379	betreffend Erhalt der Grundschule mit festen	
Frank-Peter Kaufmann	1423	Öffnungszeiten	
Stefan Grüttner	1423	- Drucks. 15/515 -	1438
4. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landes-		<i>Abgelehnt</i>	1447
regierung für ein Gesetz über die Feststellung		12. Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.	
des Haushaltsplans des Landes Hessen für das		betreffend Sicherstellung eines Betreuungsange-	
Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)		botens an allen hessischen Grundschulen	
und zur Änderung anderer Rechtsvorschrif-		- Drucks. 15/520 -	1438
ten		<i>Angenommen</i>	1447
- Drucks. 15/877 zu Drucks. 15/403 -	1379	Lothar Quanz	1438
<i>In zweiter Lesung angenommen; dem Haushalts-</i>		Hans-Jürgen Irmer	1440
<i>ausschuss zurücküberwiesen</i>	1491	Priska Hinz	1442
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landes-		Dorothea Henzler	1444
regierung für ein Finanzausgleichsänderungs-		Ministerin Karin Wolff	1446
gesetz 2000		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1447
- Drucks. 15/878 zu Drucks. 15/402 -	1379	Einzelplan 15	
<i>In zweiter Lesung angenommen; dem Haushalts-</i>		Frank-Peter Kaufmann	1447, 1454
<i>ausschuss zurücküberwiesen</i>	1491	Nicola Beer	1449
Lothar Klemm	1379	Michael Siebel	1451
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1490	Traudl Herrhausen	1453
Frank-Peter Kaufmann	1491	Ministerin Ruth Wagner	1454
Manfred Schaub	1491	Präsident Klaus Peter Möller	1456
Einzelplan 01		Einzelplan 05	
Präsident Klaus Peter Möller	1380	Norbert Schmitt	1456, 1463
Einzelplan 02		Eva Kühne-Hörmann	1458
Armin Claus	1380	Tarek Al-Wazir	1459
Ministerpräsident Roland Koch	1394, 1409	Nicola Beer	1460
Priska Hinz	1406	Jürgen Walter	1461
Jörg-Uwe Hahn	1416	Staatssekretär Herbert Landau	1462
Norbert Kartmann	1423	Alexander Müller	1462
Präsident Klaus Peter Möller	1430	Präsident Klaus Peter Möller	1464
Einzelplan 03		Einzelpläne 06, 14, 17 und 18	
Tarek Al-Wazir	1430	Präsident Klaus Peter Möller	1464
Armin Klein	1431	Einzelpläne 07 und 19	
Rolf Karwecki	1433	Rupert von Plotnitz	1464
Michael Denzin	1435	Clemens Reif	1465
Minister Volker Bouffier	1435		
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1438		

	Seite		Seite
Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg)	1466	Einzelplan 09	
Harald Polster	1467	Sieghard Pawlik	1483
Michael Denzin	1469	Heinrich Heidel	1484
Minister Dieter Posch	1471	Ursula Hammann	1486
Präsident Klaus Peter Möller	1473	Frank Gotthardt	1488
<i>siehe auch Anlage</i>	1493	Minister Wilhelm Dietzel	1489
		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1490
Einzelpläne 08 und 16		Einzelpläne 10 und 11	
Evelin Schönhut-Keil	1473	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1490
Aloys Zumbrägel	1475	24. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Peti-	
Petra Fuhrmann	1477	tionen	
Dorothea Henzler	1479	- Drucks. 15/731 -	1492
Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn	1480	<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	1492
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1483	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1492

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Dr. Franz Josef Jung
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Udo Corts
Staatssekretär Jochen Riebel
Staatssekretär Herbert Landau
MinDirig Will
Staatssekretär Frank E. Portz
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Abwesende Abgeordnete:

Dr. Christean Wagner
Birgit Zeimetz-Lorz

(Beginn: 9.07 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich eröffne die heutige 22. Plenarsitzung und freue mich, dass einige schon so früh aufgestanden sind, dass sie uns zusehen. Herzlich willkommen.

Ich stelle zur Tagesordnung fest: Erledigt sind die Punkte 1 bis 3, ferner 5 bis 7.

Wir tagen heute vereinbarungsgemäß bis zur Erledigung des Tagesordnungspunktes 4, ohne Mittagspause.

Entschuldigt ist Herr Staatsminister Dr. Christean Wagner. Er wird heute das Land Hessen im Vermittlungsausschuss in Berlin vertreten und kann deshalb an der Plenarsitzung nicht teilnehmen. Herr Staatssekretär Landau wird die Einzelpläne 05 und 10 vor dem Landtag erläutern.

Seinen 56. Geburtstag hat heute Herr Kollege Fischer (Hohenroda). Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall - Schriftführer Roland von Hunnius überreicht Blumen.)

Ein Letztes. Soeben beginnen die Boten, das amtliche Handbuch zu verteilen. Wenn Sie das Vorwort aufschlagen, werden Sie im letzten Absatz lesen können, was uns bewogen hat, das Handbuch in dieser noch ungewohnten Weise herauszubringen. Insbesondere sind das Kostengesichtspunkte; der teure Einband entfällt.

(Clemens Reif (CDU): Was hat Sie denn bewogen, das Buch rot zu machen?)

- Was mich bewogen hat, es rot zu machen, ist die alte Gewohnheit, Sie sind jetzt schon der Zweite, der sagt, es ist arg rot. Aber ich nehme auf, was Herr Dr. Dregger einmal sagte: Rot ist eine so schöne Farbe, dass wir sie uns von dem politischen Gegner nicht verderben lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Clemens Reif (CDU): Dieses Rot ist hässlich!)

Ich danke aber dem Verlag und ich möchte besonders den Mitarbeitern danken, die sich für dieses Handbuch verwendet haben. Auf Anweisung des Direktors war dies insbesondere Frau Mitteldorf, die den gesamten Text geschrieben hat.

(Allgemeiner Beifall)

Zur Tagesordnung sehe ich gegenwärtig keine Wünsche, also steige ich ein und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften - Drucks. 15/877 zu Drucks. 15/403 -

b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2000 - Drucks. 15/878 zu Drucks. 15/402 -

In beiden Fällen ist Herr Abg. Klemm Berichterstatter.

Wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, werden die Tagesordnungspunkte 11 und 12 mit dem Einzelplan 04 aufgerufen.

Ich rufe zunächst den Berichterstatter auf. Das Wort haben Sie, Herr Kollege Klemm.

Lothar Klemm, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte zunächst über die Beratungen des Haushaltsausschusses zum Haushaltsgesetz.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der Änderungsanträge - das sind die Drucks. 15/737, 15/738, 15/796 und 15/797 - in zweiter Lesung anzunehmen. Ich verweise auf die sehr umfangreiche und ausführliche Dokumentation des Abstimmungsverfahrens, die Sie in der Drucks. 15/877 finden.

(Norbert Kartmann (CDU): Er kann nicht mehr lesen! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Drückeberger!)

Der Haushaltsausschuss empfiehlt außerdem dem Plenum, den in dieser Drucksache wiedergegebenen Empfehlungen entsprechend zu votieren.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 16. Plenarsitzung nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss je nach Eingang vom Präsidenten überwiesen.

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter haben in der Zeit vom 28. September bis 29. Oktober 1999 die kursorische Lesung der Einzelpläne durchgeführt.

Der Haushaltsausschuss hat die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen in seiner Sitzung am 3. November 1999 angehört.

Der Unterausschuss Staatshaushaltsrechnung und Stellenpläne hat sich in seiner Sitzung am 8. Dezember 1999 mit den Stellenplänen und den dazu eingegangenen Änderungsanträgen befasst und dem Haushaltsausschuss eine Beschlussempfehlung vorgeschlagen.

In seiner Sitzung am 8. Dezember 1999 hat der Haushaltsausschuss den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge hierzu behandelt, die Änderungsanträge Drucks. 15/737 und 15/738 mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Änderungsanträge Drucks. 15/796 und 15/797 einstimmig angenommen und anschließend mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Beschlussempfehlung das vorgeschlagen, was ich zunächst vorgetragen habe.

Ich berichte gleich anschließend über die Beratungen des Haushaltsausschusses zum Finanzausgleichsgesetz 2000. Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 15/821 in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 16. Plenarsitzung nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss je nach Eingang vom Präsidenten überwiesen.

Der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 3. November 1999 die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen angehört.

In seiner Sitzung am 8. Dezember 1999 hat er den Gesetzentwurf besprochen, den Änderungsantrag Drucks. 15/821 mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen, den Änderungsantrag Drucks. 15/822 mit den Stimmen von

CDU und F.D.P. gegen die Stimme des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt und den Änderungsantrag Drucks. 15/837 mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Anschließend hat er ebenfalls mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die vorgetragene Beschlussempfehlung gefasst. Hierbei möchte ich der Kanzlei danken, dass sie dieses umfangreiche Werk nach den umfangreichen Beratungen des Haushaltsausschusses so zügig erstellt hat.

(Beifall)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich herzlich bei dem Berichtersteller für diese professionelle Darstellung, insbesondere dafür, dass er uns nicht die Vorlage vorgelesen hat. Ich schließe mich dem Dank an die Kanzlei an, aber danke auch allen beteiligten Ministerien, die dazu beigetragen haben, dieses Werk hier druckreif beraten zu können. Ich finde auch, wir sollten uns bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses dafür bedanken, dass sie das über alle Parteigrenzen hinweg in großer Geduld beraten haben.

(Beifall)

Ich rufe auf

Einzelplan 01 - Hessischer Landtag -

Dazu war vorgesehen, nicht zu sprechen. - Es bleibt dabei. Dann ist Einzelplan 01 besprochen.

Ich rufe jetzt auf

Einzelplan 02 - Hessischer Ministerpräsident -

Zu diesem Einzelplan wurde eine Redezeit nicht vereinbart. Wir haben uns aber darauf verständigt, dass die Redezeit bei maximal einer Stunde liegen sollte. Das bindet niemanden, es ist aber eine Richtschnur. Das Wort hat Herr Kollege Clauss, Vorsitzender der Fraktion der SPD.

Armin Clauss (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die zurückliegenden Monate der Regierungszeit der neuen Landesregierung haben deutlich gemacht, dass Sie, Herr Ministerpräsident, die Regierung ohne eine landespolitische Konzeption und ohne ein fachlich kompetentes Kabinett übernommen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen und Widerspruch bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, Sie selbst haben nicht mit der Übernahme der Regierung - -

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Der Redner hat das Wort. Die Sache dauert sehr lange, wenn wir alle so beginnen und so weitermachen. - Bitte schön.

Armin Clauss (SPD):

Herr Kartmann, wenn bei Ihnen nach dem ersten Satz die Aufregung schon so groß ist, dann muss die Not bei Ihnen auch sehr groß sein.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Über einen guten Witz muss man lachen!)

Herr Ministerpräsident, Sie selbst haben nicht mit der Übernahme der Regierungsverantwortung gerechnet, sonst hätten Sie sich sicherlich sowohl fachlich als auch personell gründlicher vorbereitet.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es muss auch in der heutigen Debatte immer wieder in Erinnerung gerufen werden, dass die CDU nicht wegen ihrer landespolitisch konzeptionellen Stärke an die Macht kam,

(Widerspruch bei der CDU)

sondern mit einer Schmutzkampagne, mit der sie in der Bevölkerung Ängste hervorrief

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und mit ausländerfeindlichen Parolen an die niedrigsten Instinkte der Wählerinnen und Wähler appellierte.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

In der Zwischenzeit scheint es noch viel schlimmer zu sein. Offensichtlich haben Sie gewaschenes Geld gebraucht, um diese Kampagne zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur so war offensichtlich Ihr knapper Wahlsieg möglich.

(Armin Klein (CDU): Wir haben selber bezahlt!)

Bereits die Debatte um die Verabschiedung des Nachtrags Haushalts hat deutlich gemacht, dass die Regierung Koch/Wagner eine unsolide Finanzpolitik betreibt und wir mit dieser Politik in der berühmten Schuldenfalle landen. Wie eine solche Politik endet, können wir auf Bundesebene sehr deutlich beobachten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundeskanzler Kohl hat mit seiner Regierung nach 16-jähriger Regierungszeit unsere Republik an den Rand des Bankrotts gebracht. Die Politik wurde handlungsunfähig, und die dafür Verantwortlichen wurden mit Recht im Herbst des vergangenen Jahres abgewählt. Die SPD-Fraktion hat nach wie vor große Zweifel, ob der Nachtragshaushalt 1999 verfassungskonform ist. Wir hatten deshalb den Hessischen Rechnungshof gebeten, die von uns aufgeworfenen - -

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist aber mutig! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich weiß gar nicht, warum die Aufregung bei Ihnen heute so groß ist. Hören Sie es doch zuerst in aller Ruhe an. Auch das Kapitel werden wir noch zu Ende bringen.

Wir hatten deshalb den Hessischen Rechnungshof gebeten, die von uns aufgeworfenen Fragen zu prüfen. Der IX. Senat des Rechnungshofes hatte seine Arbeit am 15. November 1999 abgeschlossen und eine entsprechende Mitteilung an den Hessischen Minister der Finanzen übersandt.

(Frank Lortz (CDU): Die Rede von vorigem Jahr!)

Das Verfahren entspricht den rechtlichen Vorschriften - sicherlich. Wie diese Vorschriften vom Rechnungshof und vom Finanzminister - ich sage das angesichts der Tatsache, dass der Vizepräsident und der Vorsitzende des zuständigen

Senats hier sind - gehandhabt wurden, bedarf aus unserer Sicht einiger kritischer Rückfragen.

Erst nach einer Intervention sowohl beim Rechnungshof als auch beim Finanzministerium wurden die Mitteilungen des Rechnungshofes der SPD-Fraktion, die die Prüfung veranlasste, zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse der Prüfung konnten wir zuerst aus der Zeitung lesen. Ob das für den Rechnungshof ein guter Stil ist, daran habe ich erhebliche Zweifel. Deswegen muss darüber weiter geredet werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir konnten auch erst aus der Zeitung die Stellungnahme der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen lesen, bevor wir die Gelegenheit hatten, die Mitteilungen bei uns überhaupt zu prüfen. Das, was vorgetragen wurde, ist sehr selektiv und aus unserer Sicht sehr geschönt wiedergegeben. Wir sind zurzeit dabei, die Mitteilungen des Rechnungshofs gründlich zu prüfen. Eine erste Durchsicht hat ergeben, dass es keineswegs so ist, wie Sie gerade auch mit Ihren Zwischenrufen deutlich machen wollten und wie vor allem auch die Landesregierung der Öffentlichkeit gegenüber suggeriert hat, dass nämlich nichts zu besorgen sei.

Bevor wir weitere Schritte unternehmen, halten wir es im Rahmen der parlamentarischen Ordnung für erforderlich, dass sich der Unterausschuss Staatshaushaltsrechnung und Stellenpläne mit den Bemerkungen des Rechnungshofes auseinander setzt.

(Zuruf von der CDU)

- Wir brauchen dazu keine Sondersitzung, Herr Kollege. Wir machen das in der Gründlichkeit, wie das notwendig ist. Wir werden dem Haushaltsausschuss eine Empfehlung unterbreiten, wie dieser dann den Vorgang behandelt und dem Plenum einen entsprechenden Bericht vorlegt. Das ist die Übung bei solchen Vorgängen.

Bei den Beratungen werden wir den Rechnungshof bitten, seine eigenen Berechnungen transparent zu machen. Die einschließlich des Nachtragsetats für das Haushaltsjahr 1999 vorgesehene Nettoneuverschuldung beträgt 1.470,4 Millionen DM. Die berechneten Investitionsausgaben, die der Rechnungshof seinem Gutachten zugrunde gelegt hat, belaufen sich auf 1.473,2 Millionen DM.

(Michael Denzin (F.D.P.): Waren das die letzten vier Jahre?)

Es geht doch gar nicht um die Höhe der Verschuldung, sondern es geht um die Differenz zwischen der Neuverschuldung und der Höhe der Investitionsausgaben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie das nicht verstanden haben, Herr Kollege, will ich Ihnen das noch einmal sagen. Die Differenz im Hinblick auf die Schuldenobergrenze beträgt exakt nur 2,8 Millionen DM. Das Eis ist mehr als dünn. Ich kann mich während meiner 30-jährigen Parlamentsangehörigkeit nicht erinnern, dass es jemals einen Haushalt gab, bei dem die Differenz zwischen der Neuverschuldung und dem Investitionsansatz nur 2,8 Millionen DM betragen hat - ein Vorgang, der sehr, sehr überprüfungswürdig ist.

(Beifall bei der SPD)

Der Rechnungshof hinterfragt auch die Endabrechnung des Länderfinanzausgleichs 1998. Er kommt in seinen Mitteilungen - Seite 20 - zu entsprechenden Anregungen, wie künftig zu verfahren sei.

Sehr kritisch setzt sich der Rechnungshof auch mit den globalen Minderausgaben im Haushalt 1999 auseinander.

(Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

- Nein, nein. Wenn Sie von der Regierungsbank etwas zürufen, dann müssen Sie etwas Richtiges zürufen. Die globalen Minderausgaben sind bei der Aufstellung des Haushalts veranschlagt worden. Aber das war ja der Nachtragshaushalt einige Monate später, wo bei den globalen Minderausgaben noch einmal die gleiche Größenordnung ausgewiesen war. Das ist schon ein qualitativer Unterschied. Wenn Sie den nicht verstehen, dann müssen wir erst recht über das Gutachten sehr gründlich mit Ihnen reden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In seiner zusammenfassenden Bewertung kommt der Rechnungshof unter anderem zu dem Ergebnis, dass er es für bedenklich hält, wenn globale Minderausgaben in einem Umfang von 160 Millionen DM eingeplant werden und der Kürzungsspielraum bei den investiven Ausgaben lediglich 2,8 Millionen DM beträgt. Würde die gemäß der Haushaltsplanung vorgesehene betragsmäßige Aufteilung der globalen Minderausgaben auf die Einzelpläne realisiert, stieße dies auf Bedenken des Rechnungshofs, weil die Ersparnis bei einem Teil der Einzelpläne nicht aus dem "Bodensatz" zu finanzieren wäre.

Nach Auffassung des Rechnungshofs wäre auch das Ausgleichsgebot nach Art. 110 des Grundgesetzes tangiert. Es müsste der in der ursprünglichen Haushaltsplanung zum Ausdruck gekommene Parlamentswille durch Korrektur im Vollzug verändert werden, was nicht mehr der Intention der globalen Minderausgabe entsprechen würde. Überdies könnten Probleme mit der verfassungsmäßigen Schuldenobergrenze entstehen, wenn Ansätze für investive Ausgaben im Vollzug gekürzt würden.

Auf Seite 40 seiner Mitteilungen hält der Rechnungshof Vorschläge für angebracht, Herr Kollege Hahn, welche Korrekturen aus seiner Sicht notwendig seien, um den Haushalt verfassungskonform zu fahren. Der Rechnungshof macht Vorschläge, dass der Haushalt verfassungskonform gefahren wird, wenn entsprechende Veränderungen vorgenommen werden. Wir sind gespannt, wann der Haushaltsausschuss die entsprechende Vorlage des Finanzministers bekommt. Dann können wir die Diskussion in aller Ruhe weiter führen.

Nach meinem Dafürhalten steht eines allerdings fest: Wenn man die Kriterien, die der Rechnungshof im Hinblick auf die Handhabung der globalen Minderausgabe entwickelt hat, auch als Maßstab für den Haushalt 2000 anwendet - ich rede von den 120 Millionen DM, die Sie mehr oder minder als globale Minderausgabe für die Kürzung im Personalkostenbereich auf die Einzelpläne aufgeteilt haben, bei der Sie bisher weder bei der cursorischen Lesung noch im Haushaltsausschuss, noch aufgrund der Vielzahl der Berichtsanhträge, die wir gestellt haben, in der Lage waren, in sich schlüssig nachzuweisen, wie Sie die erwirtschaften wollen -, wenn man da die Grundsätze des Rechnungshofes zugrunde legt, bestehen auch Zweifel, ob der Haushalt 2000 insoweit der Verfassung entspricht.

Der Haushalt 2000 ist der erste Haushalt, den Sie, Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Regierung von Anfang an selbst aufstellen und politisch zu verantworten haben.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Trotz höherer Steuereinnahmen setzen Sie die mit dem Nachtragshaushalt begonnene unsolide Finanzpolitik auch im Jahre 2000 fort.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, mit dieser Politik machen Sie das Land politisch handlungsunfähig. Sie verspielen die Zukunft unserer Jugend in Hessen.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Zu dieser Beurteilung kommen nicht nur wir als Opposition, Herr Grüttner.

(Stefan Grüttner (CDU): Wer noch?)

- Was heißt: Wer noch? Sie haben anscheinend den Posteingang noch nicht gelesen. - Auch der Bund der Steuerzahler Hessen, eine Organisation, die wahrlich nicht gerade im Verdacht steht, der SPD nahe zu stehen, fordert Sie in seiner Pressemitteilung Nr. 35 - ich zitiere sie deswegen so genau, weil Sie dazwischenrufen: "Wer noch?", dort können Sie es nachlesen - vom 10.02.1995 auf, die mittelfristige Finanzplanung zu ändern und die ständige Schuldenzunahme zu beenden.

Der Steuerzahlerbund stimmt mit uns als Opposition überein, dass die zu erwartenden Steuermehreinnahmen ausschließlich zum Schuldenabbau verwendet werden sollen. Er fordert darüber hinaus, dass zur weiteren Konsolidierung des Haushalts bei den konsumtiven Staatsausgaben, insbesondere bei den Subventionen, gespart werden müsse. Auch Erlöse aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen und von Liegenschaften seien zur Verminderung des hohen Schuldenstandes einzusetzen. Der Steuerzahlerbund weist darauf hin, dass die Bundesregierung - hören Sie sehr gut zu - und andere Länder größere Anstrengungen im Hinblick auf den Schuldenabbau unternehmen als das Land Hessen. - So weit der Steuerzahlerbund.

Er weist weiter darauf hin, dass nach der vorliegenden Finanzplanung noch in dieser Legislaturperiode der Schuldenstand des Landes um über 5,3 Milliarden DM steigen und dann insgesamt mehr als 50 Milliarden DM betragen wird.

Also nach Ihrer eigenen heute hier zur Debatte vorliegenden mittelfristigen Finanzplanung werden Sie auf den bestehenden Schuldenberg weitere 5,4 Milliarden DM draufpacken, und am Ende der Legislaturperiode - wenn Sie denn die mittelfristige Finanzplanung so realisieren - werden wir 50 Milliarden DM Schulden haben. Das heißt, der gleiche Weg, den die Regierung Kohl/Waigel in Bonn gegangen ist, wird jetzt von der Regierung Koch/Wagner in Hessen beschritten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Anschließend kommt der Bund der Steuerzahler zu der Bemerkung: "Die wachsende Belastung künftiger Generationen muss beendet werden." Genau das, was wir als Opposition Ihnen ebenfalls sagen, bekommen Sie vom Steuerzahlerbund ins Stammbuch geschrieben.

Der Haushalt 2000 ist weitgehend auf Pump finanziert. Der Haushalt 2000 ist kommunal- und arbeitsmarktfeindlich.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Wie bitte? Es gab noch nie einen kommunalfreundlicheren Haushalt!)

Mit der von Ihnen eingeleiteten Wende in der Bildungspolitik wird deutlich, dass die Bildungspolitik eine falsche

Schlagseite bekommt. In der Zwischenzeit wird erkennbar, dass Auslesen statt Fördern die neue hessische Parole in der Bildungspolitik ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege, als ehemaliger Sozialdezernent von Offenbach sollten Sie ein bisschen von der Sozialpolitik verstehen. Die Sozialpolitik wird zum Steinbruch des Haushalts, und sie verkommt zur Restgröße. Die Sicherheitspolitik ist gekennzeichnet durch fragwürdige Modellversuche.

(Zuruf von der SPD: Mafiose Strukturen!)

Der Strafvollzug verkommt durch radikale fundamentalistische Reden und Handlungsweisen Ihres Justizministers. Will man den Maßstab, den Herr Wagner an den Justizminister Rupert von Plotnitz angelegt hat, zugrunde legen, hätte er nach wenigen Monaten seiner Amtszeit mehrfach zurücktreten müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sind sowohl in Ihrer Koalitionsvereinbarung als auch in Ihrer Regierungserklärung mit dem Stichwort "Ausbau der Bürgergesellschaft" angetreten. Mehr Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sollte das Ziel sein. Diese schönen Reden haben sich in der Zwischenzeit schlicht als Sprechblasen und leere Worthülsen entpuppt. Die Diskrepanz zwischen dem, was Sie nach außen propagieren, und dem, was Sie dann konkret machen, ist offenkundig. Am besten kann man das bei der Aufstellung und der parlamentarischen Beratung des Haushalts 2000 exemplarisch darstellen.

Rigoros haben Sie in den Bereichen der Landespolitik, die nicht in Ihr politisches Konzept passen, Kürzungen vorgenommen und ganze Haushaltsansätze gestrichen, ohne vorher mit den Betroffenen überhaupt Kontakt aufzunehmen und zu reden. Der größte Teil der Betroffenen, Träger von Einrichtungen und Maßnahmen, hat die politische Absicht der Landesregierung aus den Medien erfahren - das vor dem Hintergrund Ihrer Parolen zur "Bürgergesellschaft".

Mit Ihrer Handlungsweise treiben Sie viele der Einrichtungsträger in den Ruin, die ihrerseits gezwungen sind, Menschen zu entlassen, weil sie Personalkosten aus eigener Kraft nicht mehr tragen können. Sie haben keinerlei Skrupel, diese Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken - das vor dem Hintergrund dessen, was Sie zu Beginn dieser Legislaturperiode propagiert haben. Erst auf massiven Druck vieler Betroffener und einer Protestwelle, die quer durch das Land ging, haben Sie in einigen Punkten nachgebessert. Auch hier kann man sagen: Es gilt das gebrochene Wort.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie und vor allem die beiden Koalitionsfraktionen suggerieren nach außen, dass Sie bei Maßnahmen und Einrichtungen, die Sie der völligen Streichung unterziehen wollten, jetzt Beträge zulegen, ohne auf den alten Haushaltsansatz zu kommen. Das ist ein ganz primitiver und offenkundiger Trick, den Sie hier anwenden,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine schlichte Täuschung der Betroffenen und eine schlichte Täuschung der Öffentlichkeit. Die meisten der durch die Koalitionsfraktionen erstellten Haushaltsanträge

entpuppen sich beim genauen Hinsehen ohnehin als Reparaturanträge des Haushaltsentwurfs der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Aus meiner Sicht war es schon peinlich, als ich mir in meiner Fraktion den Bericht der Vertreter des Haushaltsausschusses anhören musste: Ihre Mitglieder des Haushaltsausschusses waren teilweise nicht einmal in der Lage, die Anträge, die eingebracht wurden und die zur Verabschiedung anstehen, überhaupt zu erklären. Das Mindeste, was man erwarten kann, wenn schon die Regierung über die Fraktionen Änderungsanträge einspeist, ist, dass dann wenigstens einer aus der Koalitionsfraktion in die Lage versetzt wird, auch zu erklären, was unter dem jeweils konkreten Haushaltsantrag zu verstehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, lassen Sie mich ganz offen sagen: Es wäre sauber und korrekt gewesen, wenn Sie ein Verfahren gewählt hätten, wie das auch in früheren Jahren schon der Fall war. Wenn es so viele Änderungsnotwendigkeiten aus Sicht der Landesregierung gibt, wird eine Ergänzungsvorlage vorgelegt. Diese wird dann ordnungsgemäß in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Dann kann man auch erkennen, was Regierungshandeln ist und was das Handeln der die Regierung tragenden Fraktionen ist.

Ich will nur auf drei Punkte hinweisen, weil wir es als völlig unvertretbar ansehen, dass im Verlauf eines Verfahrens, nämlich zur Vorbereitung der zweiten Lesung, in das Haushaltsgesetz drei Artikel aufgenommen werden, bei denen es sich um drei völlig neue Gesetze handelt, die bisher noch nicht einmal in der ersten Lesung hier eingebracht wurden. Konkret handelt es sich bei Art. 6 um ein völlig neues Gesetz, das sich mit der Wiedereingliederung der Hessischen Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt beschäftigt. Nicht irgendein Gesetz, das geändert werden soll, sondern ein völlig neues Gesetz wird im Laufe der Haushaltsberatung von den Koalitionsfraktionen - als Tischvorlage dem Haushaltsausschuss wenige Tage vorher zugegangen - in das Haushaltsgesetz hineinimplantiert.

Mit Art. 7 wollen Sie ein Gesetz zur Eingliederung der Fachhochschule Dieburg in die Fachhochschule Darmstadt erwirken.

Mit Art. 8 ändern Sie das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einrichtung eines Sondervermögens "Wohnwesen und Zukunftsinvestitionen".

Diese drei Gesetze, die wir heute als Änderungsanträge auf der Tagesordnung haben und die in den Bericht des Haushaltsausschussvorsitzenden eingeflossen sind, erfahren mit der Beratung des Haushalts in zweiter Lesung heute ihre erste Lesung. Sie erfahren heute ihre erste Lesung im Parlament und werden deswegen heute erst in das Verfahren eingebracht - um keine Zweifel aufkommen zu lassen. Zu diesen Gesetzen hat es keinerlei Anhörungen der betroffenen Verbände und Organisationen gegeben. Also auch hier wieder: Bürgergesellschaft, Transparenz, Beteiligung. Da werden in das Verfahren plötzlich drei Gesetze eingebracht, ohne dass je mit jemanden darüber geredet worden ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie mit einem Teil dieser Gesetze nebenbei alle Rechte der Personalvertretung aushebeln, sei nur am Rande erwähnt. Aus unserer Sicht ist es unumgänglich, dass nach der heute erfolgten ersten Lesung eine Anhörung der be-

troffenen Verbände und Institutionen stattfindet, dass die Fachausschüsse des Landtags sich mit den jeweiligen Materien beschäftigen. Nur so ist gewährleistet, dass überhaupt ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren erfolgt.

(Beifall bei der SPD)

Was ist denn das für ein Verfahren, dass drei Gesetze über den Haushaltsausschuss in den Landtag eingebracht werden, zu denen nicht einmal die zuständigen Fachausschüsse des Parlaments die Gelegenheit hatten fachlich Stellung zu nehmen? Alles vor dem Hintergrund der Diskussion über die Bürgergesellschaft.

(Zuruf von der F.D.P.: Aktive!)

- Aktive Bürgergesellschaft.

Meine Damen und Herren, in dieser Haushaltsdebatte muss auch über die ungeklärten Millionenpenden an die CDU gesprochen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein System von schwarzen Kassen, ein System von Anderkonten der zweitgrößten deutschen Volkspartei, nämlich der CDU, haben unser Land in eine große Vertrauenskrise gestürzt.

(Zuruf von der F.D.P.: Ich würde einmal über Wissen sprechen! - Zuruf von der CDU: Waren Sie auch bei Glogowski auf der Hochzeit?)

- Ich habe überhaupt keine Probleme, wenn Sie hier Zwischenrufe machen und dabei den Versuch unternehmen, von Ihren eigenen Problemen und Gegenständen abzulenken. Das ist ein Beweis dafür, dass Ihnen das Thema sehr unangenehm ist.

(Beifall bei der SPD)

Unser Land ist in eine große Vertrauenskrise gestürzt worden, die keinem mehr gleichgültig sein kann, egal, wo er politisch steht und wo er politische Verantwortung trägt. Das sage ich sehr nachdenklich.

Helmut Kohl hat nach seiner Regierungsübernahme vor 16 Jahren eine geistig-moralische Erneuerung unseres Landes angekündigt. Nach dem, was wir seit drei Wochen in dieser Republik diskutieren, sieht und merkt man, welche Diskrepanz zu dem besteht, was er angekündigt und erklärt hatte. Seit drei Wochen versucht die CDU, von dem die Innenpolitik bewegenden Thema abzulenken und die Vorgänge zu verschleiern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur scheinbar kommt die Wahrheit ans Licht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht schlicht um die Einhaltung von Recht und Gesetz, nämlich des Parteiengesetzes, auf das sich alle Parteien verpflichtet haben.

Lassen Sie mich vor dem Hintergrund Ihrer Zwischenrufe wirklich sagen: Was haben Sie eigentlich für ein Rechtsstaatverständnis? Offensichtlich das gleiche wie Helmut Kohl, wenn er sagt, formale Regeln, also Gesetze, die er selbst mit beschlossen hat, seien ihm weniger wichtig als persönliche Freundschaften. Was ist denn das für ein Rechtsstaatverständnis, das hier zugrunde gelegt wird?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Ähnlich wie das von Herrn Schleußer!)

Im Grunde heißt das nichts anderes als: Er hält nichts von der Beachtung der Gesetze, er hält mehr von persönlicher Kungelei. - Wozu diese Kungelei geführt hat, können wir gerade in diesen Tagen hier in Hessen sehr aufmerksam beobachten. Mit einer solchen Haltung schadet Helmut Kohl nicht nur seiner Partei, sondern er schadet der Demokratie schlechthin. Immer mehr Menschen fragen sich, ob sie der Politik überhaupt noch trauen können. Das ist, so glaube ich, der Kern des Problems, mit dem wir uns alle auseinander setzen müssen. Deshalb darf kein Zweifel darüber aufkommen, dass keine Partei und kein Patriarch, wie immer er meint seine Partei führen zu müssen, sich über geltendes Recht hinwegsetzen darf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Da haben Sie Recht, Herr Kollege!)

- Das ist schon ein Fortschritt, wenn Sie das auch erkennen.

(Zuruf von der CDU: Wir haben das nie bestritten!)

Nach dem, was wir bisher wissen, scheint die hessische CDU, Herr Ministerpräsident Koch, in den Spendensumpf der Union auf Bundesebene tief verwickelt zu sein. Nachdem in der Öffentlichkeit gegenüber dem CDU-Landesverband die ersten Vorwürfe erhoben wurden, dass dieser in unzulässige Formen der Parteienfinanzierung verwickelt sein soll, hat unser parlamentarischer Geschäftsführer Manfred Schaub im Auftrag der Fraktion an Sie, Herr Ministerpräsident, am 30. November einen Brief geschrieben, und zwar in Ihrer Eigenschaft als Parteivorsitzender der Union in Hessen. Er hat Ihnen darin 21 Fragen gestellt. Diese 21 Fragen haben Sie bis heute nicht beantwortet.

Herr Ministerpräsident, deshalb fordern wir Sie auf, heute in dieser Debatte die Fragen zu beantworten und klarzustellen, inwieweit Mitglieder Ihrer Regierung und Sie selbst in diesen Skandal verwickelt sind und was bisher vertuscht wurde.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben über Ihren Generalsekretär, Herrn Müller, auf den Sie sehr stolz waren, als Sie ihn installiert hatten,

(Zuruf von der CDU: Ein guter Mann!)

damals gesagt, er komme aus dem unmittelbaren Umfeld von Helmut Kohl; sie als Kohlianer waren stolz, dass Sie einen engsten Mitarbeiter von Herrn Kohl als Generalsekretär hierher bekommen haben. Vielleicht erklärt das im Nachhinein einiges von dem, was Sie damals gesagt haben, wenn man die heutigen Verwicklungen erkennt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Generalsekretär, Herr Müller, hat über die Presseerklärung vom 29.11. hinaus erklärt, dass es seinerseits gegenüber den 21 von uns gestellten Fragen keinen Erklärungsbedarf mehr gebe. Ihr engster Vertrauter, Staatsminister Franz Josef Jung, hat geäußert, dass er vom Landesverband keinerlei Geld von schwarzen Konten bekommen habe. Es sei nichts in die Schweiz transferiert worden, hat Franz Josef Jung dargelegt.

(Gerhard Bökel (SPD): Vielleicht aber nach Liechtenstein!)

In der Zwischenzeit wissen wir, dass alles viel schlimmer ist, als wir ursprünglich annehmen konnten. Es ist zwar kein Geld in die Schweiz geflossen, aber aus dubiosen Strukturen aus der Schweiz und aus Liechtenstein ist alles Geld in die Kassen der CDU in Hessen geflossen. Das sind Strukturen, die wir, wie Rupert von Plottitz richtig gesagt hat, bisher aus den Kriminalitätsstrukturen unter dem Thema Geldwäscherei gekannt haben. Deswegen, Herr Ministerpräsident, sind bisher weniger Antworten gegeben, sondern Fragen aufgeworfen worden.

(Clemens Reif (CDU): Sagen Sie etwas zum heutigen Thema!)

- Herr Kollege, ich weiß, dass Ihnen dies peinlich ist.

(Clemens Reif (CDU): Nein!)

Aber das ist die Grundlage der Landespolitik. Wenn die Partei, die die Regierung trägt, in einen solchen Skandal verwickelt ist, dann muss das hier in der Grundsatzdebatte aufgeklärt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der SPD, zur CDU gewandt: Wir wollen Sie nur vor Peinlichkeiten schützen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon ein erstaunlicher Vorgang, dass dem Landesverband und dem Frankfurter Kreisverband der CDU in vier Jahren über Vermächtnisse, die über die Schweiz abgewickelt wurden, 12,5 Millionen DM zugeflossen sind. Die Verwunderung über die Begründung und über so viele Zufälle ist mehr als groß. Der Drang der Verantwortlichen zum Verdrängen ist, wie man aufgrund der Zwischenrufe erkennen kann, mehr als unverkennbar. Auffallend ist auch, dass bei allen Verantwortlichen, vom Parteivorsitzenden in Frankfurt, Ihrem Staatssekretär Corts, bis hin auf die Landesebene, auch bei Mitgliedern Ihres eigenen Kabinetts, plötzlich so große Wissenslücken vorhanden sind. Auffallend ist auch, dass bei dem Steuerberaterbüro, das auch Ihre Konten geführt hat und bis zum heutigen Tage führt, plötzlich für ganze Jahrgänge die Unterlagen verschwunden sind und nicht mehr zur Verfügung stehen, obwohl die Aufbewahrungsfrist noch gegeben ist. Das ist doch aufklärungsbedürftig.

Herr Ministerpräsident, die Taktik des Mauerns, des Verschweigens und des Abwartens wird nicht aufgehen. Es reicht auch nicht, dass Sie auf Fragen von Journalisten lediglich erklären - wörtliches Zitat -: "Klar, dass wir ein bisschen nervös sind." So weit Herr Koch. Das ist alles, was er bisher dazu gesagt hat. Es reicht nicht aus, Herr Ministerpräsident, dass Sie als Landesvorsitzender Ihrer Partei "ein bisschen nervös" sind. Sie haben heute die Gelegenheit, Licht in die Dunkelheit dieser dubiosen Vorgänge zu bringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie mir nicht glauben, nehmen Sie die "FAZ" von heute zur Hand.

(Zuruf von der CDU: Oberhalb der Umfrageergebnisse!)

- Auch das habe ich gelesen, Herr Kollege. - Aber wenn Sie in der "FAZ" gleich weiterlesen, dann werden Sie feststellen, dass die 1.000 Befragten vor dem Zeitpunkt befragt wurden, zu dem dieser Skandal überhaupt deutlich geworden ist.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen würde ich mich nicht zu früh freuen, Herr Kollege. Aber Herr Ministerpräsident, Ihr Freund Dr. Hugo Müller-Vogg schreibt heute einen Kommentar in der "FAZ" mit der Überschrift: "Selten und seltsam". Er kommt zu dem Ergebnis, dass dies alles sehr aufklärungsbedürftig ist. Ich stimme mit ihm völlig überein. Wenn Sie weiteren Schaden von der Republik und dem Land Hessen abwenden wollen, dann müssen Sie rasch und möglichst heute klarstellen, was klarzustellen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gerhard Bökel (SPD): Lebt der noch oder nicht, der das Geld gegeben hat?)

Lassen Sie mich ganz offen sagen, ich halte es für geschmacklos, wenn Ihr früherer Schatzmeister Casimir Prinz Wittgenstein im Hinblick auf den vermuteten Vermächtnisgeber den Hinweis gibt, dass dieser aus Kreisen deutschstämmiger jüdischer Emigranten käme. Was daran zweifelhaft ist - -

(Zuruf von der CDU)

- Frau Kollegin, nehmen Sie einfach einmal zur Kenntnis, was ich jetzt vortragen will, und setzen Sie sich nicht mit mir auseinander, sondern mit dem, der dies vorgetragen hat, nämlich Ihr eigener Parteifreund Michel Friedman.

(Inge Velte (CDU): Ach, das darf doch nicht wahr sein!)

- Auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet. Er war schließlich Mitglied des Vorstandes der CDU und ist bis heute nach wie vor Berater des neuen Ministerpräsidenten der CDU im Saarland. Und dann rufen Sie dazwischen: "Das darf doch wohl nicht wahr sein!"

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ja, es ist Michel Friedman, Ihr Parteimitglied, Mitglied des Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland, der sich gegen eine solche Äußerung verwahrt hat.

(Zuruf von der CDU: Ja, der darf das auch!)

Die Frankfurter Ausgabe der "Bild"-Zeitung vom Samstag zitiert Friedman mit den Worten:

Es ist eine Unverfrorenheit, eine solche Vermutung auszusprechen, für die nichts, aber auch gar nichts spricht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Ich fordere die CDU auf, das zu belegen oder solche Behauptungen zu unterlassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gerhard Bökel (SPD): Richtig!)

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen: Wenn Michel Friedman Sie dazu auffordert,

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Vorsicht, Friedman!)

- ja, Vorsicht, Friedman -, dann hat das schwerwiegende Gründe. Ich halte es auch auf Dauer gesehen im Hinblick auf das Zusammenleben der jüdischen Menschen, der Christen in unserer Republik und der übrigen Religionsangehörigen für nicht vertretbar, dass bei einem Spenden-skandal mit solchen Ressentiments gearbeitet wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen hoffe ich, dass Sie dazu heute einen klärenden Satz sagen.

Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich einem weiteren Bereich zuwenden. Ihr Innenminister ist durch zweifelhafte Machenschaften in seinem früheren Anwaltsberuf weitgehend handlungsunfähig.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Unverschämt! - Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit auch Sie es noch einmal hören, Herr Kollege: Er ist durch zweifelhafte Machenschaften in seinem früheren Anwaltsberuf in seinem Amt weitgehend handlungsunfähig.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wovon träumen Sie eigentlich nachts?)

Er verfügt über keinerlei Autorität in einem der wichtigsten landespolitischen Ämter.

(Gerhard Bökel (SPD): Er hat sogar das Landes kriminalamt belogen!)

Herr Bouffier und Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, versuchen mit zweifelhaften politischen Tricks, die Arbeit des Untersuchungsausschusses, der ein wenig Licht in die Affäre bringen will, zu behindern.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Die Art und Weise, mit welchen Verfahrenstricks die Koalitionsfraktionen die Arbeit des Untersuchungsausschusses bisher behindern und auch Minderheitenrechte mit Füßen treten, ist hinlänglich erörtert worden und unerträglich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Unglaublich! Die können doch keine Anträge stellen!)

- Aber Herr Kollege, ausgerechnet Sie als Liberaler, der Sie einmal darum gekämpft haben, Bürgerrechte und Minderheitenrechte zu verteidigen, machen bei einem solch schmutzigen Geschäft mit - ein erstaunlicher Vorgang.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Nee, die helfen euch doch nicht!)

Die Art und Weise, wie Sie, meine Damen und Herren, versuchen, Akten zu manipulieren, die Art und Weise, wie Sie versuchen, aus dem beruflichen Umfeld des Innenministers Aktivitäten zu entwickeln,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wo sind denn eure Anträge?)

und die Tatsache, dass die Akten der Rechtsanwaltskammer dem Ausschuss entzogen werden sollen, machen deutlich, welch schlechte Karten Sie in diesem Spiel haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne dem Untersuchungsausschuss vorgreifen zu wollen,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ja! - Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

lässt sich bereits jetzt sagen, dass Ihr Innenminister, Herr Ministerpräsident, versucht hat, der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass ihn mafiose Strukturen bedrohen. Die Katzenstory hat dies mehr als deutlich gemacht.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Nach dem, was die Zeugen bisher ausgesagt haben, steht eindeutig fest, dass der Innenminister die Öffentlichkeit und das Parlament schlicht belogen hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Innenminister, der die Öffentlichkeit und das Parlament belügt, ist nicht tragbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Hinblick auf die Einflussnahme auf die Staatsanwaltschaft macht die öffentliche Kommentierung deutlich, dass die Fragezeichen in diesem Bereich immer größer werden.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD) - Gegenruf des Ministers Volker Bouffier)

- Sie scheinen sehr aufgeregt zu sein, Herr Kollege. Wenn Sie Zwischenrufe machen wollen, dann gehen Sie herunter auf die Abgeordnetenbank, wo Sie ohnehin aufgrund dessen, was Sie bisher hier vorgeführt haben, hingehören.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Das ist eine Unverschämtheit!)

Im Hinblick auf die Einflussnahme auf die Staatsanwaltschaft macht die öffentliche Kommentierung deutlich, dass die Fragezeichen in diesem Bereich immer größer werden.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Ich möchte nur eine Stimme zitieren. Der Kommentar der "Frankfurter Rundschau" vom 04.12.1999 lautet unter anderem:

Es wäre auch geradezu selbstmörderisch von der Landesregierung gewesen, hätte sie direkt auf die Staatsanwälte eingewirkt, um eine Entscheidung im Sinne Bouffiers zu erwirken.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Na ja!)

Nein, hier geht es um subtilere Mittel der Einflussnahme; und in diese war, wie sich jetzt zeigt, sogar der betroffene Innenminister selbst verwickelt.

(Zurufe der Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.) und Stefan Grüttner (CDU))

"Bologna" lässt grüßen; so hieß die Kneipe.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was mag ihn geritten haben,

- so weiter die "Frankfurter Rundschau" -

ausgerechnet der stellvertretenden Leiterin jener Staatsanwaltschaft, die gegen ihn ermittelt, einen mächtigen Sprung auf der Karriereleiter anzubieten? War es nur politische Naivität? Oder doch ein Hinweis für die Juristen in der Gießener Behörde, dass die neue Landesregierung es gut mit ihnen meinen werde, wenn sie nur "auf einer Linie" sind - so wie man jene maßregelt, die es nicht sind.

So weit die "Frankfurter Rundschau".

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Ich könnte jetzt die "FAZ" und weitere Zeitungen zitieren. Wenn dies schon öffentlich so zitiert wird, sind doch die Zweifel berechtigt, die wir vorgetragen haben. Die bisherigen Ergebnisse im Untersuchungsausschuss haben deutlich gemacht, dass es indirekt Einflussnahme auf die Staatsanwaltschaft in Gießen gab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Herr Ministerpräsident und Herr Innenminister, nach meinem Dafürhalten reichen die bisher bekannt gewordenen Fakten aus, dass Sie, Herr Bouffier, schlicht und einfach Ihren Hut nehmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Bereich des Innenministers ist zu wichtig, und er kann nach meiner Auffassung nicht mit der erforderlichen Autorität von Herrn Bouffier wahrgenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Mit Recht wird darüber diskutiert, wie sich der Innenminister bei einer ernst zu nehmenden Sicherheitslage im konkreten Fall verhält, wenn er bereits auf eine tote Katze kopflos reagiert und eine solche Szene veranstaltet, wie das in der Zwischenzeit zutage gefördert wurde.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, Sie würden dem Land und Ihrer Partei einen guten Dienst erweisen, wenn Sie noch vor Jahresende Ihren Rücktritt einreichen würden.

(Beifall bei der SPD - Stefan Grüttner (CDU): Herr Clauss glaubt noch an den Weihnachtsmann!)

Und Sie würden sich selbst einen Gefallen tun, denn wir werden am Thema dran bleiben.

(Minister Volker Bouffier: Das glaube ich!)

Es wird für Sie nicht sehr angenehm werden, denn die weiteren Zeugenaussagen werden sicherlich noch mehr zutage fördern. Dann wird der Skandal für Sie persönlich und Ihre Partei noch größer, als er ohnehin ist.

(Manfred Schaub (SPD): Das ist kaum noch zu steigern! - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen. Herr Ministerpräsident, nach dem, was wir bisher wissen - ein Mitglied Ihrer Regierung, Herr Wagner, ist heute im Vermittlungsausschuss -, missbrauchen Sie den Bundesrat als Blockadeinstrument.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU und der F.D.P. - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Dreistigkeit!)

Sie missbrauchen den Bundesrat als Blockadeinstrument,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Da muss der Clauss noch nicht einmal grinsen!)

ohne aber auch nur eine konkrete Alternative in den bisherigen Beratungen im Bundesrat auf den Tisch gebracht zu haben.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU) - Abg. Mark Weinmeister (CDU) schlägt auf das Abgeordnetenpult. - Lebhaftige Zurufe von der SPD: Pfui! - Barbara Bergelt (SPD): Darf der das? - Karl-Heinz Dörrie (SPD): Herr Präsident, was bedeutet das, wenn er so vor den Kopf zeigt?)

Präsident Klaus Peter Möller:

Wie bitte?

Armin Clauss (SPD):

Aber Herr Kollege, es gibt keinen Grund zur Aufregung. Durch die Art und Weise, wie der Kollege sich verhält,

richtet er sich selbst. Insoweit denke ich, dass wir in der Thematik weitermachen können.

Herr Ministerpräsident, Ihre Gesundheitsministerin begründet die Ablehnung der Gesundheitsreform mit radikalen Kraftsprüchen, ohne aber auch nur eine Zeile bisher als Alternative auf den Tisch gebracht zu haben.

(Beifall bei der SPD - Stefan Grüttner (CDU): Über welches Gesetz hätte sie denn abstimmen sollen?)

- Ich rede über das Verhalten der Gesundheitsministerin.

(Stefan Grüttner (CDU): Welches Gesetz hat sie denn eingebracht?)

Laut ihrer Pressemeldung vom 26.11.1999 sagte Frau Staatsministerin Mosiek-Urbahn unter anderem - ich zitiere -:

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist nun wirklich vollkommen neben der Kapp'! Das ist unglaublich!)

Deutschland soll zu einem medizinischen Entwicklungsland degradiert werden.

Weiterhin steht dort, die Bundesregierung provoziere eine Zwei-Klassen-Medizin. Die zur Diskussion stehende Gesundheitsreform mache nicht gesund, sondern krank.

Frau Ministerin, wissen Sie, was das ist? - Das ist schlichtweg die Sprache der PDS.

(Beifall bei der SPD - Stefan Grüttner (CDU): Was ist das?)

Das ist die Sprache der PDS. Auf einem solchen Niveau müssen wir uns zurzeit im Bundestag auseinander setzen. Dass Sie auch in der Auseinandersetzung im Bundesrat auf ein solches Niveau herabsteigen, ohne eine Alternative auf den Tisch gelegt zu haben,

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, deswegen sage ich Ihnen: Mit radikalen Sprüchen können Sie auf Dauer gesehen Ihre Konzeptionslosigkeit nicht verbergen, unabhängig davon, wie immer sie von Ihren einzelnen Kabinettskollegen nach außen getragen werden.

Herr Ministerpräsident, für Sie wäre es ohnehin im Interesse des Landes Hessen sinnvoll, mit der Bundesregierung und insbesondere mit Bundeskanzler Schröder konstruktiv zusammenzuarbeiten. Dass Sie es sowieso nicht alleine schaffen, hat der Holzmann-Konflikt deutlich gezeigt. Ihre Kraft reichte nicht aus, die Banken zur Vernunft und zu einem konstruktiven Kompromiss zu bringen.

Dass sich in diesem Zusammenhang der Fraktionsvorsitzende der F.D.P., Herr Hahn, über den Kapitalismus pur aufregt und gar zum Boykott der Großbanken aufruft, macht deutlich, mit welchen radikalen Sprüchen die F.D.P. glaubt überleben zu können. Herr Kollege Hahn, hoffentlich haben Sie - doch, er ist gerade noch im Saal -

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ich höre Ihnen gerne zu!)

in der Zwischenzeit den Großbanken nicht nur die rote Karte gezeigt, sondern auch Ihre dort bestehenden Konten aufgelöst und solche bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen oder bei den Volksbanken gegründet.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, es hat des vollen Einsatzes des Bundeskanzlers bedurft, um insbesondere für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien und auch - ich sage das bewusst - für die vielen mittelständischen Betriebe eine sozial verträgliche Lösung und eine wirtschaftspolitisch zu verantwortende Sanierung des Holzmann-Komplexes zu erreichen. Herr Wirtschaftsminister, ich halte es übrigens nicht für angemessen, dass Sie die bestehenden ordnungspolitischen Bedenken aus liberaler Sicht entsprechend öffentlich gemacht und zur Lösung des eigentlichen Konflikts nicht sehr viel beigetragen haben. Herr Ministerpräsident, das macht deutlich, welche Differenzen in diesem Punkt auch in den eigenen Reihen Ihrer Regierung bestehen. Ordoliberale Lehrbücher und kluge Leitartikel in der konservativen Wirtschaftspresse suggerieren, dass die Intervention der Politik nicht in das Weltbild einer Ordnungspolitik passe. Herr Ministerpräsident, offensichtlich haben auch Sie auf Druck bestimmter Kreise des Unionslagers Ihr eigenes Verhalten nachträglich relativiert. Ich fand es schon einen tollen Vorgang, dass Sie ausgerechnet jemand in der Bürgersprechstunde des Wahlkreises darauf hingewiesen hat, dass es dann den Aufhänger gab, dass Sie im Nachhinein Ihre Bedenken geäußert haben. Das ist ein Vorgang, den man sich auf der Zunge zergehen lassen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich halte auch dies für unangemessen.

Meine Damen und Herren, trotz manchem heuchlerischen Rat hat Bundeskanzler Schröder richtig gehandelt. Er hat wesentlich zu einer Lösung bezüglich des Holzmann-Komplexes beigetragen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Klee, weil Sie den Kopf schütteln, sage ich: Losgelöst vom Einzelfall muss nach meinem Dafürhalten die Politik intervenieren, wenn ein Unternehmen fähig ist, sich auf dem Markt zu behaupten, und es lediglich durch Missmanagement und mangelnde Aufsicht in Schwierigkeiten geraten ist. Das, was andere, buchstäblich gesagt, versaubert haben, kann man doch nicht allein auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der mittelständigen Wirtschaft austragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, nehmen Sie deshalb den Holzmann-Vorgang als ein Beispiel für das Finden konstruktiver Lösungen und für Konsensfindung. Nehmen Sie ihn auch als Beispiel dafür, dass man, wenn man mit der Bundesregierung vernünftig zusammenarbeitet, auch zu entsprechenden Lösungen kommen kann. Dies ist nach meinem Dafürhalten ein gutes Modell auch für die Arbeit im Bundesrat.

Ihr Versuch, den Bundesrat mit den übrigen CDU-regierten Ländern - vor allem Bayern und Baden-Württemberg - als Blockadeinstrument zu nutzen, wird scheitern. Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Politik, die darauf abzielt, das Land Hessen zu einem Land des Südens zu machen, begeben Sie sich übrigens auf einen gefährlichen Weg. Das Land Hessen hat sich in seiner über 50-jährigen Geschichte zu einem selbstbewussten Land der Mitte entwickelt. Nach wie vor ist Hessen das wirtschaftsstärkste und das steuerstärkste Land. Im Hinblick auf den Länderfinanzausgleich hat sich

auch Ihre Empfehlung als falsch herausgestellt, die Sie damals als Oppositionsführer der Regierung Eichel gegeben haben und die besagte, dass wir mit den gleichen Argumenten der Länder Baden-Württemberg und Bayern zusammen nach Karlsruhe ziehen sollten. Es war richtig, dass wir mit einer eigenständigen hessischen Position die hessischen Interessen in Karlsruhe vertreten haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich in einer stillen Stunde - -

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ist das langweilig! - Zurufe von der SPD: Oooh!)

- Herr Kollege, ich bin auf Ihren später folgenden Vortrag gespannt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Davon können Sie aber singen, dass er spannender sein wird!)

Wenn Sie sich in einer stillen Stunde noch einmal mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts auseinander setzen, werden Sie feststellen, dass nicht die Argumente Bayerns oder Baden-Württembergs in der Entscheidung einen wesentlichen Niederschlag gefunden haben, sondern das, was die Regierung Eichel vorgetragen hat, zur Entscheidung führte. Das ist ein Beweis dafür, dass es wichtig ist, eigenständige Positionen zu formulieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir hoffen, dass die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs das Land Hessen in eine bessere Position bringt, ohne dabei die Solidarität im Hinblick auf den Aufbau Ost aufzukündigen. Herr Ministerpräsident, Ihre Gleichschaltungspolitik mit Bayern und Baden-Württemberg, der Versuch, aus Hessen ein Land des Südens zu machen, ist mehr als gefährlich. Hessen war immer ein weltoffenes, soziales und liberales Land. Hoffentlich wird es auch ein solches bleiben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kann nicht erkennen, dass diese beiden Länder landespolitisch gesehen fortschrittlicher sein sollen als Hessen. Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle werden Sie sich politisch täuschen. Ich kann auch Folgendes nicht erkennen. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger sind so selbstbewusst, dass sie nicht der Hilfe der beiden anderen Länder bedürfen. Formulieren Sie hessische Interessen. Vertreten Sie die Interessen des Landes Hessen. Dann sind Sie auf dem richtigen Weg, ohne sich in den Schlepptau von Herrn Teufel und Herrn Stoiber zu begeben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Insoweit stimme ich im Übrigen mit der Vize-Ministerpräsidentin, Ihrer Frau Kollegin Wagner, völlig überein, die dieses auch auf ihrem Landesparteitag in Borken gesagt hat. Auch in diesem Punkt wird deutlich, wie groß die Differenzen in Ihren eigenen Reihen sind.

Ich komme zu dem nächsten Thema. Herr Ministerpräsident, im Hinblick auf die künftige Funktion der Landesbank haben Sie und Ihre Regierung eine völlige Kurskorrektur vorgenommen. Sie haben erkannt, dass es ein Fehler war, dass die Regierung Wallmann/Gerhardt/Kanther die Landesbankanteile verkauft hat.

(Beifall der Abg. Judith Pauly-Bender und Harald Polster (SPD))

Die damals in diesen vier Jahren gemachte Politik hat dem Land Hessen nachhaltig geschadet.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Zustimmung einiger haben Sie damals leichtfertig Landesvermögen verschleudert. Ich könnte jetzt das Protokoll von damals vorlesen. Herr Ministerpräsident, Sie haben zu den Zustimmenden gehört. Herr Weimar, der heutige Finanzminister, hat zu den Zustimmenden gehört und auch andere, die noch in Ihrer Fraktion bzw. Regierung sitzen. Noch in Ihrer Koalitionsvereinbarung steht - und in Ihrer Regierungserklärung haben Sie das auch erklärt -, dass ein Wiedereinstieg des Landes in die Landesbank nicht in Frage komme. Das ist gerade ein halbes Jahr her. Weil wir den damals erfolgten Verkauf für falsch hielten und ihn bekämpften, haben wir nach Ihrer Kursänderung von Anfang an erklärt, dass wir Ihre Absicht unterstützen werden, in die Helaba wieder einzusteigen. Herr Kollege Polster hat dies damals in der Debatte sehr eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht. Der Wiedereinstieg ist mit der Hälfte des damaligen Verkaufserlöses vorgesehen, nämlich 280 Millionen DM. Diese sind noch heute als Genusschein-Kapital bei der Bank. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass der Landesanteil damals 50% betrug.

Das heißt, die Hälfte des Verkaufserlöses von damals reicht heute gerade aus, um einen Anteil von 3,5% an der heutigen Bank zu bekommen, die übrigens sehr erfolgreich arbeitet.

(Gerhard Bökel (SPD): Kanther sei Dank!)

Das wollen Sie im Nachhinein als erfolgreiche Landespolitik rechtfertigen? Ich denke, an keinem anderen Punkt kann man so deutlich machen, was die vier Jahre Wallmann, Kanther, Gerhardt dem Land an Schaden gebracht haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie selbst sind gerade dabei, die Entscheidung von damals zu korrigieren. Mit einem Anteil von 3,5% werden Sie nach wie vor am Katzentisch sitzen. Das haben Sie selbst erkannt. In der Zwischenzeit haben wir aber erfahren, dass Sie vom Katzentisch weg wollen. Sie wollen - um Baden-Württemberg und Bayern wieder zu zitieren - den anderen Ministerpräsidenten auf gleicher Höhe selbstbewusst in die Augen schauen. Die Ministerpräsidenten von Bayern und Baden-Württemberg sind noch in den Gremien ihrer Landesbanken vertreten, weil sie nicht den gleichen Fehler gemacht haben wie die frühere hessische CDU/F.D.P.-Landesregierung.

Damit Sie vom Katzentisch wegkommen und auf gleicher Ebene den anderen Ministerpräsidenten bei den Verhandlungen in die Augen schauen können, wollen Sie weiteres Landesvermögen verschleudern. Sie denken dabei an einen Verkauf der Anteile des Landes an der Frankfurter Messe. Ein interessanter Vorgang ist in dem Zusammenhang, dass die GRÜNEN, die inzwischen offensichtlich zum liberalen Spektrum der Politik gehören, Sie in dieser Absicht unterstützen. Das will ich nur am Rande erwähnen.

Herr Ministerpräsident, Sie wollen darüber hinaus die Anteile des Landes an den Wohnungsbaugesellschaften verschleudern. Sie gefährden damit das Gleichgewicht auf dem Wohnungsmarkt und die auch künftige Bezahlbarkeit der Mieten.

(Beifall bei der SPD)

Mit einer solchen Politik setzen Sie die falsche Politik der Ära Wallmann/Kanther fort. Lassen Sie mich ganz offen sagen: Wir werden diese Politik überall dort bekämpfen, wo wir sie bekämpfen können, weil Sie sonst auch in diesen vier Jahren dem Land auf vielen politischen Feldern Schaden zufügen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Politik, die auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter der landeseigenen Gesellschaften ausgetragen wird, ist unverantwortlich. Das Vorhaben, dass sich die Wohnungsgesellschaften gegenseitig aufkaufen sollen, halten wir für zutiefst unseriös. Diese Politik ist nichts anderes als eine versteckte Kreditaufnahme in Schattenhaushalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Politik ist nichts anderes als eine erneute Kreditaufnahme, die die landeseigenen Gesellschaften und damit die Zukunft unserer Jugend belastet. Irgendwer muss schließlich diese Schulden einmal zurückzahlen. Wir halten dieses Vorhaben auch aus verfassungsrechtlichen Gründen für bedenklich. Der Rechnungshof ist heute hier vertreten und wird aufmerksam zuhören. Es ist noch gar nicht lange her, dass das Bundesverfassungsgericht in einer einstweiligen Anordnung die in Schleswig-Holstein für 1998 angestrebte Kreditaufnahme durch eine weisungsabhängige Gesellschaft zum Erwerb von Landesvermögen als eine Kreditaufnahme im Landeshaushalt behandelt hat. Das ist ein Vorgang, den wir weiter erörtern und vertiefen werden.

Im Rahmen der Debatte um die Einzelpläne werden meine Kolleginnen und Kollegen auf die von uns gestellten Änderungsanträge detailliert eingehen. Ich möchte daher nur noch wenige Bereiche der Landespolitik ansprechen. Bevor ich dies tue, will ich aber eine Initiative aufgreifen, mit der wir beantragen, das Gehalt des Staatsministers in der Staatskanzlei, Dr. Franz Josef Jung, schlicht zu streichen. Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, dass wir ein solches Amt als nicht erforderlich ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Schaffung dieser Position haben Sie den Regierungsapparat in unangemessener Weise aufgebläht. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, dass Dr. Jung ohnehin mehr als Krisenmanager für die CDU-Fraktion tätig ist, als dass er Aufgaben in der Landesregierung erfüllt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, deswegen fordern wir Sie auf: Geben Sie Franz Josef Jung die Chance, wieder seiner alten Aufgabe nachzukommen. Geben Sie ihn frei. Wir haben Ihnen den Weg dazu gewiesen. Er soll wieder in die Reihen der CDU-Fraktion zurückkehren und dort das Krisenmanagement übernehmen, was er zurzeit ohnehin tut.

(Beifall bei der SPD - Ministerpräsident Roland Koch: Das ist unfair!)

- Was ist daran unfair?

(Ministerpräsident Roland Koch: Dass bei Ihnen keiner mehr klatscht! - Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P.)

- Wir werden im Laufe der nächsten zwei Tage wieder beobachten können, dass Franz Josef Jung durch die Reihen streicht und für Herrn Kartmann und Herrn Grüttner das Krisenmanagement übernimmt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU)

Im nächsten Jahrtausend werden Wissen, Bildung und Ausbildung das Wichtigste überhaupt sein, was ein Mensch besitzen kann. Sie werden auch das Wichtigste sein, was eine Gesellschaft besitzen kann. Wir werden die Zukunft nur meistern können, wenn die Menschen in unserem Land gut ausgebildet sind und wir eine starke Forschung haben. Wir leben in unserem Land nicht von Rohstoffen, sondern von dem, was die Menschen können und was sie in ihren Köpfen haben. Deshalb ist eine Investition in die Köpfe die beste Zukunftsvorsorge, die wir überhaupt treffen können. Deshalb hat die Hochschul- und Forschungspolitik eine wichtige Bedeutung. Neben einer Reform der beruflichen Ausbildung muss auch im Bereich der akademischen Ausbildung vieles reformiert werden.

Herr Ministerpräsident, ich kann bislang nicht erkennen, dass Ihre neue Landesregierung dazu die Kraft hat - außer der Umsetzung dessen, was die Regierung Eichel bereits auf den Weg gebracht hatte. Ich nenne als Stichworte den Vertrag mit der Stadt Frankfurt und die Übernahme der Fachhochschule Dieburg. Es ist aber nicht erkennbar, welchen Weg die Hochschul- und Forschungspolitik in dieser Legislaturperiode gehen soll. Offensichtlich gibt es zwischen den beiden Koalitionsfraktionen noch sehr große Differenzen, denn es war angekündigt, dass Anfang Dezember dieses Jahres eine Hochschulgesetzesnovelle auf dem Tisch liegen werde.

Im teuersten Bereich der Hochschule, der Universitätsmedizin, wurde der Reformprozess abrupt abgebrochen. Die Regierung Eichel hatte vorgesehen, dass die Universitätskliniken und die Fachbereiche für Humanmedizin - -

(Traudl Herrhausen (CDU): Das ist doch Blödsinn! Welchen Reformprozess haben Sie begonnen?)

- Frau Kollegin, wenn es nach unseren gesetzlichen Bestimmungen gegangen wäre, dann wären die Universitätskliniken und die Fachbereiche für Humanmedizin ab dem 1. Januar 2000 selbstständig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Universitätskliniken und die Fachbereiche wären in der Lage gewesen, entsprechend zu handeln. Sie wären damit auf die Veränderungen auf dem Gesundheitsmarkt vorbereitet gewesen. Sie werden noch Ihr blaues Wunder erleben: Wenn Sie die Universitätskliniken in ihrem jetzigen Zustand belassen, dann werden sich diese am Ende auf dem Gesundheitsmarkt nicht mehr durchsetzen können, weil sie nicht markt- und konkurrenzfähig sind und weil sie auch auf wissenschaftlichem Gebiet für die Zukunft nicht vorbereitet sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen fordern wir Sie auf, die Voraussetzungen zu schaffen. So, wie Sie es in Ihrer Novellierung vorgesehen haben, geht es offensichtlich nicht. Der Erlass entsprechender Rechtsvorschriften, die im Übrigen - -

(Lachen bei der CDU)

- Ich bitte um Nachsicht. - Wir hatten gesagt, dass zum 1. Januar entsprechende Rechtsverordnungen vorliegen werden und sie dann in die Selbstständigkeit entlassen werden. Sie haben jetzt gesagt, zu dem Zeitpunkt, zu dem die Rechtsverordnungen vorliegen, sollen sie selbstständig werden. Sie wissen selbst, dass das aus rechtlichen Grün-

den gar nicht geht. Man braucht vielmehr eine andere gesetzliche Norm. Deswegen werfen wir Ihnen vor, dass Sie in einem der wichtigsten Teilbereiche des Hochschulwesens schlicht versagt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenige Bemerkungen zum Stichwort Verwaltungsreform. In der Verwaltungsreform setzen Sie das fort, was die frühere Landesregierung in den Arbeitsgruppen der Staatskanzlei bereits vorbereitet und begonnen hatte. Wir halten es nach wie vor für falsch, dass die Mehrheit hier im Landtag den Ausschuss, der sich mit der Frage der Verwaltungsreform beschäftigen sollte, abgeschafft hat und wir nicht in der Lage sind, diesen wichtigen Bereich in dieser Legislaturperiode parlamentarisch zu begleiten.

(Beifall bei der SPD)

Die Regierung Eichel hat den Nutzen und die Ziele der Verwaltungsreform definiert. Gerhard Bökel und sein Team haben vorbildliche Vorarbeit geleistet. Ich erinnere an die Eckpunkte der "Landesverwaltung 2000". Ich erinnere an die Handlungsvorschläge zur Modernisierung der hessischen Landesverwaltung. Mit dem Kabinettsbeschluss über die Grundlagen einer Weiterentwicklung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens wurde die hessenweite Einführung eines modernen Haushaltswirtschaftssystems festgelegt. Das war ein Vorgang, auf den Karl Starzacher gestern Abend in seiner Abschiedsrede noch einmal hingewiesen hat. Auf dieser Grundlage wurden Reformvorhaben in allen Landesbehörden begonnen und umgesetzt. Ich erinnere nur an die umfassende Neugestaltung der Umweltverwaltung. Mit anderen Worten, der Prozess der Verwaltungsreform in Hessen war in vollem Gange.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich Ihre bisherigen Aktivitäten ansieht, ist keine in sich schlüssige Konzeption erkennbar. Der Kabinettsausschuss Verwaltungsreform produziert zwar eine Vielzahl von Steuerungs- und Untersuchungsaufträgen. Grundlage dafür sind meistens die von der früheren Landesregierung eingeholten Organisationsgutachten. Ein Blick in die Koalitionsvereinbarung zeigt, dass die beiden Parteien CDU und F.D.P. sich in wesentlichen Punkten nicht einig sind - Stichwort Neuordnung der gebündelten Mittelbehörde Regierungspräsidium.

(Gerhard Bökel (SPD): Die wollten sie doch abschaffen, glaube ich!)

Das jüngste Beispiel dafür, wie konzeptionslos Sie an die Verwaltungsreform herangehen, sind Ihre jüngsten Aussagen für die Rhein-Main-Region. Die Auflösung des Umlandverbandes soll nun genauso konzeptionslos erfolgen wie die übrige Verwaltungsreform.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Man hält es kaum für möglich, was Sie da geschrieben haben. Herr Ministerpräsident, Sie waren doch einmal kommunaler Mandatsträger in einem Landkreis, der unmittelbar an die Tore der Stadt Frankfurt am Main angrenzt.

(Ministerpräsident Roland Koch: Genau!)

Wenn Sie das waren - und dazwischenrufen: "Genau!" -, dann müssten Sie auch wissen, dass das, was Sie da vorgelegt haben, schlicht ein Flop ist, den Sie da in die Landschaft gesetzt haben. Erstaunlich ist auch, wie Sie das in Ihren eigenen Reihen machen und plötzlich verkünden können.

Im Übrigen will ich darauf hinweisen, dass das nur deswegen zustande gekommen ist, weil wir für diese Plenarsitzungswoche einen entsprechenden Antrag auf der Tagesordnung haben, mit dem Sie aufgefordert werden, ein Konzept vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein eigenartiger Vorgang, wenn Sie wenige Tage nach einer solchen Aufforderung durch die Opposition auf einer Pressekonferenz das verkünden, was normalerweise hier im Plenum dargestellt werden müsste.

Das Desinteresse der von Ihrer Partei gestellten Oberbürgermeisterin in Frankfurt am Main an einer effektiven Zusammenarbeit hat schließlich zur Zerstörung des Umlandverbandes geführt. Es ist ein erstaunlicher Vorgang, dass aus Ihren eigenen Reihen in diesen Tagen öffentlich gemacht wird, dass der einstige Oberbürgermeister von Frankfurt, nämlich Rudi Arndt, damals in seiner Funktion als ehrenamtlicher Direktor des Umlandverbandes mit die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen dem Umlandverband und der Stadt geschaffen hat. Glauben Sie denn, dass Ihre Oberbürgermeisterin - die teilweise nicht einmal in der Lage ist, in Frankfurt die Koordinationsaufgaben im Magistrat wahrzunehmen - plötzlich Vorsitzende des Rates der Region und damit das Problem der Region gelöst werden kann? Das glauben Sie doch selbst nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Frank Lortz (CDU): Der Wähler sieht das ganz anders!)

Herr Ministerpräsident, Sie werden - das ist bereits heute deutlich geworden - an dem schwierigen Gang der Verhandlungen des Landes mit den betroffenen kommunalen Trägern nicht vorbeikommen. Selten ist mir ein solch verquollenes Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung begegnet wie bei diesem Entwurf - nach dem Motto: Wenn die nicht wollen, wie wir wollen, dann werden wir nach zwei Jahren anordnen. - Und das vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung. Welche Vorstellung haben Sie eigentlich von kommunaler Selbstverwaltung und von einer Neuordnung dieses Raumes?

(Manfred Schaub (SPD): Aktive Bürgergesellschaft!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kommt jetzt darauf an, dass wir auf der Grundlage der von uns geschaffenen Diskussionsmodelle weiterarbeiten. Lassen Sie mich ganz offen sagen, Sie werden die Probleme des Ballungsraums nicht ordnen, wenn Sie nicht gleichzeitig eine finanzwirtschaftliche Lösung des Finanzausgleichs in dieser Region erreichen,

(Beifall bei der SPD)

und zwar nicht nur in den von Ihnen beschriebenen Bereichen, etwa der Sozialhilfe, sondern es kommt vor allen Dingen darauf an, ein Ausgleichssystem zu finden, bei dem die Kernstädte - ich will das exemplarisch bei der Kultur darstellen - die Hauptlast der Kosten tragen und die Voraussetzung dafür schaffen, dass sich die Umlandgemeinden solidarisch an einer entsprechenden finanzwirtschaftlichen Lösung der Probleme beteiligen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch ein paar Bemerkungen zur Schulpolitik machen. Chancengleichheit heißt für uns als Sozialdemokraten nicht, wie uns das die Konservativen immer wieder einreden wollen, dass jeder Mensch gleich behandelt werden muss. Vielmehr

heißt Chancengleichheit, dass man auch die notwendige Differenzierung vornimmt. Chancengleichheit heißt in erster Linie, die Breitenförderung durchzuführen. Chancengleichheit beinhaltet aber auch, dass Jugendliche mit schlechteren Startchancen einer besonderen Unterstützung und Förderung bedürfen und dass Begabte ebenfalls besonders gefördert werden müssen. Das ist unser Begriff von Chancengleichheit.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es falsch Frau Kultusministerin, wenn Sie in der bildungspolitischen Debatte der Öffentlichkeit einzureden versuchen, dass Chancengleichheit gegen Begabtenförderung steht oder gegen Benachteiligtenförderung ausgespielt werden soll. Wir brauchen beides, wir brauchen es gemeinsam, und wir brauchen eine Schulorganisation, bei der die Kinder ihre Chancen und ihre Möglichkeiten entsprechend entwickeln können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine vernünftige Breitenförderung, die auch eine Förderung von Benachteiligten oder Jugendlichen mit schlechten Startchancen umfasst, und wir brauchen eine gezielte Begabtenförderung.

Was die Landesregierung jetzt mit der Schule vorhat, das ist der Versuch, die Schule in einer politischen Rolle rückwärts in die Fünfzigerjahre zu befördern. Kaum haben Sie die Regierung übernommen, haben Sie deutlich gemacht, wohin die bildungspolitische Reise mit Ihnen gehen wird. Um das Ergebnis gleich vorwegzunehmen: Das von Ihnen im Schweinsgalopp verabschiedete Gesetz - bei dem Sie noch die Chuzpe haben, es als "Erstes Gesetz zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen" zu bezeichnen -, erweist sich bei genauem Hinsehen als erstes Gesetz zum Qualitätsabbau in hessischen Schulen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Änderungen sind mehr als nur technischer Art. Sie sind darauf angelegt, Schule qualitativ zu verändern, und dies leider zum Negativen. Ihre Auffassung von der gesellschaftlichen Aufgabe und von der gesellschaftlichen Funktion der Schule ist grundfalsch. Sie wollen zurück zu einem streng vertikal gegliederten dreistufigen Schulsystem, in dem jede der drei Schulformen einen unterschiedlichen Bildungsauftrag bekommt, der in erster Linie der Vorbereitung auf bestimmte spätere berufliche Einstufung und Qualifikation dient. Sie versuchen, eine längst überwunden geglaubte schichtenspezifische Organisationsform von Schule erneut zu etablieren. Unsere Gesellschaft hat sich aber längst aus einer industriellen Gesellschaft zu einer modernen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft weiterentwickelt. Das Gesellschaftsmodell, das Sie Ihren Überlegungen zur Schulreform zugrunde legen, ist längst überkommen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein weiteres Beispiel für Ihre Vorstellung vom Auftrag der Schule: In der Bestimmung des Schulgesetzes, die die Bewertung der Leistungen und des Arbeits- und Sozialverhaltens regelt, haben Sie mit der Gesetzesänderung die Leistungsbewertung auf einen einzigen Bezugspunkt reduziert, nämlich allein auf die im Unterricht vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten. Das halten wir schlicht für falsch. Es entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um einen weiteren Punkt aus dem Schulbereich zu nennen: Sie zerschlagen das Konzept der Grundschule mit festen Öffnungszeiten. In Hessen ist es erstmals gelungen, ein Konzept zu entwickeln, in dem ein pädagogisch sinnvoll gegliederter Vormittag zugleich die legitimen Bedürfnisse der Eltern nach verlässlichen Schulzeiten erfüllt und ihnen damit Lebens- und Arbeitsplanung überhaupt erst ermöglicht. Die tayloristische Einteilung des Schulvormittags in 45-Minuten-Einheiten ist in diesem Konzept aufgehoben. Schülerinnen und Schüler werden nicht mehr wie Werkstücke behandelt, die alle 45 Minuten einen Arbeitsgang weitergeschoben werden. Die Grundschule wurde in ihrem ganzheitlichen eigenständigen Bildungsauftrag gestärkt. Die Umsetzung dieses Konzepts hatte begonnen. Es befanden sich bereits 200 Schulen in diesem Landesprogramm, und 200 weitere hatten sich auf den Weg gemacht, dies aus eigenem Antrieb zu schaffen, mithilfe der Kommunen. Das Programm erstreckte sich zeitlich bis 2003, damit alle Grundschulen genügend Zeit haben, sich auf das Konzept einzustellen. Auf diesen Zeitplan war auch die Lehrerversorgung ausgerichtet. Was aber machen Sie, Frau Kultusministerin?

(Inge Velte (CDU): Neue Lehrer einstellen!)

Statt auf diesem Konzept aufzubauen, kappen Sie es radikal. Die Stimmen draußen im Lande können Sie entsprechend zur Kenntnis nehmen. Der eigenständige Bildungsauftrag der Grundschule wird zurückgenommen zugunsten einer schlichten Zulieferfunktion in die dreigegliederte Schule.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die wirklich wichtigen Themen der Schulentwicklung sind bisher von der Regierung Koch auch durch den ständigen Hinweis auf Quantitäten, fokussiert auf das Schlagwort von der Unterrichtsgarantie, verdeckt worden. Dass diese Garantie von der Regierung selbst nicht so gemeint ist, wie sie im Wahlkampf gegeben wurde, ist längst deutlich geworden. Wir nehmen Sie aber beim Wort, und wir werden Sie von diesem Versprechen nicht loslassen.

Herr Ministerpräsident, eine Garantie ist eine Garantie und nicht etwas, was so nicht gemeint war, wenn es konkret um die Realisierung geht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können nicht annehmen, dass der von Ihnen im Wahlkampf bewusst geprägte und ständig als Schlagwort benutzte Begriff sich im Nachhinein aufgrund der Erkenntnis, dass Sie die Probleme nicht lösen können, umdefinieren lässt. Die Eltern sind nicht so dumm, und die Öffentlichkeit wird das rechtzeitig merken.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): So ist es!)

Was der neuen Regierung Bildung wert ist, macht sie mit dem Haushaltsentwurf deutlich. Sie setzt ausschließlich auf die Grundversorgung der Kinder in den Schulen. So wichtig - darüber kann es überhaupt keinen Zweifel geben - die Grundversorgung auch ist, mit diesem Ein-Punkt-Programm betreiben Sie, Frau Kultusministerin, die Entsolidarisierung der unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen. Von der Notwendigkeit lebenslangen Lernens zu reden und gleichzeitig 30% der Mittel für die Volkshochschulen und für die Erwachsenenbildung zu streichen, ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besonders davon betroffen sind kleine Einrichtungen, das Institut der Volkshochschule, die Walter-Kolb-Stiftung, die einzige hessische Heimvolkshochschule, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Welchen Begriff von Bildung haben Sie, wenn Sie den zweiten Bildungsweg so gering achten und eine gesamte Bildungskultur mutwillig in Frage stellen und zerschlagen, wie Sie das mit diesem Haushalt tun?

(Barbara Stolterfoht (SPD): So ist es!)

Wenn Sie jetzt auf Druck einige Kürzungen abmildern und wir gleichzeitig erkennen müssen - da sind wir wieder beim Stichwort Reparatur -, dass plötzlich bei vergessenen Gestellungsverträgen 30 Millionen DM zur Verfügung stehen, dass plötzlich 7 Millionen DM für die Privatschulen nachgeschoben werden können, weil Sie es bei der Aufstellung des Haushalts schlicht vergessen haben, dann wird deutlich, dass es nicht am Geld mangelt,

(Lothar Quanz (SPD): Richtig!)

sondern welche Geringschätzung Sie für die anderen Bildungsbereiche und -aufgaben haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie dann noch die Mittel für die Blindenstudienanstalt in Marburg kürzen, dann wird deutlich, dass Sie auch dieser Einrichtung, die bundesweit vorbildlich ist, einen entsprechenden Schlag versetzen.

Die vom Land finanzierten Projekte der Schulsozialarbeit sollen empfindlich gekürzt werden. 87.000 DM sollen hier eingespart werden, und das in Zeiten, in denen sicherlich zwischen uns Einigkeit besteht, dass es darauf ankommt, Kinder und Jugendliche prophylaktisch vor entsprechenden Handlungsweisen und deren Konsequenzen zu bewahren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich prophezeie Ihnen, dass Sie das, was Sie bei der Schulsozialarbeit kürzen, später im Jugendstrafvollzug mehrfach und teuer bezahlen müssen, und das ist eine falsche Weichenstellung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre ursprüngliche Absicht, die Mittel für das Berufsschulfernsehen völlig zu kürzen, macht deutlich, dass Sie nicht in der Lage sind zu erkennen, dass die neuen Medientechnologien, die wir in der Zwischenzeit in allen Bereichen haben, in die hessische Wirklichkeit einfließen müssen.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Damit haben Sie gleichzeitig in Kauf genommen, dass die Mittel, die der Hessische Rundfunk zur Verfügung stellt, völlig gestrichen werden. Dies hat am Ende aber zur Einsicht geführt, sodass Sie diesen Vorgang rückgängig gemacht haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich den letzten Punkt erwähnen. Eine gute Lehrerbildung ist eine Voraussetzung für gute Schulen. Wenn im Haushalt allein der Bereich Studienseminare um 12,5 Millionen DM gekürzt wird, wird deutlich, mit welcher Konzeptionslosigkeit Sie sich bei der Lehrerbildung und -fortbildung bewegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man in nächster Zeit mehr Referendare einstellen will und diese Referendare dann auch noch selbstständig Unterricht machen lassen will, und zwar in der Differenzierungs- und Intensivphase, dann kommt es darauf an, dass diese Referendare in der Erstausbildung qualitativ ausgebildet werden können und dass für die Fort- und Weiterbildung die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen. Aber Sie kürzen drastisch - eine völlige Fehlentwicklung auf diesem Gebiet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe bereits eingangs darauf hingewiesen, dass die Sozialpolitik zur Restgröße verkommt, deswegen dazu nur noch wenige Bemerkungen. Für das wichtigste gesellschaftliche Problem, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, leistet die Landesregierung zukünftig keinen aktiven Beitrag mehr. Die Programme wurden radikal gekürzt bzw. völlig aufgegeben. Es ist nach meinem Dafürhalten vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit ein zynischer Vorgang, so mit denjenigen umzugehen, die in der Arbeitslosigkeit sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, im Hinblick auf die Familienpolitik reicht es nicht aus, wenn die CDU zu diesem so wichtigen Thema einen Sonderparteitag durchführt und ihre Programmatik neu festlegt. Die Kluft zwischen Reden, auch zwischen den Reden, die Sie jetzt auf diesem Parteitag in Berlin gehalten haben, und dem, was in diesem wichtigen Politikfeld konkret erfolgt, ist mehr als groß. Es hat einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bedurft, um Ihnen zu bescheinigen, dass Sie nach 16 Jahren Regierung Kohl auf dem familienpolitischen Feld völlig versagt haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Regierung Kohl hat insbesondere die Familien mit Kindern allein gelassen. Wir halten es auch für unverantwortlich, dass Sie sich im Hinblick auf die Kinderbetreuung aus Ihrer Mitverantwortung davonschleichen und diese Aufgabe künftig allein den Kommunen überlassen und alle Kosten dort abwälzen, und das vor dem Hintergrund der Diskussion um die verfassungsrechtliche Verankerung des Konnexitätsprinzips - ein schizophrener Vorgang.

(Barbara Stolterfoht (SPD): So ist es!)

Unsere Kollegin Karin Schmidt - ich möchte in dieser Stunde an sie erinnern - hat als Vorsitzende der Enquete-Kommission "Familienfreundliches Hessen" in der letzten Legislaturperiode, ich sage auch: erfreulicherweise über Parteigrenzen hinweg, sich bemüht, Grundlagen für ein familienfreundliches Hessen zu erarbeiten.

(Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lassen Sie mich ganz offen sagen: Ich empfinde es ein wenig als Schande, wie Sie mit dem Erbe von Karin Schmidt umgehen und wie sich das im Haushalt 2000 im Hinblick auf familienpolitische Aktivitäten niedergeschlagen hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der Altenpolitik - Hessen hat auf diesem Feld große Tradition - drehen Sie das Rad zurück. Die völlige

Streichung der Mittel für die Beratungs- und Koordinierungsstellen für ältere Menschen ist nur ein Beispiel dafür. Aber auch die Kürzung der Investitionsmittel für Altenpflegeeinrichtungen führt am Ende schlicht dazu, dass die Kommunen zukünftig über die Sozialhilfe noch stärker belastet werden.

(Beifall der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Gerade bei der Generation der älteren Menschen, die unsere Republik aus Schutt und Asche wieder aufgebaut haben, muss Politik besonders sensibel und nach meinem Dafürhalten verantwortlich handeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den wichtigen Politikbereichen Umwelt und Naturschutz nehmen Sie drastische Kürzungen vor. Das so wichtige Thema des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen vernachlässigen Sie völlig. Wie die Sozialpolitik verkommt auch die Umwelt- und Naturschutzpolitik zur Restgröße Ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die bisherige am Klimaschutz orientierte und die technologische Entwicklung fördernde Energiepolitik geben Sie völlig auf. Sie schaden damit nicht nur der Natur, sondern Sie vernichten auch sehr viele Arbeitsplätze, und ich sage: sehr viele Arbeitsplätze in kleinen und mittelständischen Betrieben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Manfred Schaub (SPD): Genau da!)

Ich werde gespannt sein, welche Reden bei den Neujahrsempfängen der Handwerksfachverbände und der Handwerkskammern von Ihnen gehalten werden. Wir waren stolz darauf, dass wir gerade auf diesem Gebiet Programme aufgelegt haben, bei denen ganze Branchen quer durchs Land und vor allem auch in den strukturschwachen Räumen unseres Landes Arbeit und Brot für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten. Aber rigoros wird dies von Ihnen zusammengestrichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein paar Bemerkungen zum Ausbau des Frankfurter Flughafens. Es bleibt bei der Position, die die Regierung Eichel eingenommen hat. Wir unterstützen das Mediationsverfahren. Wir sind daher auch bereit, den Antrag, über den die noch erforderlichen Mittel für den Abschluss der Mediation zur Verfügung gestellt werden sollen, mit zu unterstützen - eine Selbstverständlichkeit.

Es wird gerade für die Landespolitik im kommenden Jahr sehr viel Umsicht und Sensibilität erforderlich sein, um den schwierigen Abwägungsprozess im Hinblick auf die Frage vornehmen zu können, ob und wie der Rhein-Main-Flughafen weiter ausgebaut werden soll. Herr Ministerpräsident, deswegen haben wir diesen Antrag mit unterstützt.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Heute ist die letzte Beratung eines hessischen Landeshaushaltes vor der Jahrtausendwende. Die Sozialdemokraten Hessens haben allen Anlass, an der Jahrtausendwende mit Stolz auf das zurückzuschauen, was Sozialdemokraten in landespolitischer Verantwortung insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg für unser Hessenland geleistet haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Sozialdemokratische Partei ist die älteste demokratische Partei in Deutschland. Der moderne Sozialstaat, Mit-

bestimmung, soziale Sicherheit, Teilhabe und Demokratie - all dies ist im zu Ende gehenden Jahrhundert von den Bürgerinnen und Bürgern erkämpft, es ist ihnen nicht geschenkt worden. Sozialdemokraten haben immer für den Sozialstaat gekämpft, und das wird auch so bleiben.

Sozialdemokraten haben in diesem Jahrhundert auch sehr viel erleiden müssen. Dies wird nicht zuletzt jedes Jahr am Verfassungstag deutlich. Vor wenigen Tagen war es wieder so, nämlich bei der Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille. Sozialdemokraten haben in der Tat große Opfer vollbracht. Viele haben sogar in diesem Jahrhundert ihr Leben beim Kampf um die gemeinsamen Ziele gegeben, für ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir sind stolz darauf, dass wir dies historisch geleistet haben.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Wissen gibt uns auch heute die Kraft, die Rolle der Opposition im Hessischen Landtag zu erfüllen. Wir sind stolz darauf, dass am Ende des 20. Jahrhunderts Sozialdemokraten auf Bundesebene in Regierungsverantwortung sind und unser Land in das nächste Jahrtausend führen. Hinter uns liegt auch eines der blutigsten Jahrhunderte für unsere Gesellschaft: gleich zweimal in Deutschland in diesem Jahrhundert Krieg und Verderben, und zwar von Deutschland ausgegangen, in den Kontinent gebracht. Wir haben Völkermord und unvorstellbare Exzesse der Ausgrenzung und Barbarei erlebt. 40 Jahre lang war nicht zuletzt infolgedessen unser Land geteilt.

Ich habe bedauert - lassen Sie mich das noch einmal sagen -, dass das Angebot von uns, das in einer Feierstunde entsprechend zu würdigen, gestern in der Art und Weise abgehandelt wurde, nämlich rein unter parteipolitischen Gesichtspunkten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Kartmann (CDU): Sie haben doch angefangen!)

Aus alledem, was ich sagte, war endlich der Weg in eine freiheitliche soziale Demokratie gefunden worden, und darauf können wir stolz sein.

Am Ende eines arbeitsreichen Jahres möchte ich auch den Mitgliedern meiner Fraktion, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Geschäftsstelle und der SPD im Hessenland für ihre Hilfe, für die Arbeit und für die Rolle danken, die sie gespielt haben, dass wir konstruktiv die Oppositionsaufgabe übernehmen konnten. Danken möchte ich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und den Behörden unseres Landes. Unser Ziel ist, Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident Koch, am Ende dieser Legislaturperiode abzulösen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie es damals nach vier Jahren der Regierung Wallmann möglich war. Bereits mit der Verabschiedung des ersten Haushaltes, den Sie alleine zu verantworten haben - nämlich den Haushalt 2000, den wir heute beraten -, wird deutlich, dass das Hessenland mit Ihrer Politik keine gute Zukunft hat. Das wollen wir am Ende dieser Legislaturperiode ändern. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Clemens Reif (CDU): Das war nichts Wildes!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat der Ministerpräsident, Herr Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Werter Herr Kollege Clauss, es ist kein einfacher Job - das ist richtig -, an dieser Stelle nach acht Monaten einer anderen Regierung Oppositionspolitik zu formulieren. Da muss man vergleichsweise viele Felder umschiffen. Das ist Ihnen heute Morgen gelungen. Das muss man respektieren. Sie haben zur Substanz der Landespolitik, die in den letzten acht Monaten hier stattgefunden hat, nahezu nichts gesagt und dazu relativ lange gebraucht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir und ich die Absicht haben, das heute anders zu machen und über diese Landespolitik zu sprechen,

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür haben wir Verständnis, dass Sie das anders machen können!)

insbesondere wenn ich heute Morgen Zeitung lese und sehe - nach dem, was Sie mit Tremolo in der Stimme in den letzten Monaten gegen die neue Landesregierung vorgetragen haben, dass der Landtag, als wir uns das erste Mal am 7. April hier sahen, so zusammengesetzt war, dass uns zwei Sitze trennten, wir die Mehrheit, Sie in der Minderheit -: Wenn jetzt, Anfang Dezember, Landtagswahl gewesen wäre, würden uns mindestens zehn Sitze trennen. Wir arbeiten erst acht Monate. Dann sind wir mit dem Ergebnis jedenfalls ganz zufrieden. Das müssen Sie akzeptieren.

(Beifall bei der CDU)

Das spricht jedenfalls dafür, dass die Schmerzen der Bürger darüber, dass es eine andere Landesregierung gibt, nicht sonderlich groß sind. Wenn die Unterstützung der Sozialdemokraten in die untere Hälfte der 30%-Marke gesunken ist, dann spricht das nicht dafür, dass im Augenblick irgendjemand nach Ihnen ruft. Das muss man einfach ganz nüchtern zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb haben wir natürlich auch die Verantwortung, in Gelassenheit Stück für Stück das zu machen, was wir den Wählerinnen und Wählern versprochen haben. Darüber will ich, wo es möglich ist, in der Auseinandersetzung zu den Punkten sprechen, die Sie genannt haben.

Zwei Vorbemerkungen: Die erste. Ich habe großes Verständnis dafür - und ich sage offen, wenn wir die Rolle getauscht hätten, würde ich es nicht anders machen -, dass Sie versuchen, Schwierigkeiten, die die christlich-demokratische Union im Augenblick hat, sozusagen immer dann voranzustellen, damit wir nicht über anderes sprechen. Ich sage Ihnen ausdrücklich, ich respektiere, dass in einem Parlament - wo denn eigentlich sonst? - auch über Auseinandersetzungen zwischen Parteien gesprochen wird. Sie haben dazu einen Antrag eingebracht.

Ich werde mir erlauben, mich morgen früh neben den Fraktionsvorsitzenden zu setzen - dahin, wo ich dann hingehöre -, um mich zu Wort zu melden. Dann werden wir diese Diskussion mit dem Abg. Koch, der Landesvorsitzender der CDU ist, selbstverständlich führen. Solange hier der Ministerpräsident spricht, erkläre ich die Regierungspolitik. Darauf lege ich großen Wert.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Schöner Trick!)

Ich hatte gedacht, Sie hätten es auch so verstanden; sonst machten Ihr Antrag und die Bitte, es morgen früh auf die Tagesordnung zu setzen, keinen Sinn. Insofern dachte ich, es fände auch Ihr Verständnis.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt. Sie haben über die laufenden Gespräche im Vermittlungsausschuss gesprochen. Ich würde sagen, da warten wir einmal das Ergebnis des Abends ab. Wir haben hier eine ausführliche Debatte darüber gehabt, in der wir, auch wir beide, hinlänglich Zeit hatten - das gilt auch für mich und meine Redezeit -, uns auszutauschen. Nur eines muss festgehalten werden. Wir werden einer Gesundheitsreformgesetzgebung, wie sie Frau Fischer vorgeschlagen hat und wie sie der Deutsche Bundestag mit Mehrheit beschlossen hatte, unter keinen Umständen zustimmen,

(Armin Clauss (SPD): Es kommt darauf an, was Sie wollen!)

Herr Kollege Clauss, weil es - und da wiederhole ich es, auch wenn es tief in Ihr Fleisch geht - der Einstieg in eine Zwei-Klassen-Medizin in der Bundesrepublik Deutschland ist und weil es im Dezember darauf ankommt, ob man privat Geld hat oder nicht, wenn die Kasse nicht mehr bezahlt.

(Armin Clauss (SPD): Unsinn! Was Sie wollen, ist Zwei-Klassen-Medizin!)

Das war Ihr Modell. Dafür werden sich die Sozialdemokraten politisch rechtfertigen müssen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

An der Stelle wird kein Millimeter zurückgenommen. Sie machen jetzt ein Gesetz, das Verhandlungen im nächsten Jahr über eine vernünftige Gesundheitsreform praktisch unmöglich macht. Sie sind selbst verantwortlich für Krankenhäuser. Sie muten mit dem, was Sie mit Ihrer Bundestagsmehrheit gegen den Bundesrat durchsetzen können, den Krankenhäusern, die bisher vernünftig gewirtschaftet haben - und dazu gehören auch einige, zu denen Sie eine Beziehung haben -, Dinge zu, mit denen sie schwer zu kämpfen haben werden.

Das mögen Sie in Ihrer Verantwortung tun. Ich sage Ihnen nur: Das Gesundheitsreformgesetz ist nicht im Bundesrat von der Mehrheitsgruppe der CDU/F.D.P.-Länder zum Scheitern gebracht worden, sondern es ist - wie mir die, die lange dabei sind, sagen - das erste Mal in mehr als 20 Jahren Geschichte des Bundesrates, dass ein Gesetz mit 16:0 Ländervoten zurückgewiesen worden ist. Kein einziges Bundesland hat für dieses Gesetz im Bundesrat gestimmt. Das ist die Realität Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Clauss, wenn Sie hier hergehen und der Kollegin Mosiek-Urbahn vorwerfen, das sei die Sprache der PDS,

(Armin Clauss (SPD): So ist es!)

dann müssen Sie mir nach den Debatten im Hessischen Landtag schon noch erlauben, darauf hinzuweisen: Wer koalitiert denn in Deutschland mit dieser Partei und macht sie hoffähig? Das ist ja wohl das Letzte, was man hier bieten kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Ihre Partei hat mit der PDS mehr Koalitionen als wir!)

So, meine Damen und Herren, und jetzt beschäftigen wir uns ein wenig mit der Landespolitik. Sie haben uns bei der Regierungserklärung und bei der Debatte über den Nachtragshaushalt vorgehalten:

Erstens. Wir bekommen keinen verfassungsgemäßen Haushalt 1999 zustande.

Zweitens. Wir werden nicht in der Lage sein, einen verfassungsgemäßen Haushalt 2000 vorzulegen.

Drittens. Die Investitionen in Bildung, die wir vornehmen, werden im Jahre 2000 zu einem deutlichen Anstieg der Personalkostenquote führen.

Auf alle drei Punkte sind Sie so heute nicht zurückgekommen. Aber sie bedürfen der Erinnerung, weil sie etwas darüber aussagen, wie gewichtbar Ihre Prognosen von heute sind. Denn die Halbwertszeiten von vier Monaten oder sieben Monaten sind ja nicht unzumutbar bei der Frage, ob eine Opposition in der Lage ist, Entwicklungen einzuschätzen.

Herr Kollege Clauss, zu der ersten Frage, der Haushalt 1999 sei verfassungswidrig, sage ich Ihnen einmal vor der Klammer - ich denke, das kann ich heute sagen -: Ich garantiere Ihnen, dass der Jahresabschluss 1999 nicht verfassungswidrig ist und damit der erste Jahresabschluss seit fünf Jahren ist, der in der Abschlussrechnung des Jahres der Verfassung des Landes Hessen entspricht. Das ist die Realität.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich habe ja nichts dagegen, Prinzipien darzulegen. Ich habe nur etwas dagegen, wenn die gleichen Leute in Person, die mir Jahr für Jahr erklärt haben, auf den Abschluss des Haushalts käme es nicht an, sondern auf den Plan, am Ende - wenn wir einen verfassungsgemäßen Plan und einen Abschluss vorlegen - anfangen wollen, sozusagen eine Verfassungsrechtssstory zu drehen.

Jetzt haben Sie den Rechnungshof in Anspruch genommen. Das müssen Sie tun, wie Sie es für richtig halten. Nur die Pressemitteilung des Hessischen Rechnungshofes erlaube ich mir dann - damit sie im Protokoll enthalten ist - an der entscheidenden Stelle vorzulesen. Da sagt der Rechnungshof in ordnungsgemäßer Form, was Sie moniert haben, was Sie angefragt haben, und schreibt dann - ich zitiere wörtlich -:

Der Rechnungshof hat die vorgesehene Finanzierung des Haushalts 1999 einer eingehenden Würdigung unterzogen. Er hat dem Finanzminister als zentrales Ergebnis seiner Untersuchungen mitgeteilt, dass er die Haushaltsplanung für das Jahr 1999 für verfassungskonform ansieht.

Außerdem hat der Rechnungshof festgestellt, dass die Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben keine Probleme für das Einhalten der verfassungsgemäß gebotenen Schuldenobergrenze mit sich bringen wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Herr Kollege Clauss, wenn Sie doch bitte so freundlich sind, das hinzunehmen und nicht hier solche Reden über globale Minderausgaben zu halten. Für ein bisschen Schutz bin ich schon. Ich lege Wert darauf: Dieser Haushalt des kommenden Jahres ist der erste, der die Titelgruppe "Globale Minderausgaben" quer über den Haushalt nicht mehr vorsieht, und zwar schon im Haushaltsentwurf nicht. Sie

gehen her und legen uns Anträge vor wie Drucks. 15/601: "Globale Minderausgaben: Es wird ein Ansatz von 99,3 Millionen DM eingestellt." Sie schreiben: "... zu erwirtschaften im übrigen Landeshaushalt." Ende der Durchsage. Schöne Wirtschaft, meine Damen und Herren. Das gibt es bei uns nicht mehr. Das war früher so in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Reinhard Kahl (SPD): Weil Sie es den Kommunen weggenommen haben!)

Um es jetzt vollständig zu machen: Wir haben im Jahre 1998 eine Personalquote von 47,1%. Das ist der letzte verantwortliche Haushalt, den Sie haben. Wir werden im Jahre 2000 - inklusive 1.400 Lehrer dieses Jahr, 300 Lehrer nächstes Jahr - in unserem neuen Haushalt eine Personalkostenquote von rund 46% haben. In allen drei Punkten, meine Damen und Herren, ist es so gekommen, wie wir gesagt haben, und es ist nicht so gekommen, wie Sie es behauptet haben. Das ist die Ausgangslage. Mit der sind wir einigermaßen zufrieden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Hochschulen haben Sie herausgerechnet!)

- Nein, Entschuldigung. Die Personalkostenquote, die ich Ihnen gegeben habe, ist die konsolidierte. Das andere wäre günstiger; das ist aber unfair. Wir haben die Quoten genommen, die in vergleichbarer Zahl zu rechnen sind. Sonst hätte ich Ihnen jetzt gesagt, wir liegen bei 44,3% oder so etwas. Das ist aber nicht seriös, Dinge herauszurechnen. Nein, nein. Wir können uns leisten, die richtigen Zahlen zu nehmen. Wir haben damit überhaupt keine Probleme.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Herr Kollege Clauss, ich bin nicht bereit hinzunehmen, dass Sie - sozusagen in aller Gelassenheit - weiter so tun, als wären wir von einer normalen Situation ausgegangen. Dazu hat der Rechnungshof übrigens sehr ausführlich in der von Ihnen zitierten Mitteilung mit Stellung genommen, nämlich zu der Frage, ob es eigentlich seriös ist - wenn man in einem Jahr weiß, dass man Mehreinnahmen hat, aber dieser Vorgang aufgrund der Situation, die wir bedauerlicherweise beim Länderfinanzausgleich haben, im nächsten Jahr Ausgaben in nahezu der gleichen Größenordnung nach sich ziehen wird - zu behaupten, man könne die Kreditaufnahme eines Jahres um die vollen Bruttoeinnahmen mindern, um dann im nächsten Jahr in die Situation zu kommen, dass man das mit den normalen Ausgaben des Landes - die Ausgaben, die durch die Mehreinnahmen des vorangegangenen Jahres entstanden sind - löst. Das haben Sie früher nie gemacht. Das muss man ja auch einmal festhalten. Es gab hier Debatten im Landtag, Auseinandersetzungen mit dem damaligen Finanzminister Manfred Kanther. Es ging um die Frage: "Ist das richtig? Ist das falsch?" weil es da Guthaben gab, als 1987 die Regierung übernommen worden ist, die aus Krediten für solche Dinge gebildet worden waren. Sie haben es 1992, 1993, 1994 gemacht.

Sie haben es erstmals im Jahre 1998 nicht getan, sondern Sie haben im Jahre 1998 den Kreditrahmen geschlossen, obwohl Sie ihn nur wegen großer Mehreinnahmen beim Länderfinanzausgleich so schließen konnten, um zu behaupten, Sie hätten in dieser Weise die Nettoneuverschuldung gedrückt.

Unser Finanzminister war immerhin so fair, dass er schon vor der Landtagswahl begonnen hat, Haushaltstopps - wir

reden über den Februar des Jahres 1999, nicht über den September/Okttober - mit 50% Haushaltssperre einzustellen, weil er wusste, dass er auf eine seriöse Weise das, was er erstmals 1998 gemacht hat, nicht wird in eine solide Haushaltspolitik einbringen können. Wir haben fast 1 Milliarde DM in dem Doppelhaushalt mit ungebuchten Forderungen aus dem Länderfinanzausgleich und anderem gefunden. Wir haben sie konsolidiert. Wir werden eine niedrige Nettoneuverschuldung haben. Wir werden nächstes Jahr die niedrigste Nettoneuverschuldung seit einem Jahrzehnt haben. Das ist die Arbeit der ersten Monate, wie wir sie in der Finanzpolitik gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das müssen wir auch tun. Darüber kann es keinen Zweifel geben. Da werden die Bemerkungen über die Haushaltspolitik des Bundes der letzten Jahre, auf die Haushaltspolitik des Landes übertragen, doch zu einer außerordentlich spannenden Geschichte. Sie werfen uns jetzt vor - wenn ich das richtig begriffen habe -, dass wir nach der mittelfristigen Finanzplanung innerhalb von vier Jahren eine Nettoneuverschuldung von fast 5 Milliarden DM, also 1, x Milliarden DM pro Jahr - um 100 Millionen pro Jahr abschmelzen und dies in der mittelfristigen Finanzplanung angesetzt haben. Das ist wahr. Das ist der Bremsweg. Sie haben in sieben Jahren, nämlich von 1991 bis 1998, die Nettokreditaufnahme und damit die Gesamtverschuldung von 27 Milliarden auf 43 Milliarden DM gebracht.

(Armin Clauss (SPD): Warum denn?)

- Herr Kollege Clauss, ich bin doch gar nicht - -

(Weiterer Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

- Herr Kollege Clauss, ich bin ja ganz friedlich. Ich habe etwas gegen Heuchelei. Ihr Vortrag ist bei dem vorangegangenen Tun Heuchelei.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das ist alles. Im Gegensatz zu den Büchern der letzten Jahre, in denen Sie gesagt haben, Sie machen 1 Milliarde DM Schulden, während Sie 2 Milliarden DM gemacht haben, ist dies eine realistische Einschätzung.

(Armin Clauss (SPD): Sie vergleichen etwas, was nicht zu vergleichen ist!)

Wollen wir das tatsächlich einhalten? Es ist die niedrigste Aufnahme neuer Kredite in einem Haushalt des Landes Hessen seit unglaublich langen Zeiten.

(Armin Clauss (SPD): Ja, weil Sie aufgrund der soliden Bundespolitik wieder mehr Steuereinnahmen haben! - Gegenruf von der CDU - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wovon träumen Sie nachts?)

Wir hoffen, dies trotz der Erblasten, die Sie uns zurückgelassen haben, einhalten zu können. Denn die Wahrheit ist auch: Ein Land wie das Bundesland Bayern - Sie können auch Baden-Württemberg nehmen

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das sind Länder des Südens!)

und inzwischen übrigens auch andere Länder im Norden, nach dem, was Sie die letzten Jahre gemacht haben - hat im prozentualen Verhältnis zu Hessen, trotz der Tatsache, dass es ihm wirtschaftlich nicht immer gut ging, halb so viele Schulden. Das bedeutet, dass wir, wenn wir prozentual so viele Schulden hätten wie der bayerische Staatshaushalt, 1 Milliarde DM weniger Zinsen zahlen müssten. Dann bräuchten wir weder über Nettoneuverschuldung,

über die Frage von Lehrern, noch darüber, ob wir beim Straßenbau 10 Millionen DM mehr oder weniger ausgeben, diskutieren. Das ist die Geschichte der hessischen Politik, und das ist Ihre Geschichte. Es ist nicht gottgegeben, dass Hessen eines der höchstverschuldeten Länder der Bundesrepublik Deutschland ist. Es ist das Ergebnis von Politik. Wir werden das abbauen. Aber das wird nicht von heute auf morgen gehen.

(Armin Clauss (SPD): Sie bauen nicht ab, Sie bauen doch auf!)

Aber wir werden die nächsten vier Jahre zeigen, dass es geht und dass man es mit einer solchen Politik zu einem Erfolg bringen kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es hat nicht nur etwas mit der abstrakten Frage von Staatsverschuldung zu tun, sondern es hat etwas damit zu tun, wie wir in Zukunft im Wettbewerb der Länder in Deutschland stehen werden. In diesem Zusammenhang hat es etwas mit dem Stichwort "Zukunftsinitiative" zu tun. Deshalb will ich es dort ansprechen. Wir haben zwei strukturelle Nachteile. Für den einen können wir nichts: den Streit um die Hessische Landesbank, den ich an dieser Stelle nicht austragen will. Ich komme in meinen Bemerkungen darauf zurück. - Die hessische Geschichte ist eine andere als die bayerische oder baden-württembergische. Vermögen, wie die Energieversorgungsunternehmen, die dort staatlich waren, haben wir nicht.

(Armin Clauss (SPD): Doch, wir hatten einmal Aktien, die Sie in den vier Jahren auch verschleudert haben!)

Wenn ein Erwin Teufel für 25,1% von EnBW 4,3 Milliarden DM bekommt, dann weiß man, was er für die restlichen 75% noch kriegen kann. Hessen ist hier im Nachteil. Die Wahrheit ist, dass wir heute außerhalb des Flughafens aufsalziert kein Vermögen haben, das über die 25% des einen Unternehmens EnBW hinausgeht - und das ist nur eines der Unternehmen von Baden-Württemberg.

(Armin Clauss (SPD): Aber wir haben ein bisschen was gehabt! Das habt ihr in den letzten vier Jahren auch verschleudert!)

Das hat natürlich Nachteile bei der ersten Situation zur Folge, nämlich dass wir dieses Geld in den nächsten Jahren im Wettbewerb um Standorte nicht einsetzen können. Bayern setzt 1,3 Milliarden DM Staatsgelder für Life Sciences ein. Ich glaube zwar nicht daran, dass man mit jeder Mark, die man mehr einsetzt, die gleiche Quantität Intelligenz kaufen kann. Deshalb bin ich nicht schrecklich ängstlich. Aber es ist auch wahrscheinlich, dass in existierenden Labors mehr erfunden werden kann als in Labors, die es erst gar nicht gibt. Das heißt, wir tragen ein Wettbewerbsrisiko.

Wenn ein Land wie Bayern 200 Millionen DM für ein Feld wie Mechatronik ausgeben kann, dann können daraus Schwierigkeiten und Wettbewerbsnachteile entstehen. Dies muss man berücksichtigen, wenn man die großen Kraftanstrengungen sieht, die wir z. B. im Bereich der Hochschulen unter Führung von Frau Kollegin Wagner im Augenblick unternehmen, um zu versuchen, an bestimmten Stellen Anschluss zu gewinnen. Hierbei fällt die Tatsache ins Gewicht, dass wir aufgrund der Zinsbindungen so hoch in Verschuldungslasten der Vergangenheit stecken, dass wir haushaltsstrukturell so viel schlechter stehen, dass wir so viel weniger freie Mittel haben, dass wir weder der Hochschule noch den Gründerzentren, noch bei Datenautobahn

nen oder bei Risikokapital eine so große Investitionssumme zur Verfügung stellen können. Zugleich haben wir für unsere laufenden Zuschüsse - für Personal, Hochbaumittel und anderes - aufgrund der vorgefundenen exorbitanten Verschuldung des Landes Hessen weniger Spielraum als die Länder, die das Kapital haben.

Es hilft überhaupt nichts, dies schönzureden. Wir müssen unter diesen Gesichtspunkten Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Ich bin fest davon überzeugt, dass man das kann. Dies gelingt aber nur, wenn man alle Stärken zusammennimmt - über Verkehrsinfrastruktur müssen wir nachher reden - und wenn man das, was man an vorhandenem Kapital hat, so wirkungsvoll wie möglich einsetzt. Wenn ich endlos Kapital hätte, könnten wir darüber reden, was wir nehmen. Aber wer sagt, er will die Zukunftsinitiative nicht, und wer sagt, Wohnungsbau - Messe hatten Sie früher schon einmal gesagt - stehe nicht zur Verfügung, der wird in den nächsten Jahren Stück für Stück beantworten müssen, wie wir einigermaßen akzeptable Randbedingungen für Gründerzentren, für Investitionsförderungen, Ausstattung mit Risikokapital, einigermaßen vernünftige Förderbedingungen für die Investitionsbank der Zukunft, vernünftige finanzielle Voraussetzungen und - Herr Kollege Schaub - etwas wie den Flughafen Kassel-Calden wirtschaftlich ermöglichen können. Es geht natürlich nicht, in Kassel zu loben, dass wir Geld haben, und dann, wenn wir versuchen, das Geld zu beschaffen, zu kritisieren, dass wir es holen. Dann müssen sich die Beteiligten irgendwann entscheiden, auf welcher Seite dieses Spiels sie stehen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Das ist nur unsolide, was Sie machen! - Zuruf des Abg. Harald Polster (SPD))

Ich weiß, dass das schwierig ist, aber es ist wahr. Wir müssen klar sagen: Wer bei allen Punkten der Nutzung von Vermögen widerspricht, der nimmt hin, dass das Vermögen an der schlechtesten aktiven Stelle bleibt

(Ministerin Ruth Wagner: So ist es!)

und für alle Stellen, an denen wir eine kleine Chance hätten, in Zukunft zu gewinnen, nicht zur Verfügung steht. Das müssen Sie dann Punkt für Punkt rechtfertigen. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass Sie über alles begeistert sind - nein. Es ist nach meiner festen Überzeugung die einzige Möglichkeit, einen Wettbewerbsnachteil des Landes Hessen aufzuholen.

Wir werden gemeinsam darüber reden, wie wir das machen. Das halte ich auch ausdrücklich fest. Wir werden gemeinsam darüber reden, wie es gelingen kann, Interessen von Mietern in dieser Region dennoch zu schützen. Da gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Wir werden sie sicher nicht - wie Sie meinen - dem freien Markt schutzlos ausliefern. Davon sind wir nicht nur fest überzeugt, das haben wir schon in der Koalitionsvereinbarung miteinander verabredet. Wenn jemand nur das eine Ziel fördert, dann muss er erklären, wie er den Standort Hessen weiter entwickeln kann. Sie haben das in den letzten Jahren nicht gemacht. Wir wollen das tun. Eine Reduzierung auf die Nöte des Haushalts unter dem Gesichtspunkt der Nettoneuverschuldung würde bedeuten, dass wir alle Zukunftsinvestitionen nicht zusätzlich würden finanzieren können und jedes Jahr ein Stück zusätzlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Regionen in Deutschland hätten. Dazu sind wir nicht bereit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das muss man ganz klar sagen. Sie sehen die augenblickliche Protestwelle der Kommunen im Lande gegen unseren Haushalt. Ich will hinzufügen: Die war in den letzten Jahren noch nie so leise wie heute. Das liegt nicht daran, dass das alles CDU-Leute sind. Ich hätte gern noch mehr CDU-Leute. Es sind genug Sozialdemokraten in Verantwortung. Warum sind die denn so ruhig? Sie sind so ruhig,

(Silvia Hillenbrand (SPD): Weil sie wissen, es hat keinen Zweck!)

weil sie die Zahlen betrachtet haben und finden, dass das, was wir gemacht haben, nicht unfair ist.

Wenn der Kommunale Finanzausgleich im kommenden Jahr ohne die Verstärkungsmittel,

(Armin Clauss (SPD): 100 Millionen DM!)

die wir herausgenommen haben, um 4,5% steigt und der Landeshaushalt um 1,4% - -

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist doch nicht Ihr Verdienst! - Manfred Schaub (SPD): Mit fremden Federn schmücken!)

- Entschuldigung. Seid doch mal friedlich, ich habe gar nicht über Verdienst geredet.

(Manfred Schaub (SPD): Doch, suggeriert, dass es Ihr Verdienst war!)

Ich habe gesagt, wenn er um 4,5% und der Landeshaushalt um 1,4% steigt, dann ist es ein Gebot der Fairness - hier könnte ich von morgens bis abends Herrn Eichel zitieren, was gerade an einer anderen Stelle in Deutschland passiert -, dass die Ebenen über die Tragbarkeit von Belastungen bei Veränderungen von Einnahmestrukturen miteinander reden. Es ist gut, dass die Kommunen eine so große Mehreinnahme haben. Wir im Land haben ein Problem. Wir haben sogar gigantische Probleme, weil wir unabhängig von dem, was wir hier machen, viel zu wenig tun. Ich bräuhete deutlich mehr Geld für Lehrer - und nicht weniger -, als wir bereitstellen können.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Dann ginge es nämlich schneller. Das heißt, wir sind unter maximaler Anspannung. Wir brauchen mehr Geld für Familienförderung. Da streite ich doch mit Ihnen gar nicht. Wir haben im Augenblick einen angespannten Haushalt. Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund eines angespannten Haushalts

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

war es eine faire Verabredung, zu sagen, wir gehen davon aus, dass die finanzielle Verbesserung von den in Anspannung stehenden Kommunen im nächsten Jahr durch höhere Steuereinnahmen rund dreimal so gut ist wie die des Landes. Dies rechtfertigt aber nicht, noch Ergänzungsmittel hinzuzugeben, wenn die Situation des Landes so ist, wie sie im Augenblick ist.

Das freut niemanden von den Beteiligten. Aber es ist in Fairness miteinander getragen worden, weil es eine zweite Antwort dazu gab, gegen die Sie sehr strikt sind. Wir haben in dieser Zeit gesagt: Wir wollen erreichen, dass es in den Kommunen eine stärkere Selbstständigkeit beim Ausgeben von Geld gibt, als das in der Vergangenheit der Fall war. Das betreiben Sie mit dem größten Willen zur Agitation. Wenn wir einen Betrag bei der Betriebsförderung von Kindergärten in den allgemeinen Finanzausgleich einstellen, behaupten Sie, wir hätten die Kindergartenmittel gestri-

chen. Das ist ein ziemlich abenteuerliches Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung.

(Armin Clauss (SPD): Das hat niemand behauptet!)

Genau das wollen wir nicht. Wir sagen nur: Stück für Stück werden wir Sondertöpfe zurückführen. Wir geben es in die Gesamtverantwortung der Kommunen. Wir sind nicht mehr diejenigen, die als Land versuchen, mit viel bürokratischem Aufwand, unendlichen Beamtenstellen und Formularen Jahr für Jahr zu kontrollieren und zu gängeln, was die Kommunen machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben die Investitionspauschale mit 100 Millionen DM wieder eingeführt, die Sie abgeschafft haben. Deshalb ist es eine Botschaft an die Gemeinden. Wir werden ihre Selbstständigkeit stärken. Wir werden die Verbesserung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit fördern und akzeptieren, aber in einem Maße, in dem bei einem vernünftigen solidarischen Lastenausgleich mit dem Land jeder am Ende einigermaßen erträglich bestehen kann.

Ich bin dem Finanzminister außerordentlich dankbar dafür, dass er nicht nur einen ordentlichen Haushalt zustande bekommen hat, sondern auch eine faire Verabredung mit den Kommunen getroffen hat. Das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Diese faire Verabredung mit den Kommunen ist die Basis dafür, dass wir in den nächsten Jahren in einer erheblichen Zahl von Veränderungen natürlich dazu kommen werden, dass wir den Kommunen mehr Rechte und Freiheiten, nicht nur beim Geld, sondern auch in den sonstigen Regeln, geben.

Von der Kindergartenrichtlinie über die technische Wohnungsbaurichtlinie bis zu den Programmen, ob man eine Bibliothek mit Regalen in drei oder vier Reihen ausstatten muss, werden wir Stück für Stück bei unserer Reduzierung von Normen alles auf den Prüfstand stellen, damit die Gemeinden beides können: frei über ihr Geld verfügen in der Frage, wo sie es einsetzen, und in der Frage, wie sie es in diesen Bereichen einsetzen, weil man das Land dazu nicht braucht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das erfahren Sie doch genauso wie wir. Mir klopfen im Augenblick sozialdemokratische Bürgermeister bei dieser Frage mehr auf die Schulter als christdemokratische. Die Christdemokraten haben es von uns erwartet. Denen hatten wir es ohnehin versprochen. Die Sozialdemokraten haben der Vorgängerregierung nie geglaubt, dass sie es kann, und wundern sich im Augenblick, dass es tatsächlich praktisch geschieht. Das ist genau das, womit wir sehr gut leben können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben uns auch vorgenommen, bei den Regeln der Landespolitik drei Themen in den Mittelpunkt zu stellen. Das haben wir auch getan. Darüber schimpfen Sie gelegentlich. Wir sind stolz darauf. Diese drei Themen sind die Bildungspolitik, die innere Sicherheit und die Wirtschaftspolitik. Auch wenn es in der parlamentarischen Debatte gelegentlich langweilig wird, wird es so bleiben, dass alle immer an den gleichen Themen arbeiten.

Herr Kollege Clauss, bei uns ist Bildungspolitik nicht das letzte Thema in der Rede, sondern der erste Punkt der sachpolitischen Handlungsthemen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

In der Bildungspolitik haben Sie doch eine so blutige Nase bekommen. Aber Sie gehen tatsächlich hier her und haben immer noch nicht die Absicht, als zentrale Frage darüber zu reden, wie viel Unterrichtsversorgung man in einem Land bereitstellt. Das bedeutet, dass Sie tatsächlich in einer etwas älteren Welt zu Hause sind, was Schulpolitik angeht. Das ist die Frage, die Eltern heute stellen. Das ist die Frage, die wir beantworten müssen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dazu haben wir mit dem Abschluss des Haushalts 2000 - das, was wir in diesen Tagen beschließen - mehr getan, als Sie für vier Jahre den Betroffenen versprochen haben. Das wollen wir zunächst einfach einmal festhalten zum Unterschied von Politik der einen oder anderen Seite.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Über viele Zahlen und Mathematik, Hoch- und Runterrechnungen werden wir uns endlos streiten. Über diese Zahl kann man sich nicht streiten. Die ist einfach so. Sie ist noch nicht alles. Aber sie ist das erste Mal ein Zeichen an die Schulen. Das ist wie mit dem Bürgermeister. Zum ersten Mal gibt es ein Zeichen an die Schulen, dass wir ihnen nicht nur auf dem Kopf herumhauen, sondern dass wir tatsächlich gemeinsam mit ihnen Probleme lösen wollen.

Wir sind mit Frau Kultusministerin Wolff an der Spitze in der letzten Zeit häufig in Schulen gewesen. Die Frau Kultusministerin wird in der Schule nach wie vor außerordentlich fröhlich begrüßt. Sie muss nicht mit Polizeischutz in die Schule geleitet werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir können über ein paar ganz äußerliche Veränderungen von acht Monaten neuer Politik in diesem Lande sprechen. Die sind doch schön. Es ist doch gut, dass das wieder geht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es hat vielleicht auch etwas damit zu tun, dass Frau Wolff Menschen etwas freundlicher begegnet, als es Hartmut Holzapfel gelegentlich getan hat, aber nicht nur. So einfach sind die Lehrer nicht. Es hat etwas damit zu tun, dass wir das erste Mal etwas "mitbringen". "Mitbringen" in zweierlei Hinsicht: Erstens erkennen wir an, dass es ein materielles Problem gibt. Zweitens zeigen wir ihnen, dass wir beginnen, inhaltliche Fragen anzugehen.

Herr Kollege Clauss, wenn ich bei den inhaltlichen Fragen bin: Sie haben etwas gesagt, was ich ausdrücklich teile. Ich muss vorsichtig sein, dass es keine Generalerklärung wird. Sie haben gesagt: Wir müssen dafür sorgen, dass jeder nach seiner Begabung eine Chance hat. - Ja.

Aber was haben Sie mit den 30% der Schüler in der Hauptschule in den letzten acht Jahren gemacht, damit jeder nach seiner Begabung eine Chance bekommt?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben in diesem Bundesland eine der höchsten Abbrecherquoten von Hauptschülern. Wir haben eine absolut in-diskutable Abbrecherquote von Hauptschülern nicht deutscher Nationalität. Ihr Integrationsgerede hilft mir gerade überhaupt nichts, wenn die nächste Generation nicht einmal durch die Hauptschule kommt und keine Eintrittschance in diese Gesellschaft und in eine Wettbewerbsgleichheit hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Bei meiner Forderung nach vergleichbaren Tests in allen Schulen habe ich gelegentlich auch von Vertretern der SPD

und der GRÜNEN die Antwort bekommen: Das kann man nicht machen. Es gibt so viele Schulen mit hohem Ausländeranteil.

Können wir vielleicht erst einmal verabreden - wohl wissend, dass das ein schwieriger Weg ist -, dass das schreien der Blödsinn ist? Wir haben natürlich eine Verpflichtung, die jungen Menschen zu gleichem Schulabschluss zu führen. Das führt zu durchaus anderen Konsequenzen als nur der. Dazu gehört z. B., dass man aufhört, in der Bundespolitik über Integration zu reden und nicht über Nachzugsalter, und weiter zuzulassen, dass ein Großteil der Kinder, deren Eltern in Deutschland leben, erst mit 15 oder 16 Jahren nach Deutschland kommt. Wir haben keine Chance mehr; sie richtig in das schulische Leben zu integrieren. Es hat mit mehr als nur mit Schule zu tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aber es hat eine Menge mit Schule zu tun. Die Abbrecherquote von Hauptschülern in unseren Schulen ist auch bei Kindern, die immer in Deutschland gelebt haben, die hier geboren sind, verdammt hoch. Vielleicht kann einer einmal die Frage stellen, ob wir die letzten zehn Jahre mit einer immer größeren Vereinheitlichung von Schulen, Verakademisierung von Hauptschulen, Herausnehmen von praktischen Qualifikationen, Abwerten des Abschlusses, weil keiner mehr wusste, was die Noten wert sind, genau das erreicht haben, was Sie sicher auch nicht wollten, nämlich dass diese 30% weniger Chancen haben, in dieser Gesellschaft einen fairen Platz zu bekommen. Deshalb sagt Karin Wolff: Die Hauptschule ist die Erste, um die wir uns kümmern, damit genau die wieder eine faire Chance haben, an der Zukunft unserer Gesellschaft mitzuwirken. - Genau das ist das Ziel.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dazu muss ich ganz konkret drei Dinge machen. Ich mache es jetzt nur an der Hauptschule. Das Erste ist, dass gerade diese Hauptschüler eine volle Unterrichtsversorgung benötigen. Unterrichtsgarantie ist wichtig, und zwar gerade in der Mittelstufe.

Zweitens müssen wir dafür sorgen, dass es einen auf Hauptschüler, auf Hauptschulabschluss ausgerichteten spezifischen Bildungsweg mit einem eigenen Profil, einem eigenen Lehrplan, einer eigenen, selbstständigen Identität gibt. Daran arbeiten wir. Das werden wir in dieser Legislaturperiode erreichen.

Drittens müssen wir einen Hauptschulabschluss schaffen, der eine absolut vergleichbare Wertigkeit hat. Wer in diesem Hauptschulabschluss eine Note 2 oder 3 hat, von dem weiß jeder Handwerksmeister einigermaßen, was er kann, weil er sich auf die Qualität und Aussagekraft dieses Zeugnisses wieder verlassen kann. Dann kann ich mit dem Meister reden, dass er auf diese Stelle auch den Hauptschüler nimmt und nicht jeden Realschüler oder Gymnasiasten bevorzugt, obwohl es eine Stelle wäre, die man mit der berufsspezifischen Ausbildung eines Hauptschülers gut machen kann.

Wenn ich die drei Dinge in einer Legislaturperiode zusammen bekomme, die bessere Unterrichtsversorgung der Hauptschule, die Schaffung eines eigenständigen Unterrichtsprofils und einen qualitätssichernden Schulabschluss, der Verlässlichkeit hat, dann haben wir für diese 30% junger Menschen in dem Land etwas getan, was Sie zehn Jahre versäumt haben. Genau das ist unser Ziel, und das ist unser Weg.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

So können wir das Schulform für Schulform machen. Verehrter Herr Kollege Clauss, Sie sind der Gewerkschaftsbewegung immer nahe gewesen. Die Berufsschulen in Hessen hatten eine so miserable Unterrichtsversorgung, wie Sie sie in nahezu keinem anderen Bundesland finden. Einigermassen ehrlich gerechnet, da muss man bei den Statistiken auch immer genau schauen, haben wir 75% Unterrichtsversorgung in den beruflichen Schulen vorgefunden. Wir haben in den ersten acht Monaten die Versorgung von 75% auf 87% hochgetrieben, - reale Verhältnisse von Schulausbildung und Berufsqualifikation in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Da haben Sie es nicht für nötig befunden, auch nur einen Satz dazu zu sagen, dass Sie wenigstens erkannt hätten, dass dies ein Problem ist. Genau daran müssen wir weiter arbeiten, denn dies ist die Herausforderung in der Bildung. Und sie ist es doch nicht nur in der Schule, sie ist es doch genauso in der Hochschule.

Was hat denn Frau Wagner vorgefunden? Ich fange wieder bei den Mitarbeitern an: eine völlig demoralisierte Truppe, der Sie in den letzten Jahren die Hauptlasten von Kürzungsbestrebungen insbesondere in den Personalhaushalten des wissenschaftlichen Dienstes zugemutet haben, bei jährlich von Ihnen hingenommenen steigenden Studentenzahlen. Wenn Sie gesagt hätten, wir machen die Bude zu und es kommen nicht mehr rein, weil wir nicht mehr Personal haben - das ist schwierig genug, das wissen Sie -, dann hätten wir darüber streiten können. Das haben Sie aber nicht gemacht. Sie wollten jedermann eine gute Universitätsausbildung geben, nachdem Sie alle möglichst mit gymnasialen Abschlüssen versehen hatten. Das war ja Ihre Logik.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Und jeder Frau!)

Aber Sie haben sie alle in die Universität hineingelassen und nicht dafür gesorgt, dass man auch einen Korrekturasistenten, einen Professor und einen Tutor hat. Als Sie gemerkt haben, dass Sie damit aufknallen, haben Sie das Geld aus der Bibliothek herausgenommen, damit die Periodika nicht mehr gekauft werden konnten, um ein paar Tutoren zu bezahlen. Das haben Sie dann Spitzenausbildung in Deutschland genannt.

Dies hat Ministerin Wagner mit ihrem Haushalt, der genauso wie der von Frau Wolff gegenüber anderen Haushalten privilegiert ist, eben beendet. Wir haben jetzt das Signal, dass mit einem Sonderprogramm für Bibliotheken, mit einem Sonderprogramm der Entsperrung von Stellen im Bereich der wissenschaftlichen Ausbildung und mit einem Sonderprogramm für Biophysik Investitionen wieder in Gang kommen, dass Universitätspräsidenten und wissenschaftliche Assistenten und Studenten sehen, die wollen tatsächlich an den Hochschulen etwas tun, und dass sie beginnen, mit anzupacken, damit wir eine moderne Hochschullandschaft in diesem Lande Hessen bekommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dafür, das werden Sie sehen, werden wir im Rahmen der Hochschulgesetzgebung alles Notwendige tun, inklusive Ihrer Petita für die Universitätskliniken. Wir werden sicherstellen, dass sie modern, wettbewerbsfähig und leistungsfähig für die Zukunft sein können.

Wir haben übrigens für noch etwas Geld ausgegeben, auf das ich ausdrücklich hinweise: Wir steigern die Ausgaben im Kulturhaushalt. Obwohl jeder in Sonntagsreden darüber spricht, dass der weiche Faktor der Kultur gerade im Bal-

lungsraum Rhein-Main, aber natürlich nicht nur da, von ausschlaggebender Bedeutung ist, leistet sich das Land eine Kulturausgabe, die nicht einmal die Hälfte der Kulturausgaben des Landes Baden-Württemberg darstellt. Das sind unsere Wettbewerbsländer, ob es uns gefällt oder nicht. Die Leute fragen sich nämlich, ob es ihnen da gefällt oder hier. Wenn Kultur nicht nur l'art pour l'art für einige wenige ist, sondern etwas mit Gesellschaft in allen Facetten zu tun hat, dann muss das Konsequenzen haben.

Wir werden Ihnen - das können wir nicht in zwei Jahren bewältigen, das besorgt uns aber - ein Programm vorlegen, wie wir es bewältigen. Wir haben von Ihnen Universitäts-, Kunst- und Kulturbauten vorgefunden, in denen Sie Jahr für Jahr die notwendigen Renovierungsbedürfnisse einfach ersatzlos gestrichen haben, sodass Sie in eine Situation gekommen sind, in der wir heute für die minimalen Aufwendungen - damit wir einmal Klartext reden: minimale Aufwendungen bedeutet, dass es nicht mehr von oben in die Häuser hereinregnet, dass eine Heizung vorhanden ist, die irgendeinen praktischen Sinn hat, dass wir Gebäude im Winter nicht sperren müssen, weil sie nicht begehbar und beheizbar sind; d. h. Mindeststandard - rund 300 Millionen DM in diesem Jahr brauchen - nicht in diesem Jahr, für dieses Jahr geplant, die wir in den nächsten Jahren ausgeben müssen, um das in Ordnung zu bringen. Sie haben das einfach weggesteckt und so getan, als gäbe es das nicht mehr.

Das sage ich Ihnen: Solange wir Verantwortung tragen, reden wir ehrlich über Geld und darüber, was wir leisten können und was wir nicht leisten können. Wir legen Haushalte vor, deren Nettokreditaufnahme sinkt, wir legen Ihnen Haushalte vor mit Prioritätensetzung, aber wir lassen nicht zu, dass die Leute gar nicht mehr begreifen, dass Gebäude, die uns gehören, verrotten und wir keine Situation vorfinden, in der wir sie wieder verbessern können. Aber das haben Sie gemacht, und wir sorgen dafür, dass dies wieder in Ordnung gebracht wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, so wie wir in Ruhe und Gelassenheit über die Bildungspolitik diskutieren können, gilt das natürlich auch für die Sicherheitspolitik. Dazu will ich Ihnen aber vor der Klammer eines sagen: Wie Sie heute Morgen wieder mit Volker Bouffier umgegangen sind, ist unanständig und unverschämt - nur damit Sie das wissen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Norbert Kartmann (CDU): Jawohl, so ist das!)

Gegen parlamentarische Aussagen der Behauptung von Lüge kann man sich gerichtlich nicht wehren; sie sind trotzdem unangemessen und unverschämt. Wir werden uns sicher am Ende der Sache noch darüber unterhalten. Das werden Sie noch ein bisschen tun, das ist Ihr gutes Recht. Wir werden unabhängig von der Frage, wer wie die Katze gesehen hat und anderes - machen Sie diesen Teil der Politik -, beginnen, das Land so zu verändern, wie die Bürger uns den Auftrag gegeben haben. Da bin ich sehr gelassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nur, wenn Sie dem Innenminister nach Ihrer Debatte von gestern - mit einer innerhalb von sieben Monaten vorgelegten vollständigen Reform der Kommunalverfassung in den Punkten Wahlrecht und Stellung des Bürgermeisters oder der Landräte und Bürgermeister - Handlungsunfähigkeit vorwerfen, angesichts der Tatsache, dass wir die Fragen von Schleierfahndung bis hin zur Änderung des Gesetzes über Sicherheit und Ordnung auf dem Wege der parlamen-

tarischen Beratung haben, dass wir es in absehbarer Zeit schaffen können, auf öffentlichen Plätzen Videoüberwachung zu machen, wie das in anderen Ländern längst erfolgreich möglich ist, dann sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Das machen wir alles in acht Monaten. Gehen Sie einmal ganz ruhig davon aus, wir fangen erst an. Handlungsunfähig ist der Volker Bouffier ganz bestimmt nicht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dort gibt es übrigens das gleiche Problem. Wir müssen Menschen dort abholen, wo sie sind, und sie darauf aufmerksam machen, dass wir andere Ziele vorgeben. Herr von Plottnitz hat einen Modellversuch für schnelle Gerichtsverfahren eingerichtet, als wir lange genug darüber diskutiert hatten.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber dazu brauche ich gerade Sie!)

- Ja, aber Sie sind jedenfalls vor uns nicht auf die Idee gekommen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch, doch!)

- Ja, aber das kann ich doch nicht ändern, denn erst haben wir es gefordert, dann kam hier die Debatte, und später haben Sie eine Arbeitsgruppe und einen Versuch eingesetzt. Das wird also nicht zu ändern sein: Sie können sagen, sie trugen es vorher schon in pectore, trauten sich aber nicht, es zu sagen. Damit kann ich leben. Aber erst haben wir es gesagt, und dann haben Sie es gemacht.

Damit haben Sie eine vergleichsweise niedrige Quote in Deutschland angestoßen. Wir wollen, dass dies eine Spitzenquote in Deutschland wird. Wir haben vor, dass es in der Größenordnung von 10% oder mehr der Verfahren in Hessen betrifft. Das wissen jetzt die Insider. Das bedeutet in Großstädten sehr viel mehr Verfahren, die innerhalb dieser Legislaturperiode tatsächlich so abgewickelt werden. Warum? Zum einen weil ich fest davon überzeugt bin, dass es nach den Anfangsaufwendungen Geld spart.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Aber nicht nur deshalb, sondern vor allen Dingen, weil ich an Polizeibeamte, Justizbedienstete und diejenigen, die von diesen Straftaten profitieren und sie begehen, ein Signal geben will, dass sich die Zeiten ändern und dass wir nicht bereit sind, auf Dauer hinzunehmen, dass es eine Hoffnung gibt, dass Kriminalitätserscheinungen, Kriminalitätshäufigkeit und die Ahndung von Kriminalität in diesem Lande anders behandelt werden als in anderen Ländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es das Ergebnis von Schleierfahndung ist, dass in den Ländern, in denen sie stattfindet, der Aufgriff von Menschen, die unrechtmäßig die Grenzen unseres Landes betreten haben, von Menschen, die Waffen tragen, von gestohlenen Autos, von Leuten, die per Haftbefehl gesucht werden, sich in einer Größenordnung von mehr als 20% im Vergleich zur Gesamtzahl der Aufgegriffenen pro Jahr erhöht, wie das in Baden-Württemberg und Bayern jetzt seit zwei Jahren der Fall ist, dann wäre es geradezu sträflich, die gleichen Instrumente nicht im Bundesland Hessen einzusetzen. Deshalb machen wir es.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ob jetzt in München oder in Oxford, wenn ich sehe, dass in anderen Ländern die schlichte und sehr offene, weil von jedermann beobacht-

bare und unter Nichtspeicherbarkeit gestellte, Videoüberwachung großer Einkaufsstraßen stattfindet und sich dort die Kriminalitätsrate etwa beim Handtaschendiebstahl um 70% verringert, wobei dies eine Form von Kriminalität ist, die wir nicht verdrängen wollen - gelegentlich hatten wir das Problem, dass wir sie nur verdrängten -, sondern die dort stattfinden kann, weil in ruhigen Wohngebieten der Handtaschenraub eben weniger effektiv ist, als wenn Zehntausende von Menschen auf der Straße laufen, dann muss man das eben machen.

Man muss es dann selbstverständlich so machen, dass der Datenschutz damit leben kann. Wir wollen doch nicht Leute beobachten, was sie einkaufen, sondern wir wollen sie davor schützen, dass ihnen die Handtasche geklaut wird. Aber dann muss man es machen, und wir gehen jetzt daran, die rechtlichen Instrumente dafür zu schaffen, es zu erreichen, dass Bürger in diesen Straßen, z.B. auf der Zeil in Frankfurt, genauso sicher einkaufen können wie irgendwo anders, wo sie es tun können, wenn das Gesetz besteht. Das wollen wir in schneller Zeit erreichen. Wir sind auf dem Wege dazu, dies zu machen, denn es ist richtig.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie werden noch große Probleme haben, verehrte Kollegen von der SPD - die GRÜNEN haben sich da ja schon auf die aus meiner Sicht richtige Seite begeben -, mit der Kommunalreform, die wir in diesen Tagen beschließen. Sie müssen aufpassen, dass Sie in diesem Zug dabei sind. Es ist die Christlich Demokratische Union in diesem Land gewesen - und zwar jetzt seit zehn Jahren -, die gemeinsam mit den Kollegen von der F.D.P. in den Koalitionen dafür gesorgt hat, dass die Bürgerbeteiligung in den Kommunen erhöht wird.

Tatsache ist: Dahinter steckt eine sehr zentrale Überlegung, auf die wir bei der Kommunalverwaltungsreform und bei der Staatsverwaltungsreform immer wieder zurückkommen werden - nämlich vor Ort Menschen mit sehr vielen Kompetenzen auszustatten und sie gleichzeitig der direkten Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger durch Wahlen zu unterwerfen. Das heißt, herunter mit Aufgaben in die Gemeinden, wo immer das geht. Es heißt aber noch viel mehr, und zwar dort, wo der staatliche Teil betroffen ist: Herunter auf die Landräte, egal, ob kommunal oder staatlich, damit diejenigen, die sich direkt stellen müssen, nicht mehr sagen können, dass noch ein Beamter da oben im RP und dort sonst noch einer zuständig ist, sondern damit wir sagen können: Du bist verantwortlich, manage es, mache es und stelle dich damit dem Wähler.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist nur vernünftig, wenn der betroffene Amtsträger, egal welcher Partei er angehört, mit diesem Risiko leben muss - so, wie wir das auch tun -, dass die Kundenzufriedenheit der Bürger für seine Dienstleistung, für den Bürger Daseinsvorsorge zu organisieren, tatsächlich dafür ausschlaggebend ist, ob er eine Chance hat, wieder gewählt zu werden oder nicht. Das übertragen wir jetzt in einer weiteren Stufe auch auf die Arbeit von Parlamenten. Das werden für uns alle Umgewöhnungsprozesse sein.

Die Sozialdemokratische Partei wird mit einem vorsichtigen Umschreiben der Thesen in den nächsten drei Monaten von der Ablehnung des Kumulierens und Panaschierens auf Seminare "Wie lebt man mit Kumulieren und Panaschieren?" kommen müssen. Das ist gar keine einfache Aufgabe. Wir müssen unsere Partei darauf vorbereiten, mit die-

sen Regeln, mit denen sie nicht zu leben gewohnt ist, zu leben. Meinen Sie nicht, dass das sehr viel einfacher wäre. Diese Regeln bedeuten z.B., dass das alleinige Engagieren in einer parlamentarischen Vertretung ohne intensive Kontakte zu einem Stadtteil oder zu einem Verein ein größeres Risiko ist als in der Vergangenheit.

Das bedeutet auch - ob es uns in den Parteiführungen gefällt oder nicht -, dass für einen Abgeordneten, der von einer Meinung seiner Freunde in einem Punkt abgewichen ist, in dem er die Unterstützung der Bürger hat, ein geringeres Risiko besteht, nicht mehr wiederzukommen, als bisher, wo die Fraktionsführung das allein entscheidet. Über diese Frage, ob das richtig oder falsch ist, haben wir doch alle große Bücher geschrieben.

Es stärkt den Einzelnen in seiner Verantwortung, aber es gibt ihm auch mehr Arbeit, wenn es darum geht, direkte Wurzeln in gesellschaftlichen Gruppen, Ortsteilen und Regionen zu haben. Ich sage Ihnen: Das wollen wir. Deshalb haben wir eine Veränderung der Kommunalverfassung geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Verehrtester Herr Kollege Clauss, aktive Bürgergesellschaft zeigt sich nicht in Anhörungsverfahren und Ausschüssen des Hessischen Landtags, sondern in dem, was in Städten, Gemeinden und Landkreisen passiert. Hier begegnen sich Hauptberufliche, die sich auch gelegentlich bei Fristen sputen können. Dort unten begegnen sich Bürger, die sich an der Gesellschaft beteiligen sollen und die ein besseres Angebot zur Teilhabe bekommen, als sie es in der Vergangenheit hatten. Wir sind stolz darauf, dass wir das machen. Sie werden sich schnell auf den Weg begeben müssen, zu sagen, dass auch Sie das gut finden. Sonst werden Sie in Deutschland und in diesem Lande nämlich nicht mehr verstanden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der dritte Punkt ist die Wirtschaft. Das ist ein Punkt, in dem wir Hessen immer eine gute Startposition hatten. Unser Vorwurf war und ist, dass wir diese Startposition in den letzten Jahren nicht gut genug genutzt haben. Chancen schaffen und Chancen nutzen ist die Überlegung und die Botschaft, mit der wir diese Regierung begonnen haben. Deshalb gehört auch hier Folgendes dazu: In diesem Land sind in den vergangenen acht Jahren 192.000 industrielle Arbeitsplätze weggefallen. Wir haben einen negativen Saldo von Arbeitsplätzen in den letzten Jahren im Land Hessen insgesamt.

Andere Bundesländer - ob es Ihnen gefällt oder nicht: insbesondere die im Süden - haben einen positiven Saldo. Die 192.000 Arbeitsplätze, die weggefallen sind, sind nicht einfach der industriellen Revolution oder der Globalisierung der Welt zum Opfer gefallen. Nein, diese Arbeitsplätze sind zum größten Teil, nämlich mehr als 37.000 - das ist der größte Einzelposten -, in andere deutsche Bundesländer verlagert worden. Das heißt, es ist nicht ein Schicksal, das sozusagen vom Himmel gefallen ist, sodass in Deutschland eben die industriellen Arbeitsplätze weggefallen sind. 37.000 davon sind noch irgendwo in Deutschland. Das sind übrigens Arbeitsplätze in sehr umstrittenen Technologien. Die Arbeitsplätze für Mox-Brennelemente in Hanau sind heute zum größten Teil in Lingen. Sie sind damals von Herrn Schröder dort angesiedelt worden.

Die Arbeitsplätze im Bereich der klassischen Industrie, die Energie verbraucht und hohe Wasserverbräuche hat, sind an anderer Stelle in der Bundesrepublik Deutschland. Es

ist nicht so, dass die Politik, die bewirkt, dass Arbeitsplätze kommen oder gehen, nichts mit Landespolitik zu tun hat. In den letzten Jahren haben Sie auch mit Herrn Klemm wortreich an vielen Stellen immer wieder zu erklären versucht, dass Sie da etwas täten. Deshalb müssen Sie sich auch das Ergebnis vorhalten lassen. Dieses Ergebnis lautet: 192.000 Arbeitsplätze sind erst einmal weggefallen.

Wir müssen jetzt darüber reden, wie wir die Entwicklung umdrehen. Wir sind davon überzeugt, dass wir das können. Wir müssen darüber reden, wie wir unsere Standorte verbessern und sie in eine Situation bringen, sodass sie im Wettbewerb der Bundesrepublik Deutschland ihren vollen Wert haben. Diese Politik geht vom Norden bis zum Süden. Um es klar zu sagen: Die nordhessische Region ist in den letzten Jahren weit unter ihrem Wert in der Landespolitik gehandelt worden. Das ist einer der zentralen Vorwürfe, die ich an die Wirtschaftspolitik der vergangenen Regierung richte.

(Manfred Schaub (SPD): Unfug!)

Die nordhessische Region hat unglaubliche Potenziale: geographisch, weil sie sehr stark in der Mitte liegt. Sie ist auch heute schon verkehrsmäßig jedenfalls erträglich angeschlossen. Sie kann aufgrund ihrer Lage in der Mitte Deutschlands verkehrsmäßig aber sehr viel besser angeschlossen werden. Sie hat von keiner der Landesregierungen der Vergangenheit, egal wo der Wohnsitz des Ministerpräsidenten ist, die Botschaft bekommen, dass sie die Region ist, um die man sich besonders kümmert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Unsinn ist das!)

Es ist eine Frage von Investitionen und Psychologie. Was Sie von der A 44 über die A 49 bis zum Flughafen Kassel-Calden gemacht haben - der Region war mitzuteilen, sie solle sich um sich selbst kümmern. Wir sagen dieser Region jetzt: Mit den Mitteln, mit denen wir es können, versuchen wir, dieser Region zu helfen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Eben nicht! Ein oder zwei Themen, das war es dann!)

Diese Mittel, zu helfen, sind sehr unterschiedlich. Dies bedeutet z. B., dass sich Dieter Posch mit aller Kraft eingesetzt hat, nachdem wir die schmerzhafteste Entscheidung getroffen haben, die Trasse für die A 44, mit der wir große Probleme haben, anzuerkennen, bevor wir neu planen. Dies ist auch eine Entscheidung zugunsten der Region. Sonst hätten wir es nicht so gemacht. Lieber eine Straße mit Kurven und Anschluss an das Kreuz an der falschen Stelle, als weiterhin zehn Jahre Straßendiskussion führen. Diese Straße müssen wir jetzt erst einmal versuchen in ein Planungsrecht zu bringen, nach dem wir das einigermaßen beschleunigt umsetzen können. Wir werden uns heute im Bundesrat hoffentlich darauf einigen, dass wir mit der Gnade der GRÜNEN - da hängt man an deren Bewegungsspielraum - wenigstens das Beschleunigungsgesetz bis 2002 verlängern können. Das ist ein Unsinn. Man müsste das bis 2010 verlängern und anschließend auf ganz Deutschland übertragen und nicht nur im Osten lassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es ist ein grober Unfug, dass nur die Bürgerinnen und Bürger im Osten schnelle Planungsverfahren brauchen. Die brauchen wir hier auch. Wir haben jetzt den Saukopftunnel eingeweiht. Ihn zu bauen war mit Ihr Werk, und jetzt haben wir ihn eingeweiht. Die Welt ist gelegentlich so. Wenn wir

das bei der B 38 a in die nächsten Ortschaften hinein weitermachen wollen und wenn das in Mörlenbach irgendwann einmal vernünftig funktionieren soll, dann brauchen wir schnelle Planungsverfahren. Diese kriegen wir nicht, weil Grün und Rot auf Bundesebene beschließen - früher haben sie es mit ihrer Sperrminorität im Bundesrat getan, jetzt tun sie es mit ihrer politischen Mehrheit im Bundestag -, dass es für den Westen Deutschlands kein schnelles Planungsrecht geben darf. Das muss jeder wissen. Wenn wir Verkehrsinfrastrukturen nicht schnell genug planen, liegt das daran, dass GRÜNE in Deutschland das nicht wollen und dass sich die SPD seit einem Jahrzehnt diesem Verdikt unterwirft.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Vor dem Hintergrund dieser Tatsache müssen wir erst einmal dafür sorgen, dass wenigstens die ganze A 44 diesem modernen Planungsrecht unterstellt wird. Denn Sie haben zugelassen, dass der Teil, der in Hessen liegt, nach einem langsameren Planungsrecht geplant wird als der Teil, der in Thüringen liegt. Man muss schon verdammt ideologisch verbohrt sein, wenn man so etwas fordert. Aber wie weit muss man von den eigenen Interessen als Sozialdemokratische Partei weg sein, wenn man es hingenommen hat?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir zeigen den Nordhessen, dass wir es nicht länger hinnehmen.

(Manfred Schaub (SPD): Ihre Leute haben doch in der ersten Reihe gestanden und demonstriert! Was soll das denn?)

Es ist gut, dass jetzt ein Nordhessen Wirtschaftsminister ist, der sich darum kümmert, dass diese Wirtschaftsinvestitionen tatsächlich nach vorne getrieben werden. Was war denn das Gerede über den Flughafen Kassel-Calden in der Vergangenheit wert, solange Sie eine Koalition geschlossen hatten, Herr Schaub, in der die GRÜNEN immer wieder abgenötigt haben, dass man für Flugverkehr nichts ausgeben darf? Die Tatsache, dass die Zirkel um Erfurt und um Paderborn herum gezogen worden sind und bedauerlicherweise der Landkreis Kassel und die Stadt Kassel in der Mitte lagen und auf der rechten und linken Seite heruntergefallen sind, ist seit zehn Jahren bekannt. Der Wettbewerb mit Paderborn und Erfurt ist nicht heute entstanden, sondern die Wettbewerbssituation ist heute viel schlechter, als sie vor zehn Jahren war. Sie hätten vor zehn Jahren genau die gleichen Möglichkeiten gehabt, die wir jetzt nutzen.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Sie haben es nicht getan. Das ist Ihre politische Verantwortung. Wir werden versuchen, das jetzt zu ändern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor zehn Jahren war die Koalition Wallmann an der Macht!)

- Gut, das gebe ich jetzt zu. Das war vor acht Jahren. Da bin ich friedlich.

Ich will darauf hinweisen, was Sie bei Kassel-Calden gemacht haben. Wir hatten für Kassel-Calden eine Ausbauplanung gehabt. Wir hatten Geld für die Flugsicherung ausgegeben. Wir haben den Platz mit der Infrastruktur versorgt, die er noch heute hat. Sie haben ihn auf Eis gelegt. Die besagte Differenz von zwei Jahren nehme ich hin. Aber Sie wollten ihn nie. Dazu sollten Sie sich ehrlich bekennen. Sie wollten nie, dass es in Kassel einen Flugplatz gibt.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Ihnen war das egal. Die SPD hat sich danach gerichtet. Herr Schaub, das muss die große nordhessische Partei ertragen. Ich bin dankbar, dass Sie uns jetzt unterstützen. Aber wir müssen jetzt halt aufholen, was Sie nicht getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie müssen schon erlauben, dass wir das allen nordhessischen Bürgerinnen und Bürgern so auch sagen.

Die Verkehrsinfrastruktur ist natürlich eine Angelegenheit, die weit mehr als die nordhessische Region und Straßenbau umfasst. Da gibt es viele Verknüpfungen. Zu der Frage nach dem Weiterbau der A 44 kommt die nach der A 49. Die A 49 könnte längst in Bau sein. Dann gäbe es heute keinen Streit um die Bundesmittel. Sie haben acht Jahre lang mit allen Finten gearbeitet. Vier Jahre lang haben Sie gar nicht geplant. Vier Jahre lang haben Sie gesucht, ob Sie eine Trasse finden, zu der Sie beschließen können, planen zu wollen. Sie haben acht Jahre lang nichts getan. Deshalb gibt es keine baureife Planung für die A 49. Meine Damen und Herren, deshalb schmeißt der Bund mit der rot-grünen Bundesregierung das jetzt aus der Finanzierungsplanung heraus. Das muss von dieser Stelle aus allen Orten bekannt gemacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Clauss hat von der Kooperation mit dem Bund und dem Bundesfinanzminister gesprochen. Ich stelle fest, dass die Mittel des Bundesfernstraßenbaus für unser Bundesland Hessen im Vergleich zu dem bisherigen Programm um 49% gekürzt werden. Ich nehme jetzt erst einmal zur Kenntnis: Da müssen wir kämpfen. - Herr Eichel hat es für richtig gehalten, den Bayern die Mittel nur um 17% zu kürzen. Darüber werden wir reden. Das hat sehr wohl etwas mit Wettbewerb zu tun. Er hat den Kollegen in Baden-Württemberg auch eine Kürzung um 49% zugemutet. Den Saarländern hat er die Mittel um 61% erhöht. Dafür können die Beteiligten dankbar sein.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das macht bei denen eine Straße aus!)

Die östlichen Bundesländer haben teilweise eine Erhöhung um über 100% erhalten. Es gibt noch zwei Länder, die schlechter dastehen als wir Hessen. Darum werden wir kämpfen. Das ist nicht mein Problem. Aber hören Sie mit den Krokodilstränen auf bezüglich der Kooperation zwischen Bund und Land. Dieser Plan zeigt, dass er unter politischen Vorgaben gemacht wurde. Er wurde unter politischen Vorgaben mit Bundesfinanzminister Hans Eichel gemacht. Er schadet den Interessen des Landes Hessen. Denn damit wird jetzt endgültig das nicht finanziert, was Sie sich acht Jahre lang verweigert haben zu planen. Dieser Zusammenhang muss gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Damit das ganz unmissverständlich klar ist, sage ich: Die Nordhessen werden von Hans Eichel gerade das zweite Mal gebissen. Unter seiner Regierung hat er zuerst verhindert, dass die Planung zu einem Zeitpunkt verwirklicht werden konnte, zu dem noch Geld da gewesen wäre. Anschließend sorgt er dafür, dass die Mittel so weit reduziert werden, dass die Planungen jetzt nicht mehr zeitnah zu verwirklichen sind. - Herr Kollege Clauss, Sie werden nicht erleben, dass wir irgendjemandem in Nordhessen erlauben, an dieser Erkenntnis vorbeizugehen. Wir werden die nord-

hessische Region trotzdem entwickeln. Aber dass dies so ist, ist eines der Ergebnisse sozialdemokratischer Politik der sozialdemokratischen nordhessischen Spitzenpolitiker. Sie schaden damit dem Land. Sie haben ihm damit geschadet und schaden ihm damit weiter.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Natürlich hat die Diskussion etwas mit den Zukunftstechnologien und etwas mit dem Transrapid zu tun. Wir kümmern uns jetzt darum. Dieter Posch beginnt das Landesinteresse zu formulieren und zu sagen, warum wir den Transrapid haben wollen. Er bekommt jetzt endlich die Vertreter der anderen Länder an den Tisch. Wir schaffen das, nachdem - -

(Zuruf)

- Herr Kollege, ob dabei etwas herauskommt oder nicht, weiß ich noch nicht. Ich weiß nur eines: Ich werde die letzte Möglichkeit nutzen. - Darin sind wir doch eigentlich einig. Sie müssen sich entscheiden, auf welcher Seite der SPD Sie kämpfen. Dort wird nämlich alles angeboten.

(Heiterkeit der Abg. Heide Degen (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.) - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Der ist bei Frau Simonis!)

Wir kämpfen darum, dass der Transrapid gebaut wird. Wenn an einer verklemmten Sturheit, die möglicherweise nicht wieder allein an den Sozialdemokraten liegt, sondern an der grünen Technik-Verhinderungsgruppe in Deutschland, die überall - -

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

- Ja, es ist so. Meine Damen und Herren, es ist nach wie vor so. Wo nach moderner Technik gerufen wird, sagen Sie Nein. Das ist Ihre Identität. Das machen Sie beim Transrapid gerade wieder. Die 6,1 Milliarden DM, die im Bundeshaushalt als Förderbetrag für den Transrapid eingestellt sind, sind ein reiner Fetisch.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum finanziert ihn die Wirtschaft denn nicht?)

Sie wollen an dieser Stelle nicht, dass auch nur annähernd so viel bezahlt wird, wie eine ICE-Trasse kosten würde.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ICE-Trasse wäre wesentlich billiger!)

Die Streitigkeiten bezüglich des Bundeshaushaltes über die Zukunftstechnologie Transrapid ist - -

(Armin Clauss (SPD): Wo kommt den die Höhe des Betrags her? Den hat Herr Wissmann genannt!)

- Ja, natürlich. Die Höhe des Betrages ist zum damaligen Zeitpunkt genauso zutreffend gewesen wie die rund 5,7 Milliarden DM für den Bau der ICE-Strecke von Frankfurt nach Köln. Danach wurde das Raumordnungsverfahren gemacht. Danach sind Planfeststellungsbeschlüsse ergangen. Danach hat man andere Aufwendungen für die Trasse festgelegt. Die kosten zusätzlich, und zwar Milliarden DM. Herr Kollege Clauss, das verhält sich genau so wie beim Bau der ICE-Strecke. Nur, beim Bau der ICE-Strecke jammerte kein Mensch, als die Trasse 2 Milliarden DM teurer wurde. Wie ich finde, geschah dies zu Recht. Vielmehr haben wir das bezahlt, weil wir den Bau dieser ICE-Trasse wollten. Beim Transrapid benutzen Sie das als Knüttel, um eine unliebsame Technik in Deutschland nicht bauen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie zerstören damit eine der wesentlichen Chancen zur Erhaltung und zum Ausbau eines industriellen Kerns Nordhessens. Wir wollen doch im Augenblick gar nicht, dass dieser Zug bei uns fährt. Wir wollen, dass es nicht wieder etwas gibt, wo am Ende die Japaner die Arbeitsplätze haben, weil sie die Technik durchhalten und am Ende anwenden, wir sie nach Nordamerika, China und Südamerika hätten verkaufen können, dies aber nicht geschah, weil wir in Deutschland nicht die Kraft gehabt hatten, eine Erfindung, die wir gemacht hatten, auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Darum geht es doch.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Alle, bis hin zu Ihrem Bundeswirtschaftsminister, feiern die Airbus-Industrie. Mit Ihrer Philosophie hätte natürlich im Jahre 1970 niemand verantworten können, Milliarden und Abermilliarden DM in die Idee zu stecken, das Wettbewerbsungleichgewicht zwischen Amerika und Europa zugunsten einer Wettbewerbsgleichheit zu verändern, und zwar dahin, dass wir auch Flugzeuge bauen. Wenn Sie sich anschauen, was in den Siebzigerjahren dazu in den Zeitungen gestanden hat - ich habe es mir vor einigen Wochen einmal herausgezogen -, dann kommen Sie darauf, dass alle den Kopf geschüttelt und gefragt haben: Wie kann man nur einen so irrsinnigen Gedanken haben, dass der Staat dafür Geld in die Hand nimmt und das vorfinanziert, um Flugzeuge zu bauen? Die kann man doch in Amerika kaufen. - Die Antwort damals lautete: Nein, wir wollen, dass sie durch deutsche, britische, französische und spanische Arbeitnehmer in Europa gebaut und dass sie gekauft werden. Das ist uns über zwei Jahrzehnte Milliarden und Abermilliarden DM wert.

Heute bauen wir mehr Flugzeuge als die Amerikaner. Bei einem vernünftigen Wirtschaften wird in den nächsten zehn Jahren all das Geld in die Staatskassen zurückfließen, das wir dort jemals investiert haben. Warum geben Sie dem Transrapid angesichts der schmalen Tranchen, die er im Vergleich zu dem Flugzeugprojekt braucht, nicht eine Chance, sondern riskieren wieder, dass Deutschland die Einführung einer Technik verschläft, statt sie als Erster in der Welt zu haben? Das ist Ihre politische Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nur, weil wir die Sorge hatten, dass Sie tatsächlich entschlossen sind, diese Chance nicht wahrzunehmen, dass Sie diesen Fetisch der 6,1 Milliarden DM tatsächlich vor sich hertragen werden, was sich vernünftige Menschen nicht vorstellen können, haben wir gesagt: Bevor dieses Projekt kaputtgeht, lasst uns einmal mit den Ländern reden, die pragmatisch sind. - Das sind in der Mehrheit durchaus sozialdemokratisch geführte. Wir haben gesagt: Lasst uns pragmatisch an die Sache herangehen, unabhängig davon, ob das Niedersachsen ist, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, ob es sich um die große Koalition in Berlin handelt oder die in Brandenburg. Wir haben gesagt: Lasst uns mit den Ländern verhandeln, die nicht rot-grün oder mithilfe der PDS geführt sind, sondern wo die Sozialdemokraten frei vom Einfluss der GRÜNEN und der PDS entscheiden können. Wir haben gesagt: Lasst uns mit diesen Ländern reden, ob wir das Ding nicht doch noch retten können.

Ich weiß nicht, ob es klappt. Aber es war, verdammt noch einmal, richtig, es zu probieren. Meine Damen und Herren, das hätte Ihre Unterstützung verdient. Sie sagen, Sie seien doch für den Transrapid. Dann stellen Sie sich hier hin und sagen: Lassen Sie uns in den Ländern versuchen, dieses Ziel zu erreichen, wenn es die Bundesregierung nicht tut. - Versuchen Sie dabei nicht noch, uns in den Rücken zu fal-

len. Oder erklären Sie zumindest den Kasselern, dass Sie es richtig fänden, wenn wir uns zurücklehnten und nichts mehr täten. Wir wollen das nicht. Dieter Posch, ich und andere, wir versuchen, das Projekt mit den geringen Mitteln, die wir haben, zu retten, weil die, die die Verantwortung in Wirklichkeit haben, unfähig oder unwillig sind, sich mit diesem Zukunftsprojekt in einer angemessenen Weise zu beschäftigen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in den nächsten Monaten werden wir in der Wirtschaftspolitik sehr viel über den Flughafen Frankfurt sprechen. Ich werde heute darüber nicht reden. Wir werden das Ergebnis der Mediation abwarten. Ich lade an dieser Stelle die Kollegen der Sozialdemokratischen Fraktion ausdrücklich ein, in jeder Weise, die Ihnen und uns geeignet erscheint, die Frage gemeinsam zu besprechen, was wir mit dem Verfahren und dem Ergebnis der Mediation machen. Das ist keine neue Ankündigung. Das entspricht der Praxis meines Verhaltens seit meinem Regierungsbeginn. Das hat Folgen für die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien des Flughafens gehabt. Das hat Folgen für die Art, wie wir versuchen, Informationen zu vermitteln und Gespräche zu führen.

Das kann man zur Not auf die Regierung und die Opposition konzentrieren. Die Frage, wie verlässlich Entscheidungen sind, rechtfertigt jeden ernsthaften Versuch, dies auf breiterer Basis zu tun. Ich gebe ausdrücklich zu Protokoll: Es wird jeder ernsthafte Versuch unternommen. - Voraussichtlich ab Ende Januar werden wir, wenn das Ergebnis der Mediation bekannt ist, hinreichend Gelegenheit haben, dieses Ergebnis in unserem Gremien auszutauschen und miteinander zu besprechen.

Ich gebe ehrlich zu, dass ich ein vergleichbares Angebot den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN nicht mache. Herr Kaufmann, ich will Sie nicht kompromittieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie gar nicht!)

Irgendeiner muss am Ende an der Stelle eine Position fundamentalistischer Art, unbeeinflusst von jeglichen Angeboten, vertreten können. Sie haben sich offensichtlich für diesen Weg entschieden. Wenn Sie der Meinung sind, es mache Sinn, mit Ihnen zu sprechen - auch für den Fall, dass das Mediationsverfahren zu einem positiven Ergebnis kommt -: Die Tür steht jederzeit offen. Ich konzentriere mein Bemühen an der Stelle aber auf die Sozialdemokraten, die, befreit von den GRÜNEN, in vielen Fällen, als es um Arbeitsplätze in Deutschland ging, mit uns kooperiert haben. Warum soll man an dieser Stelle die Chancen nicht nutzen? Deshalb geschieht es so.

Wir werden im nächsten Jahr sehen, was dabei für dieses Land und für die Arbeitnehmer herauskommt. Es kann doch niemanden oder höchstens nur ganz wenige kalt lassen, dass rund 100.000 Arbeitsplätze an der Beantwortung dieser Frage hängen. Ich will mich auf keine absolute Zahl festlegen, aber wenn man Gutachter bezahlt, dann muss man ihre Gutachten wenigstens ernst nehmen, lesen und bewerten. Wenn bei deren Untersuchungen im Mediationsverfahren eine derartige Zahl herauskommt, dann muss uns das alle sehr, sehr nachdenklich machen. Das zeigt, wie groß die Verantwortung bei der Entscheidung ist, die wir zu treffen haben.

Ich will ergänzend etwas hinzufügen, das Sie nicht angesprochen haben. Wir haben inzwischen eine Umweltallianz auf den Weg gebracht. Wir werden die Gängeleien in der

Umweltpolitik verringern und die Effekte in der Umweltpolitik erhöhen. Das Ergebnis der Umweltallianz in anderen Bundesländern und in anderen Ländern Europas ist, dass über freiwillige Vereinbarungen mehr Umweltschutz erreichbar ist als durch noch so viele Rechtsverordnungen und Kontrollen durch Beamte. Das Land Hessen ist diesen Weg bisher nicht gegangen. Wir werden ihn jetzt gehen. Ich bin sicher, dass wir in vier Jahren eine sehr erfolgreiche Bilanz vorlegen können.

Unter die Rubrik "Versprochen und gehalten" gehört auch, dass wir die Grundwasserabgabe abschaffen. Wir haben alle Planungen so angelegt, dass am Ende dieser vier Jahre keine Grundwasserabgabe mehr erhoben wird.

Es lohnt sich, über die Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Sozial- und Familienpolitik und viele andere Politikfelder zu sprechen. Herr Kollege Clauss, das ist ein spannendes Thema. Wenn ich z.B. sehe, dass wir in der Frage der Integration behinderter Kinder in Kindergärten jetzt eine Regelung in die Wirklichkeit umsetzen, über die Sie lange Zeit nur gesprochen haben, eine Regelung, die an jeder Stelle des Landes eine Integration materiell ermöglicht, wenn die Eltern diesen Wunsch haben, dann ist das ein Punkt, auf den ich zugegebenermaßen stolz bin - auch angesichts der schmalen wirtschaftlichen Ressourcen, die wir, ebenso wie die Kommunen, bei der Bewältigung von Lasten und Aufgaben haben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind 111 Millionen DM weniger!)

- Wir geben nicht 111 Millionen DM weniger aus. Wir geben für die Integration behinderter Kinder mehr aus als jemals zuvor in der Geschichte dieses Landes. Das wollen wir einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie können sich ja nachher hier herstellen und das Gegenteil beweisen.

In den nächsten Jahren wird für uns die Fragestellung von großer Bedeutung sein, wie wir es schaffen, mit ganz extrem schmalen materiellen Ressourcen Familienpolitik von den Randbedingungen und von der Förderung her so in Gang zu bringen, dass Hessen auf diesem Gebiet ein Zeichen setzen kann. Das macht uns im Augenblick deshalb zu schaffen - Herr Kollege Clauss, das bekenne ich, und das zu tun fällt der Ministerin schwerer als mir -, weil wir im ersten Jahr eine sehr eindeutige Priorität auf die Bildung gelegt haben. Wir haben einen Haushalt vorgelegt, den Sie nie für möglich gehalten haben. Darüber haben Sie viele Reden gehalten.

Wir haben deshalb einen derartigen Haushalt vorlegen können, weil wir die Hochschulen und die Schulen vor alles andere gestellt haben. Wir geben auch zu: Wir können nicht alles gleichzeitig machen, ohne dass das auf Dauer einen Einfluss auf die Wertigkeit von Politikfeldern hat. Familienpolitik ist aber sinnlos, wenn wir jetzt nicht dafür sorgen, dass die nächste Generation so gut wie möglich ausgebildet wird. Hier lag eines der größten Defizite der hessischen Landespolitik. Deshalb haben wir diese Priorität gesetzt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das kostet natürlich Opfer und schafft Schwierigkeiten auf anderen Gebieten. Wir versuchen jetzt, mit den vorhande-

nen schmalen Mitteln eine neue, zukunftsorientierte Familienpolitik in diesem Land aufzubauen. Das wird uns in den nächsten Jahren auch gelingen.

Herr Kollege Clauss, im Bereich der Verwaltungsreform werden wir zwar am Ende keine Probleme mehr haben, aber wir werden mit einer Unmenge Probleme auf dem Weg dorthin zu tun haben. Es gibt aber einen Unterschied. Ich denke, mein Amtsvorgänger war nach der Lektüre entsprechender Papiere und nach der Diskussion im Kabinett und mit anderen Beteiligten fast so weit wie wir bei der Erkenntnis, wie Verwaltungsreform aussehen könnte und ob es bestimmte neue Wege auch jenseits von Ressortstrukturen gibt oder nicht. Nur: Die Antwort darauf, die Sie an dieser Stelle gegeben haben, war, das lieber an die Ressorts zurückzugeben, als das Problem in irgendeiner anderen Weise zu lösen.

Wir sagen Ihnen: Es gibt vier grundsätzliche Strukturelemente, die wir jetzt verfolgen werden, um die Verwaltung anders zu organisieren. Das erste Element kritisieren Sie derzeit heftig. Sie werden sich aber - das sage ich relativ brutal - daran gewöhnen müssen, dass wir Personal nicht mehr mit Stellen, sondern mit Geldbeträgen ausweisen werden. Wir werden den Ressorts nicht mehr vorgeben, wie viele Stellen in welcher Größenordnung sie haben, sondern wir werden vorgeben, wie viel Geld sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bekommen.

Wir bitten den Hessischen Landtag, mit seiner Mehrheit diesem Weg zu folgen. Das muss der Landtag nicht tun, aber es wäre klug, es zu machen. Das heißt, wir werden den Ressorts zum Schluss sagen: Wie viel an Personalmitteln ausgegeben wird, ist eure Sache. Wir werden das nicht an jeder einzelnen Stelle kontrollieren. - Das hat natürlich zur Folge, dass bestimmte Einsparleistungen im Laufe eines Jahres erbracht werden können. Wenn die Ressorts diese Einsparungen nicht erbringen, dann haben wir ein Problem. Wenn sie sie aber erbringen, dann wird daraus ein richtiges Steuerungssystem. Dass Sie hoffen, dass sie es erbringen, und dass ich überzeugt bin, dass sie es erbringen, ist klar. Es handelt sich um eine entscheidende Strukturveränderung. Wir werden nur noch mit globalen Planzahlen für die Personalkosten von Ressorts arbeiten, nicht mehr mit Stellenzahlen.

Zweitens. Wir müssen dafür sorgen, dass das Management der Nutzung von Immobilien an einer Stelle zusammengeführt wird. Wir dürfen nicht mehr die Situation haben - Karl Starzacher hat es an einer Stelle in Gießen ausprobiert -, dass kein Ressort vom anderen weiß, welche guten Ressourcen vorhanden sind, die man möglicherweise nutzen könnte.

Wir müssen drittens dafür sorgen, dass innerhalb der Landesverwaltung eine Fluktuation stattfinden kann. Wenn man Personalreduzierungen ermöglichen will, dann dürfen externe Einstellungen erst dann erfolgen, wenn in anderen Verwaltungsbereichen keine Kräfte zu finden sind. Das müssen wir in einer vernünftigen Weise miteinander und in Zusammenarbeit mit den Personalgremien organisieren. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen, dass die Vorgängerregierung im letzten Jahr ihrer Amtszeit mit diesem Verfahren begonnen hat.

Viertens. Wir brauchen eine Datenverarbeitung, die zentral festlegt, was im ganzen Land auf diesem Gebiet passiert. Es ist ein Anachronismus, dass wir in der Vergangenheit in einem Bundesland wie Hessen in der Situation waren, die Frage, wie viel Geld ein Ressort im Jahr ausgibt, nicht aus dem Haushalt ablesen zu können. Um diese Frage zu beant-

worten, musste man per Hand den Einzelplan 17 auflösen, um zu einer annähernden Angabe zu kommen. Dieser Anachronismus hat jede vernünftige betriebswirtschaftliche Steuerung des Unternehmens Land Hessen unmöglich gemacht.

Das heißt, Voraussetzung dafür, dass wir über Verwaltungsreform überhaupt reden können, ist, diese vier Elemente - Personalbudgetierung, Verfügbarkeit von Stellen über Ressortgrenzen hinweg, Immobilienverwaltung und einheitliche Datenverarbeitung - Stück für Stück einzuführen. Ich bin sicher, dass wir Ihnen in dreieinhalb Jahren berichten werden, dass wir ein sehr beachtliches Stück weitergekommen sind.

Die erste Frage haben wir im Prinzip schon entschieden. Sie beschließen darüber, wenn Sie den Haushalt beschließen. Die zweite Frage werden wir im nächsten Jahr angehen. An der dritten Frage arbeiten wir derzeit, und auch in der Frage der Datenverarbeitung wird es alsbald zu einer abschließenden Entscheidung kommen. Es wird allerdings etwas länger dauern, bis man sie in dem Unternehmen Land Hessen mit seinen 150.000 Mitarbeitern eingeführt hat.

Die wirklich entscheidenden Voraussetzungen, dass das Land Hessen in Zukunft eine moderne Staatsverwaltung haben wird, sind in den ersten Monaten dieser Legislaturperiode so weit geschaffen worden, dass die Ergebnisse beschlussreif sind. Sie könnten jetzt sagen: An der einen oder anderen Stelle haben wir damit begonnen, das mit vorzubereiten. - Das bestreite ich Ihnen gar nicht. Ich sage aber: Im Augenblick vergleichen wir acht Jahre mit acht Monaten.

Ich gebe zu, da bin ich mit dem Ergebnis dieser acht Monate außerordentlich zufrieden - auch was die Frage der Verwaltungsreform angeht.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine Chance, in diesen vier Jahren in Hessen wesentliche politische Veränderungen herbeizuführen. Diese Regierung hat die Chance, das Image des Landes Hessen als ein Bildungsland, in dem sich die Regierung anstrengt, viel für Bildung zu tun, neu zu begründen. Dieses Land Hessen hat eine Chance, als ein Land zu gelten, in dem außergewöhnliche Anstrengungen unternommen werden, um die Sicherheit der Bürger besser zu gewährleisten, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Dieses Land Hessen hat eine außergewöhnliche Chance, als ein Land zu gelten, das mit Kreativität, aber auch mit Biss sich um jeden Arbeitsplatz, um jedes Unternehmen, um jeden Standort, um jeden Verkehrsknotenpunkt, um jede zukünftige Chance für Arbeitsplätze und Wirtschaft kümmert, balgt, rangelt - was immer notwendig ist, um Hessen ein Stück nach vorne zu bringen. Dieses Land hat in allen drei Bereichen schon heute die ersten Anzeichen dieses Erfolges zu verzeichnen.

Wir haben von den Bürgerinnen und Bürgern einen Kredit bekommen, nicht mehr - das wissen wir. Wir wissen heute auch, dass wir in den letzten Monaten diesen Kredit vergrößert bekommen haben, nicht verkleinert. Darüber freuen wir uns. Aber wir wissen genau, dass wir bei den Dingen, die wir begonnen haben - von der Unterrichtsgarantie über die Sicherheit bis zu den großen Aufgaben der Verkehrsinfrastruktur -, daran gemessen werden, ob es gelingt, die Grundsteine, die wir in diesen acht Monaten gelegt haben, langsam, mit Vernunft, mit Augenmaß und unter Beachtung unserer finanziellen Möglichkeiten zu Bauwerken des Landes werden zu lassen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass uns das gelingt. Sie haben in den ersten acht Monaten keine Chance gefunden, den Gegenbeweis auch nur zu versuchen. Das haben Sie heute Morgen dokumentiert. Hessen ist wieder auf Erfolgskurs, und darauf sind wir stolz.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Hinz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das wird bestimmt besser als bei Armin Clauss!)

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Hahn, vielen Dank für die Vorschusslorbeeren. - Ich hoffe, es bleiben auch noch einige sitzen, und nicht alle gehen zum Mittagessen, obwohl ich nach drei Stunden ein gewisses Verständnis dafür habe.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das wird mir nachher genauso gehen und auch dem Herrn Kartmann!)

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Die Politik des Ministerpräsidenten in den letzten Monaten war vorrangig von dem Bestreben geprägt, mit großen Auftritten bundesweit in die Schlagzeilen zu kommen. Da treibt ihn doch ein besonderer Ehrgeiz, das müssen wir immer wieder feststellen. Was jetzt der CDU Hessen und damit auch Herrn Koch besonders gelungen ist, ist, durch Parteispenden - Entschuldigung: Vermächnisse - besonders in die Schlagzeilen zu kommen.

(Stefan Grüttner (CDU): Wir haben es zumindest nicht nötig, Pressekonferenzen zu machen und uns dort in den Vordergrund zu stellen!)

- Herr Grüttner, es ist schon erstaunlich, dass Sie bei Vermächnissen und Parteispenden immer völlig aufgeregt reagieren und dazwischenrufen müssen.

(Stefan Grüttner (CDU): Überhaupt nicht!)

Es wäre doch wirklich einmal an der Zeit, dass Sie sagen, was Sie wirklich wissen, statt immer nur so dämlich dazwischenzurufen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Ehrgeiz des Ministerpräsidenten führt aber nicht dazu, etwas Besonderes für Hessen zu erreichen. Auch das haben wir in den letzten acht Monaten gesehen. Die Probleme in Hessen werden nicht gelöst. Durch die Art, wie sich Roland Koch, der Ministerpräsident, an Bayern und Baden-Württemberg anlehnt, zeigt sich eigentlich, wie wenig eigene Vorschläge er entwickelt, um Aufgaben anzupacken und Antworten auf neue Herausforderungen zu finden.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich frage mich wirklich: Wo bleibt denn das Selbstbewusstsein für einen eigenen hessischen Weg, den das Land hier so dringend brauchen würde?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ruf von Frau Wagner, wir seien kein Land des Südens, ist nett gemeint - aber auch der verhallt ungehört. Noch als Liberale musste sie neben dem Ministerpräsidenten die

Schleierfahndung verkünden, und da frage ich mich schon: Wo sind die Liberalen in Hessen eigentlich angekommen?

(Ministerin Ruth Wagner: Das hat die F.D.P. auf Bundes- und Landesebene beschlossen!)

Wie sehen nun die profanen Rahmendaten für diesen Haushalt aus, aus denen die Politik des nächsten Jahres werden soll?

Die von Ihnen als niedrigste Nettoneuverschuldung seit zehn Jahren bezeichnete Kreditaufnahme des Landes Hessen ist immer noch zu hoch. So haben Sie die Nettoneuverschuldung für das Jahr 1998 nachträglich um 375 Millionen DM erhöht. Auch wenn dies gerade durch den Rechnungshof als zulässig abgesegnet worden ist, so bleibt doch festzuhalten: Sie haben die Verschuldung für 1998 nachträglich angehoben.

Mit dem Nachtragsetat 1999 sind Sie mit der von Ihnen zusätzlich beschlossenen Verschuldung von 381 Millionen DM an die Grenze des verfassungsmäßig Zulässigen gegangen. Wer durch neue Schulden die Berechnungsbasis für die folgenden Jahre in die Höhe treibt, der kann natürlich leicht darauf verweisen, dass man jetzt auf gutem Wege sei, wenn man nur ein wenig unter der selbst hochgefahrenen Marke der Verschuldung bleibt. Das aber schaffen Sie nur - und das sei Ihnen ausdrücklich gesagt -, weil Ihnen die jetzt endlich wieder stabilisierten und ansteigenden Steuereinnahmen zugute kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Armin Clauss (SPD): So ist es!)

Das Auslaufen der Sonderabschreibungen für Investitionen in den neuen Bundesländern und eine erholte Konjunktur verschaffen Ihnen deutlich mehr finanziellen Spielraum als uns in den letzten Jahren. Da kann ich nur sagen: Glück gehabt. Auf die Erhöhung der Nettoneuverschuldung der letzten acht Jahre zu verweisen - bei der Steuerpolitik des Bundes, die wir erlebt haben - ist schon ziemlich frech, das kann ich an dieser Stelle nur sagen. Wer hatte denn das Chaos zu tragen, das Waigel und Co. in der Bundespolitik angestellt haben? Das hatten wir zu tragen. Mit jeder neuen Steuerschätzung mussten wir unsere Haushaltsdaten verändern. Wir mussten sogar eine Haushaltsverabschiedung verschieben, weil wir eine November-Steuerschätzung bekamen, die alles durcheinander gebracht hat - und nur deshalb, weil die Bundespolitik dazu beigetragen hat, dass wir permanent Steuermindereinnahmen hatten. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Trotzdem haben wir in den letzten Jahren die Nettoneuverschuldung abgebaut, auch wenn es schwierig war. Bei uns war es wirklich schwierig, viel schwieriger als bei Ihnen heute. Wir hatten noch den Ehrgeiz, tatsächlich die Nettoneuverschuldung in den nächsten Jahren auf Null zu fahren. Bei Ihnen ist die Nettoneuverschuldung für das Jahr 2000 in den Rahmendaten immer noch auf 1 Milliarde DM fixiert. Dazu kann ich wirklich nur sagen: Da hatten wir mehr Ehrgeiz.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn Sie jetzt mit der Personalkostenquote kommen, die angeblich auch gesenkt worden ist, dann möchte ich Ihnen aus Ihren eigenen Eckdaten vorlesen, die Sie vorgelegt haben.

(Stefan Grüttner (CDU): Machen Sie das doch!)

Für 1998 hatten wir eine Personalkostenquote von 45,6%. Das ist viel, da gebe ich Ihnen Recht. Sie haben immer kritisiert, das sei zu viel. Jetzt steht für das Jahr 2000 in den Eckdaten der Prozentsatz 44,2. Aber was haben Sie getan? Sie haben schlicht und einfach die Hochschulen herausgerechnet. Das Personal dort muss trotzdem bezahlt werden. Wenn man die Personalkosten der Hochschulen wieder einrechnet, liegt die Personalkostenquote real bei 46,35%, und das ist mehr als unter Rot-Grün im Jahr 1998. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hört, hört!)

Im Übrigen ist es höchst fraglich, ob Sie Ihre Finanzziele bei den Personaleinsparungen erreichen. Die von Ihnen vorgesehenen Einsparungen sind nicht immer sauber ausgewiesen. Sie wollen 120 Millionen DM bei den Personalkosten erbringen. Bei der Überprüfung Ihres Haushalts konnten wir feststellen, dass davon schon mindestens ein Viertel durch die in diesem Jahr noch geltende Stellenpoolregelung erbracht wird, die insgesamt 850 Stellen einsparen soll.

Ob die dann verbleibenden 90 Millionen DM, die Sie einsparen müssen, tatsächlich erbracht werden können, das wird sich allerdings erst im Laufe des Jahres zeigen. Klar ist aber schon jetzt, dass Sie Ihre vollmundigen Ankündigungen, es werde keine Stellenbesetzungssperre mehr geben, nicht einhalten können. Nach den Worten z. B. des Justizministers gibt es künftig Wartezeiten bei der Besetzung von Stellen.

(Manfred Schaub (SPD): Es ist zwar das Gleiche, hört sich aber anders an!)

Abgesehen davon, wie sich diese Wartezeiten in den nächsten Jahren kumulieren müssen, um auf die jeweiligen Sparbeiträge zu kommen - es ist nur ein anderes Wort für Stellenbesetzungssperre. Glauben Sie doch nur nicht, dass das kein anderer merkt, vor allem nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung.

Bei der Altersteilzeit hat nach Aussage des Staatsministers Dr. Jung der Finanzminister mal eben eine Hausnummer eingesetzt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist eigentlich die Hausnummer?)

Keiner weiß, ob die Summe zu erbringen ist, vor allem in welchen Bereichen Altersteilzeit gewährt wird bzw. genommen werden kann. Als das Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Jüngere, wie es gedacht war, wird es sowieso nicht eingesetzt, und zum Sparen taugt es kaum - also wieder eine Luftbuchung.

Hätte Ihnen die Bundesregierung nicht geholfen mit dem Inflationsausgleich für die Beamten, wäre der Haushalt aus allen Fugen geraten, und das, obwohl der Ministerpräsident noch im November erzählt hat, es sei alles ganz schrecklich, was diese Bundesregierung mit den Beamten macht. Trotzdem hat der eigene Finanzminister im September einen Haushalt vorgelegt, der diese Einsparung schon eingerechnet hat. Das muss man der Öffentlichkeit gegenüber immer wieder betonen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur der Finanzminister will es nicht hören! Er verdrückt sich!)

Das, was Sie als Zukunftsoffensive in Ihrer grandiosen Wirtschaftspolitik angekündigt haben, ist schlicht und einfach eine Wundertüte. Sie verschieben Positionen aus dem Wirtschaftsetat, z. B. das Konversionsprogramm in Höhe von 6,1 Millionen DM, in diese Zukunftsoffensive, ohne dass Sie im Entwurf des Haushalts klargemacht haben, wie Sie diese Ausgaben eigentlich decken wollen. Auch gehen Sie, Herr Ministerpräsident, schon durch das Land und versprechen Förderung aus der Zukunftsoffensive für Projekte wie die Sanierung des Frankfurter Waldstadions.

Da diese Landesregierung mittlerweile nicht mehr ohne eine Vizeerklärung des kleinen Koalitionspartners, der F.D.P., auskommt, hat der F.D.P.-Wirtschaftsminister, der praktischerweise aus Nordhessen stammt,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wieso praktischerweise?)

gerade in Kassel 70 Millionen DM für den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden aus der Zukunftsoffensive versprochen.

Unabhängig von der Sinnhaftigkeit dieser Projekte ist festzuhalten, dass dies klassische Investitionsvorhaben sind, die nach unserem Konzept im Zusammenspiel der Investitionsbank mit der von Ihnen verhinderten Landesentwicklungsgesellschaft hätten realisiert werden müssen, nicht aus einem Fonds, bei dem man bis heute nicht weiß, wie die Gelder dort eigentlich hineinkommen und in welcher Höhe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird alles aus Vermächtnissen gezahlt! Die kommen noch!)

Wir waren ja gespannt, wie dieser Zukunftsfonds gespeist wird; denn Sie haben weder Ihr Verkaufskonzept für die Messe Frankfurt gegen Ihre Parteifreundin, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, durchgesetzt, noch haben Sie das von uns bereits kritisierte In-sich-Geschäft der Wohnungsgesellschaften zur Übernahme von Anteilen anderer öffentlicher Wohnungsunternehmen umsetzen können. Wir warnen Sie im Übrigen auch davor, eine öffentlich dominierte Gesellschaft zu zwingen, Anteile einer anderen Gesellschaft zu übernehmen und diesen Kauf womöglich mit Krediten zu finanzieren. Das ist in unseren Augen eine verdeckte Kreditaufnahme des Landes, die nicht hinzunehmen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie wissen hoffentlich, dass das Bundesverfassungsgericht solchen Geschäften sehr klare Restriktionen auferlegt hat. Was tun Sie also? Sie werden sich ab dem nächsten Jahr aus den Rückflüssen der Wohnungsbaukredite in das Sondervermögen "Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen" bedienen und dabei das Prinzip der Vermögenssicherung aufgeben. Es scheint Sie dabei nicht im Mindesten zu stören, dass dadurch das Grundprinzip des Sondervermögens durchbrochen wird, das einen Einsatz der Mittel als revolvingierende Kredite vorsah.

Ein Konzept, wie die Zukunftsoffensive genau aussehen soll, ist daraus nicht zu erkennen. Wir GRÜNEN haben dagegen bereits in der vergangenen Legislaturperiode klargemacht, wie mit den Erlösen aus Landesvermögen ein Fonds gespeist werden soll, der Bildungsinvestitionen des Landes finanzieren soll. Der Fonds sollte aus unserer Sicht so angelegt sein, dass er sein Kapital erhält und aus den Erträgen die Förderungen leistet. Neben zusätzlichen Bildungsinvestitionen in Schulen und Hochschulen müsste un-

serer Ansicht nach dabei vorgesehen werden, nachhaltige Technologien und Gesellschaftsentwicklungen zu unterstützen. Dazu zählen wir neben Umwelttechnologien insbesondere auch den Bereich der Nachrichten- und Medientechnologien, die in Hessen noch stärker als bisher gefördert werden sollten.

Dort, wo Bau- und Ausrüstungsinvestitionen geleistet werden sollen, ist für uns die Aufgabe der Investitionsbank und der von uns ehemals geplanten Landesentwicklungsgesellschaft zu sehen. Ich finde nach wie vor, dass Sie sich überlegen sollten, diese Landesentwicklungsgesellschaft doch einzuführen, weil das ein richtiger Weg wäre, Förderinstrumente tatsächlich zu bündeln und hier in Hessen Wirtschaftspolitik zu steuern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann die Beteiligung an der Helaba. Schauen wir uns an, wie die knallharte Formulierung des Koalitionsvertrages: "Ein Wiedereinstieg des Landes bei der Landesbank Hessen-Thüringen ist nicht beabsichtigt" schon wenige Monate nach Regierungsbildung zerbröselst ist. Hier lässt sich erahnen, welche Positionen CDU und F.D.P. bereit sind aufzugeben, wenn es darum geht, im Konzert ihrer selbst erkorenen Vorbilder im Süden Deutschlands auf der dritten Geige mitspielen zu dürfen.

Der Wiedereinstieg in die Helaba ist doch keine moderne Wirtschaftspolitik. Das ist doch ein konservativer Ansatz im schlechten Sinne, den Sie eigentlich ablegen wollten. Sie haben hier doch immer weniger Staat gepredigt. Zum Wiedereinstieg wird nun das sowieso schon schlechteste Geschäft des Landes Hessen wiederholt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der 1989 von Wallmann und seinem Finanzminister Kanther verramschte 50-prozentige Anteil des Landes Hessen an der Helaba soll zumindest zum Teil wieder zurückgekauft werden, aber zum Achtfachen des damaligen Preises. Die bei der Helaba noch vorhandenen Genussscheine des Landes in Höhe von 265 Millionen DM reichen heute gerade noch für eine Beteiligung von etwas über 3%. Mit einer solchen Beteiligung lässt man sich nun wirklich am viel zitierten Katzentisch nieder. Ich weiß nicht, was Sie da eigentlich recht beeinflussen wollen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher 50%, jetzt 5%!)

Was passiert sonst im Bereich der Wirtschaftspolitik? Bürgschaften für den Transrapid werden angekündigt. Vom Wirtschaftsminister wird ein runder Tisch einberufen. Der Finanzminister, CDU, sieht das Ganze wiederum als nicht so realistisch an - andere Länder im Übrigen auch nicht.

Beim Transrapid kommt mir doch die unsägliche Aussage des Ministerpräsidenten über das "Schmiergeld" in den Sinn, welches der Kanzler doch angeblich bei Holzmann gezahlt habe. Abgesehen davon, wie dieser Begriff bei der CDU durch andere Vorkommnisse, die jüngst ans Tageslicht kamen, besetzt ist, frage ich doch bei allen Schwierigkeiten, die man mit staatlicher Hilfe für angeschlagene Konzerne haben kann: Warum soll nicht im Krisenfall zugunsten Tausender von Arbeitsplätzen interveniert werden, und wie würden Sie, wenn Sie das völlig anders sehen, die angekündigte Bürgschaft des Landes Hessen zugunsten eines Projektes bezeichnen, welches nach heutigen Gesichtspunkten noch nicht einmal marktfähig ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen haben Sie gerne selbst neben dem Kanzler im Rampenlicht gestanden, nachdem Sie selbst nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen sind.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Schatten des Kanzlers!)

Was bleibt von den angekündigten Arbeitsplatzoffensiven? Nordhessen haben Sie genannt, es habe nie eine Wirtschaftspolitik für Nordhessen gegeben.

(Manfred Schaub (SPD): Völliger Unsinn!)

Da kann ich nur sagen: Das ist völliger Blödsinn. Wir haben unter Rot-Grün jede Menge Strukturprogramme gerade für Nordhessen gemacht, Sie brauchen nur in die alten Haushalte zu schauen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Manfred Schaub (SPD): Richtig, und nicht nur plakative Sachen!)

Ich finde es schon erstaunlich, wenn Sie unter Wirtschaftspolitik allein den Straßenbau von A 49 und A 44 oder den Ausbau von Kassel-Calden verstehen. Das finde ich für einen Ministerpräsidenten ein bisschen wenig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen ist das, was Sie hier über die Finanzierung des Bundesverkehrswegeplanes vorgetragen haben, überhaupt nicht richtig. Was Wissmann damals mit diesem Verkehrswegeplan gemacht hat, war, permanent Straßen aufzunehmen, damit Ihre Leute in Ihrer Gliederung vor Ort ruhig gestellt waren. Es war aber für Beobachter völlig klar, dass diese Straßen in den Zeiträumen überhaupt nicht finanzierbar sind, wie dieser Bundesverkehrswegeplan angelegt war. Deswegen ist es jetzt richtig, einen Plan aufzulegen, der deutlich sagt, wie die Prioritäten sind und welche Straßen realistischere gebaut werden können, damit sich die Leute darauf einstellen können. Im Übrigen sind es Ihre Leute vor Ort, die als Erste schreien, wenn vor ihre Nase eine Autobahn gesetzt werden soll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Was haben wir noch an Wirtschaftspolitik? - Der angekündigte Ausbau des Frankfurter Flughafens. Wer hier die Mediation zum Beiwerk für landespolitische Entscheidungen degradiert hat, ist doch seit langem bekannt. Das waren Herr Ministerpräsident Koch, der Umweltminister Dietzel und der Fraktionsvorsitzende Hahn von der F.D.P. Sie alle haben in mehr oder minder deutlichen Äußerungen über den Sommer hinweg die Mediation diskreditiert, abgesehen davon, dass Sie sich mit Ihrer Koalitionsvereinbarung für den Ausbau ausgesprochen haben. Herr Koch, jetzt setzen Sie als Ministerpräsident bei der Rede vor der IHK Frankfurt noch eins drauf: Die Unternehmen sollen sich stark machen für den Ausbau, damit man nicht nur die lautstarken Gegner hört. - Da frage ich: Was soll die Mediation noch? Was sollen die Leute eigentlich denken, die da sitzen und ihre Zeit verbringen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mediation war gut angedacht. Wir wollten die Mediation. Wir haben dazu gestanden. Wir wollten wirklich Prüfungen, nach den Prüfungen die Ergebnisse auswerten und dann überlegen: Was ist für den Flughafen ein realistisches Konzept? Wie kann er tatsächlich überleben und welche Kapazitätserweiterung ist möglich, die nicht weiter die Umwelt beeinträchtigt?

Das wäre für uns eine schwierige Gratwanderung gewesen. Wir wollten aber diesen Weg gehen. Was Sie machen, ist, dieses Mediationsverfahren zu diskreditieren, anstatt, wie es Ihre Aufgabe als Ministerpräsident wäre, die Mediation zu schützen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Die fühlen sich aber gar nicht bedroht!)

Des Weiteren wäre es auch notwendig gewesen, dass Sie als Aufsichtsrat der FAG und als Ministerpräsident auch darauf gedrungen hätten, dass das so genannte Strategiepapier veröffentlicht würde, das die FAG mit anderen unter Verschluss hält, nach dem Motto - so auch in der Presse zitiert -, das käme jetzt zur Unzeit. Das würde ungute Diskussionen anregen, weil in diesem Strategiepapier das ausgeführt ist, was wir schon lange vermuten: Es komme darauf an, in Zukunft zwischen verschiedenen Flughäfen und zwischen verschiedenen Verkehrsträgern zu kooperieren.

Ihnen ist es aber lieber, dass eine solche Debatte nicht geführt wird. Deswegen ist es ein großes Fragezeichen, ob Sie überhaupt die Mediation und hinterher eine Bewertung vornehmen wollen. Ihr Interesse ist es, möglichst schnell eine Variante hinzukriegen und die in der Bevölkerung auch durchzusetzen. Herr Ministerpräsident, ich finde es überhaupt nicht in Ordnung, obwohl Sie sich auf die Abgeordnetenbank gesetzt haben,

(Roland Koch (CDU): Von da will ich einmal fragen!)

dass Sie als Ministerpräsident - nicht als CDU-Landesvorsitzender oder irgendwas - an Parteien, an Fraktionen hier im Landtag ein Gesprächsangebot unterbreiten für die Zeit nach dem Mediationsverfahren und dann ausdrücklich die GRÜNE-Fraktion ausnehmen. Ich frage, was Sie eigentlich für ein demokratisches Verständnis haben. Wir sind daran interessiert, über die Flughafenzukunft mit Ihnen zu diskutieren, weil wir der Meinung sind, es ist notwendig, dass in der Region auch die Stimme erhoben wird, die vielleicht andere Konzepte hat. Darüber muss man sich aber austauschen und darf nicht einfach eine Gruppe totschweigen, wie es bislang Ihre Art ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Hinz, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ministerpräsident

(Roland Koch (CDU): Als Abgeordneter!)

- von Herrn Abg. Koch?

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Roland Koch (CDU):

Frau Kollegin Hinz, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen oder Ihr Wissen zu bestätigen, dass dieses so genannte Strategiepapier - durch wessen Veranlassung auch immer - allen Mitgliedern des Mediationskreises zur Verfügung gestellt worden ist und die anschließend öffentlich erklärt haben, sie hätten dies behandelt und es würde ihre Erkenntnisse nicht beeinflussen? Und würden Sie zweitens zur Kenntnis nehmen, dass ich nicht zur Kenntnis genommen habe, dass auch Sie mit uns sprechen wollen, was selbstverständlich geschehen wird?

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Letzteres nehme ich zur Kenntnis. Zu Ersterem sage ich trotzdem, es wäre Ihre Aufgabe.

(Roland Koch (CDU): Das ist doch kein dunkler Kanal!)

- Es geht nicht darum, dass es über irgendwelche dunklen Kanäle bekannt wird, sondern die FAG sollte doch keine Angst vor ihrem eigenen Strategiepapier haben und es veröffentlichen. Darum geht es doch schlicht und einfach. Wir erwarten, dass Sie entsprechend darauf drängen, damit auch dieses diskutiert werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten warte ich gerne auf Ihre Einladung.

(Roland Koch (CDU): Das habe ich nie erwartet, dass Sie einmal warten können! - Stefan Grüttner (CDU): Mal gucken, wie Sie damit umgehen wollen!)

- Herr Ministerpräsident, ich werde sie annehmen. Das glauben Sie doch wohl. Herr Grüttner, ich weiß doch, was sich gehört, im Gegensatz zu manch anderem hier im Saal.

(Gerhard Bökel (SPD): Wenn das so weitergeht, geht doch einmal raus! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Genau! Geht raus, oder wir stören hier!)

Meine Damen und Herren, Ihr erstes Regierungsjahr und der erste von Ihnen allein zu verantwortende Haushalt hat viele Bürgerinnen und Bürger enttäuscht. Sie haben unter anderem die Bürgergesellschaft in Ihrer Regierung beschworen

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Aktive!)

- die aktive Bürgergesellschaft sogar -, was aber, wenn wir genauer hinschauen, nur für wenige Bürgerinnen und Bürger und am allerwenigsten für die bei uns lebenden Nichtdeutschen und Menschen ausländischer Herkunft gilt. Wir erinnern uns noch gut an Ihren Slogan "Integration statt Doppelpass". Nur haben Sie Letzteres lauter gerufen als Ersteres und damit Fremdenfeindlichkeit in Kauf genommen, wenn nicht sogar geschürt. Für die etwas besonneneren Menschen haben Sie verkündet: Wenn wir erst einmal am Ruder sind, dann werden wir zeigen, was Integration ist.

Wir stellen acht Monate danach fest, wir haben noch nichts gehört und nichts davon gesehen, was Sie unter Integration verstehen, außer, wir nehmen Bruchstücke Ihres Handelns als Rezept: die Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts, einen Aussiedlerbeauftragten, der sich um die Vertriebenenkultur kümmert, wo es wesentlich wichtigere Dinge bei den Aussiedlern gäbe, die Kürzung des Förderunterrichts für nicht deutsche und Aussiedlerkinder, die Kritik an der Einbürgerungskampagne der Bundesregierung.

Verstehen Sie das wirklich unter Integration? Das soll eine positive Hilfe des Zusammenlebens fördern? - Wenn Sie wirklich nicht mehr wissen, wie man Integration gestalten soll, dann empfehle ich Ihnen unser Konzept und unsere Haushaltsanträge. Damit kämen wir in Hessen wenigstens ein Stück weiter voran.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben ein Konzept erarbeitet und vorgelegt. Wir diskutieren es mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Ich sage Ihnen, wir bekommen für dieses Konzept viel Zustimmung. Sie sollten sich, wenn Sie sich kein eigenes Konzept zu-

trauen, wenigstens zu unserem Verhalten. Die Menschen in Hessen sind das Herummogeln in dieser Frage ziemlich leid.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen klare Zielsetzungen in der Frage, wie ein demokratisches Zusammenleben funktionieren kann. Dass das nicht immer einfach ist, dass es viele Konflikte und Probleme gibt, ist klar. Dass es Anstrengung von beiden Seiten braucht, ist auch klar. Dass die Menschen, die hier eingewandert sind und noch einwandern werden, größere Anstrengungen in Kauf nehmen müssen, ist auch klar. Es gilt aber, die Probleme anzupacken und nicht auszusetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als ein besonders bürgerfreundliches Mäntelchen hängen Sie sich jetzt als Ministerpräsident eine Kampagne um, die 450.000 DM kostet. Ich habe nichts gegen Ehrungen, ich habe auch nichts gegen Werbung für bürgerschaftliches Engagement - im Gegenteil, das ist unter unserer Federführung bereits begonnen worden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber keine Sonntagsreden!)

Aber warum soll es eine Ehrenamtsagentur auf Landesebene geben, ein Programm für ein Jahr initiiert werden, wenn es auf kommunaler Ebene viele freiwillige Zentren gibt, die daran krankens, dass sie nicht genügend Geld haben, Teilzeitkräfte zu beschäftigen, Menschen vor Ort zu beraten und Räume anzumieten?

Da wäre das Geld viel besser aufgehoben als bei irgendwelchen Geschehnissen auf Landesebene, die die Leute vor Ort nicht erreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es wäre wichtig, Strukturen zu stärken wie Selbsthilfegruppen, denen Sie die Gelder im Haushalt kürzen, auch wenn jetzt noch einmal ein Teil aufgestockt wurde. Aber es geht hier nach dem Motto: Wichtig ist nur, was dem Ministerpräsidenten nutzt, und es geht nicht darum, was tatsächlich vor Ort notwendig ist.

Über die engagierten Menschen in Schulkonferenzen, an Hochschulen, in Personalvertretungen haben wir schon häufig gestritten und darüber, dass Sie hier die Mitwirkungsrechte drastisch eingeschränkt haben. Aber man kann es nicht oft genug wiederholen: Lippenbekenntnisse für aktive Bürgergesellschaft fördern nicht das Engagement in der Gesellschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist genauso wie beim Wahlrecht für 16-Jährige. Das Konstrukt, das Sie jetzt beschließen wollen und das relativ fragwürdig ist, was seine verfassungsrechtliche Seite angeht, zeigt doch, wie willkürlich Ihre Entscheidungen in diesem Bereich sind und dass sie nichts mit politischer Einbindung von Jugend zu tun haben und damit, dass die Jugend in die Politik hineinwachsen soll.

Wir dagegen wollen Selbsthilfe und Engagement in den verschiedensten Bereichen stärken. Wir wollen weiter das kommunale Wahlrecht für 16-Jährige. Wir wollen Selbsthilfegruppen vor Ort unterstützen. Wir wollen Freiwilligenzentren vor Ort. Wir wollen die Integration von Nichtdeutschen und Aussiedlern und dabei auf deren Stärken setzen, wie z. B. ihr ausgeprägtes Vereinsleben und ihre Kompetenzen, die sie in unsere Gesellschaft einbringen können.

Aber zur Selbsthilfe und zu einem gesellschaftlichen Engagement gehört auch die Unterstützung von sozial Benachteiligten. Denn erst wenn diese in die Lage versetzt werden, sich zu beteiligen, ist das Ziel erreicht. Dann werden sie zu aktiven Mitgliedern.

Deshalb finden wir es auch falsch, dass Sie z. B. die Programme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit kürzen. Jugendliche brauchen eine Zukunft und sie brauchen einen Ausbildungsplatz. Sie brauchen nicht das Gefühl, in dieser Gesellschaft nicht gebraucht zu werden, sonst werden sie sich von dieser unserer Gesellschaft abwenden. Deswegen haben wir einen Antrag gestellt, diese Mittel aufzustocken.

Wir wollen das Programm "Soziale Stadt" über ein Bauprogramm hinaus ausdehnen, und zwar so, dass die Menschen nicht weiter als Opfer behandelt werden, sondern als Subjekte, die man tatsächlich stärkt, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Das ist wichtig für eine aktive Bürgergesellschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen ein Präventionsprogramm gegen Gewalt vor allem für Jugendliche. Das ist Prävention, über die wir uns doch ansonsten immer so einig sind. Aber für diese Prävention haben Sie überhaupt kein Auge. Sie beklagen nur Gewaltbereitschaft, Kriminalität, steigende Kriminalität bei Jugendlichen. Aber wenn es darum geht, aktiv etwas von Landesseite aus zu machen, dann lehnen Sie diese Vorstellungen ab.

Was haben Sie für Alternativen?

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine!)

- Bislang keine, genau. So, wie Ihre Minister in diesen Bereichen agieren, wird es auch keine geben. Sie haben im Moment auch eher ein Gruselkabinett denn ein Landeskabinett an Ihrer Seite.

Bis heute ist unklar, was mit der Jugendbildungsarbeit in Hessen geschehen soll, mit den Aufgaben, die ein Landesjugendamt zu leisten hat, wie eine flexible Kinderbetreuung ausgebaut werden soll. Die Sozialministerin hat es doch tatsächlich geschafft, in einem Dreivierteljahr nichts Eigenes in die Wege zu leiten. Das Kombilohnmodell mussten wir ihr sozusagen aus den Rippen leihen. Der Haushalt gibt auch nichts her, was sie im nächsten Jahr Positives neu gestalten könnte. Er wurde ja auch von Ihnen zum Steinbruch erklärt, wie z. B. bei der Kinderbetreuung. Was hat da doch die CDU in Oppositionszeiten getönt - nicht nur, dass es wichtig ist, einen Sozialvertrag mit den Kirchen zu schließen. Was ist denn daraus geworden? Bis heute wissen die Kirchenvertreter immer noch nicht, was eigentlich sein soll, weil Sie es Ihnen nicht erklären können.

Wie wichtig war Ihnen das Konnexitätsprinzip für die Kommunen. Und jetzt? Worauf können sich die Kommunen verlassen? Darauf, dass sie die Kinderbetreuungskosten aus dem Kommunalen Finanzausgleich zahlen müssen. Das macht 100 Millionen DM weniger für die Kommunen, weil sie keine Verstärkungsmittel bekommen. Wer das noch nicht kapiert hat, sind die Frau Sozialministerin und - das konnte ich jetzt feststellen - auch der Generalsekretär der CDU. Er hat nämlich eine Presseerklärung veröffentlicht - CDU Hessen -, schon jetzt seien Verbesserungen für die Familien in Hessen sichtbar. Man höre und staune. Im Haushalt 2000 werde die Kita-Förderung vom Kommuna-

len Finanzausgleich übernommen. Man höre und staune. Auch dieser Mann bei Ihnen hat leider keine Ahnung. Sie sollten sich wirklich langsam Gedanken darüber machen, wer bei Ihnen eigentlich für Familienpolitik und Sozialpolitik zuständig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dabei ist doch Familie das neue Konzept der CDU. Jetzt durften wir auch in einem Interview des Ministerpräsidenten lesen, wie er die Familienpolitik einschätzt und was er da für vorwärts gewandt hält. Wir konnten nur staunen. Das, was Sie da verbreitet haben, ist schlicht und einfach nicht realitätstauglich. Die Forderung nach einem Familiengeld, das als Gehalt ausgezahlt werden sollte, blieb ohne seriöses Finanzierungskonzept und ist auf Ihrem kleinen Parteitag abgelehnt worden. Sie mussten sich sagen lassen, dass es eine falsche Forderung sei. Denn das würde die Frauen zurück an den Herd bringen. Das müssen Sie sich von Ihrer Partei sagen lassen. Man höre und staune. Die geäußerten Vorstellungen zur Ehe sind nicht nur konservativ, sie sind stockkonservativ. Eine lebenslange Ehe ist doch nicht mehr das einzige Fundament von Beziehungen. Vor allen Dingen ist sie nicht das Fundament für eine friedliche Gesellschaft. Also das darf doch wohl nicht wahr sein. Das Fundament für eine friedliche Gesellschaft ist ein demokratisches Zusammenleben aller Menschen. Damit hat die Ehe überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Noch wichtiger ist die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensformen, und zwar von zusammengesetzten Familien, seien es Stieffamilien, Unverheiratete mit Kindern oder allein erziehende Mütter und Väter. Das ist realitätstaugliche Familienpolitik, dass es darum geht, diese Menschen zu fördern. Familienpolitik heißt auch, schwule und lesbische Lebensgemeinschaften nicht auszugrenzen. Aber nicht einmal diesen Fortschritt haben Sie hingekriegt. Ja zu sagen zu einer eingetragenen Partnerschaft. Insoweit bleiben Sie weit hinter der Realität zurück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber Schwerpunkt ist eben nicht Sozialpolitik in diesem Lande. Bildungspolitik hat scheinbar Vorrang. Finanziell ist das auch richtig. Damit kein Missverständnis aufkommt: Dass so viele Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wurden, halten wir für richtig. Das ist eine positive Entwicklung. Allerdings ersetzt die Einstellung von neuen Lehrerinnen und Lehrern nicht die Bildungspolitik. Mit der Neueinstellung von Lehrkräften sind nicht alle Probleme des Unterrichtsausfalls und noch lange nicht die der Weiterentwicklung von Schulen für die Aufgaben des nächsten Jahrtausends gelöst. Wir halten es für falsch, wenn die Grundschule mit festen Öffnungszeiten abgeschafft wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gerade weil die Schule mitten in die Gesellschaft gehört, muss Schulorganisation auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, die durch gewachsene Erwerbsneigung beider Eltern und Veränderung von Familienstrukturen verursacht sind. Es kann jetzt auch nicht angehen, dass das Land die Kommunen zum Ausfallbürgen für die versprochene Unterrichtsgarantie machen will.

Ich möchte Ihnen einen Brief vorlesen. Er ist in diesem Monat von einer Grundschulleiterin an die Eltern versandt worden mit dem Text:

Liebe Eltern! Seit Beginn des Schuljahres 1999/2000 arbeiten die Grundschulen in Hessen mit verlässlichen Schulzeiten. Die vergangenen Wochen haben in der Grundschule gezeigt, dass die Vertretungsreserven an Tagen mit sehr hohem Krankheitsstand im Kollegium nicht ausreichen, um für die betreffenden Klassen einen Unterricht anzubieten, der noch eine gewisse Qualität besitzt. Wir werden auch in Zukunft den Unterricht nicht ohne vorherige Benachrichtigung der Eltern kürzen. Bitte geben Sie auf dem bei der Klassenlehrerin abzugebenden unteren Abschnitt an, ob ihr Kind am Tag mit hohem Lehrerinnenstundenausfall später zur Schule oder früher nach Hause kommen kann. Kinder, die wir nicht nach Hause schicken können, werden weiterhin von uns beaufsichtigt.

Das ist Realität an den Schulen: nichts von verlässlichen Schulzeiten. Das gab es schon immer, dass Kinder Abschnitte mitbringen mussten, ob sie nach Hause geschickt werden können oder nicht. Aber sich hier hinzustellen und immer von der Unterrichtsgarantie zu erzählen, obwohl in der Realität davon nichts zu spüren ist, das ist Fakt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das müssen Sie den Leuten langsam erklären, auch den Eltern.

(Zuruf von der CDU: Acht Jahre nichts getan und nach acht Monaten schimpfen!)

Warum Sie dann Grundschulen mit festen Öffnungszeiten abschaffen, anstatt sie auszubauen, das kann überhaupt niemand mehr verstehen. Die Proteste müssten Sie doch alle erreichen, die so ein Konzept, das zurzeit von Ihnen gefahren wird, zeitigen. Die Eltern sind mit dieser Grundschulpolitik von Ihnen nicht zufrieden.

Eine betreute Grundschule würde dieses Problem auch nicht auffangen. Eine betreute Grundschule nimmt nur die Kinder auf, die angemeldet sind. Eine Grundschule mit festen Öffnungszeiten nimmt alle Kinder auf. Dort werden alle Kinder unterrichtet und erzogen, die in dieser Grundschule angemeldet sind. Das wäre ein Fortschritt in der Grundschulpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, zu der Schule der Zukunft gehört nach unserer Ansicht nach wie vor die Integration behinderter Kinder, die leistungsgerechte Schule, die Kinder nach ihren individuellen Fähigkeiten fördert. Zu einer Schule gehören Autonomie, Mitbestimmung und Qualitätsmaßstäbe, die für Lehrkräfte, Eltern und nicht zuletzt Schüler nachvollziehbar sind. Damit Schulen dies leisten können, brauchen sie Freiräume statt zentrale Prüfungen. Sie brauchen bessere Fortbildung und veränderte Lehrerausbildung. Für diese Positionen werden wir auch in Zukunft nachdrücklich eintreten.

Wenn der Ministerpräsident hier vorträgt, die Unterrichtsversorgung sei die erste Priorität - ich habe Ihnen eben deutlich gemacht, dass die Unterrichtsgarantie so nicht stattfindet - und nicht deutsche Kinder müssten gefördert werden, dann kann ich dem nur entgegenhalten: Die Förderkurse werden gekürzt. Nicht nur der muttersprachliche Unterricht soll auslaufen. Auch die Förderkurse für Kinder ausländischer Herkunft werden gekürzt. Das heißt, sie werden die deutsche Sprache nicht so lernen, dass sie dem

Unterricht tatsächlich besser folgen können. Sie wollen die Hauptschule stärken. Wie schaffen Sie das, wenn Sie nur Lehrkräfte für die Gymnasien im nächsten Jahr einstellen? Das weist der Haushalt aus.

Von Ihren Versprechen, von Ihren drei Maßstäben, die Sie selbst an Ihre Politik angelegt haben, werden Sie keine einzige Zielmarke erreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Erklären Sie doch jetzt einmal allen Volkshochschulen, warum Sie auf Druck von Finanzminister Weimar dort 7,2 Millionen DM gekürzt haben und dann herauskommt, dass mal eben vergessen wurde, die Dotierung der Religionslehrer im Haushalt anzumelden. Er zuckt da nur lakonisch mit der Achsel und sagt: Wir haben doch mehr Steuereinnahmen. Das ist alles kein Problem.

Warum machen Sie nicht aus dieser sprudelnden Steuerquellenerquelle eine kleine Quelle für die Volkshochschulen? Machen Sie es deshalb nicht, weil Sie es nicht wollen, weil Sie kein Interesse an Erwachsenenbildung haben? Wer Hessen wirklich zu einem Bildungsland machen will, der muss Weiterbildungsangebote in der Erwachsenenbildung und die Möglichkeit zum Erwerb von Zusatzqualifikationen ausbauen und darf sie nicht einschränken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deshalb ist es fatal, dass Sie unser Angebot für ein Moratorium nicht angenommen haben. Es wäre sinnvoll gewesen, die Kürzung ein Jahr auszusetzen, ein Konzept für eine Erwachsenenbildung der Zukunft zu erarbeiten und dann zu überlegen, wie man die Mittel effektiv einsetzt. Glauben Sie doch nicht, dass Sie hinterher ein gescheites Konzept zustande bringen, wenn erst einmal etwas gestrichen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gar nicht als Schwerpunkt gedacht ist die Umweltpolitik des Landes. So sieht sie auch aus. Dass sie dem Ministerpräsidenten zwei Sätze wert ist, zeigt auch den Stellenwert.

Die Umweltallianz wurde geschlossen. Hervorragend: ein Vertrag.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

- Na gut. Wenn Sie meinen, das würde jetzt die Umweltpolitik ersetzen, bin ich schon reichlich erstaunt.

Wer hat denn die Selbstverpflichtung der Betriebe in Hessen unterstützt? Wer hat das Öko-Audit finanziell in den letzten Jahren in Hessen unterstützt?

(Zuruf von der CDU: Gängeleien waren an der Tagesordnung!)

Das ist doch unter Rot-Grün passiert. Die Genehmigungszeiten sind unter einem grün geführten Umweltministerium radikal gekürzt worden, weil die Gängelung zurückgeschraubt wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer hat den Erlass zur Deregulierung in der alten Wahlperiode gemacht? Das war unter meiner Federführung. Damit hat die CDU nichts zu tun.

Jetzt einen Vertrag über eine Umweltallianz zu schließen bringt materiell nicht mehr.

Sie müssen schlicht und einfach Doppelprüfungen aussetzen, so, wie es in dem Erlass steht. Die Unternehmen richten sich inzwischen schon danach. Das weiß ich aus vielen Gesprächen. Insofern wird sich dort nichts weiter positiv verändern.

Ich weiß auch nicht, was Sie ansonsten verändern wollen. Bisher ist noch nichts zur Umweltpolitik vorgetragen worden. Das spricht Bände.

Das Beispiel Kellerwald ist uns allen hier auch geläufig. Auch hier werden wir Sie nicht aus der Verantwortung entlassen. Wir werden weiterhin mit allen Gruppen für die Einrichtung eines Nationalparks kämpfen. Ein Jahr Aufschub haben wir schon. Wir sollten doch noch einmal an die gestrige Debatte Hessen-Thüringen anknüpfen und uns das Abstimmungsergebnis in Thüringen vor Augen führen. 70 Abgeordnete in Thüringen waren für einen Nationalpark, für einen Buchenwald als Nationalpark. Vielleicht kommen Sie von der Koalition doch noch einmal ins Nachdenken. Wir werden Ihnen gerne nachhelfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ideologisch motivierte Auslaufen der Grundwasserabgabe bringt das mangelnde Interesse der Umweltpolitik noch einmal auf den Punkt.

(Stefan Grüttner (CDU): Dass Sie sich trauen, das Argument zu bringen, ist ein starkes Stück!)

210 Millionen DM erwarten Sie. Sie geben nur 30 Millionen DM für neue Projekte aus.

(Stefan Grüttner (CDU): Wie viel Personalkosten haben Sie denn?)

- Ich bin einmal gespannt, wie Sie künftig die Personalkosten bezahlen wollen. Darauf bin ich sehr gespannt, Herr Grüttner.

70 Millionen DM wollen Sie in eine Rücklage einstellen. Die Grundwasserabgabe wird aber nicht erhoben, um sie in eine Rücklage einzustellen, sondern um Grundwasserschutz zu betreiben und weitere Umweltprogramme zu finanzieren.

Was Sie jetzt machen, ist, nach geltendem Recht die Grundwasserabgabe noch durchzuführen, aber den Bürgerinnen und Bürgern nichts über die Pauschale zurückzugeben. Das ist schlicht und einfach Betrug am Verbraucher.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst die CDU-Orts- und -Kreisverbände haben noch nicht kapiert, dass Sie das Grundwasserabgabengesetz noch nicht geändert haben. Die stellen allerorts schon Anträge, dass doch die Wasserpreise gesenkt werden sollen, weil jetzt die Grundwasserabgabe abgeschafft sei. Vielleicht sollten Sie die einmal aufklären. Wenn Sie es nicht tun, keine Bange. Wir werden überall in Hessen verkünden, was Sie hier für einen Betrug machen, indem Sie die Wasserabgabe erheben, die Mittel aber nicht für die notwendigen Maßnahmen ausgeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben einen Umweltminister, der die Sicherheitsinteressen gegenüber der Atomenergie hintanstellt. - Ja, ich muss doch noch einmal darauf kommen, weil es schon ein erstaunlicher Vorgang ist, dass ein Umweltminister per Kabinettsbeschluss des Bundes dazu verdonnert wird, Akten vorzulegen. Das gab es sonst noch nie in der Bundesrepublik.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist wohl wahr!)

Ich kann Ihnen nur sagen, grün geführte Ministerien, grüne Ministerinnen und Minister haben immer den schwarzen Umweltministern auf Bundesebene alle Akten vorgelegt. Wir mussten nicht dazu genötigt werden. Sie sollten sich einmal eine Scheibe von solcher Bundestreue abschneiden, wie wir sie in den letzten Jahren gezeigt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Petra Fuhrmann (SPD): Wir waren immer transparent!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie immer meinen, Herr Dietzel würde so viel für die Sicherheit tun:

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Mehr als Trittin!)

Der Bescheid zur Stilllegungsverfügung - -

(Stefan Grüttner (CDU): Wie ist es nun bei Ihnen, drei Jahre, vier Jahre oder 30 Jahre?)

- Ich kann Ihnen gleich etwas dazu sagen, Herr Grüttner, wenn Sie mich ausreden lassen. Ich sage Ihnen gerne alles, was Sie hören wollen, wenn Sie mich nur ausreden lassen.

Jetzt fangen wir erst noch einmal da an, wo Ihr Versäumnis liegt, nämlich in Ihrer Landesregierung. Zum Entwurf für die Stilllegungsverfügung hat Herr Dietzel, als er ins Amt kam, gesagt, etwa drei Monate nimmt er sich Zeit, um diese Stilllegungsverfügung zu überprüfen. Und was ist? Nach acht Monaten hat er sie immer noch nicht überprüft. Da drängt sich doch der Verdacht auf, dass er überhaupt kein Interesse hat, sie zu prüfen; denn er könnte zu dem Standpunkt kommen, dass er Biblis A wirklich dichtmachen muss. Das will er umgehen. Meine Damen und Herren, so sieht es mit der Sicherheit aus. Dies sage ich nochmals für das Protokoll zum Mitschreiben, Herr Gotthardt und Herr Grüttner.

(Stefan Grüttner (CDU): Sie haben doch gar nichts mehr zu melden in diesem Bereich auf Bundesebene!)

- Sie scheinen bei diesem Thema besonders aufgeregt zu sein. Es ist Ihnen irgendwie nicht so ganz geheuer, nicht wahr, dass dazu die Fakten auf den Tisch kommen und dass Herr Dietzel immer noch keine rechtliche Bewertung vorgenommen hat, und das nach acht Monaten.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

- Wenn Sie aufhören, zwischenzurufen, dann sage ich es Ihnen gerne: Sehr geehrter Herr Gotthardt, Ende März wurde die Weisung vom Bundesumweltministerium aufgehoben, und zwar nicht nur eine einzige Weisung, sondern, wenn ich mich recht entsinne, waren es zehn bis zwölf Weisungen,

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

die ausreichend begründet waren.

(Weitere Zurufe der Abg. Frank Gotthardt und Stefan Grüttner (CDU))

- Da merkt man doch, dass Sie schlicht und einfach keine Ahnung haben. Eine Bundesweisung kann nicht einfach aufgehoben werden, weil jetzt ein neuer Minister kommt, sondern das muss rechtlich begründet werden, damit es vor Gericht standhält. Als die Weisung zurückgenommen wurde, haben wir den Stilllegungsbescheid gefertigt, und zwar innerhalb weniger Tage. Aber ich sage, es macht keinen Sinn, am 6. April einen Entwurf wegzuschicken, der keine Rechtsbindung hat und den der nächste Minister zu-

rücknimmt oder in den Papierkorb wirft. Richtig ist vielmehr, dass der neue Minister das rechtlich prüft und den Bescheid dann selbst wegschickt. Aber er ist nicht in der Lage dazu, das zu prüfen. Das ist die Wahrheit fürs Protokoll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen machen wir Ihnen nicht die Freude, auf Bundesebene nicht zu einem Atomausstieg zu kommen. Im Gegenteil, es wird jetzt, nachdem es eine Einigung gibt, vorgehen. Es gibt sie endlich, denn wir GRÜNEN aus Hessen haben sehr darauf gedrängt, dass es eine Einigung gibt. Wir wollen, dass im nächsten Jahr der Atomausstieg beginnt. Es wäre uns lieber im Konsens, aber es liegt an den Betreibern, dass es vielleicht im Dissens geschehen muss. Dies wird auf Bundesebene inzwischen geklärt. Was Sie gerne hätten, das werden wir nicht machen, nämlich nicht zu einer Einigung untereinander und mit der SPD zu kommen und dann die Atomkraft einfach so weiterlaufen zu lassen. Diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aus diesem Grunde wäre es ganz besonders wichtig, wenn Sie endlich mit RWE über Nachfolgeinvestitionen für Arbeitsplätze am Standort ins Gespräch kämen. Wir waren da nämlich schon einmal viel weiter. Sie können sich gerne darüber erkundigen. Das wäre Ihre Aufgabe, und das wäre eine Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit Umweltschutz. Dadurch würde Hessen vorankommen. Aber Sie stecken lieber noch den Kopf in den Sand. Vielleicht ereilt Sie aber schon früher die Notwendigkeit, als Sie das jetzt ahnen. Denn selbst bei einer Gesamtlauzeit von 30 Jahren müsste Biblis A in viereinhalb Jahren abgeschaltet werden. Da baut keiner mehr eine Notstandswarte. Insofern kann das sehr schnell kommen. Deswegen sollten Sie sich schnell ein Konzept überlegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, der Justizminister ist in Hessen endgültig in der Realität angekommen. Der Maulheld von einst wird kleinlaut. In einem Dreivierteljahr laufen ihm mehr Gefangene weg als dem grünen Minister in vier Jahren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Herr Wagner ist ein Sicherheitsrisiko!)

Da frage ich doch einmal ganz leise in den Raum: Wer ist denn hier eigentlich das Sicherheitsrisiko?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Justizminister setzt seine Bediensteten unter Druck, weil er selbst unter Druck steht. Er verzögert Planungen für den Neubau eines Gefängnisses aus ideologischen Gründen. Jetzt, wo die Zeit drängt, werden gut funktionierende und bewährte Einrichtungen umfunktioniert, um seine Versäumnisse zu verbergen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gleichzeitig zeigt dies doch, welche Prioritäten gesetzt werden. Offener Strafvollzug ist anscheinend nicht so wichtig, auch nicht für Jugendliche. Eine Jugendarrestanstalt, die große Erfolge in der Resozialisierung hat und deswegen ein bundesweites Renommee besitzt, ist ihm nicht

so wichtig - außer für einen CDU-Stadtverordneten in Kassel. Darauf werden wir noch kommen. Gerade hier, wo noch viel Einfluss auf den Lebensverlauf junger Menschen gegeben ist und wo der Erfolg für diese Einrichtungen spricht, werden diese Einrichtungen umfunktioniert. Wir bekommen den Eindruck, es sei gar nicht gewollt, dem Jugendlichen hier zu helfen. Da zeigt sich deutlich der Unterschied zwischen grüner und schwarzer Rechtspolitik.

Genauso ist es bei der Unterstützung von Opfergruppen. Sie haben doch immer getönt, die GRÜNEN hätten zwar viel Herz für die Täter, aber keines für die Opfer. Wer streicht denn jetzt im Haushalt den Täter-Opfer-Ausgleich zusammen, die Gelder für die Opfergruppen? Das sind doch CDU und F.D.P. Unsere Anträge, das Ganze wieder aufzustocken, wurden von Ihnen abgelehnt. Hier zeigt sich, wer ein Herz für welche Gruppen hat. Das jedenfalls ist eine verfehlete Rechtspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir GRÜNEN wollen Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört eine professionelle Arbeit der Polizei, die gut ausgebildet ist. Wir haben diesen Weg unter Rot-Grün erfolgreich beschritten, den Sie jetzt abbrechen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ihr habt doch die Wahl verloren!)

Wir brauchen keine Hilfspolizisten, die schlecht ausgebildet im Zweifel vielleicht das Falsche machen, wenn sie unter Druck kommen. Wir brauchen auch keine Schleierfahndung, die in Mecklenburg-Vorpommern vom Verfassungsgericht für rechtswidrig erkannt wurde. Es gibt in Hessen genügend Möglichkeiten, Fahndungen einzuleiten. Wir selbst haben in der letzten Wahlperiode ein solches Gesetz verabschiedet. Wir brauchen genügend Polizisten, die gut ausgestattet und gut ausgebildet sind, damit die Bevölkerung Vertrauen in sie hat. Vielleicht sollten Sie dies einmal zur Kenntnis nehmen und davon absehen, Hilfspolizisten in die Regionen zu schicken und sich hinterher zu wundern, was daraus wird, wenn diese überhaupt nicht wissen, wie sie sich in Konflikten verhalten sollen.

Was sollen wir auch von einem Innenminister erwarten, der sich mit seinen eigenen Angelegenheiten so beschäftigen muss und der am liebsten Räuberpistolen erzählt, um von Fehlern abzulenken?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, Katzen mit Schleifchen in Mafiamanier, dies wird Sie schlicht und einfach begleiten, so wie es den Alltag des Ministers offensichtlich begleitet hat und im Originalton einem Journalisten ins Mikrofon diktiert wurde.

Ein solcher Innenminister hat doch das Vertrauen der Bevölkerung verspielt, das sie in ihn haben müsste und das vor allem seine Bediensteten in ihn haben müssten. Dazu kommt noch ein Angebot an die stellvertretende Staatsanwältin für eine bessere Position während seines Ermittlungsverfahrens.

(Petra Fuhrmann (SPD): Untragbar!)

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wissen Sie, ich habe nichts dagegen, wenn der Innenminister Krimis liest, in denen auch Mafiamethoden vorkommen. Aber dagegen, dass er das in sein Amtshandeln überträgt, haben wir entschieden etwas.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch den Untersuchungsausschuss, den Sie von Anfang an behindert haben,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Dummes Zeug!)

wird doch belegt, wie sich Herr Bouffier benommen hat, wie er ausdrücklich den Vorfall mit der Katze erläutert hat - so, wie man das von der Mafia her kennt, "richtig eindrucksvoll", Originalität. Ich kann nur sagen: richtig eindrucksvoll, wie er die Öffentlichkeit belogen hat, weil er zu diesem Zeitpunkt schon wusste, dass es so nicht sein kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, merken Sie eigentlich nicht, wie tief Ihr Innenminister im Sumpf steckt? Ziehen Sie die Konsequenzen und entlassen Sie Ihren Innenminister. Oder, Herr Innenminister, ziehen Sie selbst die Konsequenzen.

Aber wir haben auch noch einen anderen Sumpf zu verzeichnen. Haben wir doch alle geglaubt, nach der Flick-Affäre müssten wir so etwas nicht mehr erleben - und was jetzt? Der große Staatsmann Helmut Kohl hat ein System von Schwarzkonten nicht nur errichtet, sondern auch verwaltet.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Helmut Kohl hat bedauerlicherweise vielleicht gegen das Parteiengesetz verstoßen, so meint er. Aber er wolle doch seiner Partei nur dienen - mit Freundschaftsgeld und rechtswidrig seine Parteifreunde in Schach halten. Das ist das System, das Kohl errichtet hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Mit Koffern voller Schwarzgeld wird bei der CDU hantiert - schon wieder wie im schlechten Krimi. Langsam häuft es sich wirklich. Jeden zweiten Tag kommt etwas Neues heraus. Dem 100-prozentigen Kohlianer verschlägt es hier die Sprache.

(Norbert Kartmann (CDU): Nein, ich rede immer noch!)

- Koch, Herr Kartmann.

(Norbert Kartmann (CDU): Wir sind alle Kohlianer!)

- Sie sind auch Kohlianer? Hervorragend. Dann würdigen Sie wahrscheinlich auch noch das System schwarzer Konten.

(Norbert Kartmann (CDU): Ich sehe auch noch so aus wie Kohl!)

Meine Damen und Herren, es kommt selten vor, dass es dem Ministerpräsidenten zu viel ist, hier in einer Debatte ein Wort zu einem Konflikt oder einem Skandal zu verlieren.

(Norbert Kartmann (CDU): Nur Geduld!)

Normalerweise macht es ihm auch überhaupt nichts aus, hier als Ministerpräsident parteipolitische Reden zu halten. Aber hier zeigt sich auf einmal vornehme Zurückhaltung. Das muss einen doch stutzig machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen geklärt haben, wie tief die CDU in diesen Skandal verwickelt ist,

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

warum sie Herrn Weyrauch im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft das Erinnerungsvermögen wieder bringt, warum so viele Menschen nacheinander sterben, die der CDU Vermächtnisse in einer Größenordnung hinterlassen, dass andere CDU-Gliederungen vor Neid erblassen. Keiner kann sich daran erinnern, z.B. in Frankfurt. So viel Geld, und keiner weiß, dass es eingegangen ist, und keiner weiß, woher es kommt. Der Testamentvollstrecker will auch nichts mehr von seiner Tätigkeit wissen. Das Niederträchtige in diesem Zusammenhang ist aber, über Religionszugehörigkeiten zu spekulieren. Wie wir heute der Zeitung entnehmen konnten, ist es wirklich reine Spekulation. Das ist in diesem Zusammenhang schon ein Hammer. Ich kann es nicht anders ausdrücken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen wissen: Hat es nun zwei, drei, vier oder viele Vermächtnisse gegeben? Warum wurden sie einfach so zwischen der CDU Frankfurt und der CDU Hessen aufgeteilt? Es kann doch nicht sein, dass davon keiner etwas mitbekommt und weiß. Was haben der ehemalige Ministerpräsident Wallmann und die Frankfurter Oberbürgermeisterin Roth damit zu tun? Wir wollen auch wissen: Was wusste der ehemalige Generalsekretär Jung davon?

(Norbert Kartmann (CDU): Was wissen Sie denn davon?)

Und wir wollen wissen: Haben Sie die schmutzige Staatsbürgerschaftskampagne dadurch finanziert? Es sind noch sehr viele Fragen offen. Jeden Tag kommen durch Veröffentlichungen - -

(Norbert Kartmann (CDU): Die meisten gehen Sie eigentlich gar nichts an!)

- Das geht die Öffentlichkeit nichts an? Sie haben aber ein merkwürdiges Verständnis.

(Norbert Kartmann (CDU): "Sie" habe ich gesagt! Die Öffentlichkeit klären wir auf!)

- Natürlich geht mich das etwas an. Ich gehöre zur Öffentlichkeit dazu. Deswegen geht es mich sehr wohl etwas an. Ich finde, es ist schon ein erstaunliches Zeichen, wenn Sie meinen, eine Partei könne so etwas machen, und andere Parteien sollten wegsehen und am liebsten auch noch weghören, damit sie nicht mitkriegen, was Sie da alles gemauschelt haben. Ein sehr merkwürdiges Verständnis von Demokratie haben Sie da.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Das habe ich nicht gesagt! Sie sollten schon zuhören, wenn ich etwas zurufe!)

Es sind viele Fragen zu klären. Wir erwarten, dass der Ministerpräsident sich morgen in der Debatte dazu äußert. Schweigen und Wegducken hilft hier nicht mehr. In dem Schlamassel, in dem Sie sich befinden, hilft nur eines: Kümmern Sie sich um die Klärung all dieser Fragen. Erklären Sie morgen in der Debatte der Bevölkerung und dem Landtag das Notwendige. Kümmern Sie sich dann endlich um die Landespolitik, die dieses Land verdient. Denn dafür sind Sie gewählt und darauf haben die Hessen einen Anspruch. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Hahn, der Vorsitzende der Fraktion der F.D.P.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Generaldebatten in den vergangenen drei bis vier Jahren - daran werden wir uns alle noch erinnern - liefen dergestalt ab, dass die damaligen Oppositionsführer Roland Koch für die CDU und Ruth Wagner für die F.D.P. ein Konzept dem Konzept des Ministerpräsidenten Eichel und seines Stellvertreters Rupert von Plottnitz entgegengestellt haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber komische Erinnerungen! - Petra Fuhrmann (SPD): Das ist aber ganz neu!)

Heute ist hier Folgendes abgelaufen: Die Oppositionsfraktionen, insbesondere die große Oppositionsfraktion, die SPD, hat überhaupt kein Konzept vorgelegt, sondern ist sich eineinhalb Stunden in irgendwelchen Dingen ergangen und hat damit deutlich gemacht, dass sie nicht bereit und in der Lage ist, Hessen künftig zu regieren.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

- Frau Kollegin Fuhrmann, Sie wollen sich in den letzten Monaten als kluge Zwischenruferin etablieren. Hören Sie doch bitte einmal zu.

Alles das, was der Kollege Clauss für die Sozialdemokraten gesagt hat, wenn er denn überhaupt einmal zum Thema Hessen gesprochen hat, was wirklich sehr selten der Fall war, oder das, was Frau Kollegin Hinz gesagt hat, die dankenswerterweise viel zu Hessen gesagt hat, hat überhaupt nichts mit neuen Konzepten zu tun.

(Beifall bei der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich! - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie hängen Ihren Konzepten nach, mit denen Sie zur Landtagswahl angetreten sind und mit denen Sie - das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen - am 7. Februar dieses Jahres verloren haben.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann und Armin Clauss (SPD))

Deshalb ist es für die Regierungsfraktionen und für den Ministerpräsidenten so schwer, einen Sparringspartner in dieser Debatte zu finden. Herr Kollege Clauss, Sie haben doch heute als Oppositionsführer wahrlich versagt. Ich freue mich darauf, dass jedenfalls in diesem Punkt Gerhard Bökel irgendwann einmal in Ihre Fußstapfen tritt. Dann haben wir wenigstens ein Rededuell hier in diesem Parlament

(Petra Fuhrmann (SPD): Unverschämter Schnösel!)

und nicht nur das Verlesen von Dingen, die mit der hessischen Landespolitik aber nun wahrlich nichts zu tun haben. Herr Kollege Clauss, Sie haben sich mit anderen Dingen beschäftigt. Sie haben sich mit 16 Jahren Kohl beschäftigt. Sie haben dann einen vornehmlichen Teil Ihrer Zeit dazu benutzt, sich mit den Finanzproblemen der Union auseinander zu setzen. Das können Sie tun, das ist mir relativ egal. Nur hat das mit der hessischen Landespolitik nichts zu tun.

(Armin Clauss (SPD): Das hat sehr wohl etwas mit der Landespolitik zu tun!)

Dann haben Sie sich in einem sehr weiten Teil Ihrer Rede - Herr Kollege Clauss, Sie wissen doch noch, was Sie gesagt haben - mit dem Untersuchungsausschuss beschäftigt und sind in einer jedenfalls unter Kollegen demokratischer Parteien üblichen Art über Volker Bouffier hergezogen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das, Herr Kollege Clauss, war Ihr Beitrag für ein neues Hessen der Sozialdemokraten. Da kann es nun wirklich keinen überraschen, dass die Menschen nicht nur am 07.02.99 Roland Koch und Ruth Wagner und damit CDU und F.D.P. eine komfortable Mehrheit gegeben haben, sondern dass auch gerade heute einmal zu erkennen ist, dass diese komfortable Mehrheit von uns in den letzten acht Monaten noch um einiges ausgebaut werden konnte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Frau Kollegin Fuhrmann, ich weiß, dass es Sie auch als Person, drückt und ärgert, wie die Chance, sozialdemokratische Politik für Hessen darzustellen, von Ihrem Fraktionsvorsitzenden eben nicht wahrgenommen wurde.

(Petra Fuhrmann (SPD): Stellen Sie doch nicht so einen Popanz auf!)

Frau Kollegin Fuhrmann, kommen Sie nachher noch einmal hier nach vorne. Brüllen Sie nicht wie eine ... hier dauernd hinein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist deutlich geworden, dass die Konzepte, die Roland Koch für die CDU und Ruth Wagner für die F.D.P. hier in den letzten Jahren in der Generaldebatte vorgestellt haben, in Hessen nicht nur mehrheitsfähig sind, sondern auch die Grundlage einer aktiven und erfolgreichen Landespolitik darstellen. Als Fraktionsvorsitzender der F.D.P., eines der beiden Koalitionspartner, ist es für mich wichtig, festzuhalten, dass wir stolz darauf sind, dass Hessen keine rot-grüne Spielfläche und auch kein Land des Südens ist.

(Beifall bei der F.D.P. - Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Vielmehr wird Hessen wegen der liberalen Beteiligung in der Regierung und Koalition wieder ein Land der Mitte, der liberalen Weltoffenheit und entscheidender Verbindungen sein, und zwar nicht nur geographisch gesehen, sondern auch wirtschaftlich, finanziell und kulturell.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Heinrich Heidel (F.D.P.))

Herr Kollege Clauss, unter Ihrer Regierungszeit war Hessen eine rot-grüne, isolierte Insel, die wirtschaftspolitisch gesehen keine Dynamik mehr aufwies, in der man, finanzpolitisch gesehen, auf den Bauch gefallen ist und von der aus Blockadepolitik im Bundesrat gemacht wurde. Mit liberaler Regierungsbeteiligung in Hessen werden wir Hessen wieder zu dem führen, wo es schon einmal war, Herr Kollege Clauss, nämlich während der sozial-liberalen Zeit. Es wird ein Land der Mitte sein, ein weltoffenes Land, in dem es Toleranz gibt und in dem nicht aus ideologischen Gründen Forschung verteufelt wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dafür tritt die F.D.P. in diesem Hause ein; und dafür sind die Regierungsmitglieder Ruth Wagner und Dieter Posch Garanten.

Natürlich wollen wir auf einer Ebene mit den anderen Bundesländern stehen. Natürlich wollen wir, wie der Herr Ministerpräsident richtig gesagt hat, in Augenhöhe auch mit Bayern und Baden-Württemberg stehen. Nur, wir Liberalen ziehen daraus nicht den Schluss, dass wir uns diesen Bundesländern sozusagen andienen wollen oder als Dritte in einem Bunde auftreten wollen. Nein, die Liberalen und insbesondere die Liberalen Hessens sind selbstbewusst genug, darzustellen, dass wir aufgrund unserer geographischen Lage, unserer finanziellen Stärke und unserer wirtschaftlichen Entwicklung genügend Anreiz aufbieten können, um ein eigenständiges Land, ein Land der Verbindung zwischen den Ländern,

(Demonstrativer Beifall des Abg. Armin Claus (SPD))

ein Land der Verbindung zwischen Kulturen sein zu können. Herr Kollege Claus, dafür steht die F.D.P. Es freut mich sehr, dass Sie dazu geklatscht haben. Sie hatten unter Rot-Grün acht Jahre lang Zeit, diesen Gedanken wenigstens ansatzweise in die Tat umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der Abg. Martina Leistschneider (CDU))

Was haben Sie gemacht? Sie waren verbockt wie ein kleines Kind und wurden von den grünen Ideologen gegängelt, die Forschung und die Umsetzung neuer Technologien nicht haben wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es macht Spaß, in einer Koalition mit der CDU in Hessen moderne Politik zu machen. Wir Liberale haben nicht nur Spaß daran, sondern wir sind auch sehr engagiert. Unsere beiden Minister, Dieter Posch und Ruth Wagner, sind in ihren Bereichen Garanten dafür, dass diese Drehscheibenfunktion, die Hessen einnimmt, auch weiterhin eingenommen werden kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich als Beispiel den Verkehr nennen. Herr Kollege Claus, es ist doch skandalös, dass Sie mir demonstrativen Beifall bei der Behandlung der Frage zollen, dass Hessen ein Land der Mitte werden soll.

(Armin Claus (SPD): Herr Kollege, das ist es schon immer gewesen!)

Halten Sie sich dann einmal vor Augen, mit welchem Starrsinn gerade Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren die verkehrliche Anbindung an Thüringen verhindert haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Es waren doch die Sozialdemokraten, die über viele Jahre den Bau der Trassen in Nordhessen geblockt haben. Sie haben sich wie ein kleines Kind bockig angestellt, nach dem Motto: Wir wollen in diesem Bereich aber nicht die Anbindung, die West-Ost-Tangenten bauen. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Claus, Sie haben manchmal Sonntagsreden gehalten, Sie haben aber in Hessen für dessen Verbindungsfunktion von Osten nach Westen nichts getan. Lassen Sie mich als ein weiteres Beispiel die Verbindung zwischen Olpe und Hattenbach nennen. Da sind es doch Sie und Ihre sozialdemokratischen Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen, die sich ebenfalls dem verweigern, dass Hessen ein zentrales Land in der Mitte werden kann und dass die Ost-West-Tangenten gebaut werden. Sozialdemokraten sind Verhinderer und haben mit dem Fortschritt nichts am Hut.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Diese Verbindungsfunktion hat etwas mit unserem Lande zu tun. Auch hierbei müssen wir zugreifen, wenn Möglichkeiten bestehen. Das haben wir bezüglich des Verkehrs getan. Es ist ein Skandal, in welcher Art und Weise Sozialdemokraten und GRÜNE den Landeshaushalt bezüglich des Straßenbaus heruntergefahren haben. Das kann man mit Worten, die nicht gerügt würden, gar nicht mehr beschreiben. Der Etat wurde von über 160 Millionen DM bei der Verabschiedung von Alfred Schmidt im Jahre 1991 auf 40 Millionen DM bei Dienstantritt von Dieter Posch im Jahre 1999 heruntergefahren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind damit nicht nur skandalös mit den Sorgen und Nöten der Bürger umgegangen, die in den Orten wohnen, die vom Verkehr belastet sind. Sie sind auch skandalös umgegangen mit den Sorgen und Nöten der Pendler. Sie sind skandalös umgegangen mit der Wirtschaft unseres Landes. Denn alle diese drei betroffenen Gruppen schreien danach, dass in Hessen endlich ordentliche Umgehungsstraßen gebaut werden.

Es war ein mutiger Schritt dieser Koalition - es hat auch des einen oder anderen Drängens von Dieter Posch bedurft -, dass wir 10 Millionen DM im Nachtragshaushalt und 20 Millionen DM im Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2000 zusätzlich für den Straßenbau eingestellt haben. Auf Anregung von - ich sage es an dieser Stelle ganz bewusst - Clemens Reif und Michael Denzin wurde daneben ein Sofortprogramm für die Kommunen aufgelegt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aha!)

Man muss sich dann einmal überlegen, welche Frechheit Herr Kollege Claus vorhin an dieser Stelle zutage gebracht hat, als er sich mit dem Rechnungshof auseinandergesetzt hat. Herr Kollege Claus, Sie haben es geschafft, innerhalb von zwei Wochen zweimal eine schallende Ohrfeige vom Rechnungshof bezüglich der Frage Ihrer finanziellen Fähigkeiten zu erhalten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Herr Hahn, lesen!)

- Frau Fuhrmann, ich bleibe dabei. Wenn Ihnen das, was Herr Claus gesagt hat, nicht passt, dann treten Sie nach mir noch einmal hier vorne hin. Sie bekommen auch eine Viertelstunde Redezeit von mir. Aber hören Sie auf, zu meinen, mich mit dummen Zwischenrufen stören zu können.

(Petra Fuhrmann (SPD): Moment einmal! - Armin Claus (SPD): Warum sind Sie immer so ein überheblicher Schnösel?)

- Herr Kollege Claus, auf Ihre Frage bezüglich der Überheblichkeit gehe ich gerne ein. Sie haben vorhin Überheblichkeit gezeigt. Mit welcher Frechheit sind Sie denn vorhin mit dem Rechnungshof umgegangen?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Das macht man nicht, auch nicht als Oppositionspolitiker dieses Hauses. Man unterstellt dem Rechnungshof nicht, dass er irgendwelche Scheingutachten abgibt, nach dem Motto: Ihr wollt etwas Gutes für die Regierung tun.

(Armin Claus (SPD): Das habe ich alles gar nicht gesagt!)

- Herr Kollege Claus, dann lesen sie einmal nach, was Sie an dieser Stelle in höchster Erregung und mit rotem Kopfe über den Rechnungshof gesagt haben. Dieser Rechnungshof hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass Ihr Angriff

auf das Programm zur Finanzierung des Straßenbaus, wie es die Fraktionen von CDU und F.D.P. ausgearbeitet haben, vollkommen neben der Sache gelegen hat. Der Rechnungshof hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass es korrekt ist, dass wir versuchen, 250 Millionen DM zusätzliche Mittel zu mobilisieren, die den Menschen bereits jetzt etwas Erfolgreiches bringen sollen, nämlich eine Ortsumgehung oder eine entsprechende kommunale Straße.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die finanziellen Überlegungen des Oppositionsführers Armin Clauss lassen sich zurzeit begrenzen auf die Feststellung, dass er erstens falsche Prognosen abgibt - unser Ministerpräsident hat dazu bereits mit drei Beispielen ausführlich Stellung genommen - und dass er zum Zweiten, wenn er den Rechnungshof anruft, immer schon in seine Erklärungen hineinschreibt, was denn alles falsch ist. Er erhält dann vom Rechnungshof zurück - sozusagen testiert -, dass alles das falsch ist, was Armin Clauss gesagt hat.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Heinrich Heidel (F.D.P.))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so war die Grundlage der Finanzpolitik von Rot-Grün der letzten acht Jahre gewesen. Da haben Armin Clauss und andere in dieser Art Finanzpolitik machen wollen. Karlheinz Weimar und wir werden jetzt eine andere Politik machen. Das ärgert Sie. Herr Kollege Clauss, Sie müssen es sich aber schon gefallen lassen, dass ich hier mit Genuss anführe, dass der Rechnungshof innerhalb von 14 Tagen zweimal sagt, alle Überlegungen des so genannten Finanzexperten der SPD Armin Clauss seien voll daneben.

Ich komme zu einem dritten Punkt im Bereich des Verkehrs. Es geht dabei um die Verknüpfung, um die Verbindung und darum, dass Hessen das Drehkreuz sein soll. Das betrifft die Frage des Transrapid. Da sind Sie selbst innerhalb Ihrer Fraktion gespalten. Dass die GRÜNEN dagegen sind, ist klar. Die GRÜNEN sind gegen alles, was modern ist. Die GRÜNEN sind gegen alles, womit man auch im Ausland Geld verdienen kann. Aber die Sozialdemokraten dieses Hauses müssen einmal bekennen, was sie wollen. Wollen Sie denn nun mitmachen bezüglich der Frage, ob Hessen eine Bürgschaft gibt, ja oder nein? Wollen Sie denn nun mitmachen bezüglich der Frage, ob der Fetisch des bestimmten Betrages bestehen bleibt? Kolleginnen und Kollegen, wollen Sie sich für die Arbeitsplätze in Nordhessen einsetzen oder nicht? Das müssen Sie hier einmal sagen. Herr Clauss, Sie können nicht mit so etwas Schwammigen und Bildhaften hier ans Pult treten und dem Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister irgendetwas vorwerfen, ohne einmal "Butter bei die Fische" zu geben.

Unser Konzept ist glasklar. Die F.D.P.-Fraktion in diesem Hause fordert den Wirtschaftsminister und den Ministerpräsidenten, obwohl es gar nicht notwendig ist, immer wieder dazu auf, ein Modell auf die Füße zu stellen, damit der Transrapid gebaut wird und Arbeitsplätze in Kassel und Umgebung entstehen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Das ist unser Konzept. Dafür sind wir auch bereit, als Land Risiken in Kauf zu nehmen. Wir sind auch bereit, durch den Wirtschaftsminister und den Ministerpräsidenten Verhandlungen zu fast jeder Zeit führen zu lassen. Was aber ist die Alternative der Sozialdemokraten hier im Hause? Beredtes Schweigen, wenn es um Fakten geht.

(Beifall bei der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Sie sagen gerade die Unwahrheit! Wir haben hierzu bereits einen einstimmigen Beschluss gefasst!)

Lassen Sie mich zum vierten Punkt kommen: Hessen als Drehkreuz für den Verkehr. Hier geht es in erster Linie um den Frankfurter Flughafen. Ich bin schon überrascht, mit welcher Chuzpe die Kollegin Hinz sich hier hinstellt und sagt, das Mediationsverfahren sei vom Ministerpräsidenten, von Herrn Dietzel und von mir konterkariert worden. Sie haben zwar ein anderes Wort gewählt, aber darüber brauchen wir uns jetzt nicht zu streiten.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe "diskreditiert" gesagt!)

Die Liberalen haben von Anbeginn an gesagt, was sie wollen. Bereits vor über einem Jahr haben wir auf einem Parteitag in Bad Nauheim beschlossen, dass wir, wenn Kapazitätserweiterungen notwendig sind, diese nicht nur politisch unterstützen, sondern auch nach vorne bringen werden. In der Koalitionsvereinbarung, die ja kein Geheimpapier ist - übrigens ist auch das Strategiepapier der FAG kein Geheimpapier, und deshalb weiß ich nicht, warum Sie das eben so verkompliziert haben -, steht auf Seite 28:

Nach Überzeugung der Koalitionsfraktionen von CDU und F.D.P. ist eine Weiterentwicklung der Landbahnkapazitäten zur Erhaltung der Funktion des Frankfurter Flughafens als europäische und internationale Drehscheibe notwendig.

Kollegin Hinz, was soll denn das Gerede, wir hätten das Mediationsverfahren konterkariert? Bislang sind doch keinerlei Entscheidungen getroffen worden. Es hat keinerlei Vorfestlegungen gegeben - weder der F.D.P.-Fraktion noch der Landesregierung, noch der Vertreter des Landes Hessen im Aufsichtsrat der FAG -, wo und ob eine Trasse gebaut wird.

Ich kann Ihnen aber meine persönliche Auffassung sagen, und das habe ich bereits vor drei Monaten von diesem Pult aus getan. Frau Kollegin Hinz, ich habe doch Recht behalten. Ich habe damals hier gesagt: Ich warne alle Kolleginnen und Kollegen des Hessischen Landtags, draußen herumzuerzählen, es sei noch vollkommen offen, wie das Verfahren laufen wird. - Ich habe darauf hingewiesen, dass sich nach allen den Fraktionsvorsitzenden - Herrn Clauss, Frau Hinz, Herrn Kartmann und mir - und der Landesregierung zugänglichen Informationen und Gutachten ergab: Wenn der Flughafen Rhein-Main nicht erweitert wird, dann sind mittelfristig 40.000 Arbeitsplätze weg. Wenn der Flughafen Rhein-Main von 80 auf 120 Flugbewegungen pro Stunde erweitert wird, werden zusätzlich 60.000 Arbeitsplätze geschaffen. - Frau Kollegin Hinz, Sie müssen zu diesem Thema einmal etwas sagen. Sie müssen den Menschen hier im Lande sagen, ob für Sie ausschließlich die Frage des Fluglärms oder auch die Frage des Erhalts von Arbeitsplätzen von Relevanz ist.

Wir Liberale haben uns entschieden. Wir sagen: Unsere Region ist lebenswert. Zum Leben gehören Arbeit und Umwelt, und zwar gemeinsam. Deshalb müssen wir jetzt in einen Abwägungsprozess gehen. - Wenn von der Entscheidung, ob wir erweitern oder nicht erweitern, 100.000 Arbeitsplätze abhängen, dann ist doch vollkommen klar, dass ich als verantwortungsbewusster Politiker sage: Jawohl, wir müssen diese Chance für die Region Rhein-Main wahrnehmen.

Genauso logisch ist aber auch, zu sagen: Sämtliche damit verbundenen Emissionen müssen auf ein Minimum redu-

ziert werden. - Das ist aber die Aufgabe desjenigen, der den Flughafen betreiben will, nämlich der FAG. Ich rede jetzt nicht von einem lächerlichen Schallschutzfensterprogramm, sondern hier werden ganz andere Maßnahmen notwendig sein.

Sie machen es sich aber ganz einfach. Sie sagen, Ihre Partei habe vor ein paar Wochen entsprechend beschlossen. Herr Kaufmann ist darauf sogar stolz. Ich wünsche Ihnen ein angenehmes Mittagessen mit dem Ministerpräsidenten - Ihnen wünsche ich das auch, Herr Ministerpräsident -, aber ich glaube nicht, dass Sie in irgendeiner Weise von Ihrer unvernünftigen These abgehen werden. Sie haben bereits beschlossen, auf alle Fälle gegen eine Kapazitätserweiterung des Flughafens Rhein-Main zu votieren. Damit sprechen Sie sich mittelfristig gegen 100.000 Arbeitsplätze im Rhein-Main Gebiet aus. Wir Liberale machen das nicht.

(Beifall bei der F.D.P. - Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ich mir fest vorgenommen und dies im Ältestenrat vor einer Woche bereits zum Ausdruck gebracht habe, nicht zu lange zu reden, werde ich auf nur noch drei oder vier Gesichtspunkte eingehen. Die F.D.P.-Fraktion soll sich aber nicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen müssen, ihre Vertreter hätten hier nicht zu allen wichtigen Themen ausführlich gesprochen.

Ich komme zum Thema Helaba. Hessen hat eine Drehkreuzfunktion auch im Finanzverkehr. Es ist nicht nur schön, sondern auch wichtig für den Standort Hessen, dass die Europäische Zentralbank ihren Sitz in Frankfurt hat. Wir sollten uns darüber unterhalten, wie die Bundesbank und die Landeszentralbanken künftig organisiert sein werden. Ich warne davor, dem Konzept des ehemaligen hessischen Finanzministers und jetzigen Bundesbankpräsidenten hinterherzulaufen, der meint, eine Zentralisierung sei das Beste, was man machen könne. Er hat das mehrfach zum Ausdruck gebracht, z.B. bei den Inthronisationsfeierlichkeiten für den neuen Landeszentralbankchef.

Es ist schon spannend, wenn man sieht, wie schnell Ernst Welteke seine Vergangenheit als Landespolitiker vergessen hat und nunmehr meint, er habe, weil er als einziger Deutscher im EZB-Rat sitzt, eine alleinige Entscheidungskraft und -befugnis darüber, was geldpolitisch in Deutschland geschieht. Darüber müssen wir reden. Hier haben wir ein anderes Konzept. Ich glaube, dass auch Armin Clauss hier ein anderes Konzept verfolgt.

(Armin Clauss (SPD): Da unterstellen Sie ihm etwas, was er gar nicht gesagt hat! Vielleicht haben Sie ihn aber auch nicht verstanden! Das hat er jedenfalls nicht gesagt!)

- Herr Kollege Clauss, wollen wir uns darüber streiten, dass Herr Welteke ein Modell favorisiert und nicht nur bei der Einführung von Herrn Reckers mündlich kundgetan hat - das ist auch in Börsenzeitungen, in der "FAZ" und in populäreren und populistischen Zeitungen nachzulesen -, nach dem er der in diesem Lande für die Geldpolitik einzig Verantwortliche wäre, und dass er das damit begründet, dass er Mitglied im EZB-Rat ist? Er sagt: Das Einzige, was noch zu tun bleibt, ist, dass mir so zugearbeitet wird, dass ich im EZB-Rat ordentliche Entscheidungen treffen kann. Diese Zuarbeit soll nicht föderalistisch, sondern zentralistisch über mich organisiert sein.

Das ist die Botschaft, das Modell, das Ernst Welteke verkündet hat. Kollege Clauss, darüber können wir uns jetzt nicht streiten. Wenn ich es falsch verstanden haben sollte,

dann freue ich mich darüber, weil dann ein Problem, das ich für unser Land und für die Eigenständigkeit unserer Politik sehe, gelöst wäre. Dann können wir ja gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten, der dieses Thema in seiner Replik deutlich aufgenommen hat, dafür kämpfen, dass die Bundesbank über die Landeszentralbanken weiterhin eine föderale Struktur haben wird.

Man kann trefflich darüber streiten, ob die Zahl der Landeszentralbanken gleich bleiben soll, ob es vielleicht ein oder zwei Banken weniger sein sollen.

(Armin Clauss (SPD): Das ist der Punkt!)

Darüber kann man sich trefflich streiten. Das Grundsystem muss aber so gestaltet sein, dass eine politische Verantwortung der jeweiligen Landesregierungen vorhanden ist.

Zu den zwei Punkten, die ich eben aufgezählt habe, die den Finanzbereich betreffen, gehört als dritter Punkt das Thema Helaba. Es ist doch überhaupt kein Geheimnis, dass wir hierüber innerhalb der F.D.P. heftige Diskussionen geführt haben. Hier wird natürlich die Frage diskutiert, ob der Staat wieder in ein Kreditinstitut einsteigen soll. Ich habe es bei meinen Parteifreunden nicht durchgehen lassen, und ich lasse es auch Sozialdemokraten und GRÜNEN nicht durchgehen: Man darf nicht das Bild malen, es gehe um den Wiedereinstieg von einem privaten Terrain in ein staatliches Terrain.

Nein, die spannende Frage, die sich um die gewollte Veräußerung der 50%-Anteile an der Helaba rankt, ist: Kommt nun die staatliche Bayerische Landesbank und übernimmt den kommunalen Anteil, oder kommt die Landesbank Baden-Württemberg, die staatlich organisiert ist, oder kommt die WestLB - ich gleite jetzt nicht ab wie der Kollege Clauss und verbinde damit das Thema Flugreisen -, oder kommen diejenigen, die in Hessen etwas zu sagen haben, mit in die Verantwortung? Verkürzt formuliert: Möchten wir, dass im Kreditausschuss der Helaba künftig ein Vertreter der Villa Reitzenstein oder der Münchner Staatskanzlei sitzt, oder wollen wir, dass dort ein Vertreter der Hessischen Staatskanzlei bzw. des hessischen Finanzministeriums sitzt? Das ist die Frage.

(Armin Clauss (SPD): Späte Erkenntnis!)

Herr Kollege Clauss, wenn sich z.B. ein Unternehmen in Hanau ansiedeln möchte und im Kreditausschuss der Helaba über eine Kreditvergabe beraten wird, dann liegt doch jedenfalls der Verdacht nahe, dass ein Vertreter der Bayerischen Landesbank möglicherweise auf die Idee kommt, eine Kreditvergabe mit dem Standort Alzenau oder Aschaffenburg zu verbinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wollen wir als Liberale nicht.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Wir wollen, dass wir in diesem Lande die verantwortliche Politik auch durchsetzen können - dort, wo wir sie durchsetzen wollen, wenn es denn rechtlich geht. Rechtlich geht es dann, wenn das Land Hessen wieder in die Helaba einsteigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen letzten Satz zu dem Thema sagen, die F.D.P. ist ein Garant dafür, dass Hessen nicht ein Land des Südens wird und dass Hessen auch nicht ein Land rot-grüner Spielwiesen bleibt. Das ist der Bereich der Innen- und Rechtspolitik.

In der Verantwortung von Rupert von Plottnitz und Gerhard Bökel hieß der Obersatz: Der Mensch muss vor dem Staat

geschützt werden. - In der konservativen Manier der CSU heißt der Obersatz: Der Staat muss den Menschen vor allem schützen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das sind die Liberalen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liberal ist beides nicht. Liberal ist das nicht, Frau Fuhrmann, was Sie in den letzten acht Jahren gemacht haben; und genauso wenig liberal ist das, was CSU-Politik ist, was ein Land des Südens macht.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Aus diesem Grunde haben wir uns als hessische Liberale - das ist aber nun schon wirklich ein paar Jahre her - dafür entschieden, dass wir uns für die Kombination aussprechen. Der Zweiklang muss da sein. Der Staat muss den Einzelnen vor Übergriffen anderer schützen; und genauso muss der Einzelne vor Übergriffen des Staates geschützt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist grundliberale Überzeugung, und diese grundliberale Überzeugung wird auch in Hessen wieder Eingang finden. Sie können sehen, dass die Waage ausgeglichener wird.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

- Da brauchen Sie gar nicht so traurig zu gucken, Frau Fuhrmann.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ich bin nur entsetzt! Wo ist Burkhard Hirsch geblieben? In dessen Nachfolge befinden Sie sich!)

- Frau Kollegin Fuhrmann, ich muss Ihnen bei dem Zwischenruf eines gestehen: Mir geht es bei der Sonntagslektüre von Artikeln von Burkhard Hirsch genauso, wie es Ihnen geht, wenn Sie Artikel von Achim Exner lesen. Ich kann auch noch einen draufsetzen: oder wie es CDU-Freunden geht, wenn sie Heiner Geißler lesen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das ist eine schmerzliche Gabe, mit der uns Herr Müller-Vogg sozusagen die Strafe für unser werktätliches Tun immer am Sonntag in die Zeitung schreibt. Aber da diese Strafe gerecht verteilt ist, finde ich, sollten wir uns nicht wechselseitig, Frau Kollegin Fuhrmann, diese Artikel vorwerfen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Doch, doch! Frau Leutheusser-Schnarrenberger schreibt nicht in der "FAZ"!)

Es würde Spaß machen. - Ich freue mich darüber, dass wir uns in einem Punkt alle einig sind. Herrn Müller-Vogg wird bestimmt das Ohr über so viel Zusammenhalt in diesem Hause klingeln.

(Heiterkeit - Armin Clauss (SPD): Nein, es würde ihm nichts ausmachen! Das ist wieder eine falsche Einschätzung!)

- Herr Kollege Clauss, ich nehme auch diesen Ball gerne auf, um wieder zu meinem Konzept zurückzukommen: Sie haben vollkommen Recht, ihm klingelt es zwar im Ohr, aber er macht es weiter so.

(Armin Clauss (SPD): Er hat doch heute einen guten Kommentar geschrieben, vielleicht haben Sie das noch nicht gelesen: "Selten und seltsam"!)

- Okay, aber davon wollen wir uns jetzt nichts vorhalten.

Meine sehr verehrte Kollegin Fuhrmann von den Sozialdemokraten, Sie haben vorhin gesagt, dass wir als Liberale in Hessen keine ausgewogene Innen- und Rechtspolitik machen würden. Das weise ich weit von mir. Wir haben auf der einen Seite erreicht - gemeinsam mit dem Koalitionspartner, ohne Diskussion -, dass diese unsäglichen Behinderungserlasse, die von Plottnitz gemacht hat - dass man nicht mehr in die Berufung gehen darf,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer davon am meisten profitiert hat, das war Herr Bouffier!)

dass frühzeitig aus der Haft entlassen werden soll und dass überhaupt bei der Haftentlassung weithin Laissez-faire waltet, verschieden von Anstalt zu Anstalt, wie wir jetzt wissen -, jetzt abgeschafft werden. In Hessen muss ein ordentlicher Strafvollzug durchgeführt werden. Der muss nach Recht und Gesetz gehen. Der darf nicht so zufällig sein wie der Strafvollzug, der in den Jahren von Frau Hohmann-Dennhardt und Herrn von Plottnitz hier durchgeführt worden ist. Das ist nicht liberal, Frau Fuhrmann, wenn man Leute aus der Haft heraus lässt oder wenn man Leute laufen lässt, die das eigentlich gar nicht tun dürften, und wenn man die Waldläufe so organisiert, wie das in den letzten Jahren dort Einzug gefunden hat.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ein Quatsch! Das ist auch nicht sozialdemokratisch oder sonst etwas!)

Aber genauso haben wir uns - und das ging überhaupt nicht spektakulär, deshalb wissen Sie davon überhaupt nichts; ich will es nur einmal sagen - mit unserem Koalitionspartner darauf verständigt, dass Hessen nicht dem Modell von Bayern folgt und der Erlass zum Zuzug gleichgeschlechtlicher ausländischer Lebenspartner wieder aufgehoben wird. Es ist doch vollkommen klar, das wäre illiberal. Deswegen haben wir dabei nicht mitgemacht.

Und genauso ist es ein Punkt der Liberalität in der Innen- und Rechtspolitik, dass die Kollegin Beer ohne große Diskussion mit dem Justizminister - aber das war uns schon ein wichtiges Anliegen - durchgesetzt hat, dass Fußfesseln auch für den Bereich von Ersatzfreiheitsstrafen benutzt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum das eigentlich GRÜNE nicht schon früher gemacht haben, war mir seit Jahren nicht erfindlich. Wir Liberale, die F.D.P., haben das durchgesetzt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir wollen einen starken Staat, der aber nicht übermächtig wird, sondern der weiß, wo seine Grenzen sind. Wir als Liberale achten darauf, dass Minderheitenrechte in unserem Lande geschützt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Kollegin Hinz, selbstverständlich haben Sie Recht, wenn Sie anmahnen, dass wir im Bereich der Integration noch nicht endgültig Nägel mit Köpfen gemacht haben. Ich glaube aber, Ihnen zusichern zu können, dass wir dabei auf einem sehr guten Weg sind. Spätestens im Januar oder Februar nächsten Jahres werden wir ein Integrationspapier vorlegen. Ich sage ganz bewusst - deshalb habe ich Sie eben aus dem Gespräch herausgeholt -, dass sich dieses Papier an das anlehnen wird, das Sie erstellt haben. Ich kann nur sagen: à la bonne heure. Das Papier, das die Grünen jetzt in der Oppositionszeit zum Thema Integration formuliert haben, ist nicht nur eine Diskussionsunterlage, sondern es ist zu einem Großteil wirklich das, was ich vorhin mit dem Sparringspartner im Bereich der politischen Aus-

einandersetzung eingefordert habe. Ich glaube, dass wir als F.D.P. und CDU davon viele Punkte übernehmen können. Sie sind herzlich eingeladen, diese Diskussion mit uns zu führen, wenn wir so weit sind. Wir sind noch nicht so weit. Ich bitte aber um Verständnis dafür: Acht Monate Arbeit dieser Regierung ist wenig Zeit.

An dieser Stelle möchte ich mich auch ganz herzlich bei allen bedanken, die uns in diesen acht Monaten geholfen haben. Wie ist das abgelaufen? Die Journalisten in diesem Hause waren schon etwas traurig darüber gewesen, dass sie nicht nächtens noch vor der Rosselstraße stehen durften oder mussten, um irgendwelche Fotografien um 1, 2, 3 oder 4 Uhr nachts zu machen. Diesen Spaß haben wir ihnen nicht gegönnt, weil wir ihn nicht brauchen. Es ist eine angenehme Zusammenarbeit in dieser Koalition. Wir schätzen uns gegenseitig. Wir wollen uns auch nicht - wie das früher offensichtlich zwischen SPD und GRÜNEN der Fall gewesen ist, wie man das jetzt so hört - wechselseitig über den Tisch ziehen, sondern wir haben ein gemeinsames Interesse.

Wir wollen, dass Hessen aus dem achtjährigen rot-grünen Dornröschenschlaf - in dem manche Spielwiese genutzt wurde, die Sie jetzt wieder künstlich beatmen wollen, aber das wird Ihnen nur virtuell gelingen - weggeführt wird in das dynamische Land der Mitte Deutschlands, von dem Impulse ausgehen, das stark ist, das selbstbewusst ist, ohne überheblich zu sein, das wieder eine Wissenschafts- und Kulturpolitik macht, wie sie ein Land wie Hessen verdient. 80 Millionen DM haben wir zusätzlich für die Wissenschaftsförderung in diesen Haushalt aufgenommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine Schande, wie Sie - neben dem Bereich des Straßenbaus - mit dem Wissenschaftsbereich umgegangen sind. Frau Kollegin Wagner hat das ja nicht erst gesagt, als sie Ministerin geworden ist, sondern schon in den Jahren davor. Das war für Sie der Steinbruch gewesen. Dort hat der Kollege Clauss - und das war bei der Verärgerung der ehemaligen Wissenschaftsministerin sehr deutlich zu erkennen, wenn sie hier vorne stand - immer noch die letzten 10, 15, 20 Millionen DM herausgeholt, um irgendetwas zu machen.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen, dass von diesem Land wieder das Signal ausgeht, dass wir vorne sind, dass wir in Wissenschaft, Kunst und Kultur wieder vorne sind. Das ist für uns nicht nur etwas für manche Intellektuelle oder Freisinnige, sondern das ist ein Standortfaktor, den Sie in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt haben. Bei der Ansiedlung von Unternehmen stellt sich doch nicht mehr die Frage, gerade in der Auseinandersetzung um den globalisierten Markt, ob sich jemand in Nordhessen, in Frankfurt oder in Würzburg ansiedelt, sondern ob er sich mit seinem innovativen Unternehmen etwa aus dem Bereich der Kapitalmärkte in London, Amsterdam oder im Rhein-Main-Gebiet ansiedelt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da spricht der Europäer!)

- Und nicht nur in Europa, da haben Sie vollkommen Recht, Herr Kaufmann, sondern auch darüber hinaus. - Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, da muss man neben einer gescheiterten Infrastruktur - und das heißt z. B. Kapazitätserweiterung des Flughafens - eine gescheiterte Bildungseinrichtung und eine gescheiterte Kultur- und Wissenschaftseinrichtung aufbauen. Das sind Standortfaktoren, die Sie vernachlässigt haben.

Stattdessen haben Sie sich auf rot-grüne Spielwiesen ganz kleinkariert Art im Sozial- und Umweltbereich eingelast-

sen. Sie haben den Blick für das Große verloren. Es ist die Regierung von Roland Koch und Ruth Wagner und es sind die sie tragende Fraktionen von F.D.P. und CDU, die diesen großen Überblick wiedergewonnen haben und nun versuchen, ihn Schritt für Schritt umzusetzen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh! Mehr Überflieger als Überblick!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Dank möchte ich ausdrücklich die hessische Kultusministerin einbeziehen. Es ist ein Kraftakt sondergleichen gewesen, innerhalb von wenigen Wochen 1.400 Lehrer an die richtigen Stellen in diesem Land zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Ich muss gestehen, dass ich in den Koalitionsverhandlungen dachte, dass das eine - ich sage es einmal flapsig - einfache Übung ist. Ich bin auch so zitiert worden. Dann hörte ich von Karin Wolff, dass hier überhaupt nichts vorbereitet ist. Was hat eigentlich Herr Holzapfel gemacht? Was hat er die Jahre vorher eigentlich gemacht, außer geistvolle Reden zu halten? Da überhaupt nichts vorbereitet war und Karin Wolff und ihre Mannen und Frauen erst die Personen in harter Kleinarbeit zusammensuchen mussten, ist das nicht nur mit Lob, sondern mit hoher Anerkennung zu versehen. Das sage ich von dieser Stelle ausdrücklich für die F.D.P.-Fraktion.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Thema ansprechen, das Frau Kollegin Hinz eben aufgebracht hat. Das muss einfach einmal besprochen werden. Frau Kollegin Hinz hat hier das Bild in die Welt setzen wollen, und zwar zum wiederholten Male, dass der hessische Umweltminister - ich sage es nicht, sonst würde ich vielleicht falsch zitiert und es würde in die Rede eingebaut werden - sich nicht mit allen ihm zur Verfügung stehenden Dingen um die Sicherheit des Kernkraftwerks Biblis kümmert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, Frau Hinz - Sie ist jetzt nicht da,

(Norbert Kartmann (CDU): Sie ist entschuldigt!)

sie ist entschuldigt; ich bin auch gar nicht vorwurfsvoll, ich stelle nur fest - hat hier die Unwahrheit gesagt. Wenn man bewusst die Unwahrheit sagt, wird das mit einem Wort bezeichnet, für das man im Landtag komischerweise gerügt wird. Deshalb sage ich es nicht.

(Heiterkeit der Ministerin Ruth Wagner)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es waren doch die Umweltminister Fischer, von Plottnitz, Blaul, Nimsch und zum Schluss Frau Hinz, die sich über acht Jahre wegen ihrer im Kopf irgendwie eingepressten Idee des Ausstiegs aus der Atomindustrie nicht gesetzeskonform verhalten haben, die Sicherheitsüberprüfungen zwar eingeleitet, aber die Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen verhindert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und bei der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist überhaupt nicht wahr!)

Sicherheitsrisiken für Biblis sind die Umweltminister Hinz, Nimsch, Blaul, von Plottnitz und Fischer. Habe ich jetzt alle von euch GRÜNEN? Ihr habt so häufig gewechselt. Aber ich glaube, es waren jetzt alle.

Sicherheitsrisiken waren sie, weil sie sich nicht darum gekümmert haben, dass Sicherheit in Biblis auch umgesetzt

wird, weil sie es behindert haben, dass Sicherheit in Biblis umgesetzt wird.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorsicht, Herr Kollege! Sonst machen Sie das, was man nicht nennen darf!)

Es ist an Frechheit nicht mehr zu überbieten, wenn der Mensch, der hier sechs Jahre lang Staatssekretär war, einen ausstiegsorientierten Gesetzesvollzug gemacht hat - das ist das etwas unschöne Wort für das, was man besser mit gesetzwidrigem Umsetzen beschreiben kann -, jetzt in Bonn bzw. Berlin sitzt und genau dasselbe macht und damit den hessischen Umweltminister daran hindert, eine Genehmigung dafür zu erteilen, dass in Biblis mehr Sicherheit eingebaut wird.

Wir reden hier nicht darüber, dass irgendetwas liegen gelassen wird, wir reden über einen ganz konkreten Anlass. Das RWE möchte Sicherheitsmaßnahmen erfüllen, einbauen, hat die Pläne eingereicht. Ich unterstelle einmal beim RWE, dass die Kasse voll ist für diese Frage. Die haben ja eine große Kriegskasse. Die wollen das bauen, die wollen mehr Sicherheit machen. Aber was ist das Ergebnis? Herr Dietzel darf den Antrag nicht genehmigen, obwohl er nach Recht und Gesetz zu genehmigen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Sicherheitsrisiko im Zusammenhang mit Biblis sind ausdrücklich Herr Baake und Herr Trittin. Herr Dietzel ist der Mensch, der versucht, aus diesem ideologischen Gewirr herauszukommen und für die Menschen in und um Biblis herum mehr Sicherheit zu produzieren.

(Beifall bei der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unfug!)

Sie waren doch die grünen Stare - ich habe sie eben aufgezählt; manche waren nur kleine Starelein, aber immerhin -, die acht Jahre Zeit gehabt haben, das umzusetzen, was der damalige Umweltminister und jetzige Finanzminister Karlheinz Weimar im Jahre 1990 auf den Weg gebracht hat. - Nein, tun Sie nur nicht so, als ob es Ihnen um die Sicherheit von Biblis ginge. Ihnen geht es überhaupt nicht darum, sondern Sie haben das einzige Ziel, dass Sie beweisen können, wie stark doch die GRÜNEN sind, und dafür wollen Sie ein Kernkraftwerk schlachten. Ich wünsche Ihnen bei dieser Übung gute Verrichtung. Es ist rechtlich daneben, es ist volkswirtschaftlich daneben, es ist umweltpolitisch daneben, es ist schlicht daneben, aber das ist halt die Politik der GRÜNEN in diesem Lande.

(Beifall bei der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Ihre Rede ist daneben!)

Lassen Sie mich zum Abschluss für die F.D.P.-Fraktion darauf hinweisen - ich habe es auf das hoffentlich erträgliche Maß der Zeit reduzieren können, glaube ich -

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zeit ja, aber nicht des Inhalts!)

dass wir nicht den Rat des Kollegen Clauss brauchen, den er eben dem Hessischen Ministerpräsidenten gegeben hat, er solle Franz Josef Jung wieder aus der Staatskanzlei herausholen. Herr Kollege Clauss, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie anscheinend noch nicht die "FAZ" von heute gelesen haben. Danach hat der gewählte oder noch nicht gewählte - ich weiß es nicht; wir leben hier in einer Käseglocke - neue Ministerpräsident von Niedersachsen das gesamte Kabinett seines Hochzeit feiernden Vorgängers über-

nommen. Es bleibt genau so, wie es war. Aber eine Änderung macht er, Herr Kollege Clauss: Er schafft in der Staatskanzlei zusätzlich einen Staatsministers für Bundes- und Europaangelegenheiten.

(Heiterkeit bei der F.D.P. und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wieder einmal so daneben, was Sie uns hier vorschlagen.

(Armin Clauss (SPD): Sie müssen schon entscheiden, ob Sie ihn kritisieren oder loben wollen! - Norbert Kartmann (CDU): Einer sollte in Niedersachsen wenigstens Ahnung haben!)

- Ich wollte Sie in diesem Satz überhaupt nicht loben, Herr Kollege Clauss. Sie verstehen das offensichtlich falsch.

(Armin Clauss (SPD): Ich verstehe Sie überhaupt nicht falsch!)

Ich will Ihnen deutlich machen, dass Sie hier eine Politik machen - machen Sie überhaupt Politik, das ist schon die Frage -, dass Sie hier eine Rede halten, die in zentralen Punkten ein Angriff auf die Regierung ist, nämlich: Es sind zu viele Minister da. Zu der gleichen Stunde, in der Sie hier reden, schafft der neue sozialdemokratische Ministerpräsident von Niedersachsen genau das an. Es kommt noch pikanterweise hinzu, damit Sie genau im Bilde sind:

(Armin Clauss (SPD): Wenn zwei das Falsche machen, muss es noch lange nicht richtig sein!)

Er hat seinen jetzigen parlamentarischen Geschäftsführer zum Staatsminister ernannt. Also, dasselbe Modell, das Roland Koch mit Franz Josef Jung gemacht hat, macht nunmehr der niedersächsische Ministerpräsident Gabriel mit seinem parlamentarischen Geschäftsführer, Herrn Senff.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind in diese Regierungskoalition nicht überraschend hineingekommen, aber nach einem Wahlabend am 07.02., der für uns Liberale sicherlich ein besonderer Tag ist.

(Armin Clauss (SPD): Das kann man wohl sagen!)

Wir haben uns schnell geschüttelt. Wir haben hervorragende Koalitionsgespräche geführt. Wir haben eine gute Regierung mit Roland Koch, Ruth Wagner und ihren Mannen und Frauen eingerichtet. Wir sind eine selbstbewusste Koalition. Wir sind eine selbstbewusste F.D.P.-Fraktion, die weiß, dass sie mit sechs Mann die kleinste Fraktion in diesem Hause ist, und deshalb nicht übermütig wird.

(Armin Clauss (SPD), zur Koalition gewandt: Jetzt klatscht doch endlich einmal!)

Wir wissen auch untereinander zwischen den Koalitionfraktionen, wie wir miteinander umzugehen haben, sodass wir erfolgreich arbeiten können, aber Freunde bleiben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das Ziel, das noch auszubauen, was heute die "FAZ" bereits gemeldet hat. Wir möchten eine stabile Mehrheit, eine große, stabile Mehrheit haben.

(Armin Clauss (SPD): Sie haben nichts zugelegt nach acht Monaten!)

- Herr Kollege Clauss, Sie provozieren mich zu der Frage an Sie, ob Ihnen bekannt ist, wie entsprechende Zahlen und Daten gefunden werden und wie sie gemeldet werden.

(Armin Clauss (SPD): Deshalb halte ich nichts davon! Aber Sie zitieren die "FAZ"!)

- Ich bin unheimlich zufrieden über die "FAZ", weil ich weiß, dass es sich um ein nicht gewichtetes Datum handelt,

wie es sich dabei immer um ein nicht gewichtetes Datum handelt. Ich bin daher sehr selbstbewusst und selbstsicher, dass, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre, die F.D.P.-Fraktion in diesem Haus gestärkt aus dieser Wahl hervorgehen würde und sicherlich mindestens wieder das selbe Ergebnis erzielen würde wie in den Jahren vor 1999.

(Armin Claus (SPD): Als Kind habe ich auch immer im Wald gepfiffen und mir Mut gemacht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein letzter Dank geht an Karlheinz Weimar. Für Karlheinz Weimar war es eine Aufgabe, den ersten Haushalt aufzustellen, und an diese Aufgabe hat er erst Mitte März zu denken angefangen, weil er eigentlich nicht Finanzminister werden wollte, sollte, konnte. Karlheinz Weimar hat sich unheimlich gut in das Gebiet eingearbeitet. Er hat einen guten Haushalt vorgelegt, und Sie merken an den Änderungsanträgen der Fraktionen von CDU und F.D.P., dass wir versucht haben, aus einem guten Haushalt einen noch etwas besseren Haushalt zu machen.

(Armin Claus (SPD): Reparatur gelungen!)

Wir haben einen Haushalt vorgelegt, der in allen Daten um Längen besser ist als der letzte Haushalt, den Karl Starzacher vorgelegt hat. Wir haben eine bessere Investitionsquote, wir haben eine geringere Personalquote, wir haben eine geringere Neuverschuldungsquote, und das ist das Ziel der Regierungsarbeit der F.D.P.: Wir möchten sparen, aber wir möchten für Hessen auch neu gestalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, bevor ich das Wort weitergebe, verweise ich auf einen Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Jugendarrestanstalt Kaufungen, Drucks. 15/897. Ist die Dringlichkeit streitig? - Das ist nicht der Fall. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 36. - Herr Kollege Kaufmann, wenn es streitig ist.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, es ist dankenswerterweise nicht streitig. Wir würden um Aufruf zusammen mit Einzelplan 05 bitten. Unter Beibehaltung der Redezeit kann man das gleich - weil es dazugehört - mit behandeln. Das wäre unser Vorschlag.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Grüttner.

Stefan Grüttner (CDU):

Herr Präsident, wir sehen in diesem Zusammenhang genauso wie bei dem Dringlichen Antrag der SPD-Fraktion nicht die Notwendigkeit, das mit dem Einzelplan zusammen aufzurufen, sondern als eigenständigen Antrag entweder am Ende der Tagesordnung morgen oder im nächsten Plenum.

Präsident Klaus Peter Möller:

Müssen wir abstimmen?

(Armin Claus (SPD): Nein! Wenn die keine Effizienz haben wollen!)

Das können wir immer noch klären. Vielleicht setzen sich die Fraktionsgeschäftsführer in solchen Fragen noch einmal zusammen. Dann erteile ich jetzt dem Kollegen Kartmann, dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, das Wort. Wichtig ist, dass wir keine Zeit verlieren.

(Zurufe von der CDU)

- Habe ich "SPD" gesagt? - Der CDU.

(Inge Velte (CDU): Der bleibt bei uns! - Petra Fuhrmann (SPD): Um Gottes willen!)

Lieber Herr Kartmann, immer und immer bleiben Sie für mich CDU.

Norbert Kartmann (CDU):

Herr Präsident, vielleicht würde es ja der SPD helfen. Lassen wir es einmal so, wie es ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich am Schluss der Debatte zu Einzelplan 02 mit einigen Dingen beschäftigen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie es lieber, es kommt doch nichts dabei heraus!)

mit Sicherheit aber nicht mit dem Hauptthema von Herrn Claus heute Morgen.

(Armin Claus (SPD): Sagen Sie gleich etwas dazu!)

- Dazu sage ich Ihnen gleich etwas. Ich habe mir nämlich einmal den Kommentar von Hugo Müller-Vogg angeguckt. Darin steht unter anderem auch:

Allerdings sollen die SPD und GRÜNE dabei das Bibelwort beachten: "Wer frei von Schuld ist, werfe den ersten Stein." Das wäre klug und weise.

Ich bin damit völlig einverstanden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Alles andere kriegen Sie dazu morgen früh gesagt. Ich will auch keine Bundespolitik machen. Das war der zweite große Block von Herrn Claus. Es waren 90% seiner Redezeit vorbei, und er beschäftigte sich mit der Frage, wie wir als Koalition und als CDU-Fraktion gemeinsam mit der F.D.P. in dieser Regierung Landespolitik in den acht Monaten gestaltet haben. Das war erfolgreich, und deswegen dazu einige Anmerkungen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Übrigens, mein lieber Freund Franz Josef Jung, könntest du dich einen Augenblick auf meinen Platz setzen, damit endlich das auch bestätigt wird, was Kollege Claus sagt? Sonst müsste er den Satz aus dem PC löschen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie sind völlig unverständlich!)

- Das ist ganz klar. Franz Josef setzt sich jetzt dorthin. Dann können Sie den Satz jedes Jahr wieder bringen, dass er zwischen den Reihen der CDU-Fraktion herumschleicht und uns Weisheiten der Regierung bringt. In München läuft das anders, wie Sie wissen. Da geht das über das Hofbräuhaus. Wir machen es hier im Landtag, Franz Josef Jung.

(Heiterkeit bei der Landesregierung - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Alois ist aber nie angekommen!)

- Aber Franz Josef, das ist der Unterschied, kommt immer an. Der Alois dagegen nicht. Da mögen Sie Recht haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen fehlt die göttliche Eingebung!)

Der Umstand, dass wir diese Beratungen über den Haushalt 2000 nach acht Monaten CDU/F.D.P.-Regierung in Hessen vergleichsweise gelassen bestreiten können, ist ein Beispiel dafür, dass Hessen nach meiner festen Überzeugung wieder an Normalität zurückgewonnen hat. Nach Jahren, in denen wir bei solchen Gelegenheiten - das haben die meisten von uns mitbekommen - rot-grüne Schaukämpfe bewundert haben, können wir hier als christlich-demokratische Fraktion mit Befriedigung feststellen, dass die hessische Politik ihre Hausaufgaben gemacht hat.

Die Wählerinnen und Wähler in diesem Lande hatten in den letzten Jahren öfter den Eindruck, dass in Hessen nicht mehr gehandelt wird. Wir haben ihnen mitgeteilt, dass man in Hessen handeln kann, und das in acht Monaten mit einer stolzen Erfolgsbilanz. Das ist mit Sicherheit nicht wenig, was wir heute am Ende dieses Jahres vorzuweisen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir möchten schon mitteilen, dass wir von den Theaterdonnerschauspielen Abschied genommen haben. Es mag sein, dass der Unterhaltungswert der Regierung im Landtag nicht mehr so groß ist wie in früheren Zeiten. Wir sind nicht gewählt worden, um zu unterhalten, sondern um zu handeln. Dieses ist auch ein wesentlicher Unterschied zu dem, was wir früher hier erlebt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mir nun den Haushaltsentwurf, die Anträge, die wir eingebracht haben, die Anmerkungen der Opposition und deren Vorschläge vornehme, dann komme ich zum Schluss, das Werk kann sich sehen lassen, das wir hier eingebracht und behandelt haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist gelungen, die Nettoneuverschuldung deutlich unter der Verfassungsgrenze zu halten.

(Reinhard Kahl (SPD): Was?)

Es ist gelungen, eine deutliche Verringerung der Personalkostenquote einzuplanen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 0,001 Promille!)

Es ist gelungen, die Stabilisierung der Investitionen statt erneuter Absenkungen zu erreichen. Und es ist gelungen, die landespolitischen Schwerpunktsetzungen dieser Koalition auch noch entsprechend zu bedienen. Das - so kann ich nur sagen - haben Sie Gott sei Dank von uns nicht erwartet.

(Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Clauss, Sie haben keine Zeit ausgelassen zu sagen: Ihr werdet dabei auf den Bauch fallen. - Wir stehen und marschieren, und Sie liegen auf dem Bauch und japsen nach Luft. Auch dies ist ein fundamentaler Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat das Richtige gesagt. Das, was wir hier machen, ist eine neue Chance, und zwar deswegen eine neue Chance, weil wir den Mut zu Entscheidungen haben. Eine neue Chance für Hessen - keine Frage: Stillstand weg, kein Rückschritt

mehr, es muss nach vorne gehen. Wenn Hessen handelt, dann ist dies ein eindeutiger Vorgang im Hinblick auf die nächsten Jahre, auf das nächste Jahrzehnt und Jahrhundert. Hessen hat wieder eine Perspektive für die Zukunft. Das spüren auch die Leute draußen. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Der Länderfinanzausgleich ist natürlich eine unwahrscheinlich schwer wiegende Vorgabe. Der Urteilsspruch von Karlsruhe ist ein sehr konkreter Silberstreifen am Horizont für eine gerechtere Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Es hat sich als richtig erwiesen, den Weg vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen, und zwar vollherzig und nicht halbherzig. Deswegen ist es auch ein Teil des Erfolges der Landesregierung, dass wir mit wirklich großer Verve an diese Sache herangegangen sind. Der Erfolg in Karlsruhe, mittelfristig etwas anderes herauszubekommen als das, was jetzt ist, ist ein großer Erfolg für Roland Koch und die Regierung, die er vertritt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben auch festzustellen, dass dieser Gang nach Karlsruhe - das will ich vor dem Hintergrund der gestrigen Debatte sagen - nichts mit weniger Solidarität mit den neuen Ländern, sondern schlichtweg mit mehr Gerechtigkeit zu tun hat. Das ist vertretbar und wird auch von den neuen Bundesländern so gesehen.

Wenn ich den gestrigen Tag erwähne, will ich noch einmal etwas dazu sagen. Es mag ja sein, dass Sie sich über den Vorgang geärgert haben. Es mag ja sein, dass Sie unter Umständen sogar Recht haben. Lassen Sie uns darüber reden. Aber eines geht nicht: Wenn Gäste in diesem Hause sind, muss jeder so diszipliniert sein, dass er seinen Ärger verbirgt, bis wir dann bitte wieder unter uns sind. Dann können wir uns auch darüber streiten. Sie haben sich gestern in diesem Hause ganz eindeutig schlecht benommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen, wenn heute in den Zeitungen steht, was zu erwarten war - es waren Gäste da, und die haben sich gestritten -, dann geht das auf Ihre Kappe, von SPD und GRÜNEN,

(Armin Clauss (SPD): Ihr könnt euer falsches Management nicht auf unsere Kappe schieben!)

weil Sie keine Hemmungen mehr haben, in jeder Lebenslage Ihren Frust wegen einer verlorenen Landtagswahl loszulassen.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Ihre Eigentore gehen schon zu Ihren Lasten!)

Länderfinanzausgleich als eine große Belastung, kommunaler Finanzausgleich als zweite große Menge, die den Haushalt bestimmt, und im Dritten maßgebliche Dinge, die durch Haushaltsgebaren der Vorgängerregierung letztendlich zu großen Belastungen des Landeshaushaltes führen: die Personalausgaben und die Zinsbelastungen.

SPD und GRÜNE haben in ihrer Verantwortungszeit die Personalkostenquote des Landes auf 47% hochgetrieben, die Verschuldung so anwachsen lassen, dass die Zinsausgaben mittlerweile den mit Abstand größten Brocken im Landeshaushalt darstellen. Und dann kommt Herr Clauss her und zitiert aus Pressemeldungen des Steuerzahlerbundes über die unverantwortliche Verschuldung dieser Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ich habe einmal nachgeguckt. 03.01.97, Pressemeldung Bund der Steuerzahler. Das betraf ja wohl die Regierung Eichel. Da steht:

Hessen lebt über seine Verhältnisse. Der Schuldenstand ist eine unerträgliche Belastung für die zukünftige Politik und kommende Generationen. Deshalb ist eine verfassungsmäßige Begrenzung der Verschuldung dringend geboten.

Mitteilung des Steuerzahlerbundes an Herrn Clauss und seine Genossen, die GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU - Stefan Grüttner (CDU): Hört, hört!)

Oder 24.01.97, auch an die Regierung Eichel gemünzt:

Aufgrund der vor einigen Tagen bekannt gegebenen Haushaltsbilanz für das Jahr 1996 mit der erhöhten Neuverschuldung musste die Schuldenuhr in Wiesbaden neu programmiert werden. Im Jahr 1997 sei der laut Haushaltsplan vorgesehene Schuldenberg um weitere 1,2 Milliarden DM auf 41,7 Milliarden DM zu erhöhen.

Das ist alles in Ihrer Zeit gewesen.

(Stefan Grüttner (CDU): Alles sehr glaubwürdig, Herr Clauss! - Gegenruf des Abg. Armin Clauss (SPD): Wenn das damals richtig war, muss die Aussage heute erst recht richtig sein, wenn Sie die Steuereinnahmen betrachten!)

- Die Frage, die sich mir stellt, ist doch: Mit welchem Geist gehen Sie an eine Haushaltsrede heran und haben die Hoffnung, dass die Menschen und wir im Hause vergessen haben, was Sie acht Jahre lang angerichtet haben?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Überhaupt nicht!)

Wissen Sie, das ist doch ein eigenartiger Vorgang. Das muss doch einmal in Erinnerung gerufen werden. Und Sie zitieren diese Dinge da. Lieber Herr Clauss, da haben wir schon Besseres von Ihnen gehört.

Es bleiben also nach Abzug des Länderfinanzausgleichs noch 6% zur Eigengestaltung. Daraus kann man wahrlich keine rauschende Ballnacht finanzieren, aber einen guten Ball schon, wie wir es ja auch darlegen. Wir müssen damit beginnen, die Rahmendaten vorsichtig zu verändern - da sind wir eingestiegen -, auf die wir direkt Einfluss haben. Bis dahin muss man entscheiden, wo die politischen Prioritäten zu setzen sind und wie man langfristig den Haushalt konsolidieren kann, ohne auf das dringendst Notwendige zu verzichten. Das ist eben eine Politik der Prioritäten und nicht des Rasenmähers.

Also haben wir uns entschieden, die Nettoneuverschuldung sichtbar unter der verfassungsmäßigen Obergrenze anzusetzen. Das ist ja eine Leistung an sich, vor dem Hintergrund der Übernahme, die wir erlebt haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Also haben wir uns entschieden, beim Personal eine Einsparung von 120 Millionen DM einzuplanen. Auch dies ist eine riesige Leistung, die wir aber erbringen müssen, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir eine hohe Personalkostenquote haben.

Wir haben uns entschieden, dort Geld auszugeben, wo es am dringendsten ist, im Bereich innere Sicherheit, Verkehrsinfrastruktur und vor allem in der Bildungspolitik. Zur inneren Sicherheit gehört, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen, um schrittweise die Sicherheit der Bürger zu verbessern. Das ist ein Weg, den wir gehen. Die Menschen müssen spüren, dass wir in der Sicherheitsfrage keinen Ra-

batt geben wollen und keinen Rabatt geben dürfen. Trotz der angespannten Finanzlage sind die Mittel für die Ausstattung der Polizei, die Modellversuche zur Einführung der Wachpolizei, des freiwilligen Polizeidienstes sowie zur Kriminalitätsbekämpfung zur Verfügung gestellt worden. Das sind Schritte in die richtige Richtung: Entlastung der Polizei, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verbesserung der Effektivität in der Kriminalitätsbekämpfung, Konzentration der Beamten auf die polizeilichen Aufgaben usw. sind alles Dinge, die gefordert worden sind und die dieser Innenminister auf den Weg gebracht hat.

Auch hier gilt: Es kann nicht alles auf einmal erfolgen. Allerdings werden wir uns im nächsten Jahr mit weiteren Fragen der Verbesserung der Effektivität der Polizei unterhalten. Wir haben mit Sicherheit dann mehr erreicht, wenn wir das HSOG, das jetzt beraten werden muss, umgesetzt haben. Wir werden uns natürlich auch mit anderen Fragen der inneren Sicherheit und der Justiz beschäftigen.

Verbessern wird sich mit Beginn des neuen Jahres die Handlungsfähigkeit der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, der hauptamtlich Gewählten. Es wird eine Änderung eintreten, die mehr dem Status der direkt Gewählten entspricht als vorher. Das war immer ein Manko, und Sie haben sich dem verweigert, dass die Direktwahlen in Hessen per Entscheid des Volkes eingeführt wurden. Es wurde dann nicht das nachgeliefert, was notwendig ist, damit direkt gewählte Hauptamtliche handeln können. Das wird jetzt korrigiert. Das ist höchste Zeit. Es wird eine Verbesserung der Situation der Hauptamtlichen geben.

(Beifall bei der CDU)

Verbessern wird sich die Situation für die Wählerinnen und Wähler durch das neue Kommunalwahlrecht. Ob man es will oder nicht - das will ich einmal sehr deutlich sagen -: Kumulieren und Panaschieren bedeuten einen größeren Einfluss der Wählerinnen und Wähler auf die Zusammensetzung der kommunalen Parlamente. Daran kommt keiner vorbei. Das ist ein Tatbestand. Dass sich die SPD so vehement dagegen wehrt, nährt den Verdacht, dass sie für sich daraus Nachteile erwartet. Da habe ich nichts dagegen. Aber das muss man einmal feststellen: Sie haben nicht plausibel dargelegt, weshalb Sie es nicht wollen. Es ist die pure Angst der SPD, mit den Kandidatinnen und Kandidaten, die auf der Liste stehen, nicht den Erfolg zu haben. Das ist aber Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Stefan Grüttner (CDU): So ist es!)

Ihr Problem kann nicht zum Maßstab der Gesetzgebung des Landes werden. Unser Maßstab ist, wie wir den Menschen ein Mehr an Beteiligung bei der Auswahl der Kandidaten geben. Im Übrigen: Wenn zehn von 16 Bundesländern das hervorragend machen und die Menschen das auch können, weil sie nämlich genauso gut sind wie unsere Hessen, dann kann es auch nicht sein, dass die SPD den Hessen erklärt: Dazu seid ihr zu blöd, das dürft ihr nicht machen. - Nein, so einfach geht es auch nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie werden natürlich eines machen, die Kollegen von der anderen Feldpostnummer. Sie werden - ich schätze einmal, nach Ostern - eine landesweite Aufklärungsaktion machen müssen, um auch Ihren Wählern zu sagen, wie sie denn ihre Kandidaten anzukreuzen haben. Da bin ich ganz sicher. Wie Sie das allerdings verbinden wollen mit einer Frontalablehnung des ganzen Systems, ist wiederum Ihr

Problem und nicht unser Problem. Wir wollen es. Wir machen es. Wir werden es positiv vermitteln. Die Menschen werden es annehmen und werden auch die richtige Wahlentscheidung am Tage der Wahl im Jahr 2001 treffen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In der Innenpolitik haben wir signifikante Änderungen schon vorgenommen und werden noch einige vornehmen. Wir haben, sehr verehrter Herr Kollege Clauss, mit Volker Bouffier einen ungewöhnlich engagierten - -

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD) - Minister Dr. Franz Josef Jung hat in den Reihen der CDU Platz genommen.)

- Ich hatte ihn eingeladen. Sie waren, glaube ich, draußen gewesen. Ich hatte ihn darum gebeten. Ich hatte ihn deswegen gebeten, damit Sie nicht den Satz im PC suchen müssen, weil er gelöscht worden ist, dass Franz Josef Jung unser schleichender Mitarbeiter in der Fraktion ist. Ich bin sehr froh darum. Jetzt habe ich es Ihnen noch einmal gesagt. Es ist protokolliert. Sie können es an die Wand hängen, Sie können es verbreiten: Franz Josef Jung ist unser Abgeordneter im Hessischen Landtag aus dem Bereich Rheingau-Taunus. Und er sieht gut aus auf dem Platz, besser als Sie auf Ihrem Platz.

(Beifall bei der CDU)

Die hessische Innenpolitik hat, wie gesagt, viele Änderungen erfahren. Wir haben mit Volker Bouffier einen ungewöhnlich engagierten, kompetenten, konsequenten und erfolgreichen Innenminister. Das muss man für die Bilanz nach acht Monaten Regierungszeit einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird durch Wiederholen auch nicht richtiger!)

Dieser Tatbestand, lieber Volker Bouffier: "Viel gut Tat, viel Feind", in Umkehrung eines Spruches, ist Grund genug für die Opposition, Volker Bouffier in ungerechtfertigter Weise am Leder zu flicken. Nur dieses ist der Punkt. Man meint, man könnte einen guten Minister schlichtweg rauskegeln. Wer in der Sache ohne Alternative dasteht wie SPD und GRÜNE, greift zu dem Mittel der Verunglimpfung um jeden Preis. Das leisten Sie hier in jeder Landtagssitzung ab.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn es eines letzten Beweises für dieses Jahr bedürft hätte, dann war es die Rede des Kollegen Clauss heute Morgen. Sie können sich darauf einstellen: Kommen Sie morgen um 9 Uhr wieder. Gleiches Schauspiel, gleiche Inhalte, gleiche Diffamierungskampagne. So wird es ablaufen.

Aber ich sage Ihnen ganz offen: Sie können uns damit nicht beeindrucken. Sie haben anscheinend ein Katzensyndrom. Mit den Katzen wollten Sie das Jagdgesetz kippen. Mit den Katzen wollten Sie Volker Bouffier kippen. Miau, kann ich da nur sagen, meine Damen und Herren von Rot und Grün. Das wird alles nichts fruchten.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

- Ich hatte schon gedacht, Kollege Wagner ist gar nicht da. Da fehlt eine laute Stimme, nicht vom Inhalt, sondern von der Phonstärke her.

Innere Sicherheit heißt auch - das will ich hinzufügen -, in der Justizpolitik Hessens wieder wichtige Teile vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit die schneller weglaufen können, oder wie?)

Ihre verfehlte Justizpolitik hat schon Korrekturen erfahren. Wir werden auch in der Zukunft vieles korrigieren müssen. Die Beseitigung des großen Mangels an Vollzugsplätzen wird angepackt. Die Errichtung einer privaten Justizvollzugsanstalt nimmt konkrete Formen an. In Weiterstadt wurden zur Entlastung der völlig überfüllten Gefängnisse weitere Containerhaftplätze geschaffen. Die JVA Frankfurt am Main I wird abgerissen. Das hatte auch schon bei Ihnen auf dem Schreibtisch gelegen, ist aber nicht entschieden worden. Es ist vieles im Innenbereich im Gange. Jetzt hat der Minister gesagt: Schluss mit dem Telefonieren in Haftanstalten, frei nach dem Motto: Wir sind zwar drin, sind aber meistens draußen mit Wort und Gehör. - Das konnte nicht auf Dauer sein. Endlich kommt wieder Zug in die Haftanstalten. Die "Kameradinnen und Kameraden" sollen schon merken, dass es eine Haftanstalt ist und kein Sanatorium. Da ist schon etwas Wahres dran an dieser Stelle. Deswegen ist es richtig, dass wir den Strafvollzug korrigieren müssen, damit er auch entsprechende Ergebnisse zeitigt.

Wir haben in einem zweiten größeren Feld begonnen, signifikante Änderungen vorzunehmen. Das betrifft den Bereich der Wirtschaftspolitik. Hier sind wir dabei, die Straßenbaumittel anzuheben. Die Regierung Eichel hatte die Mittel für den Straßenbau - wie wir alle wissen - auf 39 Millionen DM heruntergestrichen. Dies war für so manche Region ein schmerzhafter Vorgang, eine schmerzhafte Blockade in der Verkehrsinfrastruktur mit all den dann folgenden Nachteilen. Es war ein Verzicht auf Investitionen und damit ein Verzicht auf aktive Wirtschaftspolitik. Herr Kollege Kaufmann, Sie selbst sind ja der Oberverhinderer im Straßenbau. Das wissen Sie auch. Sie wissen um den Vorgang Bad Vilbel. Sie kennen die B 3 a beispielsweise bei uns. Fragen Sie einmal die Kollegin Fellner von der SPD-Fraktion, was die Leute Frau Fellner sagen, wenn 25.000 Autos tagtäglich durch einen 6.000-Einwohner-Ort fahren. Sie wohnen im Grünen. Die haben den ganzen Schmutz vor der Nase. Sie verantworten, dass wieder nicht gebaut wird. Das ist ein Skandal, menschenverachtend, Herr Kollege Kaufmann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie ja selbst nicht!)

Es gehört wirklich zu den markantesten Leistungen - um zurückzukommen auf die Verursacher oder diejenigen, die es geduldet haben - von Herrn Eichel, dass er als Finanzminister in Berlin seine Straßenbaublockade nun im Bundesfernwegebau auch für Hessen fortsetzt. Der Eichel-Stau wird in Hessen wohl so lange bleiben, solange Eichel aktiv in der Politik ist. Das ist eine fürchterliche Vorstellung.

Wir brauchen in der Infrastruktur Verbesserungen. Wir brauchen Straßenneubau. Das ist ganz eindeutig so. Deswegen die Aufstockung der Mittel. Wir begrüßen dies ausdrücklich, auch das Programm über die Mitfinanzierung der kommunalen Ebene. Wir haben Kassel-Calden auf die Reihe zu bringen, gemeinsam mit der Region, mit Partnern. Es gibt gar keine andere Chance, als in Nordhessen zu zeigen, dass wir etwas tun und nicht nur über viele Jahre darüber reden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ein klares Bekenntnis: Natürlich ist Nordhessen jetzt nach der Wiedervereinigung mitten in Deutschland. Das haben Sie acht Jahre schlichtweg nicht gemerkt.

Hätten wir gestern die Debatte wirklich darüber geführt, was acht Jahre Rot-Grün in Hessen und Thüringen gebracht haben, dann wäre es im Hinblick auf die Ergebnisse, die sie zeitig hätte, eine für Sie katastrophale Debatte gewesen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das wäre eine Debatte über die Frage gewesen, wie Sie ständig verhindert haben, dass Hessen und Thüringen zusammenwachsen, und keine Debatte über die Frage, was diese Region nach vorne gebracht hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie war das doch gleich? - Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Meine Damen und Herren, diese Debatte über Nordhessen seitens der SPD und der GRÜNEN ist eine Worthülensdebatte und hat nie das gebracht, was Sie gesagt haben. Das wissen die Nordhessen mittlerweile,

(Zuruf der Abg. Ilse Stiewitt (SPD))

weshalb sie uns jetzt zuhören und weshalb sie mit uns gemeinsam Dinge tun, die äußerst notwendig sind. Ich füge hinzu, dass in diesen Fragen der Minister für Wirtschaft in Amt und Person, die Fraktionen und die Regierung an einem Strang ziehen. Denn Nordhessen braucht eine Entwicklung,

(Manfred Schaub (SPD): Ach du liebes bisschen! Das sagt der Richtige! Ahnungslos erzählt er da vorne etwas!)

die schneller, besser und qualitativ hochwertiger ist als das, was Sie gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

- Der Herr Schaub meint, ich sei ahnungslos. - Meine Damen und Herren, das zentrale Projekt für Arbeitsplätze, für Entwicklung und Prosperität in Hessen ist

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, jetzt kommt es!)

der Frankfurter Flughafen. Hier will ich für die CDU-Fraktion festhalten, dass wir, wenn die Mediatoren ihre Ergebnisse vorgelegt haben, sehr sorgfältig mit dem Ergebnis umzugehen haben. Wir haben dann zu entscheiden. Das wird kein einfacher Weg sein. Aber es ist ein unverzichtbarer Weg. Deswegen müssen wir handeln. Ich füge hinzu: Niemand, außer vielleicht den GRÜNEN, kann ernsthaft dem Frankfurter Flughafen keine vernünftige Zukunftsperspektive geben, dabei Tausende von Arbeitsplätzen gefährden und die Schaffung neuer verhindern. Unabhängig vom grünen Standpunkt stehen wir vor der Aufgabe, gemeinsam zu handeln. Ich hoffe, dass es am Ende alle sein werden, weil diese Frage mit Sicherheit von schwer wiegender Bedeutung sein wird.

Meine Damen und Herren, wir müssen den Standort Hessen auch in anderen Bereichen verbessern. Wir sind dabei. Es ist beispielsweise immer die Frage derjenigen, die zu uns kommen, auf welche Strukturen sie treffen, z. B. Verwaltungsstrukturen. Der Einstieg in die Verwaltungsreform hat begonnen. Diese Reform wird dazu führen, dass wir schneller, kurzfristiger und kundenorientierter arbeiten müssen. Die Verwaltung der Zukunft ist ein Dienstleistungsunternehmen, das Kunden zu bedienen hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, der Bürger ist Kunde und kein Bittsteller. Das muss natürlich in die Köpfe hinein. Dies ist

nicht einfach. Denn wir treffen vor Ort und in den Verwaltungen auf Menschen, die seit vielen Jahren in diesen Strukturen arbeiten. Aber auch dies wird zu leisten sein. Deswegen müssen wir überzeugen und nicht nur exekutieren. Das wollen wir auch tun. Die Koalition und die Regierung haben sich in diesen Fragen sehr viel vorgenommen. Aber auch hier gilt: Hessen auf die Anforderungen der Zukunft einzustellen kann nicht halbherzig erfolgen. Hier müssen richtige Schritte vorgenommen werden. Dies ist im Übrigen auch fester Bestandteil der Forderungen des Steuerzahlerbundes.

Wir wissen auch, dass die öffentliche Hand hinter der wirtschaftlichen Entwicklung herhechelt. Aber ein modernes Land braucht eine moderne Verwaltung, und wir wollen Hessen modernisieren. Wir sind mitten dabei. Da wird uns auch das Gejammer und Gezeter der Opposition nicht stören dürfen, weil wir ein klares Ziel haben, wie Hessen in einigen Jahren auszusehen hat. Das ist unsere Aufgabe. Diese Aufgabe ist in der Bildungspolitik besonders wichtig, weil dort die Defizite am schlimmsten waren. Wir haben uns bemüht, einen guten Einstieg zu schaffen. Der ist auch dank der hervorragenden Arbeit der Kultusministerin gelungen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in der Schulpolitik sind Sie von der Opposition völlig in der Defensive. Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass es in acht Monaten gelingt, dass diejenigen, die acht Jahre erzählt haben, alles sei in Ordnung, so schnell weg vom Fenster sind, wenn es draußen im Lande um seriöse Schuldebatten geht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Das Desaster der letzten acht Jahre in diesem Bereich wird in den Annalen rot-grüner Regierungsverantwortung ein Hauptkapitel sein. Meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, das muss ich einfach noch einmal zu Protokoll geben: Ihnen kommt das zweifelhafte Verdienst zu, in der bildungspolitischen Chronik der letzten 50 Jahre - wenn Sie, Herr Kollege Clauss, am Schluss Ihrer Rede auch schon Rückblick gehalten haben - das dunkelste Kapitel der Schulpolitik geschrieben zu haben, und das mehrmals. Denn Sie ganz allein verantworten in den Siebzigerjahren den schlimmsten Versuch, über Schule Gesellschaftspolitik zu betreiben, indem Sie über Lehrinhalte und über Schulformen

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf von der SPD: Quatsch! - Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Was ist denn das für ein Blödsinn!)

das Bewusstsein der Kinder in Ihrem Sinne beeinflussen wollten - eine schändliche Tat. Sie wird nicht vergessen werden.

(Beifall bei der CDU)

Zum Zweiten haben Sie den größten Unterrichtsausfall der letzten 50 Jahre an Hessens Schulen zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das ausgeblendet wird, sieht die Bilanz der SPD natürlich wesentlich besser aus. Das gebe ich gerne zu. Aber das ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Bilanz. Das Ganze beginnt ab 1970, sozusagen als eine nachrevolutionäre Phase des 68er-Prozesses. Man kann ja hier noch einen Schnitt machen und gucken, was vorher war. Herr Zinn war

mit Sicherheit jemand, der das, was Sie heute als Bilanz für die letzten 30 Jahre vorgetragen haben, nicht gesagt hätte. Davon bin ich überzeugt. Deswegen muss in der Debatte einmal gesagt werden, dass die bildungspolitische Bilanz der SPD und später der GRÜNEN zwei dunkle Flecken aufweist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Was für dunkle Flecken? - Karl Dörr (Umstadt)
(SPD): Ihre Flecken sind schwärzer!)

Meine Damen und Herren, rühmlich ist sie doch wirklich nicht. Oder? Jetzt passiert noch Folgendes: Sie sagen noch, dass man es besser machen kann. Jetzt sind Sie hilflos. Darum haben Sie natürlich zu mäkeln und kleinkariert zu allem überall etwas zu sagen. Die Menschen sagen uns: Selbstverständlich, macht weiter so. Dann kommen wir an das Ziel, das Hessens Schulpolitik anstrebt: Unterrichtsstunden, die ausreichend sind, damit die Kinder auf die richtigen Wege gebracht werden und ihre Lebenschancen nutzen können. Dafür ist Schule zuständig und für sonst nichts.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben den Unterrichtsausfall erheblich abgebaut. Meine Damen und Herren, wir haben dies mit dem Begriff Unterrichtsgarantie verbunden. Sie haben den Begriff nach Strich und Faden diffamiert, als ob Sie gehnt hätten, dass es eine Erfolgsstory wird.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Sie kriegen es doch nicht hin!)

Sie werden sich wundern, welche Bindungswirkungen der Begriff der Unterrichtsgarantie für alle Beteiligten hat. Sie werden sehen, dass wir Recht haben: Er wird nicht nur in Hessen Schule machen. Er wird über Hessen hinausschwappen. Denn wenn es eine Bundesanalyse gibt, dann wird festgestellt werden, dass wir bildungspolitisch Nachholbedarf haben. Es kann doch nicht alles, was vor drei, vier Jahren gesagt wurde, bis hin zur Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog, dass an der bildungspolitischen Front ein Ruck durchs Land gehen müsse, nicht mehr wahr sein. Das haben wir, die Regierung und die Koalitionsfraktionen, als Erste kapiert und gemacht - und nicht Sie. Sie haben über viele Jahre nichts verbessert. Deswegen machen wir es anders. Wir fragen nicht, was diese Bildungspolitik der SPD oder den GRÜNEN nützt, wie man früher gefragt hat, sondern wir machen etwas ganz Einfaches. Wir fragen: Was nützt unsere Schulpolitik dem Kinde? Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Sprüche!)

Das ist die richtige Basis. Nach dem Kinde zu fragen, ist ein alter pädagogischer Grundsatz, den Lehrerinnen und Lehrer in der Schule lernen. Wenn sie ihn in der Praxis anwenden, dann werden es gute Lehrerinnen und Lehrer.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde ist es wichtig, dass auch die Politik lernt, und zwar dauerhaft,

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das ist wahr! Sie müssen noch viel lernen!)

Schulpolitik vom Kinde her zu definieren. Das ist ein Satz, den Sie sich aufschreiben können. Die Frage ist nur, ob Sie nachher so handeln würden. Aber Sie haben ja keine Handlungsmöglichkeiten, weil Sie jetzt einige Jahre beobachten können, wie man das macht.

(Lachen des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Schulpolitik muss vom Kinde her definiert werden, und es muss entsprechend gehandelt werden. Frau Wolff, unsere Ministerin, hat genau diesen Geist in sich, zumal sie früher als Kollegin in ihrem Beruf auch so gehandelt hat. Es ist eine wichtige Erfahrung zu wissen, wie eine Person, die vom Fach kommt und vor Kindern gestanden hat, Bildungspolitik umsetzt. Das ist eine neue Erfahrung für uns, und ich muss sagen, eine gute Erfahrung. Frau Ministerin Wolff hat bis zum heutigen Zeitpunkt eine hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik ist ein Thema. Die Sache des Unterrichtsausfalles ist den Oppositionsparteien weggerutscht. Nun ziehen Sie durch die Lande und erklären überall, wir würden das Betreuungsangebot an Grundschulen zerschlagen. Abgesehen davon, dass es falsch ist, ist es auch noch dümmlich, so etwas zu tun.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Denn das gibt uns natürlich auch immer die Möglichkeit, zu sagen, was vor dem Hintergrund einer von Ihnen verfehlten Betreuungspolitik an hessischen Grundschulen Sache ist.

Meine Damen und Herren, um es noch einmal deutlich zu machen: Es muss klar gesagt werden, dass der Urknall für die Betreuung an Grundschulen zwischen 1987 und 1991 unter der CDU/F.D.P.-Regierung und nicht unter den Sozialdemokraten stattfand.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Damals haben wir damit begonnen. Zehn Jahre lang haben sich Genossen in Hessen in vielen Bereichen geweigert, das Modell, das es auch noch unter Rot-Grün gab, ihren Kreisen anzubieten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es gibt eine direkte Proportionalität zwischen der Größenordnung der Wahlergebnisse der SPD und dem Mangel an Betreuungsangeboten in diesem Lande. Das können Sie überall sehen. Sie als Abgeordnete können prüfen, wo Sie initiativ geworden sind.

Je röter der Kreis, desto weniger Betreuungsangebote - so war es. Dann kam Holzapfel. Er hat gesagt: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bezahle es euch aus Landeskassen.

Gehen Sie einmal in die roten Kreise hinein. Die Hälfte der Grundschulen in einem Kreis hat das Holzapfel-Modell, eine Luxusausstattung. Andere schauten immer in die Röhre, weil sie schlichtweg das nicht bekamen. Herr Nolte, ich weiß nicht, wie viele Schulen Sie im Odenwaldkreis ausgestattet haben. Luxus ist, wenn ich 250 Schulen besonders ausstatte und die anderen schlichtweg vor der Tür stehen lasse. Das ist ungerecht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ihr mit eurer sozialen Gerechtigkeit wart so ungerecht wie nur etwas. Eines habt ihr ganz genau gewusst: Ihr hättet das System der festen Öffnungszeiten von Holzapfel nie landesweit einführen können, weil euch dazu schlichtweg das Geld gefehlt hätte. Jetzt wird eine ganz verlogene Debatte fortgeführt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Nolte, deswegen sage ich Ihnen und allen anderen noch eines. Das, was jetzt geschieht, heißt schrittweiser Abbau dieser Luxusausstattungen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Wollen Sie eine Frage von Herrn Nolte zulassen, Herr Kollege?

Norbert Kartmann (CDU):

Nein, danke.

Abbau dieser Ungerechtigkeit, flächendeckendes Angebot von Betreuung an Grundschulen zur Sicherung eines festen Zeitkontingents an Schulzeit für das Kind - darauf können Eltern sich verlassen. Darum geht es. Überall, wo es gewollt wird, wissen die Mutter und der Vater, dass ihr Kind um halb acht in die Schule geht und um halb zwei nach Hause kommt.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird doch gar nicht stattfinden!)

Das Wichtigste dabei ist, dass viele Stunden, die Sie betreuen müssten, jetzt unterrichtet werden. Unterricht ist die beste Betreuung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

An der Stelle habe ich keine Zweifel, dass es eine Erfolgsstory wird, wenn es angenommen und umgesetzt wird, selbst unter den schwierigsten Bedingungen, wenn rote Landräte doch nicht so wollen, wie es richtig wäre, weil sie sich wieder einmal gegen ihre Bürger stellen. Das Betreuungsprogramm, das Frau Wolff jetzt gemeinsam mit uns auf den Weg gebracht hat, wird eine Erfolgsstory werden. Nach vier Jahren werden wir überall die Möglichkeit schaffen können, dass betreut wird. Deswegen ist es richtig, so zu verfahren. Es ist gerechter. Von wegen, sich soziale Gerechtigkeit auf die Fahne zu schreiben und das Gegenteil draußen zu tun. Das sind mir die Richtigen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen haben wir an dieser Stelle klare Position bezogen. Wir sind diesen Schritt gegangen, im Bewusstsein, dass viele dagegen den Aufstand wagen, weil sie falsch informiert werden. Das verflacht die Debatte. Aber wenn wir rauskommen und es erklären, geht alles in Ordnung.

Zu den Hochschulen und der Wissenschaft. Wir haben große Anstrengungen im Bereich der Hochschulen vor. Die Hochschulen gehören zum gesamten Bildungssystem auch dahin gehend, dass wir ihre Qualität verbessern müssen. Wir müssen unsere Hochschulen auf die Konkurrenzsituationen des nächsten Jahrzehnts und des nächsten Jahrhunderts vorbereiten. Wir müssen Acht geben, dass uns nicht andere Standorte davonziehen. Deswegen werden wir auch über die Frage der Hochschulqualität in den nächsten Wochen und Monaten intensiv zu reden haben. Wir müssen ihre Qualität verbessern. Die Hochschule ist ein wesentlicher Teil der Bildung von Menschen in diesem Lande. Deswegen haben wir klare Konzepte. Vor allem haben wir auch die Überzeugung, dass sich Hochschulen in den nächsten Jahren mehr und mehr zu eigenständigen Instituten entwickeln werden, die dann auch das Richtige machen dahin gehend, dass sie mit ihrer Qualität auf den Markt gehen und sich dem Wettbewerb mit anderen Hochschulen stellen.

Es wird eine Veränderung in der Bildungspolitik an den Hochschulen geben. Es ist eine unserer wesentlichen Aufgaben der nächsten Jahre, die wir in unserer Koalitionsvereinbarung mit als Priorität gesetzt haben. Deswegen werden wir diese Debatte in den nächsten Wochen und Monaten ganz intensiv führen.

Neben diesen drei Großbereichen will ich mich jetzt nicht weiter zu einzelnen Bereichen äußern. Wir haben die einzelnen Debatten dazu. Es ist jetzt 14.30 Uhr.

Wenn wir am Ende dieser Haushaltsdebatte auch am Ende eines Jahrzehnts stehen, dann ist es zweifelsohne interessant, Rückblick zu halten. Aber ich glaube, das ist nicht unbedingt eine Sache der Haushaltsdebatte.

Für die CDU-Fraktion möchte ich an dieser Stelle den Mitgliedern des Kabinetts und dem Ministerpräsidenten für die unwahrscheinlich intensive Arbeit danken. Es ist nicht normal, dass man in einem Jahr fünf oder sechs Gesetze erarbeitet, einbringt, teilweise auch verabschiedet. Es ist auch nicht unbedingt immer so, dass wir den hohen Bedarf gehabt hätten.

Der Begriff des Schweinsgalopps, der zum parlamentarischen Bereich gehört, ist mit Sicherheit hier nicht angebracht. Dies aus dem einfachen Grunde, weil alle Gesetzesberatungen in normalen Verfahren gelaufen sind. Wenn die Fraktionen die Gesetzentwürfe eingebracht haben, dann sind sie mit der Geschwindigkeit gelaufen, die Fraktionsinitiativen haben; wenn sie von der Regierung eingebracht wurden, dann mit der Geschwindigkeit, die Regierungsinitiativen haben.

Tatsache ist nur, dass alle Gesetze notwendig waren. Man hätte auch gar keines machen müssen, wenn es nicht notwendig gewesen wäre. Die Ursache für die Notwendigkeit liegt bei Ihnen. Sie liegt nicht bei uns. Hätten wir die Gesetze nicht gemacht, hätten uns die Wähler sagen müssen: Ihr seid umsonst gewählt worden. - Das wird der Wähler uns in diesem Lande nicht sagen können und nicht sagen dürfen.

Deswegen werden wir immer nach Bedarf und Notwendigkeit die Gesetze einbringen und sie hier auch beschließen. Dass die Mehrheit steht, ist auch eindeutig.

Wir haben acht Monate in höchster Intensität gearbeitet. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir einen wesentlichen Konfliktfall in der Koalition oder auch fraktionsintern gehabt hätten. Deswegen will ich das hier betonen. Das ist auch nichts Normales. Rot-Grün war schon vom Prinzip her streitbefangen. Oft war es so, dass hier ein Minister stand, der erklären musste: Ich bin zwar dafür, aber die GRÜNEN sind dagegen, also kann ich nicht. - Das hat es bei uns noch nicht gegeben. Das wird es in dieser Woche nicht geben. Das wird es überhaupt nie geben. Wir haben eine unwahrscheinlich gute Grundlage, eine Koalitionsvereinbarung, die wir Schritt für Schritt umsetzen können.

Am Ende wird es ein Bild geben, wo Hessen sich verändert hat, wo Hessen ein neues Gesicht bekommen wird. Das ist hoch notwendig für das nächste Jahrzehnt und Jahrhundert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir sind dabei, unsere Koalitionsvereinbarung Punkt für Punkt abzuarbeiten. Wir wollen Hessen erneuern. Im Gegensatz zur Bundespolitik jammern wir nicht. Wir setzen Meilensteine für den Haushalt 2000 und die Jahre darüber hinaus. Wir nehmen die Rahmenbedingungen aus Berlin so an, wie sie sind.

Wir könnten uns auch an das erinnern, was Herr Clauss am 10. Oktober 1995 gesagt hat: "Wenn die Regierung in Bonn ihre Hausaufgabe nicht macht, werden wir in den Ländern einen noch so harten Konsolidierungskurs fahren können, aber trotzdem nicht in der Lage sein, die Probleme zu lösen". Herr Clauss, wir werden sie trotzdem lösen, weil

wir schlichtweg besser sind als Sie. Das ist die Voraussetzung für eine gute Landespolitik.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 02 liegen mir nicht vor. Ich beende die Aussprache zu Einzelplan 02.

Ich rufe auf

Einzelplan 03 - Hessisches Ministerium des Innern und für Sport -

Die Redezeit beträgt vereinbarungsgemäß zehn Minuten je Fraktion. Erste Wortmeldung, Kollege Al-Wazir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich finde die Begrüßung immer schön.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Begrüßung aus den Reihen der CDU-Fraktion. Ich habe mir vorgenommen, Sie nach der Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden jetzt einmal ein bisschen aufzuwecken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werter Herr Kollege Kartmann, ich wollte es eigentlich nicht ansprechen. Aber nach Ihrer Rede kann ich es Ihnen nicht ersparen. Wer hier in der Haushaltsdebatte die Katze und den Innenminister und die Verbindung zwischen der Katze und dem Innenminister in die Debatte einführt, dem muss gesagt werden: Werter Herr Kollege Kartmann, wir haben die Katze nicht erfunden. Die Katze ist von Ihrem Herrn Innenminister erfunden worden.

(Norbert Kartmann (CDU): Aber Sie arbeiten mit ihr!)

Insofern kann er nicht so doll sein, wenn er der Meinung ist, er müsse Katzen erfinden, damit er von anderen Sachen ablenken kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Katzenklo macht Tarek froh!)

Wo kommt der Kollege Hermanns her? Irgendwo aus dem Landkreis Offenbach. Er sagt, das sei Offenbacher Gebabbel. Das werde ich der "Offenbach Post" erzählen, Herr Hermanns.

Weil Sie gerade Ihre Polizeipolitik gelobt haben, einmal ein Beispiel. Es gibt ein Flugblatt der GdP aus dem November, einen Monat her, wo als große Überschrift steht: "Ernüchterung macht sich breit".

Wenn man den Haushalt des Innenministers debattiert, muss man sich doch einmal die Ankündigungen dieser Koalition von vor der Wahl vergegenwärtigen. Ich habe viele Diskussionen mit dem damaligen innenpolitischen Sprecher, Herrn Bouffier, vor Polizistinnen und Polizisten geführt. Ich habe dabei immer betont: Geld ist nicht rot-grün, und Geld ist auch nicht schwarz-gelb, sondern Geld ist nur Geld; wenn es fehlt, werden diejenigen, die regieren, unabhängig von ihrer Couleur, Schwierigkeiten haben, Geld, das nicht vorhanden ist, auszugeben. - Dann hat sich Volker Bouffier hingestellt - und Christean Wagner hat es genauso gemacht, das debattieren wir nachher - und gesagt: Wir

werden die Stellenbesetzungssperre aufheben. Mit uns wird es keine Stellenstreichungen geben.

Wie sieht denn die Realität aus? Keine Aufhebung der Stellenbesetzungssperre, kein Verzicht auf Abführung in den Stellenpool, und nächstes Jahr, Herr Innenminister, gibt es 13,5 Millionen DM an Minderausgaben im Personalbereich. Im Gegensatz zu Herrn Kollegen Bökel, der ja immer noch die Möglichkeit hatte, unter Widerstand der Naturschützer und Landwirtschaftsleute aus diesem Bereich viele Stellen zu holen, werden Sie diese Stellen alle aus dem Polizeibereich herausholen. Das ist ein weiterer Punkt in dem Komplex "versprochen und nicht gehalten".

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben die Leute vor der Wahl wider besseres Wissen schlicht belogen und versuchen jetzt, durch die Erfindung neuer Worte von ihrem Wahlbetrug abzulenken. Der Kollege Wagner - er ist nicht da, aber vielleicht macht es der Staatssekretär - wird uns sicher nachher erklären, was der Unterschied zwischen einer Stellenbesetzungssperre und einem "Wartefristkorridor" ist. Auf die Erklärung bin ich schon jetzt gespannt.

(Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben allerdings auch politisch völlig falsche Prioritäten gesetzt. Dazu will ich ein Beispiel aus dem Haushalt des Innenministers nennen.

(Armin Klein (CDU): Das sagen gerade Sie!)

Sie führen eine Wachpolizei ein. Diese Wachpolizei soll 60 Tage ausgebildet werden, und sie sollte nach Ihren Ursprungsplänen nach BAT VII bezahlt werden, dafür aber gleich die Knarre in die Hand bekommen.

(Armin Klein (CDU): Sagen Sie es richtig, nach BAT V c!)

- Ja, nach Ihren ursprünglichen Plänen. Ich komme noch zu Ihren Änderungsanträgen.

Diese zwei Punkte bedeuten, dass durch die Hintertür das Ende der zweigeteilten Laufbahn der Polizei in Hessen bevorsteht, nichts anderes,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

weil wir nämlich von einem Grundsatz abweichen, der acht Jahre lang in diesem Parlament Konsens unter allen Innenpolitikern war und der darin bestand, dass wir sagten, wir wollen die Polizei besser bezahlen und besser ausbilden. Davon verabschieden Sie sich, und Sie führen eine "Polizei light" ein, die zwar dieselbe Knarre in die Hand bekommt, aber viel schlechter bezahlt und viel schlechter ausgebildet wird. Deswegen ist das, was Sie hier betreiben, das Ende der zweigeteilten Laufbahn durch die Hintertür.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Außerdem führen Sie die freiwillige Polizei ein. Hierzu gibt es noch einmal zwei Punkte: Erstens glaube ich, dass die Vorstellung, Hobbysheriffs einzurichten, sozusagen Freizeitrabos, die sich melden können, um bei der Polizei mal so ein bisschen Polizei zu spielen, eine gefährliche ist. Zum Zweiten glaube ich aber auch, Ihre Entlastungsvorstellungen sind im Endeffekt ein großes Hirngespinnst, weil es am Ende wohl so sein wird, dass die richtige Polizei auf ihre freiwilligen Helfer aufpassen muss. Dies wird im

Zweifelsfall noch eher dazu führen, dass die Polizei zusätzliche Aufgaben bekommt; denn es reicht einfach nicht, jemandem eine Uniform umzuhängen, ihn auf die Straße zu schicken und ihm zu sagen: Jetzt spiel mal Polizei, und du kriegst, wie der Räuber Hotzenplotz, ein bisschen Pfefferspray.

Deswegen bin ich der Auffassung, dass dies der zweite Punkt ist, wo Sie das, was bisher im Parlament galt, sträflich vernachlässigen. In diesem Hause galt bisher immer: Sicherheit gehört in die Hände von Profis und nicht von Amateuren. - Genau dies gilt in Hessen für die Zukunft nicht mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, haben Haushaltsanträge gestellt und gesagt, wir wollen zum einen die Modellprojekte Wachpolizei und freiwilliger Polizeidienst streichen. Wir wollen aber, dass man die Polizei, die jetzt im Dienst ist, von ihren Arbeitsbedingungen her besser ausstattet. Zum anderen wollen wir, dass ein Präventionsprogramm gegen Jugendkriminalität aufgelegt wird. Dies sind unsere Vorschläge, und wir glauben, dass dies der Sicherheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger mehr nützen würde als Ihre Projekte, die eher Unsicherheit stiften als etwas anderes.

Herr Kollege Klein, Sie haben Ihre Vorstellungen in den Änderungsanträgen angesprochen. Manchmal hat man ja als Opposition auch noch kleine Erfolge. Nachdem wir Sie auf den groben Unfug hingewiesen hatten, diese Polizei nach BAT VII zu bezahlen, ist selbst Ihnen aufgegangen, dass dies so nicht geht.

(Armin Klein (CDU): Das ist uns schon vor Ihnen klar gewesen!)

Sie haben dann noch einen Änderungsantrag eingebracht und sich auf BAT V geeinigt. Dies ändert allerdings nichts daran, dass man nach 60 Tagen Schmalspurausbildung niemandem eine Waffe in die Hand geben sollte. Aber vielleicht erklären Sie, dass die Deckungsvorschläge "Streichung bei Gerät" die Waffen erfassen würden, die man diesen Leuten in die Hand geben will. Dies allerdings, befürchte ich, ist nicht gemeint.

Ansonsten kann ich zu Ihren Anträgen nur sagen: Derart lächerliche Deckungsvorschläge habe ich in fünf Jahren im Hessischen Landtag noch nicht erlebt.

Wie kann man allen Ernstes auf die Idee kommen, man könnte der Welt weismachen, der Elzer Berg sei wieder "in Betrieb", deswegen stiegen dort die Einnahmen aus der Radarfalle? Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Erstens ist der Elzer Berg auch jetzt schon in Betrieb. Zweitens, wenn man vom Innenministerium in der kursorischen Lesung eine Vorlage bekommt, in der steht: "Es ist zu erwarten, dass die Einnahmen aus Radarfallen sinken", aber auf einmal der Koalition Geld fehlt und ein Antrag kommt, der besagt, wir nehmen 700.000 DM mehr ein, weil etwas in Betrieb ist, was schon im letzten Jahr in Betrieb war, so kann man dazu nur sagen, einen Vorschlag von größerer Lächerlichkeit habe ich hier noch nicht erlebt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist der Beitrag der CDU zur inneren Sicherheit!)

Vielleicht könnte man diesen Vorschlag so erklären: Sie sind der Meinung "freie Fahrt für freie Bürger", und ma-

chen in Zukunft Werbekampagnen nach dem Motto: Rast den Elzer Berg schnell runter, dann können wir unseren Wachpolizisten auch Schuhe kaufen, die wir ihnen vorher beim Ansatz für Gerät gestrichen haben.

Sie haben Ihre Wahlversprechen von vor der Wahl nicht eingehalten, was die Personalausgaben und die personalwirtschaftlichen Maßnahmen betrifft. Sie haben zum Zweiten weitere Streichungen vorgesehen, wobei bisher völlig unklar ist, woher die Mittel kommen sollen, die aber doch wohl aus dem Polizeibereich kommen müssen. Zum Dritten haben Sie hier falsche Prioritätensetzungen mit Ihrer Wachpolizei und dem freiwilligen Polizeidienst vorgenommen. Deswegen werden wir Ihren Haushalt ablehnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Klein, CDU-Fraktion.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Klein, wo ist denn Ihr Koalitionspartner?)

Armin Klein (CDU):

Wees ick nich, zunächst einmal sind wir für uns selbst zuständig, Herr Müller.

Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Al-Wazir, wenn Sie die Katze zum Schwerpunkt Ihrer Innenpolitik machen und wenn Sie das Schnellen am Elzer Berg als Argument für Ihre Ablehnung einer vernünftigen Sicherheitspolitik in Hessen nehmen, so beweisen Sie damit, dass Ihnen die Ernsthaftigkeit zum Thema fehlt.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihr wollt es doch tun!)

Zu den wichtigen Themen der hessischen Innenpolitik haben Sie hier und eben kein Wort gesagt, bis auf die Tatsache, dass Sie den freiwilligen Polizeidienst und den Wachdienst ablehnen. Obwohl er in vielen Ländern dieser Republik hervorragend funktioniert, haben Sie zur Sache und zur inneren Sicherheit des Landes keine vernünftige Aussage gemacht.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was haben wir denn vorgefunden? Die neue Koalition aus CDU und F.D.P. hat auf dem Gebiet der inneren Sicherheit ein schwieriges Erbe übernommen. Sie hat eben Ihre falsche Prioritätensetzung, verehrter Herr Al-Wazir, hier zur Kenntnis nehmen müssen, denn auch in der Innenpolitik haben acht Jahre rot-grüner Politik in Hessen ihre Spuren hinterlassen, die wir jetzt beseitigen wollen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War denn die zweigeteilte Polizeiaufbahn eine falsche Schwerpunktsetzung?)

Es gilt jetzt, in einer gewaltigen Kraftanstrengung - die nehmen wir in den letzten acht Monaten gerade vor - diese Versäumnisse aufzuholen und Hessen wieder auf Erfolgskurs zu bringen, wie es der Ministerpräsident heute Morgen eindrucksvoll dargestellt hat. Auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen. Trotz der allgemeinen Sparzwänge, die Sie uns beschert haben, verehrte rot-grüne Koalition, werden wir

nach wie vor daran festhalten, dass die innere Sicherheit Vorrang hat.

Für die Polizei und zur Verbesserung der Sicherheit haben wir eben mehr Geld zur Verfügung gestellt, als Sie es in der Vergangenheit getan haben. Im Übrigen sind Sie auf die Kommunen und die Kommunalpolitik überhaupt nicht eingegangen, Herr Al-Wazir. Auch für die Städte und Gemeinden werden die Mittel wieder aufgestockt. Das nehmen Sie offenbar nicht zur Kenntnis, oder es gefällt Ihnen nicht.

Ich wiederhole hier, was der Ministerpräsident heute Morgen gesagt hat: Der Kommunale Finanzausgleich wird nach mehreren Jahren kontinuierlichen Rückgangs um immerhin 227 Millionen DM per Saldo aufgestockt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Quatsch! - Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das sind immerhin 4,5%. Das ist das Dreifache des allgemeinen Ausgabenanstiegs im Landesdurchschnitt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist praktizierte Kommunalfreundlichkeit, die wir als CDU/F.D.P.-Regierung hier zeigen. Wir geben darüber hinaus den Kommunen mehr Handlungsfreiheit. Der Fraktionsvorsitzende hat es eben gesagt. Die Investitionspauschale wird auf 100 Millionen DM aufgestockt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist nicht zu fassen!)

- Verehrte Kollegin, wenn Sie hier Zwischenrufe machen, dann nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis: Die Spitzenverbände und die Gemeinden begrüßen dieses Programm, das die CDU hier auflegt. Ich verstehe gar nicht, dass Sie sich heute noch einem solchen vernünftigen Programm verweigern. Sie werden übrigens auch in den Kommunalwahlen die Quittung dafür bekommen.

(Günter Rudolph (SPD): Ja! Wir sehen uns noch einmal wieder! Rüsselsheim!)

- Ja, ja, das sehen wir doch täglich bei den Oberbürgermeisterwahlen. Hören Sie doch auf. Sie verlieren doch permanent.

Große Teile des Reformprogrammes, das wir uns für die gesamten vier Jahre dieser Wahlperiode vorgenommen haben, sind nach nur acht Monaten Regierungszeit auf den Weg gebracht worden. Das Personalvertretungsrecht, das ich übrigens für sehr wesentlich halte - -

(Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

- Ja, ich weiß. Da brüllen Sie, Herr Rudolph. Da haben Sie schon viel gebrüllt, ich weiß.

(Günter Rudolph (SPD): Ich sitze hier und lese Zeitung!)

- Entschuldigung, in diesem Fall war es der Kollege Karwecki. Sie beide kann man beim Brüllen manchmal verwechseln.

Das Personalvertretungsrecht ist reformiert, und dadurch ist der Personaleinsatz flexibler geworden. Die Reform der Gemeindeordnung ist auf den Weg gebracht worden. In der nächsten Woche werden wir das verabschieden. Noch vor Weihnachten wird der Innenminister das neue Polizeigesetz einbringen. Endlich werden die verdachtsunabhängigen Kontrollen eingeführt. Auch wenn Sie zehnmal etwas dagegen haben, werden wir auch in Hessen das durchsetzen,

was andere - übrigens auch rot-grüne - Regierungen bereits praktizieren.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden der Polizei diese Instrumente an die Hand geben, die sie braucht, um Verbrechensbekämpfung modern zu organisieren.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden die von Ihnen ebenfalls bekämpften Modellprojekte "Wachpolizei" und "freiwilliger Polizeidienst" in Hessen einführen. Das wird keinesfalls zu einem Abbau sonstiger Stellen führen, so wie Sie es in der Vergangenheit praktiziert haben. Im Gegenteil, die Polizeipräsenz auf der Straße wird erhöht werden. Dazu kommt die Neu- und Umorganisation der Polizei. Sie haben über Jahre hinweg an der Polizei und an der Organisation der Polizei herumgedoktert.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Bökel hat es nicht fertig gebracht. Kleinste Kompromisse hat er gefunden, die alle schlecht waren, bis hin zum Polizeiverkehrsamt. Wir werden hier eine, wie ich glaube, hervorragende Organisationsstruktur für Hessen finden und Effizienzdividende übrigens dort erwirtschaften, wo Sie vermuten, dass wir Personal abbauen. Das werden wir nicht tun, verehrter Herr Al-Wazir. Diese 13,5 Millionen DM, die im Einzelplan 03 eingespart werden, werden auch einzusparen sein, ohne an die Substanz zu gehen, ohne die Polizei auszudünnen und ohne die Präsenz auf der Straße zu verringern. Diese Zwischenbilanz macht deutlich, dass wir es auch in der Innenpolitik mit dem Politikwechsel ernst meinen.

Insofern gilt auch hier: versprochen - gehalten. Ich kann nur wiederholen, was der Fraktionsvorsitzende gesagt hat. Dies ist vor allem die Erfolgsbilanz des Innenministers Volker Bouffier, dem ich an dieser Stelle ausdrücklich für seine hervorragende Arbeit danke.

(Beifall bei der CDU)

Sie können weiter an der Katze hängen. Der Innenminister und wir als Koalitionsfraktionen werden auch in der Innenpolitik unsere Aufgaben weiter machen, ob es Ihnen passt oder nicht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Er hat die Unwahrheit gesagt! Es ist nicht die Katze!)

Bei Personalausgaben im Innenbereich von über 80% ist es außerordentlich schwer, Versäumnisse wie beispielsweise einen nachtdiensttauglichen Hubschrauber, den dieses Land nicht einmal hatte, zu beschaffen. Es ist außerordentlich schwer, diesen Rückgang, den Sie z. B. bei der EDV zu verantworten haben, wieder aufzufangen. 68,5 Millionen DM an EDV-Mitteln werden insgesamt in den nächsten Jahren ausgegeben bzw. sind teilweise schon ausgegeben worden. Das ist gegenüber 1998 ein Anstieg von 37,5%. Das heißt, endlich wird HEPOLAS eingesetzt. Endlich werden die alten Schreibmaschinen aus den Revieren verschwinden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!)

Und endlich einmal werden die Reviere in die Lage versetzt, mit modernen Kommunikationsmitteln auch mit an-

deren Dienststellen, dem BKA, dem LKA, Europol usw., in Verbindung zu treten. Welche Einschnitte haben Sie denn in den letzten Jahren im Personalbereich veranlasst? - 373 Stellen, davon 289 in der Vollzugspolizei, haben Sie von 1995 bis 1999 gestrichen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

84,5 Stellen haben Sie in der Verwaltung gestrichen, ohne eine sinnvolle und saubere Organisationsstruktur zu schaffen. Wir haben das alles aufgefangen, obwohl wir diese 800 Millionen DM netto Zusatzbelastung, die Sie uns beschert haben, auch auffangen müssen.

Zum Thema Feuerwehr will ich hier gar nicht kommen. Diese 160 Millionen DM, die Sie angenommen haben und vor sich her schieben und die wir nun abfinanzieren müssen, obwohl die Feuerschutzsteuer von über 80 Millionen DM auf unter 50 Millionen DM gesunken ist, sind hier intensiv diskutiert worden.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Oder nehmen wir den Sport. Herr Al-Wazir kam eben darauf zu sprechen. Wir stocken die Sportmittel auf,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

um 5 % auf 12,75 Millionen DM. Diese überdurchschnittliche Erhöhung kommt vor allem der Jugendarbeit zugute. Übrigens, Herr Al-Wazir, kommt sie auch der Integration ausländischer Jugendlicher zugute.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Wir hatten letzte Woche eine Podiumsdiskussion in Darmstadt. Die Integration ausländischer Jugendlicher ist eine ganz wichtige Aufgabe. Wo anders als in Sportvereinen wird diese Aufgabe optimal wahrgenommen? Also brauchen wir hier die Zuschüsse. Auch die werden zusätzlich zur Verfügung gestellt. Übrigens hätten Sie die zusätzlichen 190.000 DM für den Schulsport einmal im Ausschuss mit unterstützen müssen. - Das haben Sie, sehen Sie.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir müssen mal ein bisschen aufpassen!)

Also, mit dem Haushalt 2000 setzen CDU und F.D.P. auch im Innenbereich den Politikwechsel, der hier dringend erforderlich war, konsequent fort. Wir werden mit Herrn Bouffier, mit dem Innenminister, gemeinsam dieses ehrgeizige Ziel erreichen. Die innere Sicherheit hat für uns Vorrang. Wir verbessern die Finanzausstattung der Kommunen. Wir ermöglichen den Mitbürgern mehr Mitspracherechte in der Kommunalpolitik. Auch da verweigern Sie sich. Herr Karwecki, ich verstehe Sie nicht. Sie machen sich mit der Verteidigung Ihres steinzeitlichen Wahlverfahrens, das Sie vorstellen, wirklich langsam zur Witzfigur auch der SPD-Länder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zurufe der Abg. Rolf Karwecki (SPD) und Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir schaffen für den Brand- und Katastrophenschutz wieder eine solide finanzielle Basis, und wir verbessern die Sportförderung. Ist das gehalten, was wir versprochen haben? - Ich meine, ja. Wir haben im Bereich der Innenpolitik, also im Einzelplan 03, eine hervorragende Bilanz vorzuweisen. Wenn das vier Jahre so weitergeht, wird man Sie, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, bei der nächsten Wahl ganz vergessen. Dann

kommen Sie etwa auf Berliner Verhältnisse mit 22%. - Danke.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Karwecki für die Fraktion der SPD.

Rolf Karwecki (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch der Einzelplan 03 offenbart eine gewisse Konzeptionslosigkeit.

(Widerspruch bei der CDU)

Er ist in Teilen widersprüchlich, unschlüssig und inkonsequent. In verschiedenen Bereichen ist er realitätsfremd und macht deutlich, dass auch hier die Feststellung zutrifft: Es gilt das gebrochene Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte gleich mit der Bezeichnung des Ministeriums beginnen. Ihr Haus, Herr Minister Bouffier, nennt sich jetzt "Hessisches Ministerium des Innern und für Sport". Das wurde zudem noch gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den Sportverbänden als politisch richtungweisend verkauft - schön. Aber wenn Sie schon den Sport, für manche die schönste Nebensache der Welt, ausdrücklich in den Namen Ihres Ministeriums aufnehmen, dann sollten Sie auch in diesem Bereich etwas mitbringen. Das ist aber leider nicht der Fall.

(Horst Klee (CDU): Dann haben Sie nicht richtig gelesen!)

Im Entwurf der Landesregierung sind die entsprechenden Ansätze lediglich geringfügig umgeschichtet. Aber nach weiteren, zusätzlichen, höheren Mitteln für den Sport sucht man vergebens.

(Horst Klee (CDU): Sie haben die Mittel jahrelang zurückgefahren!)

Es reicht nicht, Herr Minister, wenn man den Sport den Kommunen, den Städten, Gemeinden und Landkreisen, als formelle Aufgabe in die HGO geschrieben, aufbürdet und selbst dazu nichts, aber rein gar nichts mitbringt.

(Zuruf von der CDU: Keine Ahnung!)

Herr Minister, das Einhalten des Konnexitätsprinzips war eine Ihrer Zusagen, die Sie hier offenbar jetzt nicht gelten lassen wollen. Das ist Wortbruch. Da hilft es Ihnen auch nicht, dass Sie jetzt einwenden, es gebe doch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, die zum Ziel haben, die Mittel für den Sport zu erhöhen. Das ist richtig. Doch dahin mussten wir Sie erst mit unserem Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf hintragen, genauer gesagt: draufheben. Wir haben nämlich vor, 2 Millionen DM mehr - also nicht 3 Millionen DM, sondern 5 Millionen - für den vereinseigenen Sportstättenbau haushaltswirksam im Jahre 2000 einzustellen. Was wollen die Koalitionsfraktionen? Erst wollen sie gar nichts, dann wollen sie gerade einmal kassenwirksam für das Haushaltsjahr 2000 ganze 650.000 DM zusätzlich einstellen. Dann wollen sie noch jährlich Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von schlappen 400.000 DM mehr ausbringen. Das ist der Beweis für eine gewisse Unschlüssigkeit.

Ich komme jetzt dazu, den Vorwurf der Konzeptionslosigkeit zu begründen. 13,5 Millionen DM globale Minderaus-

gabe sind bei den Personalkosten ausgewiesen. Gleichzeitig wird aber verkündet, dass Vollzugsbeamte bei den Stelleneinsparungen, Stellenbesetzungssperren usw. ausgenommen werden. Da kommen Zweifel auf, wie denn dieser vorgegebene Betrag in Höhe von 13,5 Millionen DM überhaupt erbracht werden soll. Wegen dieser Zweifel haben wir mit einem Dringlichen Berichtsantrag nachgefragt. Das aber war eine Fehlanzeige. Herr Minister, Sie selbst haben entweder noch keine Vorstellung, wie Sie 13,5 Millionen DM erwirtschaften wollen, oder aber Sie wollten uns diese zumindest in der vergangenen Sitzung des Innenausschusses nicht erläutern. Stattdessen schimpfen Sie auf die Vorgängerregierung und behaupten, für eine Personalplanung würden Daten fehlen. Das können wir Ihnen glauben. Wir können es aber auch sein lassen. Herr Minister, nach acht Monaten Amtszeit zählen solche Ausreden nicht mehr. Falls die Daten wirklich gefehlt haben sollten, hatten Sie acht Monate lang Zeit - acht lange Monate Zeit -, diese zusammenstellen zu lassen. Mittlerweile gibt es deshalb keine Ausreden mehr.

Herr Minister, wie begründen Sie eigentlich, dass Sie Ihre seinerzeit erhobene Forderung und dann auch gegebene Zusage der Stellenfreigabe, z. B. bei den Angestellten, nicht einhalten? Ihre eigene Vorgabe war, dass Sie in der Verwaltung keine gut ausgebildeten Vollzugsbeamten haben wollten. Wie sieht das jetzt nach acht Monaten in der Wirklichkeit aus? Ich stelle auch hier erneut fest: Es gilt das gebrochene Wort.

Herr Minister, wie verantworten Sie eigentlich, dass mittlerweile bei der Polizei zu wenig Nachwuchs eingestellt wird? Es wird so wenig eingestellt, dass Sie in drei oder vier Jahren noch nicht einmal die frei werdenden Stellen bei den Vollzugsbeamten werden besetzen können. Wir haben diese Probleme erkannt. Unser Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf zeigt Lösungen auf.

(Armin Klein (CDU): Was?)

Er zeigt nämlich folgende auf: Es soll 1,5 Millionen DM mehr für die Anwärter bei der Polizei geben. Außerdem soll es für über 5,5 Millionen DM mehr Angestelltenstellen - das sind rund 80 zusätzliche Angestelltenstellen - zur Entlastung der Vollzugspolizei bei den Verwaltungsaufgaben geben. Nochmals soll es 1 Millionen DM, also eine Verdoppelung des Ansatzes, für die Arbeitsplatz- und Büroausstattung bei der Polizei geben. Herr Kollege Klein, das ist wirklichkeitsnah.

(Armin Klein (CDU): Warum haben Sie das denn nicht das letzte Jahr gemacht?)

- Ich unterhalte mich mit Ihnen doch nicht über das Gestern. Ich bin heute dabei, das abzarbeiten. Das Heute zählt und das Morgen.

Dagegen ist es realitätsfremd, Hobbypolizisten einsetzen und Hilfssheriffs mit Schnellkursen die Lizenz zum Schießen verschaffen zu wollen.

(Beifall der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Das ist realitätsfremd. Gerade bei der öffentlichen Sicherheit hat der Bürger einen Anspruch auf professionelle Arbeit, wie sie von den inzwischen sehr gut ausgebildeten Beamten erbracht wird.

(Beifall des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Meine Damen und Herren, auf Laiendarsteller und geringfügig Beschäftigte mit 12 DM Stundenlohn,

(Armin Klein (CDU): 14 DM!)

es handelt sich damit um Leichtlohngruppen, können und wollen wir verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn Armbinde

(Armin Klein (CDU): Keine Armbinde!)

und Funkgerät sind nur optisch wirksam, bringen ansonsten aber nichts. Das bringt nichts außer Mehrarbeit für die Beamten, die wahrlich schon genug zu tun haben.

Herr Kollege Klein, fragen Sie doch die Betroffenen in den Ihnen so nahe liegenden südlichen Ländern.

(Armin Klein (CDU): Das habe ich getan, auch in Berlin! Das haben wir getan!)

- Ja, fragen Sie nicht die Ministerialen. Fragen Sie die Betroffenen.

(Armin Klein (CDU): Auch das haben wir getan!)

Die werden Ihnen sagen: Ach du lieber Himmel, damit haben wir nur mehr Arbeit als vorher.

(Armin Klein (CDU): Das stimmt nicht! Was Sie sagen, ist einfach falsch!)

So viel zum Thema Realitätsferne bzw. zur Wirklichkeit.

Meine Damen und Herren, ich trete auch jetzt noch den Beweis für Ihre Inkonsequenz an. Herr Minister, Sie stellen fest, dass der Antragsstau beim Brandschutz sich auf ca. 160 Millionen DM belaufe und damit zu hoch sei. Recht haben Sie. Aber da hilft es jetzt auch nicht mehr, die Vorgängerregierung zu beschimpfen. Da hilft nur konsequentes Handeln. Sie selbst haben 1996 zusammen mit den Aktiven der Feuerwehr demonstriert. Sie haben die Bindung von 10% des Aufkommens aus der Feuerschutzsteuer für den Katastrophenschutz kritisiert.

(Zuruf)

- Es waren schon immer 10%.

(Armin Klein (CDU): Es waren damals 78 Millionen DM!)

Sie haben den Einsatz originärer Landesmittel gefordert. Herr Minister, heute stellen Sie sich hin und sagen: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? - Herr Minister, so nicht. Wo bleibt die Veranschlagung von Landesmitteln für die Beihilfen an die Kommunen für den Feuerschutz? Wo bleibt die Änderung des Gesetzes bezüglich der Bindung bei der allgemeinen Hilfe und dem Katastrophenschutz? Stattdessen produzieren Sie ein Eckpunkt Papier, dessen Umsetzung zur Folge hat, dass die Kommunen belastet werden sollen. Sie unterrichten die Kommunen noch nicht einmal ordnungsgemäß von diesem Papier, bzw. Sie hören sie noch nicht einmal ordnungsgemäß an. Herr Minister, seien Sie konsequent. Setzen Sie heute Ihre seinerzeit so vehement vorgetragenen Forderungen um.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Letztes will ich nennen. Nach einem vom Statistischen Landesamt jetzt herausgegebenen Ländervergleich war Hessen 1996 einwohnerbezogen unter den Flächenstaaten der Spitzenreiter bei den Nettoausgaben und auch bei den Personalausgaben der Länder und Gemeinden bezüglich Sicherheit und Rechtsschutz. Wir möchten, dass Hessen auch weiterhin Spitze bleibt. Wir wollen keine billigen Scheinlösungen, die an Blockwarte bzw. Abschnittsbevollmächtigte erinnern.

(Armin Klein (CDU): Beleidigen Sie die Leute doch nicht! Warum beleidigen Sie sie? Die wird es geben!)

Wir wollen einen Innenminister, der realitätsnah handelt und schlüssige Konzepte erarbeitet und umsetzt. Wir und die Bürgerinnen und Bürger Hessens wollen nicht scheinbare, sondern wirkliche Sicherheit. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Denzin für die Fraktion der F.D.P.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich schon zur freiwilligen Polizei geäußert?)

Michael Denzin (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Karwecki, Ihre Verwendung des Wortes Glaubwürdigkeit schlägt gerade auf Sie zurück.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.) und Armin Klein (CDU))

Das schlägt in all den Beispielen auf Sie zurück, die Sie hier angeführt haben. Fangen wir mit dem Letzten an, mit dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer. Da mussten wir in den letzten vier Jahren beklagen, dass der SPD-Innenminister dieses Aufkommen zum Steinbruch gemacht für die Finanzierung anderer Dinge. Denn Sie haben daraus Kosten abgedeckt, die sich aus Verwaltungsabläufen ergeben. Sie haben mit der Abrechnung der Schutzkleidung angefangen. Darüber konnte man noch diskutieren. Dann haben Sie die Verwaltungsabteilung des Innenministeriums darüber abgerechnet. Später haben Sie auch noch die Bediensteten, die beim Regierungspräsidenten dafür eingesetzt wurden, dabei auch noch mit berechnet. Das war Ihr Umgang mit der Feuerwehr.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Das hat dazu geführt, dass wir einen wahnsinnigen Antragsstau haben. Das hat dazu geführt, dass bei gleichzeitigem deutlichen Rückgang des Aufkommens, der, wie wir wissen, seine Gründe hat und auf absehbare Zeit auch so bleiben wird, sich der Innenminister jetzt in einer verdammt schwierigen Situation befindet. Dass wir nach acht Monaten Regierungszeit den Landshaushalt nicht so konsolidieren konnten, dass wir das überall auffangen konnten bei all dem, wo wir Schwerpunkte setzen mussten und gesetzt haben, weil es Ihre Sünden der Vergangenheit auszubessern galt, muss man doch nachvollziehen können. Der Herr Innenminister hat hier einen harten Job vor sich. Aber er weiß das. Er hat dieses Strukturpapier mit dem vernünftigen Ansatz vorgelegt, damit er überhaupt in diesem Bereich handlungsfähig bleibt.

Dasselbe gilt für den Sport. Überlegen Sie sich doch einmal, was Sie beim Sport gemacht haben. 1991 hatten wir noch knapp 18 Millionen DM Ausgaben für den Sport insgesamt, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Weil ich hier bei dieser Thematik einspringen musste, konnte ich das nicht mehr im Einzelnen nachblättern. Das wurde zu Ihren Zeiten nach 1995 heruntergefahren auf 7 Millionen

DM. Das heißt, es wurde um über 10 Millionen DM gekürzt.

(Armin Klein (CDU): Ja!)

Kurz vor Beginn des Wahlkampfes haben Sie den Betrag wieder ein Stückchen erhöht. Das haben wir jetzt noch etwas abgepolstert. Aber mehr ist im ersten Haushaltsjahr nicht zu machen. Das gilt auch für die anderen Dinge. Das gilt auch für die Kontingentierung. Natürlich ist es eine harte Anforderung, dass der Innenminister beim Personal schlicht und einfach Einsparungen von 13,5 Millionen DM verkraften muss, wobei die Polizei davon ausgenommen ist. Denn die stellt bei ihm den größten Posten dar. Aber er wird das schaffen. Wir haben das Haushaltsjahr vor uns. Ich wünsche Herrn Bouffier viel Glück dafür. Und ich kann nur sagen: Alles, was er bis jetzt in dieser Richtung angegangen hat, spricht dafür, dass er es packt. Denn er ist ein guter Innenminister.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Debatte über den Einzelplan 03 ist genau das eingetreten, was ich befürchtet hatte. Ich habe nicht den Eindruck, dass hier die Sache im Mittelpunkt steht, sondern dass ein mehr oder weniger müdes Pflichtprogramm durch die Opposition abgewickelt wird.

(Beifall bei der CDU)

Da allerdings nicht auszuschließen ist, dass es viele Interessierte gibt, die das Protokoll lesen, möchte ich wenigstens einige Bemerkungen zu dem machen, was eben vorgetragen wurde.

Der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen vorgetragen - die Kollegen Denzin und Klein haben es bestätigt -, dass die innere Sicherheit bei dieser Regierung und bei den sie tragenden Koalitionsfraktionen Priorität hat. Das bildet sich auch im Haushalt ab.

(Beifall bei der CDU)

Zum ersten Mal seit zig Jahren ist das Rückgrat der inneren Sicherheit, die Polizei, von Stellenkürzungen ausgenommen worden, insbesondere die Vollzugspolizei. Das ist ein großer und qualitativ bedeutsamer Unterschied zum Verhalten derer, die vor uns an der Regierung waren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Man kann über Konzepte streiten. Wir werden immer bereit sein, mit Ihnen zu streiten und auch zu akzeptieren, dass man manches unterschiedlich sehen kann. Was ich aber nicht akzeptiere, das ist, dass diejenigen, die über Jahre gnadenlos versagt haben, sich jetzt hier hinstellen und von uns fordern, dass wir alle Versäumnisse innerhalb von acht Monaten reparieren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie haben gnadenlos versagt. Sie haben zehn Polizeistationen aufgelöst - zehn Polizeistationen. Gehen Sie einmal durch das Land und fragen Sie, ob irgendjemand mit Ihrer Politik zufrieden war. Ich habe noch keinen Einzigen getroffen.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben völlig unterschlagen, dass wir an einer ganzen Reihe von Stellen Fehler reparieren müssen, für die diese Regierung überhaupt nichts kann.

Stichwort Stellenpool. Herr Al-Wazir, Sie stellen sich hier hin und beklagen, der Stellenpool sei noch nicht abgeschafft. Wir haben von vornherein gesagt: Das gilt für den ersten von uns zu verantwortenden Haushalt; nächstes Jahr ist der Stellenpool weg. - Ich habe aber derzeit das Problem zu lösen, dass mein Vorgänger im Amt den Stellenpool, den sein Ministerpräsident und er selbst mitbeschlossen haben, nicht erfüllt hat. Das sind doch Versäumnisse, denen wir erst einmal Rechnung tragen müssen. Es ist zwar mein Problem, liegt aber nicht unmittelbar in meiner Verantwortung, dass bei meinem Amtsantritt 95 Angestelltenstellen im Polizeidienst nicht besetzt waren. Es war doch Ihre Entscheidung, nur jede zehnte Stelle zu besetzen.

Es ist mehr als pharisäerhaft, heute übers Land zu ziehen, sich hinter die Polizeibeamten zu stellen und zu sagen: Wir bedauern, dass nicht jede Stelle sofort besetzt werden kann. - Sie hatten acht Jahre lang Zeit, Ordnung in diesen Bereich hineinzubringen. Herr Al-Wazir, Herr Karwecki, Sie haben das mit beschlossen, und Sie werden von mir immer wieder hören, dass das Ihre Erblast ist. Heute ist der Tag, an dem wir darauf hinweisen. Das werden wir nicht ewig tun. Ich weiß ganz genau, dass man nicht immer mit den Fehlern der Vergangenheit operieren darf. Es gehört aber zur Wahrhaftigkeit, dass wir das hier vortragen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn Sie heute über all das hinweggehen, dann tun Sie das doch deshalb, weil Sie wissen, dass all das stimmt, was ich gesagt habe. Sie haben nicht erwähnt, dass wir im Nachtragshaushalt für diesen Zweck 1 Million DM zusätzlich eingestellt haben. Dazu waren Sie von 1995 bis 1999 nicht in der Lage. Sie haben nicht eine einzige Verbesserung durchgeführt.

Das Ergebnis Ihrer Politik können Sie besichtigen. Sie waren bei einem Vergleich der objektiven statistischen Zahlen der Bundesländer fast immer die Schlechtesten. Bei der Aufklärung von Straftaten waren Sie seit eh und je an vorletzter Stelle. Bezüglich des Anfalls an erfasster Kriminalität stand Hessen hingegen an erster Stelle. Wenn das die Bilanz ist, nach der man in diesem Lande Ihre und unsere Leistung bewertet, dann können wir diesen Vergleich jederzeit führen.

Ich füge hinzu: Interessant ist, über was Sie nicht geredet haben, Herr Al-Wazir. Sie haben nicht über den Brandschutz gesprochen. Ich komme auf dieses Thema zu sprechen, weil es von Herrn Karwecki angeschnitten worden ist. Ich möchte aber zunächst beim Thema Polizei bleiben.

Sie haben formuliert: Die Arbeitsbedingungen und die Ausstattung der Polizeibüros ist mindestens so wichtig wie vieles andere für die Erzielung guter Arbeitsergebnisse und für eine entsprechende Motivation. - Ich unterstreiche das. Dann frage ich mich aber: Warum ist unter Ihrer Verantwortung dieses Programm auf Null gestellt worden? Ihre Arbeitsergebnisse können wir doch jeden Tag zu Wasser, zu Lande und in der Luft mit dem vergleichen, was diese Koalition gemacht hat. Wir haben 1 Million DM zusätzlich in den Haushalt eingestellt, während Sie die Mittel auf Null gestrichen haben. Nennen Sie mir irgendetwas, was Sie getan haben, worauf Sie heute noch stolz sein können. Wollen Sie ein Stichwort hören? Wollen wir über HEPOLAS reden? Wollen wir über das Wachenprogramm reden, wollen

wir über das Westenschutzprogramm reden, wollen wir über die Streifenwagen reden?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

- Ja? Dann werde ich Ihnen zu jedem dieser Beispiele die harten Zahlen nennen.

Wir haben in unserem Haushalt die Ansätze im Einzelplan 03 um teilweise über 20% gesteigert. Für den Haushalt der Polizei haben wir über 11% draufgelegt. Das war nicht leicht. Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen, dass sie diese Prioritätensetzung nachträglich unterstützt haben. Ich behaupte beileibe nicht, dass damit alle Probleme gelöst seien. Das ist mitnichten der Fall.

Herr Karwecki, Sie haben gefragt, wie man in diesem Bereich 13,5 Millionen DM einsparen kann. Eine solche Einsparung macht keinem Minister Freude. Dieser Betrag macht aber nur 0,8 bis 0,9% des Personalkostenansatzes unseres Hauses aus. Wenn Sie sich ernsthaft außerstande sehen, einen solchen Betrag einzusparen, dann können wir jede Aufgabenstellung dieser Art in Zukunft streichen. Das kann aber doch keine vernünftige Position in der Diskussion sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich in die Verpflichtung gestellt wäre, 10 oder 15% einsparen zu müssen, dann könnte ich verstehen, wie Sie diese Debatte führen, aber nicht bei 0,8 bis 0,9%. Auch wenn wir die Vollzugspolizei außen vor lassen und sich der Prozentsatz entsprechend erhöht, ist diese Einsparung trotzdem möglich.

(Zurufe von der SPD)

Ich will in dem Zusammenhang auf zwei Aussagen eingehen, weil sie schlicht unwahr sind. Ich habe mich daran gewöhnt - und ertrage es teilweise mit philosophischer Gelassenheit -, dass Sie ständig und vorsätzlich mit unwahren Behauptungen durch die Gegend ziehen. Es ist einfach falsch und es ist ungehörig, wenn Sie ständig behaupten, die zweigeteilte Laufbahn werde abgeschafft. Ich habe mich daran gewöhnt, dass Sie hier im Haus auf Schwarz-Weiß machen, dass Sie Ihre Meinung einfach umdrehen und draußen das Gegenteil von dem erklären, was Sie hier gesagt haben. Das habe ich alles schon erlebt. Ich finde es aber nicht in Ordnung, den vielen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die darauf warten, übergeleitet zu werden, mit Ihren Behauptungen Angst zu machen, obwohl im Haushalt ausdrücklich 750 weitere Hebungen vorgesehen sind und das Programm kontinuierlich durchgesetzt und umgesetzt wird. Deshalb ist es einfach ungehörig, was Sie hier treiben. Es ist der durchsichtige Versuch, mit falschen Behauptungen, mit erkennbar und bewusst wahrheitswidrigen Äußerungen Stimmung gegen diese Regierung zu machen. Das weise ich in aller Form zurück.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Nein. Mit Blick auf die zur Verfügung stehende kurze Zeit bitte ich um Nachsicht, dass ich hier am Stück vortragen will.

(Zuruf von der SPD: Das ist aber unfair!)

- Nein, Sie können sich jederzeit äußern, wenn Sie das wollen.

Herr Kollege Karwecki, Sie haben über den Brandschutz gesprochen. Sie haben gesagt, das, was ich festgestellt habe, sei zwar richtig, wir seien aber jetzt acht Monate im Amt und müssten das Problem lösen. Ich werde Ihnen jetzt einmal all das sagen, was wir schon gelöst haben. Wir haben erst einmal ein Rezept aufgestellt, wie wir wieder in vernünftiges Fahrwasser kommen. Dazu sind Sie in all den Jahren nicht gekommen. Sie haben dem Brandschutz 70 Millionen DM geklaut und für andere Dinge verwendet. Das ist wahr. Das haben Sie auch noch bejubelt und sich gleichzeitig vor die Feuerwehrleute gestellt und gesagt: Das Geld reicht.

Das Geld hat nicht gereicht. Sie haben die Personalkosten aller Brandschutzdezernate über diese Position laufen lassen. Das haben Sie der Öffentlichkeit nie erklärt. Das ist dieselbe Nummer, die Sie bei der Umweltverwaltung mit der Grundwasserabgabe abgezogen haben. Sie haben das Personal aus der Abgabe bezahlt und anschließend erklärt, es nütze der Umwelt. In dem anderen Fall wird man wahrscheinlich sagen, es nütze dem Brandschutz.

Wer hat denn die Katastrophenschutzmittel auf Null gesetzt? Das waren doch nicht wir. Ich bin der Auffassung, dass dies durch originäre Landesmittel geleistet werden muss. Schauen Sie sich einmal an, wie weit wir heute bereits sind. Ich habe Ihnen zum Thema Rettungsdienst vortragen, dass zwar der Ansatz in Höhe von 1 Million DM weg ist, dass Sie aber jetzt einen Änderungsantrag zum Haushalt finden werden, in dem wir ein Programm in Höhe von 10 Millionen DM à 10 Jahre aufgelegt haben. Wir werden dieses Programm dem Hause vorstellen, wenn es ausgearbeitet ist.

Wenn Sie einmal die Mittel für den Katastrophenschutz und die Personalkosten zusammenzählen, dann kommen Sie ziemlich genau auf 10 Millionen DM. Wenn wir diese Summe aus originären Staatsmitteln finanzieren, dann ist die Finanzierung wieder dort, wo sie eigentlich hingehört, dass nämlich der Brandschutz aus Brandschutzmitteln bezahlt wird. Das ist zwar schwierig, weil niemand weiß, wie sich die Feuerschutzsteuer auf Dauer entwickeln wird, aber so herum ist es richtig. Also: erste ganz massive Erfolge nach acht Monaten.

Ich komme zum Thema Sport. Herr Kollege Karwecki, ich finde das, was Sie hier ausgeführt haben, bemerkenswert. Es hat eines offenbart: Entweder haben Sie keine Beziehung zum Sport, oder Sie haben es verabsäumt, sich einmal mit denen zu unterhalten, die im Sport tätig sind. Aber das, was Sie hier vorgeführt haben, beweist nur eines: Sie sind völlig neben der Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu keiner Zeit ist beim Sport so viel passiert wie in den letzten Monaten. Ich habe immer darauf hingewiesen: Sport ist mehr als Geldausgeben. Ich bin ein großer Gegner der Sportpolitik. Ich bin für eine Politik für den Sport, aber bitte keine Sportpolitik.

Weil Sie es schon hören wollen, sage ich hier einmal: Es waren doch Ihre Fraktionskollegen, die beim Sport herumgelaufen sind und gesagt haben, wir haben die sichere Erkenntnis, dass die Sportmittel gestrichen werden. - Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen das noch näher darlegen. Es gibt hier Leute, die genau wissen, was ich meine, die beim Landessportbund herumgelaufen sind und erklärt haben: Ihr werdet sehen, die müssen streichen.

Es ist nicht gestrichen worden. Es ist um 5% erhöht worden. Ich bekenne, mir wäre es lieber, es hätte noch mehr erhöht werden können. Wer aber in den vergangenen Jahren so gestrichen hat wie Sie - und ich habe das als Oppositionssprecher nie kritisiert, darauf lege ich Wert -, der müsste heute, wenn er sich nicht völlig von all dem verabschiedet, was er früher für richtig gehalten hat, still und leise sagen: Donnerwetter, die haben etwas hingekriegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Armin Klein (CDU): Richtig!)

Das bringen Sie nicht fertig. Aber ich lade Sie ein, kommen Sie, zu welchem Sport Sie auch immer wollen, und lassen Sie einmal die Leute reden und fragen die einmal, wie sie das vorher empfunden haben und wie sie das heute empfinden.

Die Geschichte HGO - da hatten Sie doch 20 Jahre keinen Mut, das umzusetzen. Wir haben es umgesetzt. Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen, aber ich nenne Ihnen nur noch eines, weil mir das besonders wichtig ist.

Warum haben wir in Hessen denn bis heute nur ein Fan-Projekt, obwohl wir doch so oft über die Frage Sicherheit und Gewalt reden? Warum denn? Weil es ein ganz neues Thema ist? Weil es die Fans erst seit einem halben Jahr gibt? Weil die Polizei schon seit Jahren - ich kann es Ihnen belegen: seit elf Jahren - schreibt, es muss etwas geschehen, Stichwort Offenbach? Das ist doch alles seit zig Jahren bekannt, aber gemacht hat keiner etwas. Wenn Sie sich jetzt unseren Haushalt ansehen, dann sehen Sie, dass wir ein neues Fan-Projekt machen werden, gerade in Offenbach. Das wird nicht alle Probleme lösen, aber es ist ein wichtiger Schritt nach vorn, und es ist ein Stück konzeptioneller Politik.

Wenn Sie aus dem riesigen Bereich des Innern, den wir heute nur exemplarisch diskutieren, einmal ein paar Punkte zusammen nehmen, dann sage ich Ihnen, Sie werden beim Brandschutz neue Wege finden, die zum Ziel führen werden - vielleicht später, als man sich das wünscht, aber es ist wenigstens eine Konzeption. Sie hatten gar keine. Beim Sport gibt es zum ersten Mal eine Konzeption, die überhaupt diesen Namen verdient. Bei der Polizei gibt es neue Wege.

Damit will ich jetzt einmal abschließen. Ich räume ein, dass man über Modellprojekte diskutieren kann. Deshalb machen wir ja ein Modellprojekt. Wer aber einen ideologischen Drahtverhau vor sich her schiebt und sagt, das ist alles falsch, der braucht natürlich keine Modelle.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt!)

Ihr Problem ist, dass Sie mit der Wirklichkeit keine Verbindung mehr haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ach Gott! - Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie definieren, was Sie wollen und was Sie nicht wollen. Dafür will ich Ihnen einmal ein Beispiel sagen, denn es ist unfair gegenüber den Menschen, die das machen. Sie müssen das ja nicht ausbaden. Sie gehen bestenfalls auf die Podiumsdiskussion, und dann gehen Sie wieder weg. Aber denken Sie einmal an die, die da sind, die Sie und mich und andere gelegentlich fragen: Was tut ihr eigentlich, außer Geschwätz? Wenn wir dann eine Vorstellung haben, dann fällt Ihnen nichts anderes ein, als zu polemisieren. Wenn Sie dann von einer "Lizenz zum Schießen" reden, von "Blockwarten" - -

(Armin Klein (CDU): Schwachsinn!)

Worte sind doch verräterisch. Ihre ganze Politik baut doch auf Denunziation, Verleumdung und Niedermachen auf.

(Beifall bei der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Das ist ein starkes Stück!)

Ihre Politik ist doch nicht inhaltlich begründet. Ich habe bis heute von Ihnen inhaltlich kein einziges Argument gehört.

(Norbert Kartmann (CDU): Die haben auch keines!)

Sie haben nur Schmähbegriffe, und davon leben Sie acht Monate. Ich sage Ihnen, das können Sie noch drei Jahre probieren, Sie werden dabei immer schlechter fahren.

(Armin Klein (CDU): So ist es!)

Wer von "Blockwarten" spricht, der tut das ganz bewusst, Herr Karwecki.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nicht von "Blockwarten" gesprochen!)

Der tut das, um eine Assoziation hervorzurufen. Ich frage mich, ob Sie sich eigentlich darüber im Klaren sind, was Sie da tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie wollen ganz bewusst Anklänge an das Dritte Reich geistig herbeiführen,

(Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

und das in einer Zeit, in der in einer ganzen Reihe von Bundesländern mit unterschiedlicher Regierung - das ist keine Privatangelegenheit der CDU oder der F.D.P. - dies mit Erfolg stattfindet. Ich finde es schäbig und intellektuell katastrophal und für einen, der verantwortlich Politik machen will, disqualifizierend, mit solchen Begriffen hier herumzurennen.

(Beifall bei der CDU)

Was die "Lizenz zum Schießen" angeht - da waren Sie, glaube ich, noch nicht Abgeordneter, aber Sie müssen es trotzdem einmal hören. Sie, die Opposition, verweigern sich grundsätzlich jeder Realität. Ich frage Sie einmal: Wie geht das denn? Wir können doch darüber diskutieren, ob 60 Stunden ausreichend sind. Vielleicht 80?

(Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

Vielleicht auch nur 40? Ich weiß das nicht. Die Vorschläge stammen sämtlich von erfahrenen Polizeibeamten. Ich bin aber nicht bereit, in dieser Form unwidersprochen zu diskutieren, wenn unter der Verantwortung von SPD und GRÜNEN durch Herbert Günther

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frankfurt, die HiPo war immer schon ein Problem!)

eine Hilfspolizistenverordnung herausgekommen ist, die überhaupt keine Ausbildung vorsieht, die aber den kommunalen Hilfspolizeibeamten die Möglichkeit gibt, Schusswaffen zu tragen. Ich kritisiere das nicht.

(Armin Klein (CDU): In Frankfurt beispielsweise!)

Ich halte es nur für erstklassig schäbig, durchs Land zu rennen, von einer "Lizenz zum Schießen" zu reden, wenn es seit acht Jahren, durch Sie verantwortet und politisch umgesetzt, die Möglichkeit gibt, dass Hilfspolizeibeamte der Kommunen ohne jede Ausbildung mit Schusswaffen in diesem Lande tätig sind. So gehts nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, nur ein Hinweis: Die vereinbarte Redezeit ist schon um fünf Minuten überschritten.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, ich bitte um Nachsicht. Ich komme dann zum Schluss.

Meine Damen und Herren, ich bedauere, dass wir nicht mehr Gelegenheit haben, die Dinge im Einzelnen auszudiskutieren.

(Manfred Schaub (SPD): Das liegt allerdings an der Regierungskoalition!)

In der Sache biete ich Ihnen die Debatte immer an. Ich verwahre mich aber im Interesse von 14.600 Polizeivollzugsbediensteten und vielen Tausend anderen, die sich auch um innere Sicherheit kümmern - viele Polizeibeamte, Feuerwehrbedienstete und andere -, dagegen, dass eine Debatte des Hessischen Landtags, des Volksvertretungsorgans, so abgehalten wird, dass lediglich Kampfbegriffe über den Tisch gereicht werden, Dinge nicht zur Kenntnis genommen werden und Diffamierung an die Stelle von Politik tritt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit wurde der Einzelplan 03 besprochen.

Ich rufe jetzt auf

Einzelplan 04 - Hessisches Kultusministerium -

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 11:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erhalt der Grundschule mit festen Öffnungszeiten - Drucks. 15/515 -

und **Tagesordnungspunkt 12:**

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Sicherstellung eines Betreuungsangebotes an allen hessischen Grundschulen - Drucks. 15/520 -

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Quanz für die SPD-Fraktion.

Lothar Quanz (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Es wird nicht ausreichen, nur die Bildungsetats zu vergrößern. Unser politisches Ziel muss es sein, möglichst vielen Menschen die Bildungsvoraussetzungen zu verschaffen, die es ihnen ermöglichen, ihre Position in der Gesellschaft und als Individuum verantwortlich und effektiv zu gestalten."

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein Wort des Ministerpräsidenten Koch, das ich unterstreichen möchte. Gleichzeitig darf ich feststellen, dass zwischen dieser richtigen Erkenntnis und der praktischen Politik Meilen liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es reicht eben nicht aus, in den Bildungsetat, den Einzelplan 04, etwa 300 Millionen DM zusätzlich einzustellen, wenn gleichzeitig im Gesamt-

system Schule, im Gesamtsystem der Bildungseinrichtungen massive Verschlechterungen zu verzeichnen sind.

Wir begrüßen die Zuwächse. Wir haben keinen Anlass zu kritisieren, dass Sie Geld bereitstellen für weitere Lehrerstellen, für zusätzliche Referendarstellen, für Vertretungsunterricht usw. Diese Ressourcenfrage stellt sich nicht. Ähnliche Schritte - ich betone und wiederhole es - wollten wir auch gehen. Sie tun das zügiger, als wir es geplant hatten.

Aber wenn ich gleichzeitig so viele Millionen in die Hand nehme, ist es nicht nachvollziehbar, dass in diesem Gesamtsystem der Bildung wichtige Einrichtungen geopfert werden sollen. Dies ist der Fall, und Sie wissen, wovon ich rede. Lassen Sie mich die Situation mit einem Bild erklären. Ich kann es nicht nachvollziehen, weshalb man in diesem Haus der Bildung zwar in das erste Geschoss investiert, gleichzeitig aber im Erdgeschoss wichtige Stützmauern herausnimmt und zusätzlich im Dachgeschoss bereits den Abriss einleitet.

(Norbert Kartmann (CDU): Umgekehrt! - Inge Velte (CDU): Wenn schon das Fundament nicht stimmt!)

Was ich damit meine, ist: Das Fundament heißt Grundschule, verehrte Frau Kollegin Velte.

(Inge Velte (CDU): Natürlich!)

Dann schauen Sie sich einmal die Presselandschaft an, die Mitteilungen, die von den verschiedenen Verbänden kommen. Die sagen, was es heißt, das richtige Konzept - das bereits an etwa 400 Grundschulen installiert war, Frau Wolff -

(Norbert Kartmann (CDU): Stimmt gar nicht!)

Grundschule mit festen Öffnungszeiten, durch ein neues pädagogisches Konzept zu ersetzen.

Die Enttäuschungen, die sich an diesen Schulen einstellen werden, werden Sie nicht los. Wir halten dieses Konzept für das Richtige. Es ist die richtige pädagogische Antwort. Sie ist familiengerecht, und sie ist kindgerecht. Wenn Sie mir nicht glauben, dann zitiere ich einen Verband, Herr Kollege Irmer, der uns nicht so nahe steht, der völlig außerhalb jeglicher Kritik stehen darf, der jedenfalls nicht zum Vorfeld der SPD gehört. Ich zitiere den VBE zur Grundschule mit festen Öffnungszeiten. Er nennt es "volle Halbtagsschule". Da heißt es:

Grundschulen sollten als "Volle Halbtagsschulen" den Unterricht mit Wahl- bzw. Wahlpflichtfachangeboten, Förderprogrammen sowie einer Rhythmisierung von Arbeits- und Ruhephasen verbinden. Nur so wird ein pädagogischen Maßstäben genügender Schulbesuch mit festen Zeiten zwischen 8.00 und 13.00 Uhr möglich. Die über die bisherige Stundentafel hinausgehende Zeit ist für Lehrerinnen und Lehrer zur Differenzierung der Lernformen, für mehr freies Arbeiten und Projektarbeit, für klassenübergreifende Aktivitäten, für offenen Unterricht und zur vertieften pädagogischen Arbeit vorzusehen.

Das ist unsere Konzeption. Das hieße, Schule weiterzuentwickeln, das hieße, Qualität in die Grundschulen zu bringen, und nicht, Qualität zurückzuschrauben, indem man die Betreuung jetzt gewissermaßen zum Hobby delegiert und den Vormittag nicht mehr in professioneller Hand belässt, wie wir es vorhatten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

Lassen Sie mich noch einen Satz ergänzen. Sie werfen immer schön durcheinander, dass Sie quasi unser Konzept weiter fahren wollten. Sie übersehen dabei eines massiv: Alle Schülerinnen und Schüler den ganzen Vormittag durch Lehrerinnen und Lehrer zu erziehen, zu betreuen, das ist unser Konzept. - Sie differenzieren. Sie sagen, im Laufe des Vormittags, dort, wo kein Unterricht vorgesehen ist, könne man betreuen. Das ist eine völlig andere Bildungsvorstellung. Gleichzeitig wird ein Teil des Vormittags damit aus der Verantwortung des Landes, aus der Verantwortung der Lehrer herausgenommen. Dafür sind jetzt die Kommunen und die Eltern zuständig, und die sollen es noch finanzieren - ein Rückschritt in der Bildungspolitik dieses Landes.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

Ich greife das Wort auf, das Armin Clauss heute Morgen genannt hat: Warum muss man gerade in der Grundschule den Schwerpunkt legen, wenn es um Förderung unter dem Aspekt von Chancengleichheit geht?

(Inge Velte (CDU): Die müssen etwas lernen!)

Gerade im kindlichen Alter und gerade in der Grundschule gilt es, die Defizite auszugleichen und optimale Fördermöglichkeiten für alle Kinder anzubieten, damit sie tatsächlich in die Lage versetzt werden, ihre Chancen zu realisieren, was anderen leichter fällt und was sie durch bestimmte Defizite im sozialen Umfeld sonst nicht auffangen können. Deshalb ist unser Konzept auch ein sozial gerechtes Konzept für alle Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD - Dr. Norbert Herr (CDU): Das haben Sie gar nicht weitergeführt!)

Meine Damen und Herren, der zweite Teil, den ich bei diesem Haus der Bildung angesprochen habe, ist das Dachgeschoss, das Sie nun einreißen. Die Erwachsenenbildung wird um 30% gekürzt. Wir wissen aus Gesprächen, die Sie auch geführt haben, etwa mit freien Trägern und mit kleineren Bildungswerken, dass sie in massive Existenznöte kommen. Aber wir wissen ganz besonders von zwei Einrichtungen, dass sie mit dieser Kürzung jetzt tatsächlich vor die Wand fahren werden, dass sie ganz massiv in der Existenz bedroht sind.

(Dr. Norbert Herr (CDU): Das hat sich etwas geändert!)

- Sie haben sich ja bemüht. Sie haben sich eingesetzt für die Heimvolkshochschule in Eiterfeld-Fürsteneck. Unser Antrag hat vielleicht ein bisschen geholfen, und darauf sind wir ganz stolz. Aber 100.000 DM zusätzlich, das ist zum Leben zu wenig. Ich hoffe, dass es nicht zum Sterben kommt.

Aber hier zeigt sich wieder einmal das Defizit Ihrer Politik. Sie haben kein Konzept, auch nicht für Fürsteneck. Warum gehen Sie nicht daran, diese Idee, die wir auf dem Weg hatten, zu diskutieren und umzusetzen? Eine Musikakademie des Landes ist zumindest eine Option, die ernsthaft diskutiert werden muss. Sie machen es wieder wie an anderen Stellen auch: Erst kommt das Geld weg, und hinterher diskutieren wir über neue Strukturen. - Das ist der völlig falsche Ansatz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Manfred Schaub (SPD): Das ist der Standard!)

Zu den Volkshochschulen. Die haben alle Abgeordneten angeschrieben, das müssten Sie alle haben. Sie nennen

zehn Punkte, zehn Argumente, die von den Volkshochschulen kommen und die sehr überzeugend sind, dass es natürlich Sinn macht, diese Strukturen in der Fläche zu erhalten, dass Bildung weder zu einer sozialen Barriere noch zu einer regionalen Barriere werden darf, dass alle Menschen in diesem Lande unabhängig vom Geldbeutel, unabhängig vom Ort, wo sie wohnen, die Möglichkeit zur Weiterbildung haben können. Diese Strukturen sind zu sichern. Das ist auch Ihr Bildungsauftrag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich zitiere lediglich zwei Argumente in aller Kürze. Leider haben wir nur zehn Minuten Redezeit für dieses wichtige Thema. In Punkt 5 des Schreiben heißt es:

Die beabsichtigte Kürzung wird das Prinzip der Chancengleichheit zum lebensbegleitenden Lernen Erwachsener ebenso aushöhlen wie den gesetzlichen Auftrag zum flächendeckenden Bildungsangebot für ganz Hessen. Gerade strukturschwache Regionen, in denen die Volkshochschule die Hauptbildungspartnerin Erwachsener ist, werden ihr Angebot beschneiden müssen.

Unter Punkt 8 heißt es:

Die beabsichtigte Kürzung wird eine Strukturveränderung im Angebotsprofil der Volkshochschulen Hessens einleiten, die die Erfüllung des öffentlichen Bildungsauftrags gefährdet: Wegfallen werden die Kurse und Angebote, die die Kürzungen nicht kompensieren können bzw. in hohem Maße subventioniert werden müssen.

Die will ich Ihnen einmal nennen. Herr Irmer, Sie haben das in der Öffentlichkeit immer so dargetan, als ginge es hier um Ikebana-Kurse, um Yoga oder sonst etwas. Hier geht es um Kurse der Hausaufgabenhilfe. Hier geht es um Hauptschulabschlüsse, die in den Volkshochschulen angeboten werden. Hier geht es um Deutsch als Fremdsprache, um Alphabetisierungskurse.

Meine Damen und Herren, hier geht es darum, dass die Volkshochschulen soziale Integration leisten, dass sie Defizite von Menschen auffangen, dass sie ihnen Chancen eröffnen, über Qualifizierung überhaupt ihren Platz in der Gesellschaft wahrzunehmen. Diese Kurse fallen weg, und das ist dann Ihr Beitrag zur weiteren Integration dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Quanz, Sie müssen zum Schluss kommen.

Lothar Quanz (SPD):

Zum Schluss noch eines. Meine Damen und Herren, die Regierungsfractionen teilen mit, sie müssten sparen und deshalb müsse an der Erwachsenenbildung gespart werden. Dann passierte Folgendes. Die Schlagzeile heißt: "Wolff vergaß die Pfarrer". Das Kultusministerium - wir waren es schon gewohnt, was die handwerkliche Arbeit angeht - hat erneut einen Beitrag aus dem Dilettantenstadl geleistet. Es hat vergessen, über 20 Millionen DM für die Gestellungsverträge einzusetzen.

Dann kommt Herr Weimar und teilt mit, und das ist das letzte Zitat:

Für den Finanzminister Weimar sind die unerwarteten Ausgaben zwar ärgerlich, aber aufgrund der ho-

hen Steuereinnahmen in diesem Jahr ohne eine verfassungsrechtlich und politisch schwierige Ausweitung der Kreditaufnahme zu bewältigen. Die Steuer-gelder fließen so kräftig, dass die geplante Neuverschuldung von 1,35 Milliarden Mark trotz der Mehrausgaben

- im Kultusbereich -

sogar um 11 oder 12 Millionen Mark gesenkt werden könne ...

Meine Damen und Herren, das Geld ist also da. Was Sie wollen, ist, die Bildungslandschaft, die Landschaft der Weiterbildung in Hessen zu verändern. Deshalb unsere Kritik, und deshalb können wir diesem Einzelplan nicht zustimmen, weil er bildungsfeindlich ist, Bildung in Hessen verschlechtert und nicht entwickelt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Irmer für die CDU-Fraktion.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, meine Stimme ist etwas belegt, ansonsten bin ich aber noch relativ klar.

Herr Kollege Quanz, Sie haben von einer massiven Verschlechterung der Situation im Lande Hessen gesprochen. Ich stelle fest: Wir haben mehr Lehrer, wir haben mehr Referendare, und wir haben mehr Geld für die Grundschule mit festen Öffnungszeiten: statt 7,9 Millionen DM 12,2 Millionen DM.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Was? Noch einmal!)

- 12,2 Millionen DM. - Vor diesem Hintergrund von einer massiven Verschlechterung zu sprechen ist schon mutig, um es einmal so zu formulieren.

(Zuruf des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Meine Damen und Herren, dass Sie keine Argumente haben, konnte man an dieser Haushaltsrede unschwer erkennen; denn Sie beschäftigen sich im Prinzip zu 90% Ihrer Zeit mit dem Bereich der Erwachsenenbildung, der insgesamt gesehen 0,3% des Kultusetats ausmacht. Nur über diese 0,3% sind Sie in der Lage hier überhaupt ein paar Worte zu verlieren. Alles andere bleibt bei Ihnen außen vor.

Ich sage Ihnen: Die hessische Schulpolitik ist in einer sehr guten Hand. Dieser Haushalt 2000 steht in der Kontinuität des Nachtragshaushalts 1999, wo wir sehr bewusst den Schwerpunkt auf den Bereich Bildung gelegt haben.

Wir werden mit diesem Haushalt einen weiteren Beitrag zur Umsetzung der Unterrichtsgarantie leisten. Zur Erinnerung: zum 01.08. 1.400 Lehrer zusätzlich, Vertretungsmittel im Umfange von 300 Stellen.

(Zuruf des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Wegen Ihrer Misswirtschaft haben wir kurzfristig außerplanmäßig noch einmal 5,9 Millionen DM plus 400 Referendare dafür zur Verfügung gestellt. Das haben wir alles gemacht, um die Erblast ansatzweise beseitigen zu können. Die Erblast nämlich: 10.000 Stunden Unterrichtsausfall, Woche für Woche. Das werden wir immer wiederholen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ein Zitat einer Gießener Schulleiterin - unverdächtig, der CDU nahe zu stehen - vom 5. Oktober 1999 bringen. Die Dame erklärt dort, sie sei jetzt seit sieben Jahren Schulleiterin. In den sieben Jahren ihrer Schulleitung habe sie nur den Weggang von Kollegen erlebt, das Unterrichtsangebot dürftig abgedeckt, und die Lehrereinstellung - jetzt wörtliches Zitat - sei "eine unglaubliche Wohltat". Dem ist im Prinzip nichts hinzuzufügen.

Wenn ich von Kontinuität spreche: auch im neuen Haushalt 300 Lehrerstellen zusätzlich, Vertretungsmittel für 300 Stellen plus erneut 400 Referendare. Und was macht Rot-Grün? - Jammern, klagen, heulen, wie schlimm doch alles sei. Ich habe den Eindruck, auch nach der Rede von Herrn Clauss, die unter aller Kanone war, Sie stehen fest mit beiden Beinen in den Wolken. Wahrnehmungsresistent, könnte man auch dazu sagen.

Beispiel Referendare. Statt sich zu freuen, dass wir 800 Referendaren in zwei Jahren die Chance geben, ihr Referendariat zu beginnen und damit ihre Wartezeit entscheidend zu verkürzen, jammern Sie darüber, dass die armen Kerle möglichst zwei Stunden in der Differenzierungsphase mehr unterrichten müssen. Machen Sie sich doch bitte nicht lächerlich. Es ist doch geradezu grotesk, zu glauben, an den zwei Stündchen würde letztendlich das Wohl der Ausbildung hängen.

(Beifall bei der CDU)

Schon einmal etwas von Learning by Doing gehört? - Im Übrigen fällt mir bei dem Thema Referendare ein: Sie wollten Praxissemester. Das haben Sie vergessen, und das ist ein Widerspruch in Ihrer Argumentation. Das heißt doch nichts anderes: Studenten sollten Unterricht erteilen

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Quatsch! - Weiterer Widerspruch bei der SPD und Gegenrufe von der CDU))

wie in den Siebzigerjahren so nach dem Motto: "Back to the Fifties!" Die waren noch nicht einmal Referendare. Deshalb wollten Sie das Referendariat um ein halbes Jahr verkürzen. Das ist doch ein klassischer Widerspruch. Was Sie hier machen, ist im Prinzip nichts anderes als Opportunismus pur. Die beste Ausbildung ist der Unterricht, den man selbst hält. Dabei ist es eine richtige Entscheidung, hier zwei Stunden mehr aufzuoktroyieren.

Anderes Thema: muttersprachlicher Unterricht. Die SPD hat sich im Sommer 1999 hier in diesem Hause für den Erhalt des muttersprachlichen Unterrichts ausgesprochen. Auch die GRÜNEN waren seinerzeit dafür. Die sind mittlerweile schon viel weiter, nur hat die SPD es noch nicht gemerkt. Um es einmal mit Goethe zu formulieren, meine Damen und Herren von der SPD: Wer sich allzu grün macht, den fressen die Ziegen.

Gar Wundersames tut sich bei den GRÜNEN. Da lese ich in der "Frankfurter Rundschau" vom 13.11.1999: "Priska Hinz fordert, Einwanderern eine Verpflichtung zum Deutschlernen aufzuerlegen." Sie haben ja völlig Recht. Ich kann mich aber noch gut an Diskussionen erinnern. Da hat man uns vor Jahren beschimpft, als wir das einmal angedacht haben, wir wollten eine Zwangsgermanisierung, wir wollten eine Arisierung.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Was? Quatsch!)

- Das war Ihre Position.

(Dr. Norbert Herr (CDU): Man wird das doch einmal sagen dürfen!)

Wenn Sie heute zu einem anderen Ergebnis kommen, soll uns das nur recht sein. Ein reuiger Sünder ist dem Herrn immer willkommen. Frau Kollegin Hinz, Sie sollten bitte auch bei der Wahrheit bleiben. Das sage ich einmal sehr deutlich. Wir haben vor einer Woche eine Podiumsdiskussion beim deutsch-türkischen Klub bestritten. Dort sind Sie gefragt worden, ob nach Ihrer Auffassung muttersprachlicher Unterricht als Verpflichtung bleiben sollte, wie es bisher war. Sie haben dort wahrheitswidrig gesagt, es solle so bleiben. Wenn man Ihr Konzept durchliest, sieht das völlig anders aus.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist überhaupt nicht wahr!)

Dort soll dieser muttersprachliche Unterricht in den allgemeinen Fremdsprachenunterricht integriert werden.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab der Mittelstufe!)

Das ist ein völlig anderer Ansatz als der, den Sie öffentlich dargestellt haben. Sie haben Recht, wenn Sie sagen: Die Beherrschung der Sprache ist eine Voraussetzung für eine echte Integration. - Da dem so ist, gehe ich davon aus, dass Sie unserem vorzulegenden Konzept muttersprachlicher Unterricht zustimmen werden.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Na ja, dazu muss man aber etwas sagen!)

Lassen Sie mich zum Thema Grundschule etwas sagen. 7,9 Millionen DM hatten wir, jetzt haben wir 12,2 Millionen DM. Um vor dem Hintergrund der Steigerung von einem Abbau zu sprechen, muss man im Grunde genommen schon mengenlehregeschädigt sein.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Wo bleiben die Stellen für die Grundschule mit festen Öffnungszeiten?)

900 Schulen sind leer ausgegangen. Was sollen dann die 900 Schulen sagen, die leer ausgegangen sind? 285 Schulen haben Sie mit 7.000 bis 70.000 DM bedient. Das heißt im Klartext, auch von denen kriegen einige mehr, nämlich die, die bisher 7.000 DM bekommen haben, können jetzt 10.000 DM erhalten. Wir sind ihnen entgegengekommen.

(Zuruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

- Keine Zwischenfrage, Herr Kollege Quanz. Die Zeit ist einfach zu kurz.

Wir sind ihnen in einem Abstufungsprozess entgegengekommen. Das heißt doch im Klartext, jede Lehrerstunde entgegengekommen bedeutet eine entsprechende Lehrerstunde weniger Unterricht. Das ist die Quintessenz. Das ist Ihr Problem, dass Sie das nicht realisiert haben. Darin unterscheiden wir uns. Ich bin überzeugt davon, Eltern wollen, dass ihre Kinder unterrichtet werden. Und die Kinder haben ein Anrecht darauf. Genau das wollen wir realisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Egal wie der Unterricht aussieht!)

Meine Damen und Herren, Ihr Endkonzept sah 1.600 Lehrer für Betreuung vor. Das macht präterpropter 40.000 Stunden Unterrichtsausfall. Das ist die Realität. Wenn Sie heute sagen, das wäre in irgendeiner Form durchfinanziert, ist dies erstunken und erlogen. Ihr Konzept hätte 200 Millionen DM ausgemacht. Sie haben keinerlei Voraussetzung dafür geschaffen, dass es umgesetzt werden kann. Wir sagen Ihnen, wir wollen in allererster Linie Unterricht, und

dann kommt alles andere danach. Das ist eine ganz andere Prioritätensetzung.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommt Ihr Vorwurf von der Betreuung light. Ich erinnere an das Praxissemester. Studenten sollten Unterricht halten. Kein Qualitätsverlust, haben Sie gesagt, würde damit bedingt. Deshalb könne man auch das Referendariat verkürzen. Qualitätsverlust soll es aber sein, wenn z. B. Studenten Kinder pädagogisch betreuen, mit ihnen Hausaufgaben machen. Dies ist eine Ohrfeige für angehende Lehrer. Kollege Quanz versteigt sich nach einem Besuch von Grund- und Gesamtschulen in Frankfurt zu der Behauptung, Leistung werde von der CDU nur auf Unterricht verengt und wertvolle soziale Arbeit zurückgedrängt.

(Lothar Quanz (SPD): Richtig!)

Werter Freund Quanz, Ihr Problem ist doch, dass Sie Auffassungen vertreten müssen, von denen Sie genau wissen, dass sie falsch sind. Im Umkehrschluss hieße das doch, dass im Unterricht der Grundschule kein soziales Lernen stattfindet, nur während der Betreuung. Machen Sie einmal engagierten Grundschullehrern klar, dass das richtig sein soll.

Sie sagen weiter im Umkehrschluss, an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien werden keine sozialen Kompetenzen vermittelt. Das ist doch - salopp formuliert - Unfug, und Sie wissen es. Soziales Lernen ist integrativer Bestandteil guten Unterrichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich behaupte, die Mehrzahl unserer hessischen Lehrer sind gute Lehrer und werden alles daran setzen, dass in ihrem Unterricht selbstverständlich soziales Lernen stattfindet.

Zum Thema VHS. Ich habe es eben schon angedeutet: 0,3%. Sie haben vergessen, hinzuzufügen, verehrter Herr Kollege Quanz, dass heute der Anteil des Landes am Gesamthaushalt der VHS etwa 6,8% ausmacht.

(Lothar Quanz (SPD): 10!)

- Wollen wir uns über 1% doch nicht streiten. Als Sie 1991 die Regierung übernommen haben, war dieser Anteil bei 20%. Da frage ich mich einmal, was in den Jahren dazwischen erfolgt ist. Wo war da Ihr Protest? War das nicht so: rote Karte usw.? - Aus meiner Sicht gibt es dabei auch eine grundsätzliche Frage: Was muss der Staat leisten, welche Aufgaben hat er zu leisten?

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gott sei Dank!)

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Frau Präsidentin, es fällt mir schwer.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uns ganz leicht!)

Ich werde es dann etwas abkürzen müssen. Lassen wir das Thema Volkshochschule. Es sind 0,3%.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Warum denn?)

- Wir können nachher gern weiter diskutieren.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht mit Ihnen!)

Ich möchte stichwortartig zum Schluss sagen, wir haben bei diesem Haushalt nicht nur quantitative Aspekte - mehr Lehrer, mehr Referendare -, sondern natürlich auch qualitative Aspekte zu berücksichtigen: Fächerprinzip gestärkt, schulfornbezogene Stundentafel, z. B. werden in der Hauptschule mehr Mathematik und Deutsch vorgesehen

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das soll Qualität sein? Das ist aber ein merkwürdiger Qualitätsbegriff!)

- das begreifen Sie sowieso nicht, Herr Kaufmann -, Lehrpläne, um Begabungsreserven zu wecken, Stärkung der Sonderschulen, aber auch Fördern von Begabten und Hochbegabten. Das gehört dazu. Auch diese Kinder und Jugendlichen haben ein Anrecht darauf, optimal gefördert zu werden. Wir müssen im Interesse unserer Kinder in die Bildungspolitik investieren. Genau dies tun wir.

Wenn wir aus ihnen in ihrem Sinne etwas herausholen wollen, dann muss es zunächst einmal einen Input geben, um einen Output in letzter Konsequenz zu erzielen. Nur so, wie Sie es gemacht haben, mit ein bisschen Putputput, das reicht nicht.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, letzter Satz bitte.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Deshalb sage ich Ihnen: Hessen ist auf einem hervorragenden Wege, zu einem Bildungsland zu werden. Ich bin überzeugt davon. Die Schlagzeile der IHK Hanau vom 20.11.: "Schüler schlecht auf das Leben vorbereitet", diese Schlagzeile wird in Zukunft der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Hinz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann im Wesentlichen nur das wiederholen, was ich vorhin beim Einzelplan 02 zur Bildungspolitik gesagt habe. Ich will aber ein bisschen näher einzelne Bereiche beleuchten, die über das hinausgehen, was die Lehrereinstellung angeht, wozu ich vorhin schon sagte, dass wir das ausdrücklich begrüßen.

In dem Vorwort zur neuen Verordnung über die Grundschule, die in diesem August herausgegeben wurde, hat Kultusministerin Wolff über Verlässlichkeit und Weiterentwicklung der Qualität in der Grundschule geschrieben. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich feststellen: Es gibt keine Verlässlichkeit in der Grundschule, wenn es keine Grundschule mit festen Öffnungszeiten gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sicher noch den Brief im Ohr, den ich heute Mittag vorgelesen habe, über verlässliche Unterrichtszeiten, die darin enden, dass man die Kinder bei hohem Krankheitsausfall nach Hause schickt. Es müsste doch allen hier im Raume, die Kinder haben, klar sein, welchen Druck man hat, wenn man weiß, die Kinder können aus der Schule vorzeitig nach Hause geschickt werden, wenn keine

Betreuung vorhanden ist. Allein aus diesem Grunde ist es notwendig, Grundschule mit festen Öffnungszeiten zu haben, weil dies verlässliche Unterrichtszeiten für alle Kinder bringt, im Gegensatz zu betreuten Grundschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Mit Qualität hat diese Form des Unterrichts auch nichts zu tun. Statt den Kindern Zeit zu lassen, wie es in der Grundschule mit festen Öffnungszeiten möglich ist, damit sich die Kinder nach ihren individuellen Möglichkeiten bei Lern- und Leistungstempo entwickeln können, versuchen Sie mit Ihrer Politik und Ihrem Verständnis von Schule, die Kinder einer Normalität anzupassen, die es schlicht und einfach so nicht gibt. Es gibt nicht das Durchschnittskind in einer Grundschule. Eine Grundschule ist eine Schule für alle Kinder. Welch ein Glück, kann ich an dieser Stelle nur sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sowohl in der pädagogischen Diskussion der letzten Jahre als auch in der Praxis - dort, wo sie verwirklicht war - hat sich gezeigt, dass die verlässliche Halbtagsgrundschule das vernünftigste, das modernste Modell der Primärstufe ist. Gleitender Schulanfang, gemeinsamer Unterricht, gemeinsames Frühstück, unterschiedlich lange und flexible Pausenzeiten und Arbeitsblöcke, das wird den veränderten Lernbedingungen der Kinder gerecht.

Betreuungsmodelle sind gut, sind richtig. Auch die haben wir zu unserer Zeit finanziert und unterstützt. Aber sie sind kein Ersatz dafür. Sie können eine gute und sinnvolle Ergänzung darüber hinaus sein. Aber sie sind kein Ersatz für die tatsächlich verlässliche Grundschulzeit für alle Kinder. Das ist der Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen doch eigentlich gemerkt haben, auf wie viel Protest Sie bei der Zerschlagung dieses Modells gestoßen sind: bei den Eltern, bei den Lehrkräften, die etwas anderes erlebt haben. Das müsste Sie eigentlich zum Umdenken bringen. Ich hoffe, Sie können da noch dazulernen, Frau Wolff.

Aber was heißt Ihre Politik für die nicht deutschen und die Ausländerkinder? Herr Irmer, über den muttersprachlichen Unterricht haben wir diskutiert, richtig. Ich halte es für falsch, wenn die neue Landesregierung und die Mehrheit den muttersprachlichen Unterricht auslaufen lassen wollen und in die Verantwortung der Konsulate geben wollen. Ich halte es für falsch, Unterricht aus der staatlichen Aufsicht herauszunehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist richtig, dass Unterricht in der Herkunftssprache weiterhin in der Grundschule gegeben wird, und zwar innerhalb des Regelunterrichtes und so, dass Kinder deutscher Herkunft davon profitieren können, und das verbindlich in der Grundschulzeit. Das habe ich vertreten, das steht in unserem Konzept. Entweder haben Sie es nicht gelesen oder nicht zugehört; aber ich kann es Ihnen gern noch einmal extra zusenden. Wir wollen in der Grundschulzeit verbindlichen Unterricht in der Herkunftssprache und anschließend ein erweitertes Fremdsprachenangebot, dann allerdings als Wahlangebot, also nicht nur als Wahlpflichtangebot, sondern als Wahlangebot für eine von mehreren Fremdsprachen. Ich finde - wie meine Fraktion auch -, dass wir dann den Kindern anderer Herkunft genauso die Mög-

lichkeit geben müssen, bei Fremdsprachen aus dem Sprachenangebot auszuwählen wie die anderen Kinder.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum das Unterrichten in Deutsch alternativ stehen soll, das hat mir auch noch keiner erklären können. Natürlich wollen wir, dass Kinder richtig Deutsch lernen. Das gilt für Ausländerkinder, das gilt für Kinder nicht deutscher Herkunft. Das gilt allerdings auch für Kinder - bedenklich, aber so ist es - von sozial benachteiligten Gruppen deutscher Herkunft. Das soll sein und das muss sein. Aber was machen Sie, die so für Deutsch als die Grundsprache eintreten? Sie kürzen den Förderunterricht gerade in diesem Bereich. Das ist doch falsche Politik. Das sind doch Fehlentwicklungen. Damit werden Sie ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderer Punkt ist die Integration von Behinderten in der Regelschule. Wir halten dieses Konzept nach wie vor für richtig, auch in einer modernen Schule. Wir finden es sehr bedenklich, dass die Kultusministerin - -

(Unruhe)

- Wollen Sie jetzt untereinander erst einmal ein bisschen diskutieren? Oder?

Es ist aus unserer Sicht für behinderte Kinder nicht Erfolg versprechend, wenn die Ministerin den Unterricht dahin gehend überprüfen lässt, dass Kinder künftig nur noch dann in den integrativen Unterricht eingegliedert werden, wenn sie zielgleich an der Grundschule unterrichtet werden können. Das ist nicht in Ordnung. Auf wen trifft das denn überhaupt noch zu? Auf körperbehinderte Kinder. Aber alle anderen Kinder fallen heraus. Das heißt, die Integration würde um mindestens ein Jahrzehnt in Hessen zurückgeworfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das angesichts der Tatsache, dass die Sozialministerin in der letzten Woche eine grandiose Vorstellung hinlegt, wie toll die Integration in den Kindertagesstätten sei, wie zufrieden Fachkräfte und Eltern seien und dass das unbedingt weitergeführt werden müsste. Also vielleicht sollten Sie sich einmal einigen. Mir wäre sehr daran gelegen und den Eltern von behinderten und von nicht behinderten Kindern auch, die solchen Unterricht erlebt haben, dass das weitergeführt wird. Nicht umsonst haben Sie eine Rute zum Nikolaustag bekommen. Ich hoffe, diese hilft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einmal auf die von Ihnen versprochene Unterrichtsgarantie zurückkommen und auf das Versprechen, mehr Lehrkräfte einzustellen. Was Sie jetzt machen, ist, die Unterrichtsgarantie unter anderem auf dem Rücken von Referendarinnen und Referendaren zu verwirklichen. Sie sollen mehr Unterricht erteilen.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, natürlich. Etwas anderes ist damit doch gar nicht bezweckt. - Da brauchen wir auch nicht herumzureden. Herr Irmer, wenn Sie fragen, warum wir uns wegen der zwei Stunden so anstellen, dann frage ich einmal zurück: Warum hat sich die CDU eigentlich so angestellt, als wir den ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern eine Stunde mehr verordnet haben? Da verstehe ich überhaupt nicht mehr, was dieses Geschrei letztendlich soll. Aber dass Sie den Referendarinnen und Referendaren das aufbürden wollen, be-

darfsdeckend zu unterrichten, heißt doch: Sie tragen durch diese Regelung nicht nur die versprochene Unterrichtsgarantie auf dem Rücken dieser Menschen aus, Sie machen auch die Differenzierungsphase zu einer weiteren Intensivphase. Offenkundig findet auch hier ein weiterer Schritt im Hinblick auf Verschlechterung der Unterrichtsqualität statt. Die Differenzierungsphase hat doch den Sinn, dass die Referendare erst einmal angeleitet werden und nach und nach - wie die Anleiter ihnen das zutrauen - in den eigenverantwortlichen Unterricht gehen. Das ist Sinn der Ausbildung. Das Praxissemester war doch nicht dafür gedacht, dass die Referendare bedarfsdeckend Unterricht übernehmen. Herr Irmer, da müssten Sie eigentlich ein bisschen besser Bescheid wissen. Aber vielleicht kann Ihnen die Frau Kultusministerin entsprechend Nachhilfeunterricht geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu werden wir in den nächsten Wochen noch einmal eine Debatte haben. Deswegen brauche ich es nicht weiter auszuwalzen. Vielleicht hören wir dann auch etwas mehr davon, wie die Lehrerbildung bei den neuen Herausforderungen im Unterricht künftig gestaltet werden soll. Bislang haben wir davon kein Wort gehört.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme gleich zum Schluss.

Zu anderen Dingen haben wir auch noch nichts gehört, z. B. wie die Hauptschule gestärkt werden soll. Sie soll durch zentrale Prüfungen gestärkt werden, obwohl sehr viele Skepsis haben. Keiner weiß so recht, was die eigentlich bringen sollen. Aus unserer Sicht wäre es angebracht, die Vernetzung zwischen Unterricht und Praxis in der Hauptschule anders zu gestalten. Das wäre notwendig. Bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern muss vor allem darauf geachtet werden, dass auch Haupt- und Realschulen für diese neuen Lehrerinnen und Lehrer in Betracht kommen. Das weist Ihr Haushalt, der heute verabschiedet werden soll, nicht aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie die Politik von Ihnen angelegt wurde, halten wir das für eine falsche Entwicklung - außer der Lehrereinstellung. Aus diesem Grund werden wir diesem Haushalt unsere Zustimmung versagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Henzler für F.D.P.-Fraktion.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hinz, es wundert mich nicht, dass Sie nicht mit unserer Schulpolitik einverstanden sind. Das ist ganz klar. Darauf sind wir auch stolz. Denn unsere Schulpolitik ist besser als die, die Sie acht Jahre lang gemacht haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Mich wundert jetzt ein bisschen, dass Sie hier ausführlich auf das Thema Integration Behinderter in Schulen einge-

hen. Zu diesem Thema haben wir in der Änderung des Schulgesetzes nicht ein einziges Wort gesagt. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung gesagt, dass wir uns dieses Themas sehr intensiv in einem sehr intensiven Gespräch mit allen Betroffenen annehmen werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das Gesetz an entscheidender Stelle geändert!)

- Wir haben noch überhaupt nichts gemacht, sehr geehrter Herr Kaufmann. Wir haben noch keine Ausführungsbestimmung gemacht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben jede Menge Presseerklärungen abgesondert!)

Wir haben noch gar nichts gemacht. Wir haben auch den Rechtsanspruch der Eltern auf Integration nicht aus dem Gesetz herausgenommen. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung stehen, dass wir zukünftig die Integration behinderter Kinder in den Regelschulen sehr am individuellen Wohl des einzelnen Kindes ausrichten wollen. In der Koalitionsvereinbarung steht auch noch nichts von zielgleichem Lernen, Frau Hinz.

Von daher verstehe ich gar nicht, warum Sie hier Angstmacher in die Welt setzen, die noch in keinsten Weise da sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben es doch ausgiebig im Ausschuss diskutiert!)

Sie meckern und suchen nach Krümeln, obwohl Sie im Grunde genommen bewundern, wie Kollege Quanz zum Teil zugegeben hat, was wir innerhalb von acht Monaten fertig gebracht haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Kollege Quanz sagt: Das hätten wir auch gemacht, vielleicht nicht ganz so schnell. Hinterher kann man immer erzählen, man hätte etwas gemacht, nachdem man acht Jahre lang gar nichts gemacht hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Sie müssen es doch selbst sehen, wenn Sie auf Veranstaltungen sind. Auf vielen Veranstaltungen sind wir durchaus gemeinsam. Jede Veranstaltung, ganz egal, ob mit Lehrern, mit Eltern oder mit Schülern, beginnt mit den Sätzen: Eigentlich hätten wir gar nicht damit gerechnet, dass ihr wirklich das umsetzt, was ihr uns im Wahlkampf versprochen habt. - Alle sagen sehr deutlich: Wir erkennen die Leistung an, die 1.400 neuen Lehrer, die Aufstockung von 80 % auf 100 %, den Ersatz der gesamten Pensionierungen, die zusätzliche Einstellung von Referendaren. - Die gesamte Schulgemeinde und sämtliche Betroffenen bewundern das und sind damit im ersten Ansatz zufrieden.

Wie gesagt, im ersten Ansatz. Selbstverständlich müssen dem weitere Schritte folgen. In Sachsenhausen waren wir neulich auf einer Podiumsdiskussion. Da hat der Schulleiter klar gesagt: Zum ersten Mal seit acht Jahren hat er fünf neue junge Lehrer, und zwar fest und auf Dauer zugewiesen. Seit acht Jahren krebst er mit irgendwelchen Zuweisungen herum. Jetzt endlich hat er eine Perspektive.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Lehrerinnen und Lehrer und auch die Eltern wissen, dass wir ihre Sorgen und ihre Probleme ernst nehmen. Das haben wir auch mit dem Nachschlag für die fehlenden Vertretungslehrer bewiesen. Aber das ist erst der erste Schritt,

das ist erst der Anfang. Wir wollen die Schule für das nächste Jahrtausend fit machen, und zwar in vielen verschiedenen Dingen.

Wir wollen, dass die Schule nicht im gesellschaftsfreien Raum weiter existiert. Wir wollen, dass die Kinder, die die Schule verlassen, auch wirklich auf ein Leben in Europa, auf eine Konkurrenz mit europäischen Schülerinnen und Schülern, die mit ganz anderem Sprachwissen und sehr viel jünger die Schulen verlassen und auf die Universität und in das Berufsleben drängen, vorbereitet sind.

Wir wollen das genauso wie in der Sozialpolitik. Da hat sich in den letzten vier Jahren enorm etwas geändert. Auch wirtschaftliches Denken und wirtschaftliches Handeln wurden in die Schulen und Schulverwaltungen gebracht. Wir wollen eine moderne Personalbewirtschaftung. Es kann nicht sein, dass ein Referendar Examen macht, dann seine Noten meldet und irgendwann auf der Liste erscheint, und dazwischen vergeht ein halbes Jahr. Die Personalliste, die Einstellungsliste der Schulen, muss ständig aktualisiert werden, damit man ständig weiß, welche Lehrer auf dem Markt sind, und vor allen Dingen, welche Fächerkombinationen und Noten sie haben: Kann man sie wirklich brauchen? Wenn wir sie brauchen, muss man sie jederzeit abrufen können.

Das Gleiche gilt für eine Studienberatung. Wir müssen die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer dahin gehend beraten, dass sie auch Fächer studieren, die wir hinterher wirklich brauchen können. Wir brauchen nicht viele Deutschlehrer, die arbeitslos auf dem Markt stehen und nicht wissen, was sie mit ihrem Studium hinterher anfangen können. Das ist auch ein Stück Zukunftssicherheit für junge Leute.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir wollen eine moderne Schülerbewirtschaftung. Bei Kindergärten weiß man mittlerweile, wie viele Kindergartenplätze wir brauchen. Wir müssen auch genau wissen, wie viele Grundschullehrerinnen wir für die nächsten Jahre und Jahrzehnte brauchen und wie viele wir für die weiterführenden Schulen brauchen. Auch das sind Dinge, die ein modernes Wirtschaftsmanagement selbstverständlich macht. Im Kultusministerium und im Schulbereich funktioniert das noch wie im vorigen Jahrhundert.

Zum Zweiten brauchen wir weiter gehend eine Verknüpfung von Sozialpolitik und Schule. Damit sind wir bei der betreuenden Grundschule ein Stück weit angekommen. Mit unserem neuen Konzept merken andere Grundschulen, die auch schon versuchen, Betreuung am Nachmittag zu organisieren, dass sie noch gar nicht auf die Idee gekommen sind oder es ihnen bisher auch nicht genehmigt wurde, beim Schulträger nachzufragen, was mit den Landesmitteln ist, die für die Betreuungsangebote an Grundschulen da sind, wie die verteilt werden und warum so ungleichmäßig in den einzelnen Schulträgerkreisen betreut wird.

Es gibt die Karl-von-Ibell-Schule in Unterliederbach. Dort hat der Förderverein mit engagierten Müttern eine Betreuung ins Leben gerufen. Zwei bis drei Mütter kümmern sich jeweils eineinhalb Stunden vor dem Beginn des Unterrichts und zwei Stunden nach dem Unterricht um 37 Schüler. Die Eltern der betreuten Schülern zahlen 100 DM im Monat. Das Angebot gibt es nur, weil das Land 30.000 DM im Jahr dazugibt, und zwar nicht aus dem Schulprogramm, sondern aus dem Soforthilfeprogramm "Kinderbetreuung" aus dem Sozialministerium.

Es gibt Angebote, die aus den verschiedenen Quellen finanziert werden, die an der Schule stattfinden und die die Be-

treuung der Kinder sichern. Ganz wichtig ist, dass man darauf achtet, dass diese Angebote verzahnt und gemeinsam geführt werden.

Des Weiteren gibt es in Frankfurt Schulen, die plötzlich sagen: Hausaufgabenhilfe machen wir schon. Unterstützung vom Schulträger bekommen wir nicht. Zukünftig würden wir auch gerne an diesem Topf beteiligt werden.

Natürlich gibt es auch Schulen, die meckern und sich beschweren. Das sind die Schulen, die die SPD-Fraktion mit Vorliebe besucht. Es sind die Schulen, die vorher zu den Eliteschulen der Grundschule mit festen Öffnungszeiten zählten, die zusätzlich Lehrerstunden hatten und die dann noch zusätzlich das Superangebot mit 70.000 DM Betreuungskosten hatten. Dass sich diese Schulen innerhalb eines Jahres umstellen müssen und sehen müssen, wie sie mit etwas weniger Geld und vielleicht etwas effektiverem Einsatz der Mittel auskommen können, ist klar. Dass diese Schulen sich beschweren, weil sie von dem, was sie jetzt an wirklicher Qualität oder Exklusivität haben, etwas abgeben sollen, damit andere eben auch mehr haben, ist klar. Diese Schulen beschweren sich.

Im Gros der gesamten Schulen in Hessen hören Sie dieses nicht. Im Gegenteil, dort wird es als zukünftige Chance verstanden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Lassen Sie mich ganz kurz noch ein paar Worte zur Erwachsenenbildung sagen. Wir haben alles im Einzelnen schon debattiert.

Es ist uns nicht leicht gefallen zu sagen, wir kürzen 30% bei der Erwachsenenbildung. Insbesondere ist es uns bei den freien und kleinen Trägern, die davon wirklich in Existenznöte geraten, nicht leicht gefallen. Auch bei den Volkshochschulen ist es sehr unterschiedlich. Es gibt Volkshochschulen, die können das verkraften; es gibt Volkshochschulen in der Fläche wie vielleicht im Odenwald, denen fällt auch das etwas schwerer. Trotz allem denke ich: Lebenslanges Lernen ist angesagt. Aber wenn ich nicht am Anfang des Lebens erst einmal lerne, um in den Beruf einsteigen zu können, dann nützt mir das weitere Lernen auch nichts, weil ich die Grundlagen und die Einstiegschancen nicht habe.

Die Volkshochschulen müssen sich fragen lassen, ob sie alles, was sie jetzt anbieten, wirklich weiterhin anbieten müssen.

Hausaufgaben sind genannt worden. Ist es denn Aufgabe einer Volkshochschule, Hausaufgabenhilfe anzubieten? Wir haben gerade gehört, dass Fördervereine Angebote an Schulen machen, dass soziale Einrichtungen entsprechende Angebote machen. Ist das aber wirklich noch die originäre Aufgabe einer Volkshochschule? Das Gleiche gilt für die berufliche Bildung bei den Schulabschlüssen. Es gibt Abendschulen und Kollegs. Warum muss auch eine Volkshochschule unbedingt Schulabschlüsse anbieten? Ich glaube, darüber müssen wir uns einmal grundlegend unterhalten. Wir wollen das tun, und wir wollen ein Weiterbildungsgesetz für alle Bereiche schaffen. Dabei wollen wir überlegen: Was ist wichtig, und was ist nicht wichtig? Wir werden dieses Konzept im nächsten Jahr ausführlich diskutieren.

Meine Damen und Herren, in der Schulpolitik hat die neue Landesregierung einen hervorragenden Start gehabt. Wir haben viel getan in den ersten neun Monaten und werden

mit derselben Intensität und Gründlichkeit auch weiter arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute Morgen ist aus der Generaldebatte schon sehr deutlich geworden, welche Fraktion und welche Partei in der Bildungspolitik welche Prioritäten setzt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich glaube, dass die Fraktion der SPD ihre Priorität von Bildung gezeigt hat; denn was sie die ganzen acht Jahre geleistet hat, wird auch jetzt in dieser Fraktion deutlich.

Der Haushalt 2000 dagegen ist ein Haushalt für mehr Unterricht, er ist ein Haushalt für mehr Vertretungsmöglichkeiten, und er ist ein Haushalt für mehr Referendare und Ausbildung, für mehr Betreuung an mehr Orten. Damit ist der Haushalt 2000 in seiner Gänze ein weiterer Schritt zur Unterrichtsgarantie und zu Verlässlichkeit in der Grundschule.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dies wurde zu Recht genannt, und ich glaube, es wurde auch unbewusst anerkannt, dass 300 Millionen DM mehr für Bildung verwendet wurden. Das ist eine eindeutige Prioritätensetzung dieser Landesregierung. Darunter befinden sich erneut 300 Lehrerstellen, die ab 01.08.2000 eingesetzt werden können.

Frau Hinz, Sie mögen von Herrn Kaufmann unterrichtet sein, wie Sie wollen - was Sie sagen, ist falsch. Natürlich werden die Lehrerinnen und Lehrer bedarfsgerecht auf die verschiedenen Schulformen verteilt, und sie erhalten dort auch ihre Plätze. Das ist eindeutig schon in der Kursorischen gesagt worden und gilt auch heute. Es gibt rund 30 Millionen DM für Vertretungsmittel. Diese gab es bisher nie. Sie stehen jetzt erstmals voll zur Verfügung, nachdem sie aus bekannten Gründen im letzten Jahr nicht voll zur Verfügung standen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es gibt wieder 400 Referendare. Wir werden über dieses Thema nächste Woche erneut zu reden haben, was die Unterrichtsverpflichtung angeht.

Für die EDV-Ausstattung und die Ausstattung von Berufsschulen gibt es ungefähr 8 Millionen DM mehr, und das wird ein dauerhafter fester Betrag in den Haushalten sein. Wir haben 4,3 Millionen DM, also über 50% mehr, für den Bereich der Betreuung zur Verfügung gestellt. Es tut mir Leid, Frau Hinz, das Thema Betreuung hat zunächst einmal mit dem Thema feste Öffnungszeiten nichts zu tun, sondern wir gewährleisten durch eine Verstärkung des Unterrichts in der Grundschule die Zeit, in der Unterricht und Pausen den Vormittag gestalten, in einer Größenordnung von vier und fünf Zeitstunden. Auch dies ist schon mehr, als Sie gewährleisten wollten, aber noch nicht gewährleistet haben. Das heißt, wir verstärken den Unterricht an dieser Stelle, um diese zeitliche Einordnung zu erreichen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt nicht! Schauen Sie doch einmal an die Grundschulen!)

- Natürlich stimmt das, Frau Hinz. Wenn Sie diese eine Schule zitiert haben, so kann ich Ihnen die Antwort aus dieser Schule einmal ganz konkret geben, indem ich sage, dass nach Aussage des Schulleiters und des Staatlichen Schulamts an dieser Schule 100% an Unterricht stattfindet und bis zum heutigen Tage aufgrund vernünftiger Vertretungsregelungen noch keine einzige Stunde ausgefallen ist. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir reden bei dem, was wir mit 4,3 Millionen DM obendrauf setzen, über Betreuung und darüber, dass Sie sich damit zufrieden gegeben haben, dass über viele Jahre hinweg nur 288 Schulen Betreuung anbieten konnten. Wir aber sagen: Wir geben uns nicht damit zufrieden, dass alle anderen Grundschulen bisher immer Ablehnungen bekommen haben, wenn sie sagten, sie wollten auch ein Betreuungsangebot machen. Deshalb können wir aufgrund dieser Steigerung um mehr als 50% jetzt an mehr Grundschulen dieses Angebot eröffnen, und wir sind darüber auch konstant im Gespräch mit den Schulträgern.

Ich darf Ihnen hierzu gerne mitteilen, dass im Gespräch mit dem Schulausschuss des Landkreistages ein Beschluss zustande gekommen ist, in dem der Schulausschuss des Landkreistages mit Mehrheit dieses Konzept, das die Landesregierung vorgelegt hat, akzeptiert hat. Meine Damen und Herren, die Mehrheit dort ist mit Sicherheit keine schwarze. Das wurde akzeptiert, und wir reden jetzt nur noch über Feinheiten der Richtlinien miteinander. Das halte ich für ein gutes Miteinander von Schulträgern mit dem Land zugunsten der Schülerinnen und Schüler, die Betreuung wollen. Ich betrachte das als ein sehr gutes Ergebnis.

Wenn Sie dies bitte einmal mit anderen Bundesländern vergleichen, dann stellen Sie fest, das Land Hessen befindet sich in diesem Fall tatsächlich in der Spitzengruppe der Bundesländer, die ein vernünftiges und großzügiges Betreuungsangebot machen. Ich nenne nur als Einzigen den Vergleich mit Nordrhein-Westfalen. Dort wird ein Angebot von 6.000 DM gemacht. Die Hessische Landesregierung und der Haushaltsgesetzgeber werden, wenn dieser Haushalt so beschlossen wird, im Schnitt ein Angebot von 10.000 DM machen, und die Schulträger können diesen Betrag verteilen.

(Zuruf von der SPD)

- Das war doch schon immer so. Dafür haben Sie gesorgt.

Meine Damen und Herren, das ist in der Tat ein Haushalt der Stärkung der Erstausbildung. Dazu stehen wir, auch wenn wir sagen, dies bedeutet im Sinne von Prioritätensetzung immer auch Mut im Umgang mit beiden Seiten, die eine solche Prioritätensetzung notwendigerweise hat. Das heißt, eine Schwerpunktsetzung an einer Stelle bedeutet immer, gleichzeitig an anderer Stelle zu sagen, dies ist derzeit nicht leistbar. Dies mussten wir z. B. den Einrichtungen der Erwachsenenbildung, den Volkshochschulen sagen, was wir ihnen auch gesagt haben. Das war keine leichte Entscheidung, aber im Interesse der Kinder und Jugendlichen ist diese Entscheidung notwendig gewesen. Wenn die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN glauben, sie könnten allein durch Anträge die alten Ansätze wieder herstellen, ohne je einen Deckungsvorschlag zu machen, um damit den Respekt der Träger der Erwachsenenbildung zu gewinnen, dann wünsche ich dabei in der Tat frohe Verrichtung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich will auch noch etwas anderes deutlich machen. Der Haushalt 2000 ist angesichts der Umstellung hin zur Budgetierung der erste Haushalt, der Klarheit und Wahrheit nicht nur zum Prinzip, sondern wirklich zur Grundlage der Haushaltsaufstellung macht. Es wird in diesem Haushalt keine Benutzung von Vertretungsmitteln zur Sanierung des allgemeinen Haushalts mehr geben. Es wird in diesem Haushalt keine ungedeckten Schecks mehr geben, wie z.B. vorverausgabte Mittel für Vertretungszwecke, die dann im zweiten Halbjahr nicht mehr zur Verfügung stehen. Es wird in diesem Haushalt keine Verschiebebahnhöfe mehr geben.

Ich will dazu zwei Beispiele nennen. Eines dieser Beispiele ist schon mehrfach angesprochen worden hinsichtlich der Gestellungsverträge für die Religionslehrer. Meine Damen und Herren, was ist denn jedes Jahr gemacht worden? Die Gestellungsverträge sind aus dem Bereich des freien Stellenaufkommens bezahlt worden, aber niemals veranschlagt worden, sondern immer nur nachträglich in die Listen eingetragen worden. Woraus ist dann letztlich bezahlt worden, was gefehlt hat? Es hat nämlich jedes Jahr im Bildungshaushalt etwas gefehlt. Der Bildungshaushalt hat von den 140 Millionen DM, die im Einzelplan 17 zur Verfügung gestanden haben, regelmäßig 50 bis 100 Millionen DM bekommen. Das heißt, die Veranschlagungen der letzten Haushalte sind zwar alle vorhanden gewesen, aber realistisch nach Stellen und Personen waren sie bisher nie. Bei unserer Aktion der realistischen Veranschlagung sind wir in der Tat darauf gestoßen, dass die Gestellungsverträge nicht veranschlagt waren - aufgrund der Listen, die in der Vergangenheit immer falsch geführt worden sind.

Ein zweiter Bereich ist hier zu nennen. Wir haben die Lernmittelfreiheit. Auch dort haben Sie einen Erhöhungsantrag gestellt, meine Damen und Herren von der Opposition. Da standen 3 Millionen DM zur Verfügung, die eigentlich für Bücher hätten verwendet werden müssen, weil sie unter diesem Titel im Haushalt veranschlagt waren. Aber was war denn der Fall? - Diese 3 Millionen DM von 48 Millionen DM sind in zwei Jahren zur Umstellung der Bildungsverwaltung zur Verfügung gestellt worden, d.h. zur Überführung der Schulabteilungen in die Staatlichen Schulämter. Das zum Thema Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Dies wird in diesem Haushalt geändert.

Es wird ein Weiteres geändert: Wir werden nämlich auch die Staatlichen Schulämter entsprechend ausstatten, damit sie die Arbeit der Budgetierung in Angriff nehmen können. Der Haushalt nimmt nun schrittweise Abschied von der Tatsache, dass mit Karteikarten und Bleistift gearbeitet werden musste.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU))

Nun wird versucht, eine gute Verwaltung aufzubauen, die dann auch in der Lage sein wird, einen budgetierten Haushalt durchzusetzen.

Herr Clauss hat vorhin im Grunde unsere Bildungspolitik begründet. Er sagte, es sei notwendig, zu differenzieren, es sei notwendig, etwas für die Hochbegabten wie auch für die Schwachen zu tun, und es sei wichtig, Breitenförderung zu betreiben - aber dies differenziert. Diese Bildungspolitik betreiben wir. Was die Sozialdemokratie und auch die GRÜNEN-Fraktion nicht beantwortet haben, ist, wie sie glauben, dass die heutige Schule Kinder und Jugendliche in dem Wissen und in den Fähigkeiten und Fertigkeiten auf eine Zukunft vorbereiten kann, die wir heute noch nicht kennen. Wir bereiten auf eine Arbeitswelt und eine Gesellschaft vor, die wir heute noch nicht kennen.

Die CDU/F.D.P.-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass durch zusätzliche Lehrer, durch neue Lehrpläne, durch neue Stundentafeln, durch die Diskussion über eine künftige gymnasiale Oberstufe, durch Diskussion über mehr Aktivitäten zugunsten der bisher benachteiligten Jugendlichen Antworten gegeben werden und diesen Jugendlichen eine Ausbildung verschafft wird, die es ihnen ermöglicht, in dieser heute noch unbekanntem gesellschaftlichen und beruflichen Zukunft ihren Mann und ihre Frau zu stehen und sich zu bewähren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache zu diesem Einzelplan und rufe vereinbarungsgemäß zur Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 11 und 12 auf.

Zunächst Tagesordnungspunkt 11: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erhalt der Grundschule mit festen Öffnungszeiten, Drucks. 15/515. Wer für Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der vorliegende Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dann stimmen wir über Tagesordnungspunkt 12 ab: Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Sicherstellung eines Betreuungsangebotes an allen hessischen Grundschulen, Drucks. 15/520. Wer möchte diesen Antrag annehmen? Den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Ich rufe jetzt

Einzelplan 15 - Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst -

auf und gebe das Wort an Herrn Kollegen Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Redezeit beträgt ebenfalls zehn Minuten.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten jetzt Einzelplan 15 als einzigen, der aus der üblichen Reihenfolge vorgezogen wurde, damit - ich denke, das ist der Grund - sich auch der kleine Koalitionspartner noch vor Redaktionsschluss ins rechte Licht rücken darf.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

- Nicht wahr, Herr Kartmann?

Schließlich will Ruth Wagner, nachdem sie heute schon wieder keine Vize-Regierungserklärung halten durfte, jetzt wenigstens nicht völlig in den Abendstunden untergehen.

(Zuruf der Abg. Traudl Herrhausen (CDU))

Schließlich lässt sich Frau Ministerin Wagner so gerne, insbesondere von den eigenen Reihen, als die neue Jeanne d'Arc der hessischen Wissenschafts- und Kunstszene feiern.

(Demonstrativer Beifall bei der F.D.P.)

- Sehen Sie, Herr Kollege Hahn.

Wir werden genau das bei den Koalitionsrednerinnen und -rednern gleich wieder erleben. Nur, dafür ist dieser Res-

sorthaushalt Einzelplan 15 wahrlich zu dürftig, als dass er solche Elogien verdient hätte. Seien Sie vorsichtig, Herr Hahn, und hüten Sie sich, zu viel Weihrauch zu verschwenden. Sie wissen, dass dieses Wort zurzeit keine Zierde Ihrer Koalition ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Dieses Weihrauchschwanken hat Joseph Fischer begonnen!)

Ich will einige wenige Punkte aus dem Haushaltsentwurf herausgreifen und sie beleuchten, damit deutlich wird, wie sehr Ihre, d.h. die der Koalition und der Regierung, wortreichen Ankündigungen in der harten Realität des Zahlenwerkes verloren gehen.

Erstens. Die Budgetierung an hessischen Hochschulen war ein von allen hier im Landtag vertretenen Parteien gewünschtes Konzept, das Schritt für Schritt, Hochschule für Hochschule, umgesetzt werden soll. Bei den ersten fünf Modellhochschulen ist das mit diesem Haushaltsentwurf nun auch glücklich geschehen. Aber das ist nicht ohne erhebliche Irritationen geschehen. Ich würde sogar von Peinlichkeiten sprechen. Da versprechen Sie von der Koalition den Hochschulen mehr Autonomie, was nichts anderes ist als eine Fortsetzung der Wissenschaftspolitik von Rot-Grün und der Vorgängerregierung. Insofern findet das selbstverständlich auch unsere Zustimmung. Aber jetzt komme ich auf den deutlichen Dissens zwischen Ihrer Vorstellung von Autonomie einer Hochschule, Herr Hahn, und der unsrigen zu sprechen.

Sie hatten allen Ernstes bei den Hochschulen, also auch bei den fünf Modellhochschulen, vor, im Einzelplan 15 eine 2- bzw. 3-prozentige Effizienzdividende auszubringen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist ein schwieriges Wort! Damit habe ich auch Schwierigkeiten!)

- Nein, ich kann es schon aussprechen. - Eine solche haushaltspolitische Entscheidung wäre eine völlig falsche, weil sie demotivierend und auch den von Ihnen geforderten Autonomiebestrebungen nicht förderlich ist.

(Traudl Herrhausen (CDU): Was haben Sie die letzten Jahre gemacht?)

Als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben wir deshalb den Antrag gestellt, auf die Effizienzdividende zu verzichten und den entsprechenden Vermerk gänzlich zu streichen. Zumindest die Fachleute im Ausschuss werden sich erinnern: Auch in dieser Debatte ist es in gleicher Weise von den Hochschulen dringend erbeten worden, und es wurde Ihnen von den Hochschulen deutlich gemacht, dass Autonomie unter der gleichzeitigen Auflage einer Effizienzdividende der beschriebenen Art keine richtige Autonomie ist.

(Zuruf der Abg. Traudl Herrhausen (CDU))

- Frau Kollegin Herrhausen, jetzt kommen Sie doch nicht damit, dass die Effizienzdividende eine rot-grüne Erfindung ist. Denn sie war von uns - und das ist der entscheidende Unterschied - als einmalig anzuwendendes Instrument bei der Umstellung vom detaillierten Haushalt klassischer und kameralistischer Art auf Globalhaushalt bzw. weitgehende Deckungsfähigkeit geplant. Sie wissen genau, dass das nämlich das Problem der so genannten Reste ist, die dann eingesammelt werden. Auf diese Weise hatten wir eine einmalige Effizienzdividende vorgesehen. Aber sie war weder gedacht noch je angewendet auf Institutionen, die nach Wirtschaftsplänen arbeiten, und genau das hat der Entwurf der Landesregierung beinhaltet.

Aber es kam noch doller. Anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst erklärte die Ministerin, die Effizienzdividende würde gestrichen. - Beifall bei den Hochschulen, und auch bei uns positive Reaktionen.

(Beifall der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber wie sieht jetzt Ihr Handeln an dieser Stelle aus? - Sie beweisen doch einmal mehr, dass Sie im Grunde von der Autonomie der Hochschulen nichts halten. Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete von CDU und F.D.P., beweisen, dass in Wahrheit Sie - und das ist normalerweise bei Ihnen ein Vorwurf an die andere Seite des Hauses - sich vom Etatismus nicht verabschieden können. Denn würden Sie es mit der Autonomie der Hochschulen ernst meinen, dann hätten Sie in der Tat entweder Ihren Änderungsantrag anders formuliert, oder Sie hätten unserem Streichungsantrag zugestimmt und sich damit auch für eine gänzliche Streichung ausgesprochen. Aber was jetzt herausgekommen ist, ist ein Modell nach Gutsherrenart, das die Entscheidung, ob eine Effizienzdividende für die Hochschulen erhoben werden soll oder nicht, gänzlich in die Hand des Ministeriums legt. Wovon soll das denn abhängen? Objektivierbare Kriterien sind nicht genannt. Also kann es doch wohl nur das Wohlverhalten sein. Sie schreiben also eine Ermächtigung in den Haushalt, dass das Ministerium von der Effizienzdividende absehen kann, geben aber nichts weiter an. Da stellen wir, ich denke, zu Recht die Frage, nach welchen Kriterien Sie denn wohl entscheiden werden. Wenn Sie wirklich Ihre Ankündigung wahr machen wollen - Sie haben heute und noch bis nächste Woche dazu Gelegenheit -, dann streichen Sie die Nr. 7 dieses berühmten Vermerkes zu Kap. 15 24 gänzlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie genau dazu auf. Das entspräche dann zwar unserem Änderungsantrag. Aber, meine Damen und Herren von der Koalition, wir könnten auch damit leben, dass Sie das noch einmal als eigenen Änderungsantrag einbrächten, wenn es Ihnen, wie es bei der F.D.P. so oft der Fall ist, auf die Urheberschaft ankommt. Aber machen Sie eines nicht: Verlängern Sie nicht, nur unter Verwendung einer neuen Bezeichnung, die Zeit, in der die angeblich autonom arbeitenden Hochschulen am Gängelband der Ministerialbürokratie hängen.

Ich komme zum zweiten Punkt, den ich aufgreifen möchte. Frau Ministerin, Sie beklagen öffentlich in der Presse - z.B. auch in Ihrer Presseerklärung vom 3. November dieses Jahres -, dass es immer noch viel zu wenige weiblich besetzte Professuren gäbe. Sie sagen, die Zahl der weiblichen Studierenden nehme zwar zu, aber nicht in dem gewünschten Ausmaß und Umfang, insbesondere wenn man sich dies nach dem Fächerspektrum anschaut. Die geeigte Leserschaft, die mit Interesse Presseberichte liest, die auf solchen Presseerklärungen beruhen, kann dann fast einen Hauch von Feminismus erkennen und, daraus resultierend, die Hoffnung hegen, Forschungsförderung würde sich auch verstärkt der Geschlechterpolitik widmen. Aber, das ist weit gefehlt.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schade eigentlich!)

Zwar erhöhen Sie erfreulicherweise den Ansatz für die Forschungsförderung. Aber die aus dieser Titelgruppe möglichen Ausgaben für die Frauenforschung bleiben auf dem alten Stand eingefroren. Gleichzeitig wickeln Sie die einzige autonome Einrichtung auf dem Gebiet der Frauenfor-

schung ab und drehen ihr den Geldhahn zu. Meine Damen und Herren, wenn das Ihr Verständnis von Geschlechterpolitik ist, dann brauchen Sie sich in der Tat über die mangelnde Präsenz von Frauen an den Hochschulen nicht zu wundern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie sich die verehrte Frau Kollegin Beer hier in einer Debatte über die Frauenuniversität in Kassel doch heftig ereiferte. In ihrer Rede hat sie seinerzeit behauptet, an dem Programm der Frauenuniversität nähmen nur fünf Frauen aus Hessen teil, das Projekt sei nicht sinnvoll, im Übrigen sei kein Geld für derlei - man konnte es zwischen den Zeilen dann fast nachlesen - Unsinn da. Meine Damen und Herren, wie Sie vielleicht wissen, nehmen mittlerweile 900 Studentinnen an dem Programm teil.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Hessen!)

Der Bund, das Land Niedersachsen und private Förderer zeichnen für die Finanzierung verantwortlich.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Hessen!)

Ich frage dann doch angesichts Ihrer seinerzeitigen Begründung nach, es nähmen nur fünf Frauen aus Hessen teil - das haben Sie seinerzeit vorgetragen - : Ist das die neue Politik? Sollen die Hochschulen Hessens nur noch für hessische Studierende Geld erhalten?

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ach!)

An dem Programm werden sich selbstverständlich Studentinnen aus Hessen beteiligen. Im Übrigen wissen Sie, dass auch die Präsidentin dieser Einrichtung aus Hessen kommt. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hatte dafür allerdings kein Geld übrig. Meine Damen und Herren, lassen Sie doch endlich Ihre verbalen Beteuerungen über die Wichtigkeit der Förderung von Frauen in der Wissenschaft, wenn Ihr Handeln das genaue Gegenteil zum Ziel hat.

Meine Damen und Herren, ich hatte gesagt, ich beschränke mich auf wenige Punkte. Es gäbe ein ganze Menge weiterer anzuführen. Nur, ich denke, an diesen beiden Beispielen ist schon Ihre große Differenz zwischen Reden und Handeln deutlich geworden und damit letztendlich die Unehrllichkeit Ihrer Politik, so wie Sie sie betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Gestern bei der Debatte über die "10 Jahre Partnerschaft Hessen - Thüringen" wurde bereits das Trauerspiel bezüglich des Regionalen Wissenschaftszentrums in Hünfeld angesprochen, dem nach acht Jahren von Ihnen jetzt das finanzielle Aus droht. Ich erzähle keine Neuigkeit, wenn ich sage, dass die CDU dem Regionalen Wissenschaftszentrum noch nie besonders zugetan war und dass das auch noch nie an der fachlichen Kompetenz dieser Einrichtung gelegen hat. An diesem Vorgang ist allerdings bemerkenswert, dass das Regionale Wissenschaftszentrum nach Ihrem Haushaltsentwurf abgewickelt werden soll und gleichzeitig in Fulda ein Informations- und Gründerzentrum eingerichtet werden soll. Es soll diesmal kräftig vom Wirtschaftsministerium unterstützt werden. Aus unserer Sicht ist das wissenschaftspolitisch gesehen, ein Offenbarungseid. Der Einzelplan 15 dokumentiert damit Ihre Pleite.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, wie sagten Sie so doch schön in der Öffentlichkeit - ich zitiere - :

Wichtige Zielvorgaben sind aber auch die Entwicklung neuer Studiengänge sowie verstärkte Anstrengungen in der anwendungsbezogenen Forschung, beim Wissens- und Technologietransfer und in der Weiterbildung.

Es wäre so schön gewesen, wenn man hierfür auch nur den kleinsten Ansatz in diesem Haushaltsentwurf finden würde. Aber wie so oft bei dieser Landesregierung - ich sagte es schon, ich kann es nur wiederholen - stellen Worte und Taten, Versprechungen und ihre Erfüllung zwei getrennte Welten dar.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss meiner Rede und weise noch darauf hin, dass das Ministerium ganz offensichtlich weder ein Konzept zur Entwicklung neuer Studiengänge noch für eine konsequente Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft hat, die nach ihren eigenen Worten so wichtig ist. Dazu gehört nämlich auch eine funktionierende Netzwerkstruktur, damit die verschiedenen Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik eingebunden sind. Dazu gehört genau nicht - ich nenne das als Beispiel -, eine Einrichtung wie das Regionale Wissenschaftszentrum abzuwickeln.

(Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Frau Ministerin, Sie sollten endlich darlegen, wohin Ihre hochschulpolitische Reise denn gehen soll. Sie sollten nicht länger in schönen Reden das Blaue vom Himmel herunter versprechen und anschließend nichts davon umsetzen.

Da dieser Einzelplan 15 beispielhaft die von mir beschriebenen Mängel enthält, werden Sie sich sicherlich nicht wundern, dass wir die Zustimmung versagen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Beer für die F.D.P.-Fraktion.

(Gerhard Bökel (SPD): Ich glaube, die wollen zustimmen! Sagen Sie doch, Sie stimmen zu! Wir akzeptieren das! Dann machen wir weiter!)

Nicola Beer (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Bökel, lieber Herr Kaufmann, natürlich werden wir nicht nur diesem Einzelplan, sondern auch den anderen Einzelplänen zustimmen.

Lieber Herr Kaufmann, um Sie gleich am Anfang aufzuklären, sage ich Ihnen: Der Grund, warum wir den Einzelplan 15, wie Sie jetzt sagten, außerhalb der Reihe zum jetzigen Zeitpunkt beraten, liegt einfach daran, dass für uns die Bildung - das betrifft für uns die Schulen und die Hochschulen - Priorität hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit! - Frank-Peter Kaufmann (BÜND-)

NIS 90/DIE GRÜNEN): Warum reden wir erst über die Polizei?)

Dass die Bildung endlich, nach acht Jahren rot-grünen Dummsparens, wieder Priorität hat, finde ich schon einmal einen riesigen Fortschritt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, nein - lieber Tarek, lass deinen Blutdruck einmal etwas sinken -, die Koalition aus F.D.P. und CDU hat entsprechend ihren Ankündigungen, Bildung, Wissenschaft und Kunst stärker zu fördern, dieses Jahr mit dem Nachtragshaushalt für das Jahr 1999 so gehandelt und damit die rigide Sparpolitik der rot-grünen Vorgängerregierung für diesen Bereich beendet. Dies werden wir auch mit dem Haushalt für das Jahr 2000 fortsetzen.

Man kann konstatieren, dass den Hochschulen unter Rot-Grün seit 1995 ein Abbau von insgesamt 473 Stellen verordnet wurde. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: 473 Stellen wurden abgebaut. Das entspricht fast 38 Millionen DM. Lieber Herr Kaufmann, nach Ihren Plänen hätten die Hochschulen in den Jahren 2000 und 2001 weitere 115 Millionen DM einsparen sollen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten sollen! Reden Sie darüber, was Sie machen, und nicht darüber, was Sie bei anderen vermuten!)

Wir haben dem nicht nur mit dem Nachtragshaushalt für das Jahr 1999, sondern auch mit dem Entwurf zu diesem neuen Einzelplan wirklich einen Kontrapunkt entgegengesetzt.

Wir haben erreicht, dass die Hochschulen seit September dieses Jahres ihre freien Stellen wieder besetzen können. Lieber Herr Kaufmann, die Zuschüsse für die Forschungsförderung in der ATG 99 sind mit 8 Millionen DM bereits im Nachtragshaushalt mehr als verdoppelt worden. Im Jahre 2000 wird eine weitere Steigerung gegeben sein, auch wenn Sie das in den Entwürfen offensichtlich nicht gefunden haben. Denn es werden hierzu insgesamt 10 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Damit können Projekte auf innovativen Forschungsfeldern finanziert werden. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit Neuberufungen. Dabei steht die anwendungsbezogene Forschung an den Fachhochschulen endlich im Vordergrund. Darüber hinaus wird die Aufstockung auch noch dazu führen, dass neben der verstärkten Beteiligung an Messen und der Durchführung von Frauenforschungsprojekten wieder spezielle Förderungsschwerpunkte, insbesondere im Hinblick auf die Erfüllung von Bewilligungsaufträgen der deutschen Forschungsgesellschaft für Sonderforschungsbereiche und Forschungsgruppen an den hessischen Universitäten, zur Verfügung gestellt werden.

Lieber Herr Kaufmann, wir werden gerade eben nicht den Fehler machen, den Sie uns hier mit einem Änderungsantrag nahe legen wollen, dass wir bei diesen Forschungsmitteln eine komplette Zweckbindung einsetzen und damit die Hochschulen vor Ort knebeln. Nein, wir werden die Hochschulen ihre Profile ausbilden lassen. Das ist gut so.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Trotz der schwierigen finanziellen Situation des Landes ist es bei den Haushaltsberatungen gelungen, die Kürzungen bei den Hochschulen wesentlich geringer zu halten, als das in den Jahren unter der rot-grünen Regierung der Fall war. Der Haushalt für die Wissenschaft konnte auf 2,35 Milliar-

den DM gesteigert werden. Davon werden vor allem die Hochschulen des Landes profitieren. Auch der Gesamtetat des Einzelplans 15 für Wissenschaft und Kunst ist auf einen Höchststand von 2,48 Milliarden DM gekommen. Die auf-erlegten Kürzungen in Höhe von 40 Millionen DM sind dabei bereits eingeplant. Und auch die unumgänglichen Einsparungen beim Personal in Höhe von 10,9 Millionen DM sind angesichts dieses Etats zu verkraften, der auch mit dem Nachtragshaushalt für das Jahr 1999 bereits erhöht wurde.

Es wurden erhebliche Mittel für die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern locker gemacht. Herr Kaufmann, das wissen Sie sehr genau. Wenn Sie in den Plan hereinschauen, sehen Sie, dass hier 1 Million DM zusätzlich draufgelegt wurde. Auch das Bibliotheks-Sonderprogramm wird ausschließlich durch das Land weiterhin finanziert, nachdem sich Ihre rot-grüne Bundesregierung aus der Finanzierung dieses Programms komplett verabschiedet hat.

Insgesamt verbessert sich damit die finanzielle Situation der Hochschulen im Vergleich zu 1999 um über 80 Millionen DM. Herr Kaufmann, dann können Sie doch nicht allen Ernstes behaupten, dass mit diesem Einzelplan nichts für die Hochschullandschaft Hessens getan würde. Lieber Herr Kaufmann, hier wird das erste Mal seit acht Jahren wieder gehandelt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Nein, die Fachhochschulen und auch die Universitäten schneiden mit einem deutlichen Plus im Einzelplan 15 sehr gut ab.

Fazit: Die Abwärtskurve dreht sich erstmals wieder nach oben. Im Jahr 2000 wird es keine weiteren Stellenstreichungen geben. Es wird keine globalen Minderausgaben mehr geben. Die Personalstellen sind erstmals mit 97 % dotiert. Sie von Rot-Grün hatten es für richtig befunden, 50 % der freien Stellen undotiert zu lassen. Die Hochschulen können mit ihren eigenen Budgets arbeiten und selbstständig entscheiden, wie sie ihr Geld ausgeben möchten. Die Hochschulen wollen ihre Chancen nutzen, eigenverantwortlich mit mehr Geld zu wirtschaften und ihr Leistungsprofil entsprechend weiter zu schärfen. Dies werden wir mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen stützen.

Herr Kaufmann, ich bin sehr froh darüber, dass es durch den unermüdlichen Einsatz unserer Wissenschaftsministerin und mit Unterstützung der Hochschulpolitiker von CDU und F.D.P. gelungen ist, festzulegen, dass es an den Hochschulen keine Effizienzdividende geben wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie beschlossen?)

- Herr Kaufmann, ich komme gleich auf Ihren Antrag zu sprechen. Es geht eben nicht, einfach den Vermerk Nr. 7 zu streichen. - Für die Hochschulen ist es nämlich wichtig, dass es zwar keine Effizienzdividende gibt, dass sie aber trotzdem Rücklagen bilden können. Wenn man Ihrem Antrag folgte, dann wäre es den Hochschulen nicht mehr möglich, Rücklagen zu bilden, Mittel für größere Projekte anzusparen. Deshalb ist es wichtig, unserem Antrag und nicht Ihrem zuzustimmen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völliger Quatsch, was Sie sagen! Das stimmt überhaupt nicht!)

Genauso wichtig ist es, dass wir zur finanziellen Vorsorge den Hochschulen und auch den Klinika mit einer Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes und einem neu einzu-

führenden Universitätsklinikengesetz die rechtlichen Grundlagen liefern, dass sie fit für das kommende Jahrtausend werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sind die Entwürfe?)

- Lieber Herr Kaufmann, die Referentenentwürfe werden noch in diesem Jahr vorliegen. - Damit werden Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Hochschulen endlich Realität. Dazu hat es seine Zeit gebraucht.

Auch im Bereich von Kunst und Kultur steigen die Zuschüsse erstmals wieder an, nachdem die Kulturpolitik in Hessen über Jahre sträflich vernachlässigt worden ist. Für die Förderung von Kunst und Kultur stehen insgesamt 82,5 Millionen DM zur Verfügung. Eine Reihe von Investitionen in verschiedene kulturelle Institutionen und Projekte soll hier helfen, dass Hessen auch im Bereich der Kultur langsam wieder auf einen der vorderen Plätze im Vergleich unter den Bundesländern gelangt.

Wir haben die Mittel für die Kunstpflege um 7,35% gesteigert. Diese Mittel werden für Baudenkmäler und Parkanlagen eingesetzt, für Restaurierungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten sowie für den Staatspark Wilhelmsbad in Hanau, der für die Landesgartenschau im Jahre 2002 hergerichtet werden soll.

Die gemeinsam mit den Landkreisen finanzierte Denkmaltopographie wird zusätzliche Mittel für die systematische Erfassung und Erforschung von Bau- und Kunstdenkmälern erhalten. Das Landesamt für Denkmalpflege erhält zusätzlich 300.000 DM für die Boden- und paläontologische Denkmalpflege, insbesondere für Notbergungen sowie für die systematische Aufnahme und Erfassung von Bodendenkmälern sowie für die Finanzierung entsprechender Veröffentlichungen und Fundberichte. Das heißt, wir haben kulturelle Projekte auf vielfache Weise gefördert.

Dazu kommt eine verstärkte Förderung der privaten Musikschulen, die über zusätzlich 720.000 DM verfügen können, sodass sich der Gesamtbetrag der Fördermittel für private Musikschulen auf nunmehr 3,6 Millionen DM beläuft. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung wird außerdem für die Ausstellung zu den Funden am Glauberg 1 Million DM in diesem Haushalt bereitgestellt, um das von der Wissenschaftsministerin am Montag präsentierte Konzept verwirklichen zu können.

Kurz und gut kann man zusammenfassen, dass in Hessen endlich Schluss ist mit der Unterfinanzierung und Überregulierung an den Hochschulen und in der Kultur. Wir investieren in die Zukunft junger Menschen und die kulturelle Seele unseres Landes. Dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, zeigen nicht nur die Reaktionen landauf, landab an den Hochschulen, in den Theatern, in den Museen. Lieber Herr Kaufmann, wenn Sie richtig hinhörten, würden auch Sie das mitbekommen.

Dass wir offensichtlich auf dem richtigen Weg sind, zeigen auch die Änderungsanträge zu diesem Einzelplan, denn, oh Wunder, von der SPD ist überhaupt kein Antrag gekommen. Sie scheinen total zufrieden zu sein mit dem Einzelplan 15, von Ihrer Seite dürfte überhaupt keine Kritik kommen, zumindest ist sie bis jetzt nicht schriftlich formuliert worden. Und die wenigen Anträge, die von Ihnen gekommen sind, lieber Herr Kaufmann, zeigen keine besonders große Unzufriedenheit mit dem Einzelplan, wie er von den Koalitionsfraktionen CDU und F.D.P. vorgelegt worden ist.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Hochschulen dumm gespart. Wir machen Lehre und Forschung wieder

fit für die Zukunft. Hessen handelt auch hier. Deswegen geht es voran.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Siebel für SPD-Fraktion.

Michael Siebel (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Offenbar führt es zu Irritationen, wenn man mit bestimmten Ritualen bricht, beispielsweise mit dem Ritual, dass zu bestimmten Einzelplänen quasi zwanghaft Änderungsanträge gestellt werden müssen.

(Michael Denzin (F.D.P.): Man sollte nie etwas zwanghaft machen!)

- Genau. - Die Rede von Frau Beer hat mich dazu motiviert, das, was ich mir aufgeschrieben habe, ein Stück weit umzustellen. Unsere Kernkritik am Einzelplan 15, dem Einzelplan für Wissenschaft und Kunst, ist, dass wir nicht erkennen können, welchen Grundsätzen dieser Einzelplan eigentlich folgt. Es ist nicht einmal erkennbar, ob er liberalen Grundsätzen folgt.

Ich sage Ihnen jetzt einmal drei sozialdemokratische Grundsätze, nach denen wir einen Etat für Wissenschaft und Kunst entwerfen würden.

Erster Grundsatz. Wir stehen für Chancengleichheit. Wir stehen dafür, dass Begabungsreserven tatsächlich mobilisiert werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der F.D.P.)

Von daher verwundert und befremdet mich ein wenig, wie in Ihrem Etat mit der Frauenförderung und -forschung umgegangen wird.

(Zuruf von der F.D.P.)

Sie gehen damit das Risiko ein, dass Begabungsreserven nicht mobilisiert werden.

Zweiter Grundsatz. Wir wollen Kreativität durch die Übertragung von Verantwortung fördern. Hier sind wir sicherlich an einem Punkt, an dem es eine Reihe von Gemeinsamkeiten gibt. Wir wollen Leistung und Qualität von Forschungseinrichtungen fördern, sind aber noch lange nicht auf dem Wege - da werden wir noch viel zu diskutieren haben -, dass sich der Hessische Landtag tatsächlich als Leistungsnehmer der Hochschulen begreift. Das heißt, wir müssen dorthin kommen, dass wir definitive Zielvereinbarungen festlegen, die über quantitative Leistungskriterien hinausgehen.

Dritter Grundsatz. Wir Sozialdemokraten wollen Forschung für den Menschen. Auch ein solcher Grundsatz ist in diesem Etat nicht sichtbar. Ich sage nicht, dass sich nicht kritisch mit bestimmten Forschungsbereichen auseinandergesetzt wird. Ich sehe aber nicht, dass man z.B. den Umweltschutz als Prinzip stärker herausarbeiten will. Ich sehe in diesem Zusammenhang auch nicht, dass man z.B. Schwerpunkte im Bereich der Humanisierung der Arbeitswelt setzen will. All dies ist in diesem Haushaltsentwurf nicht sichtbar.

Ich will jetzt zu der Frage zurückkommen, warum dieser Einzelplan in dieser Debatte eine so bedeutende Stellung hat. Ich finde es natürlich richtig, dass dieser Einzelplan eine so bedeutende Position hat, weil es hier in der Tat um

eine Investition in die Köpfe geht. Es geht darum, wie wir das bewerkstelligen. Ich habe eben ausgeführt, welchen drei Grundsätzen Sozialdemokraten bei der Aufstellung eines solchen Einzelplanes verpflichtet wären.

Es geht zweitens natürlich auch darum, dass die Hessische Landesregierung bemüht ist, über den Einzelplan 15 dem Bereich Wissenschaft und Kunst ein eigenes, unverfälschtes, vielleicht sogar unvergleichbares Gesicht zu geben. Dies ist außerdem der erste Etat, den die stellvertretende Ministerpräsidentin vorlegt, und dieser Etat hat natürlich auch deshalb eine besondere Bedeutung, weil es um eklatante Einschnitte geht, die mit den Programmhaushalten zusammenhängen.

Ich möchte zu den drei Bereichen etwas sagen. Das neue und unvergleichliche Gesicht - Frau Beer, Sie haben alle Zahlen genannt, das finde ich auch alles okay - : Förderung der Nachwuchswissenschaftler, Bibliotheks Sonderbauprogramm, ATG 99, Neubesetzungen um 10 Millionen DM erhöht usw.

(Nicola Beer (F.D.P.): Dagegen kann man schwer etwas sagen!)

- Ich sage auch gar nichts dagegen. Ich sage doch überhaupt nichts dagegen, dass diese Landesregierung natürlich der Tatsache, dass die F.D.P. die stellvertretende Ministerpräsidentin stellt, ein Stück weit Tribut zollen muss. Aber auf der anderen Seite ist es doch so, dass die Kollegen Wagner oder Bouffier mit 10 Millionen mehr auch etwas anzufangen wüssten. Es ist doch gar nicht klar, dass dem dann auch gefolgt wird.

Zu dem unvergleichlichen Gesicht muss man sich dann die einzelnen Teile auch einmal etwas genauer anschauen. Ich nehme jetzt einmal einen Randbereich, und zwar den der Museumsförderung. Hier wird die Geschichte mit dem Glaube so abgefeiert, Sie haben jetzt dazu einen Vorschlag gemacht. Es ist schön, dass dort die Millionen zur Verfügung gestellt werden. Was ich allerdings nicht sehe, das ist ein geschlossenes Museumskonzept, das beispielsweise dem Prinzip der Regionalisierung in Hessen Rechnung tragen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage das sehr bewusst auch für die SPD, weil wir uns auf die Fahnen schreiben, dass wir tatsächlich Ressourcen im Land verteilt und nicht zentralisiert haben.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Bei diesem Haushalt ist es nicht sichtbar, dass er einer solchen Verpflichtung gerecht wird - ich nehme nur einmal dieses eine Beispiel heraus.

Was aber eben auch das neue, das besondere und das vielleicht unvergleichbare Gesicht dieses Haushalts darstellt - es ist schon gesagt worden -, ist, dass bestimmte Einrichtungen, die vielleicht eine Nische darstellen, platt gemacht werden. Es sind benannt worden das Zentrum für Wissenschaft, Technik und Kultur in Hünfeld, der Wissenschafts-laden und der hessische Forschungsverbund Abfallwirtschaft. Es geht dort um vergleichsweise wenig Geld, vergleichsweise in dem Sinn, was diese Landesregierung aufgrund von Fehlern im Ministerium noch an Millionen nachlegen konnte.

In der kursorischen Lesung ist uns vom Staatssekretär immer wieder gesagt worden, das diene der Schärfung des wissenschaftlichen Profils im Hochschulbereich. Dass gerade diese einzelnen - ich sage jetzt auch einmal: kleinen,

vielleicht auch einmal gegen den Wind liegenden - Institute von Ihnen gestrichen werden, das halte ich für eine relativ schlimme Angelegenheit. Dass es dort in einzelnen Bereichen ein Überdenken gegeben hat, findet meine Anerkennung. Gleichwohl ist es meiner Ansicht nach nicht zu rechtfertigen.

(Beifall der Abg. Barbara Stolterfoht und Prof. Erika Fellner (SPD))

Besonders ärgert es mich, dass in der kursorischen Lesung von Ihnen, Herr Staatssekretär, uns zugesagt worden ist, dass jeweils die vorgetragenen Einzelfälle, inklusive beispielsweise der Kürzungen beim Institut Wohnen und Umwelt, noch einmal überprüft werden, wir aber bis heute keine Rückmeldung darüber erhalten haben, inwieweit diese Prüfung erfolgreich war oder zu welchem Ergebnis sie geführt hat - zumindest in den Fällen, in denen an den Kürzungen festgehalten wird. Das ärgert mich deswegen ein bisschen, weil Versprechungen gemacht worden sind, die nicht eingehalten wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist der erste Etat der stellvertretenden Ministerpräsidentin. Ich sagte es schon, ich finde es okay, dass dann in diesem Bereich einige Mark mehr in die Hand genommen werden. Was ich allerdings nicht okay finde, ist, dass dann in bestimmten öffentlichen Darstellungen ein Stück weit schräg argumentiert wird. Frau Wagner, Sie gehen in die Öffentlichkeit und sagen: Wir haben im gesamten Hochschulbereich 80 Millionen DM mehr. - Sie argumentieren jetzt auf der Basis der Zahlen des Zuschussbedarfs Ihres Ministeriums.

(Ministerin Ruth Wagner: Ja!)

Der Zuschussbedarf setzt sich bekanntlich - ich lasse mich gerne belehren - aus den Einnahmen und den Ausgaben zusammen. Die Ausgaben sind natürlich nicht um 80 Millionen erhöht. Dieser Posten setzt sich ein Stück weit aus reduzierten Einnahmeansätzen im Staatshaushalt zusammen und aus einem Erhöhungsanteil von in der Tat 20 Millionen DM im Wissenschaftsbereich, im Kernhaushalt selbst.

Wenn man sich aber jetzt einmal die Mühe macht und schaut, inwieweit die heruntergefahrenen Einnahmesätze im Staatshaushalt mit den entsprechenden Wirtschaftsplänen der einzelnen Universitäten korrespondieren, dann findet man dort eine erhebliche Differenz. Ich halte es von daher für unlauter, schlicht und ergreifend nur die Zahlen des Zuschussbedarfs herzunehmen und zu argumentieren, dies seien dann 80 Millionen DM mehr - wenn bei der Übertragung in die Einzelhaushalte, in die einzelnen Wirtschaftspläne der Universitäten, ein Teil davon im Gully versinkt. Dies ist nicht ehrlich, nicht solide, und das muss dann hier auch gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Michael Siebel (SPD):

Ja, ich könnte jetzt auch einmal ganz kurz zum Schluss kommen.

(Heiterkeit)

Was mir fehlt, das ist eine Diskussion über die Frage: Wie werden wir unserer neuen Rolle im Hessischen Landtag als

Haushaltsgesetzgeber in Zukunft gerecht, insbesondere um die Hochschulen im Sinne der Überprüfung von Zielvereinbarungen noch zu kontrollieren? Diese Diskussion muss vom Ministerium angestoßen werden. Es war unsere Aufgabe - sowohl die der Opposition als auch die der Regierungsfractionen -, in den Ausschüssen einzufordern, dass das Ministerium diese Zahlen auf den Tisch legt.

Ich möchte es noch einmal sagen: Wir haben keine Einzelanträge gestellt, weil wir Herrn Denzin und anderen die Lust nehmen wollten, dagegen zu stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Herrhausen für die CDU-Fraktion.

Traudl Herrhausen (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich nehme die Art der Debatte, die Herr Siebel gerade begonnen hat, gerne auf und antworte direkt.

Sie haben bemängelt, dass wir keine Grundsätze bei der Haushaltsaufstellung erkennen ließen, und suchten nach dem Grundsatz der Chancengleichheit. Begabungsreserven sollten mobilisiert werden, haben Sie gesagt. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, Sie haben die Chancengleichheit in den vergangenen acht Jahren nicht gewahrt.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist ein schwerer Vorwurf!)

- Das ist ein schwerer Vorwurf, und den wiederhole ich hier. Wenn die Hochschulhaushalte besser dotiert gewesen wären, hätte man in den Hochschulen mehr Chancen ergreifen können.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Na, na, na! - Es geht um die Zukunft!)

- Natürlich geht es um die Zukunft. Aber lassen Sie uns das zuerst abarbeiten, dann werden wir Ihnen zeigen, dass wir die Chancen besser wahren - indem wir einfach besser dotieren. Wenn Sie z. B. anstatt nur 50% alle nicht besetzten Stellen im Personalhaushalt dotieren und dementsprechend mehr Geld im Nachtragshaushalt in die Hochschulen hineinkommt, ist das natürlich eine bessere Ausstattung der Hochschulen. Davon können Tutorien, wissenschaftliche Hilfskräfte usw. bezahlt werden, damit auch in den Fächern, in denen Massenunterricht erfolgen muss, dieser besser und zielgerichteter erfolgen kann.

Zweitens, Kreativität durch Eigenverantwortung - Stichwort Zielvereinbarungen. Was haben Sie denn in den letzten acht Jahren hier gemacht? Es gibt kein hessisches Referenzmodell für Hochschulreform. Es gibt genügend andere Modelle in der Bundesrepublik, aber ein hessisches gibt es nicht. Mit anderen Worten: Sie haben überhaupt keine Grundlagen dafür gelegt, dass wir hier tatsächlich eine Reform weiterführen könnten. Wir beginnen damit. Sie haben Doppik und Drittelparität eingeführt. Das hat schon ein berühmter Präsident einer hessischen Hochschule in der letzten Anhörung angemahnt: Das Wesentliche des Hessischen Hochschulgesetzes seien die zwei Ds - Doppik und Drittelparität. Von einem durchgängigen Reformwillen der vorigen Landesregierung ist hier überhaupt nichts vorgefunden worden.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Lesen Sie doch einmal das Gesetz!)

Drittens, Forschung für den Menschen. Wir haben ganz bewusst den Zusatz zu den zu fördernden Titeln aus der ATG 99 herausgenommen. Denn Forschung und Lehre sind frei. Wenn sich eine Hochschule im Bereich der Frauenforschung profilieren will, dann soll sie das machen. Wenn eine andere Hochschule im Bereich von Technik oder Musik oder irgendeinem anderen Fach, in dem sie besonders gut ist, ein besonderes Profil entwickeln will, dann kann sie das auch machen. Wir wollen da keine Vorgaben geben. Im Gegenteil, wir wollen die Autonomie fördern.

Nun noch einige Erläuterungen zu den Prinzipien der Haushaltsaufstellung.

Herr Siebel, das ist vielleicht das, was Sie vermisst haben. Wo sind die Schwerpunkte? Wenn wir den Haushalt so fortgeschrieben hätten - Sie erinnern sich vielleicht an die Rechnung, die der damalige Finanzminister Starzacher aufgemacht hat -, dann hätten wir gegenüber der Finanzplanung im Einzelplan 15 Einsparung von 65,5 Millionen DM gehabt, und das bedeutet einen Anteil von 24% am geforderten Einsparvolumen. Die Hessische Landesregierung hat auch Einsparungen in der Fortschreibung zu verkraften gehabt, sie hat aber durch eine politische Willensäußerung die Einsparung in diesem Bereich auf 8,89% des gesamten Einsparvolumens begrenzt. Das ist natürlich schwierig für die anderen Ressorts, aber es ist deutlich gemacht worden, dass ein Schwerpunkt dieser Landesregierung, nämlich Wissenschaft und Bildung, sehr viel besser wegkommt als die anderen. Sie haben sich das nie getraut. Ein Opfer Ihrer Politik ist Frau Mayer geworden, die das Handtuch geschmissen hat, weil Sie den Bereich Wissenschaft und Kunst nicht so gefördert haben, wie es in Ihren Lippenbekanntnissen zu hören war.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Die Zahlen muss ich nicht wiederholen, die hat die Kollegin Beer schon vorgetragen. Vielleicht noch einige Worte zu den Änderungsanträgen unserer beiden Fraktionen. Wir haben den Bibliotheksbereich mit 40.000 DM gestärkt. Wir haben die archäologische Landesforschung zusätzlich gestärkt. Wir haben etwas getan, was in Ihren Ohren sicher wie Musik klingen wird: Wir haben auch die freien Kulturinitiativen und soziokulturellen Veranstaltungen mit 100.000 DM mehr gestärkt.

(Norbert Kartmann (CDU): Sind da auch die SPD-Ortsvereine dabei?)

- nein -, und wir werden für das Weltkulturerbe Lorsch einen Betrag einsetzen, damit dort wenigstens die Forschung weiter betrieben werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Zum Abschluss noch einmal: Was haben wir vorgefunden? Landauf, landab diskutierte Reformen fanden im hessischen Hochschulwesen noch nicht statt. Hier haben einige engagierte Leute zäh, nachhaltig, mit großem Einsatz und mit wenig Anerkennung dafür gekämpft, dass Hessens Hochschulen nicht den Anschluss verlieren. Die abgewählte Landesregierung hat sich da wenig eingesetzt.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU) - Zuruf der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Wichtig ist, dass Reformprozesse in einem freundschaftlichen und offenen Dialog begleitet werden müssen im Sinne von Versuch und Irrtum. Da stimme ich Herrn Siebel zu.

Es geht nicht um ideologische Festlegungen, die festgezurr werden müssen, sondern es geht um ein Weitergehen in der Entwicklung von Forschung, Lehre, Kunst und Wissenschaft. Diesen Weg haben wir beschritten, und diesen Weg wollen wir weiter gehen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Siebel, Herr Kaufmann, bezüglich Ihrer Vermutung, warum der Einzelplan 15 aufgerufen wird, darf ich Sie - vielleicht entschuldigt Sie die kurze Zugehörigkeit zu diesem Haus - darauf aufmerksam machen, dass ich seit Jahrzehnten immer für etwas plädiert habe. Ich gehöre zu den Oldies dieses Hauses.

(Gerhard Bökel (SPD): Ach?)

- Ja, mittlerweile rangiere ich kurz hinter Herrn Clauss. - Ich habe es immer für richtig gehalten, dass die beiden Bildungsbereiche zu einer angemessenen Zeit in diesem Haus diskutiert werden,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

weil sie zur eigenständigen Landespolitik gehören, weil sie am wenigsten sozusagen unter bundespolitische Zuweisungen gestellt werden. Deshalb halte ich es für richtig. Herr Kaufmann, ich freue mich selbstverständlich, dass ich nun in der neuen Position als stellvertretende Ministerpräsidentin auch noch dafür sorgen kann, dass man diesen Haushalt herzeigen kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kaufmann?

(Ministerin Ruth Wagner: Herr Kaufmann, wenn es kurz ist, ja!)

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es an der Koalition gescheitert ist, eine noch prominentere und bessere Positionierung des Einzelplans 15 in der Debatte zu erreichen, nämlich am morgigen Vormittag, weil Sie darauf bestanden haben, die gesamte Debatte bis heute in die Nacht zu ziehen?

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Kaufmann, vielleicht gibt es auch noch andere Terminierungen. Ich finde nur, die Einzelpläne 04 und 15 passen gut zusammen. Deshalb bin ich mit diesem Zeitpunkt sehr einverstanden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, verehrter Herr Siebel, ich glaube, dass man zunächst feststellen muss: Wir treten nicht mit dem ersten Etat, sondern mit dem zweiten ent-

scheidenden Etat in acht Monaten an, der acht Jahre Hochschul- und Wissenschaftspolitik total verändert. Darauf bin ich schon stolz.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Siebel, deshalb will ich auch gerne mit Ihren drei Punkten anfangen, denn ich glaube, es sind in der Tat wichtige Prinzipien, über die wir uns gerne auseinander setzen wollen. Sie wissen, dass Chancengleichheit für mich persönlich nicht nur wegen meiner eigenen Biografie, sondern von meinen Grundüberzeugungen her etwas Besonderes ist, für das ich mich einsetze. Aber schon in der Situation einer Koalition mit der SPD - das war die entscheidende Auseinandersetzung - haben wir als Liberale immer darauf bestanden, dass es einen Unterschied zwischen Startgleichheit und Zielgleichheit gibt. Wir wollen, dass Leute die gleichen Startgleichheiten haben, Bedingungen haben, ihren Begabungen nachzugehen und ihre Fähigkeiten auszubilden, dann auch entsprechend gefördert zu werden, und zwar Hochbegabung genauso wie Minderbegabung. Das ist der Unterschied zur SPD, und darauf bestehe ich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Dem werden wir durch den finanziellen Rahmen, den wir mit diesem Nachtrag und dem Haushalt 2000 setzen, in der Tat gerecht. Ich will Sie nochmals daran erinnern, dass das nicht irgendwelche kleine Plattitüden sind. Herr Kaufmann, Sie haben als Einziger protestiert, als am 01.02. dieses Jahres der damalige Finanzminister einen Aufstellungserlass für alle Ressorts herausgebracht hat, der Sie völlig platt gemacht hat - Sie kannten ihn nämlich nicht -, wonach die Hochschulen 65 Millionen DM im nächsten Jahr hätten einsparen müssen. Aus der SPD habe ich nichts gehört, Sie haben wenigstens protestiert.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Setzen Sie das einmal in Relation zu dem Nachtragshaushalt. Ich gebe zu, das sind Zuschussbeträge, aber darauf komme ich noch. Wenn Sie 19 Millionen DM und gut 88 Millionen DM für das Jahr 2000 addieren plus die Einsparung von 65 Millionen DM, dann wären die Hochschulen im nächsten Jahr bei minus 170 Millionen DM. Das ist die "Pleite", auf die ich stolz bin. Das ist die Bilanz, die wir haben:

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So kann man nicht rechnen, das wissen Sie auch!)

170 Millionen DM hätten Sie im nächsten Jahr den Hochschulen insgesamt abgeknöpft.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist gar nicht wahr!)

- Aber ja. Das wäre der Zustand gewesen. Ich sage Ihnen, es wäre die konsequente Fortführung der Dummsparerei seit acht Jahren gewesen. Das ist doch die Frage.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Bundeskanzler Schröder hat in seinem Wahlkampf ein hinreißendes Plakat gehabt. Das war wirklich gut, werblich hervorragend, ein Superspruch: "Wer an Bildung spart, spart am Hirn" - das haben Sie in Hessen acht Jahre praktiziert, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir machen eine Trendwende. Wir wollen, dass die Gehirne aktiv werden können, dass sie kreativ werden. Wir

wollen, dass sie in der Forschung das forschen dürfen, was sie wollen, und nicht, was wir ihnen vorgeben, dass sie z.B. Umweltforschung betreiben können - das tun viele -, ohne dass eine Landesregierung ihnen sagt: Macht das.

Nein, meine Damen und Herren, die Forschung ist frei in diesem Land - nach der Hessischen Verfassung und nach dem Grundgesetz. Wenn es nicht an ethisch zu beanstandende Fragen geht, muss es die Freiheit der Forschung in unserem Land geben. Sie ist der Kernbestand nicht nur von Meinungsfreiheit, sondern auch von ökonomischer Prosperität. Dafür werden CDU und F.D.P. immer eintreten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Bemerkungen zu einzelnen Schwerpunkten machen, die in der Tat ganz klar in diesem Haushalt hervortreten. Wir haben das Thema der Forschungsförderung ganz nach vorne geschoben, und wir sind mit 10 Millionen DM wieder da, wo 1991 die Dotation von Wolfgang Gerhardt stand. Sie ist nur einmal durch Evelies Mayer übertroffen worden, die diesen Etat auf 15 Millionen DM gebracht hatte. Sie haben ihn auf 3,8 Millionen DM heruntergefahren. Das war Ihre Bilanz. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, dass wir hier keine Forschungsvorgaben machen, dass wir da andocken, wo die Schwerpunkte in den Hochschulen sind, dass wir Berufungen ausstatten, die wichtig sind, um Spitzenpositionen in Hessen wieder zu besetzen und nicht Spitzenleute zu verlieren.

Wir haben erstmals, was Sie völlig heruntergefahren haben, wieder angewandte Forschung an Fachhochschulen eröffnet - ein ganz wichtiger Punkt auch des Technologietransfers, der gerade zwischen Fachhochschule und Wirtschaft eingestanden ist. Wir werden zwei herausragende wissenschaftliche Institutionen - kleine, aber hoch qualifizierte wissenschaftliche Institutionen -, nämlich die Hessische Friedens- und Konfliktforschung und das Georg-Speyer-Haus, in die Lage versetzen, dass sie eines Tages in die Blaue Liste aufgenommen werden können. Das ist ein wichtiger wissenschaftlicher Ausweis.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber auch nicht Ihre Erfindung! Schmücken Sie sich nicht mit fremden Federn!)

- Herr Kaufmann, ich komme gleich dazu. - Ich sage jetzt ganz bewusst, dafür haben wir die Zuschüsse für so genannte Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen wie das RWZ, den Abfallverbund, den Wissenschaftsladen Gießen und das Fraueninstitut in Frankfurt halbiert, und wir werden sie im nächsten Jahr auslaufen lassen,

(Petra Fuhrmann (SPD): Darauf können Sie stolz sein!)

und zwar deshalb, weil es sich in allen vier Instituten im Vergleich zu den anderen, auch kleineren Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen des Landes eben nicht um Forschungseinrichtungen handelt, sondern wie z.B. im Falle des regionalen Rhöner Instituts, um Einrichtungen, die große Verdienste haben in der Marketingsituation, in der Umweltsituation, in der Werbung für Tourismus, in allen möglichen Dingen, die nur keine Funktion als Forschungsinstitutionen haben. Das sagen die Betroffenen auch selbst.

Wir haben sehr wohl den neuen Leiter, der sich darum kümmert, gefragt, warum das nicht ein Nukleus für einen Technologietransfer für eine Situation, wie sie im Grunde für die Arbeit in der Region dargestellt worden ist, auch

über Ländergrenzen hinweg ist. Können Sie mir einmal sagen, was der Wissenschaftsladen in Gießen in den letzten Jahren eigentlich wissenschaftlich getan hat? Das war Verbraucherberatung, um es ganz klar zu sagen. Dann hat er in unserem Haushalt nichts zu suchen. Deshalb ist es völlig in Ordnung, wenn die Landesregierung auch solche Zusatzfragen überprüft.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Thema Nachwuchs-, Graduierten- und Frauenförderung etwas sagen. Ja, der generelle Ansatz für die Frauenförderung ist gleich geblieben. Dafür haben wir massiv die Mittel für Graduiertenförderung erhöht, die vor allen Dingen jungen Frauen helfen wird, die in der Wissenschaft als Beruf bleiben wollen. Wir werden daraus ganz konkrete Dinge machen, wie z.B. Kinderbetreuung an Hochschulen. Das ist übrigens wichtiger, als eine Quote festzulegen, die ohnehin nicht erreicht wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es den 30-jährigen jungen Frauen zu ermöglichen, wissenschaftliche Karriere mit Familie zu verbinden, das ist nicht nur eine frauenpolitische Frage. Es ist eine hoch politische Frage. Wenn heute über 50% der Studierenden - das ist die letzte Statistik - Frauen sind, wenn wir heute schon über 30% Promotionen von Frauen haben, dann ist es die Pflicht, auch in hohe Professorenämter Frauen so qualifiziert hineinzubringen und für sie Bedingungen zu schaffen, dass sie das wirklich erreichen können, und nicht über Paragraphen oder über Quoten zu streiten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was habt ihr gemacht?)

Das Fraueninstitut in Frankfurt ist im Vergleich zu anderen Frauenförderungsinstituten in seiner Qualität eben auch nicht so gewesen, dass es unter Forschung hätte weiter gefördert werden können.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Staatsministerin, ich will nur darauf hinweisen: Die den Fraktionen zugemessene, mit der Regierung vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident, ich werde mich bemühen.

Wir haben ein Graduiertenkolleg nur für Frauenforschung zum ersten Mal überhaupt an der Frankfurter Universität eröffnet. Das hat es bisher nicht gegeben.

Herr Siebel, zum Stichwort internationale Frauenuniversität bei der Expo. Das Land Hessen hat über Frau Hohmann-Dennhardt und Herrn Holzapfel in den letzten Jahren schon 400.000 DM aus Mitteln bewilligt, die eigentlich für Nachwuchsförderung zur Verfügung standen.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Für internationale Universitäten!)

- Doch, das ist so. Sie irren. - Ich habe verhindert, dass weitere 800.000 DM dorthin fließen. Oh Wunder, 800.000 DM sind aus privaten Mitteln aufgebracht worden. Na und? Ist das schlimm gewesen? Das ist doch gut, wenn endlich Leute, die immer nur an den Staat herantreten, für ihre Zwecke, von denen ich glaube, dass sie den hessischen Hochschulen und Studierenden wenig bringen werden, sich der Mittel anderer bedienen. Warum denn nicht? Das muss ja nicht verboten sein.

(Beifall bei der F.D.P. - Barbara Stolterfoht (SPD): Das ist ein Qualitätsausweis!)

- Verehrte Frau Stolterfoht, die Frauenforschung, die Situation von Frauenförderung in Hessen wird nicht davon abhängig sein, dass fünf junge Studierende zwischen Kassel und Hannover hin- und herpendeln dürfen mit ICE-Karten erster Klasse, mit Mitteln der Gesamthochschule Kassel, indem sie sich über Projekte unterhalten, wie die Gewalt auf Strassen in Großstädten zu bekämpfen ist.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Das bezahlt die BAG!)

Dafür gab es in Ihrem Ressort und in den kommunalen Ressorts ganz viele Untersuchungen. Dafür braucht man keine internationale Universität.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorgaben für die Wissenschaft mit liberaler Haltung!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Stichwort aufgreifen, um einiges zum Hochschulbereich und zur Kultur zu sagen. Wir haben eine Bausituation in den Hochschulen vorgefunden, die durch eklatanten Verfall von Siebzigerjahresbauten gekennzeichnet ist. Wir haben so gut wie keine Bauunterhaltung mehr gehabt. Im nächsten Jahr wird es erstmals 7 Millionen DM Zuschüsse für die Bauunterhaltung nach den vorgegebenen Friedensneubauwerten geben. Das bedeutet, dass wir zum ersten Mal die Bau-rate erfüllen können: bei den Hochschulen zu 90% und bei den Kulturbauten zu 100%. Das, was Sie durch unterlassene Bauunterhaltung angerichtet haben, führt doch erst zu den großen Sanierungsfällen, die wir heute vorfinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich zum Hochschulbereich, bevor ich zur Kultur komme, abschließend sagen: Mit diesem Haushalt, mit den von den Koalitionsfraktionen und der Solidarität des Kabinetts ganz klar privilegierten Situationen des Einzelplans 15 wird es gelingen, die Qualität auch der akademischen Ausbildung neben der schulischen Ausbildung zu steigern. Dafür danke ich den Koalitionsfraktionen und dem Kabinett.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich zur Kultur nur so viel sagen. Herr Siebel, Ihre regionale Verteilung gerade zu ruinenhaften Situationen sah folgendermaßen aus. Der gesamte Haushalt für Kultur mit Fördermöglichkeiten betrug am Anfang des Jahres 259 Millionen DM. Im nächsten Jahr wird er 282 Millionen DM betragen. Die Kolleginnen haben schon vorge-tragen, was darin enthalten ist.

Ich will noch eines hinzufügen. Erstmals seit über drei Jahren - es war so abgeschmolzen - wird es wieder eine Zuführung von Mitteln aus dem Landeshaushalt an die Hessische Kulturstiftung geben. Andere Ländern haben Kulturstiftungen, aus deren Zinsen Dinge gemacht werden, die wir mühsam aus dem Haushalt bezahlen müssen. Wir wollen das endlich wieder aufbauen - eine der wichtigsten Maßnahmen, die mit dem zusammenhängen, was wir auf Bundesebene und im Bundesrat mit der Stiftungsinitiative nach vorne bringen wollen. Wir sind Stifter. Wir suchen Zustifter. Wir brauchen Private, die sich mit engagieren, und wir wollen über den Haushalt hinaus privates Engagement in die Kultur akquirieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Herr Siebel, was Sie uns hinterlassen haben - ich will es einmal ganz konkret sagen -, war am Staatstheater Darmstadt ein Sanierungsbedarf von 135 Millionen DM. Das haben wir vorgefunden. Das haben Sie durch unterlassene

Bauunterhaltung verursacht: 50 Millionen DM beim Staatstheater Wiesbaden, 30 Millionen DM in Kassel, beim Museum in Darmstadt zwischen 30 und 50 Millionen DM geschätzt, in Kassel 30 bis 40 Millionen DM, in Wiesbaden 30 Millionen DM, bei der Schlösser- und Gärtenverwaltung 170 Millionen DM - macht zusammen 400 Millionen DM Sanierungsbedarf in der Kultur. Da sagen Sie, wir hätten keine Schwerpunkte. Das werden wir auch in vier Jahren nicht ohne weiteres ändern können, weil Sie das so haben verlottern lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Kein Land in der ganzen Bundesrepublik gibt weniger für sein kulturelles Erbe aus als dieses wirtschaftsstarke Land, das in Wahrheit hier sehr viel mehr tun könnte. Deshalb sage ich Ihnen: Wir machen eine Trendumkehr. Wir werden alles daran setzen, dass an vielen Stellen dieses Landes tatsächlich auch begonnen wird, dass die großen Situationen kulturellen Erbes, die wir von anderen Generationen ererbt haben, auch der nächsten Generation noch ordentlich vererbt werden können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Die Aussprache zu Einzelplan 15 ist beendet.

Ich rufe auf

Einzelplan 05 - Hessisches Ministerium der Justiz -

Aussprache: zehn Minuten. Wer wünscht das Wort? - Das Wort hat Herr Kollege Schmitt für die Fraktion der SPD.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsplan für den Bereich Justiz macht deutlich, dass Justizminister Wagner, den ich vermisse - -

Präsident Klaus Peter Möller:

Entschuldigung. Nur als Hinweis: Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat ist eine klassische Entschuldigung. Der Staatssekretär vertritt.

(Armin Clauss (SPD): Trotzdem kann er ihn vermissen!)

- Ja. Ich habe es heute Morgen gesagt. Ich darf ihn entschuldigen. Wenn Sie ihn vermissen, darf ich klarstellen, warum er fehlt. So sind die Aufgaben.

(Armin Clauss (SPD): Er vermisst ihn doch nur!)

Norbert Schmitt (SPD):

Ob er da ist oder nicht: Entscheidend ist die Tatsache, dass der Haushaltsplan für den Bereich Justiz beweist, dass Justizminister Wagner ein Minister der starken Sprüche, aber der schwachen Taten ist. Den härtesten Strafvollzug hat er versprochen. Die Zwischenbilanz sieht so aus, dass in der kurzen Amtszeit von Minister Wagner so viele Häftlinge aus den Gefängnissen ausgebrochen sind wie in der gesamten Amtszeit seines Vorgängers, des angeblichen Sicherheitsrisikos, von dem Sie immer gesprochen haben, von Herrn von Plottnitz.

(Rüdiger Hermanns (CDU): Angeblich!)

- Auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet. Wenn von Plottnitz ein Sicherheitsrisiko mit dieser Bilanz war, dann

ist Herr Wagner wirklich eine Sicherheitskatastrophe in diesem Land. Das sind doch die Tatsachen.

Es ist für den Amtsstil des Ministers bezeichnend, dass der anerkannte Amtsleiter Winchenbach in Butzbach in die Wüste geschickt wurde, aber der Minister selbst für die eigentliche Fahndungspanne verantwortlich ist, weil auf seinem Schreibtisch drei Tage lang die Gefangenenakten lagen, während die Polizei nach den Fahndungsfotos fahndete, um diese veröffentlichen zu können. Das ist ein toller Sicherheitsminister, der die Fahndung von Polizei, Justiz und Staatsanwaltschaft behindert, weil er in den Akten blättern will.

Mit seinem Hardlinerkurs in den Vollzugsanstalten bringt Minister Wagner nicht nur die Bediensteten gegen sich auf, weil diese tagtäglich unter diesem Klima leben müssen, sondern er selbst wird zu einer Gefahr. Die Sicherheit in den Anstalten und damit auch die Sicherheit der Mitarbeiter wird durch diese Druckpolitik des Justizministers bedroht. Die Anstalten gleichen mittlerweile einem Pulverfass.

Deshalb - das ist völlig übereinstimmend -: Wir brauchen eine neue Haftanstalt. Aber was haben Sie denn im Haushalt 2000 dazu zu bieten? Nichts haben Sie dazu zu bieten. Kassel: Leertitel. Neue Haftanstalt: Leertitel im Jahr 2000. Keine müde Mark steht im Haushaltsplan 2000 für eine Haftanstalt bereit.

Die neue Haftanstalt - in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Koch vom 22.04. noch versprochen; wie so vieles im Übrigen, was nicht eingehalten wird - wird in dieser Legislaturperiode nicht in Betrieb gehen. Das steht jetzt schon fest:

Erstens. Es steht noch überhaupt kein Standort fest. Diese Frage ist verkommissioniert worden. Es gibt überhaupt noch keine Entscheidung.

Zweitens. Die Vergabe wird wegen der notwendigen Vorbereitungszeit frühestens Anfang 2001 erfolgen, weil Sie sich verrannt haben, diese Anstalt unbedingt in privater Trägerschaft haben zu wollen.

Drittens. Angesichts einer Bauzeit von 30 Monaten - die Bauzeit wollen Sie sich absichern lassen - wird frühestens im Jahre 2003, wahrscheinlich erst im Jahre 2004 überhaupt mit einer Belegung zu rechnen sein. Dies alles nur, weil Sie sich auf eine private Trägerschaft festgebissen haben und weil Sie Ihre Hausaufgaben, nämlich die Standortfrage, bis zu diesem Tag noch nicht gemacht haben. Die private Trägerschaft übrigens wollen Sie am Parlament vorbei entscheiden - auch sehr interessant. Auch hier große Sprüche und schwache Taten.

(Beifall bei der SPD)

An anderer Stelle zeigt dieser Haushaltsplan, dass von Minister Wagner nicht mehr als ein Sprücherambo übrig bleibt. Der Haushaltsplan ist ein groß angelegtes Täuschungsmanöver. Das wird schon heute - bevor der Haushaltsplan in Kraft ist - von vielen durchschaut.

Der Minister hat am 19.07. erklärt, dass die Aufhebung des Stellenabbaus der Justiz Sicherheit gibt. Ministerpräsident Koch hat in seiner Regierungserklärung vom 22.04. festgelegt:

Die Stellenbesetzungssperre und die Stellenbeschränkungen werden auch hier noch in diesem Jahr aufgehoben. Dadurch werden wir die Überlastung der Gerichte vermindern ...

Das Gegenteil ist der Fall. Im Bereich des Justizministeriums sind 106 Stellen einzusparen. Das sieht der Kabinettsbeschluss vom 31.08. dieses Jahres vor.

Die Hälfte dieser Stellen soll vor Ort in den Geschäftszimmern eingespart werden. Von Reorganisationsgewinnen sprechen Sie. Diese sollen erbracht werden aus der Schaffung von Serviceeinheiten und aus dem Ausbau des EDV-Einsatzes. Insgesamt sollen hier 50 Stellen eingespart werden.

Das ist wirklich horrender Unsinn. Diese Maßnahmen waren und sind wichtig, um mit EDV-Einsatz und Serviceleistungen endlich der Flut der Arbeit bei den Gerichten Herr zu werden. Bei den Gerichten soll nun wieder wegrasiert werden. Sie treffen damit gerade die Gerichte, die besonders bei der Einführung von moderner, neuer Technik engagiert waren. Die fühlen sich jetzt zu Recht mit ihrer Arbeit missbraucht. Zudem - das ist auch das entscheidende Novum - werden erstmals Richterstellen nicht wieder besetzt. Es soll eine Stellenbesetzungssperre von fünf bis sieben Monaten eingeführt werden. Aber Orwell lässt grüßen. Sie sprechen nicht von einer Wiederbesetzungssperre, sondern von Wartefristen. Mit diesem verniedlichten Wort soll vertuscht werden, was Sie eigentlich tun.

Der Hessische Richterbund - nicht nur die Gewerkschaft - spricht zu Recht vom Bruch der Wahlversprechen, weil damit ein faktischer Stellenabbau bei Richtern eintritt. Ich zeige Ihnen das am Beispiel Lampertheim, wo jetzt die neueste Botschaft ist, dass dort eine Richterstelle nicht besetzt werden soll. Die sechs Richter liegen jetzt schon bei 139, 140% Arbeitspensum. Wenn jetzt eine Stellenbesetzungssperre von einem halben Jahr eintritt, werden sie 160% leisten müssen. Da ist überhaupt keine solide Arbeit mehr möglich. Das haben Sie dann auch zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen - das ist der Höhepunkt -, dass es für die Justiz so genannte geschonte Bereiche gibt, die ausdrücklich von Einsparungen ausgenommen werden, nämlich Richter und Staatsanwälte. Tatsache ist, dass es nicht dazu kommt. Natürlich wird auch in diese Bereiche hineingegriffen. In der Tat, Sie lassen die Gerichte verkommen. Einen solchen Wahlbetrug werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Minister Wagner hat noch vor wenigen Wochen davon gesprochen, dass lange Verfahren Milliarden Schäden - nicht Millionenschäden - verursachen. Zu den Verantwortlichen der Koalition und Herrn Minister Wagner: Sie legen einen Haushaltsplan vor, der Einsparungen von 8,9 Millionen DM im Personalkostenbereich - globale Minderausgaben - vorsehen. Sie machen sich damit schuldig, wenn wegen der Überlastung der Gerichte Urteile nicht mehr in einer vernünftigen Frist gesprochen werden können und wenn der kleine Handwerksmeister Pleite geht, weil er seinen Zahlungsanspruch nicht mehr durchsetzen kann.

Ich mache Sie auch jetzt schon darauf aufmerksam: Sie machen sich mitschuldig, wenn U-Häftlinge auf freien Fuß gesetzt werden müssen, weil die Sechsmonatsfrist überschritten worden ist, weil die Gerichte überlastet sind. Wenn es zu einem solchen Fall in Hessen kommen wird, werden Sie eine Debatte hier im Hause erleben, die sich gewaschen haben wird. Auch hier gilt: große Sprüche, wie Sie mit den Gerichten und den Staatsanwaltschaften umgehen, aber schwache Taten.

Es kommt noch schlimmer, Herr Fraktionsvorsitzender. Anstatt den Kopf hinzuhalten, anstatt dass der Minister sich vor die Justiz stellt und sagt: "Wir sind in einer misslichen

Lage“, und die Verantwortung übernimmt, drückt sich der Minister vor der Verantwortung und schiebt sie nun an die Präsidenten der Gerichte und an die Generalstaatsanwaltschaft ab. Das ist das eigentlich Üble und Schofle. Diese Präsidenten sollen jetzt - ein wörtliches Zitat - „loyal und kreativ“ die Personaleinsparungen umsetzen.

Der Minister schlägt sich in die Büsche, wenn es ernst wird. So einer ist das. Große Sprüche, aber wenn es ernst wird, versteckt er sich hinter der Justiz. Meine Damen und Herren, das ist politische Unfallflucht. Er flüchtet vor der Verantwortung und vor dem Schaden, den er angerichtet hat, wie ein billiger Unfallflüchtiger. Die erste elektronische Fußfessel, die es in Hessen geben wird, müsste dem Minister angelegt werden,

(Clemens Reif (CDU): Nicht dem Minister, Ihnen muss die angelegt werden!)

damit er endlich nicht mehr vor der politischen Verantwortung sowohl bei den Gefängnisausbrüchen als auch bei den Personaleinsparungen flüchten kann.

(Clemens Reif (CDU): Sie sind der Erste, der in unsere neuen Gefängnisse kommt!)

Herr Reif, die Enttäuschung, die Ihre Politik im Justizbereich auslöst, ist elementar. Ich nenne ein weiteres Beispiel: den Bewährungshelfer, den Sie wahrscheinlich auch einmal nötig haben.

(Clemens Reif (CDU): Nehmen Sie Ihre Finger weg, Sie arroganter Pinkel!)

Noch im Oktober waren die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Bewährungshelfer beim Minister. Minister Wagner gab die Zusage, 4,5 freie Stellen wieder zu besetzen. Wissen Sie, was davon übrig bleibt? Jetzt wird gerade einmal eine Stelle besetzt, und 3,5 Stellen werden wegrationalisiert.

(Clemens Reif (CDU): Wegen der Fußfesseln!)

Diese eine Stelle wird nur deswegen besetzt, weil der Stelleninhaber zum Justizministerium abgeordnet wird. Da wollte man sich dann doch keine Blöße geben.

(Clemens Reif (CDU): Wir wollten uns keine Blöße geben, zumal nicht vor Ihnen!)

Deswegen hat man wenigstens diese Stelle wieder besetzt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Kollege Schmitt, Sie müssen zum Schluss kommen.

Norbert Schmitt (SPD):

Hier ist die Enttäuschung wirklich groß. Sie haben Vertrauen verspielt. Jeder weiß, dass die Worte des Ministers in der Justiz keine Konsequenzen mehr haben. Dieser Haushaltsentwurf wird die hessische Justiz schwächen.

(Clemens Reif (CDU): Das ist ein guter Entwurf! Der Minister leistet gute Arbeit! Die Opposition versagt!)

Er führt dazu, dass die Überlastung der Gerichte und des gesamten Justizbereiches weiter zunimmt. Für die Justiz ist er ein Haushalt der Verantwortungslosigkeit. Dieser Haushalt zeigt einmal mehr: Hessen hat einen Justizminister der stärksten Sprüche, aber der schwächsten Taten. Sie, Herr Reif, können sich da auch gut einordnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Jetzt müsste man die beiden ja fast auffordern, miteinander ein Bier zu trinken, damit das wieder auf die Reihe kommt.

(Norbert Kartmann (CDU): Der Präsident bezahlt aber das Bier!)

Meine Damen, meine Herren, das Wort hat Frau Abg. Kühne-Hörmann für die Fraktion der CDU.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen Sie es kurz!)

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schmitt, es ist schon ziemlich abenteuerlich, wenn Sie sich hier hinstellen und die Situation in der Justiz beklagen, die Stellenbesetzungssperre aber mit abgeschlossen haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Richter!)

Die Richter und Staatsanwälte, die immer planlos Stellen gekürzt bekamen, sind jetzt froh, dass eine neue Regierung dran ist. Was Sie hier geboten haben, ist schon eine ziemliche Unverschämtheit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Norbert Schmitt (SPD): Ha, ha!)

Die Regierung unter Ministerpräsident Roland Koch hat die finanzpolitische Trendwende eingeleitet,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

und vor allem hat Justizminister Dr. Christean Wagner direkt die justizvollzugspolitische Kehrtwende in Gang gesetzt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, vom Sicherheitsrisiko unter Plottnitz zur Sicherheitsgarantie in nur acht Monaten, darauf sind wir stolz. Die Justizpolitik als Teil des Bereiches der inneren Sicherheit hat bei uns neben der Bildungspolitik höchste Priorität. Das zeigen auch die Schwerpunkte des vorgelegten Haushaltes. Selbst Sie, Herr Schmitt, haben positive Ecken des Haushaltes erkannt, als Sie von der EDV sprachen. Stichwort „Modernisierung der Justiz“: Wir haben die Ansätze für die EDV-Ausstattung der Gerichte erhöht. Wir haben weitere Serviceeinheiten in Gerichten und Staatsanwaltschaften ausgebaut.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das trägt natürlich auch zur Beschleunigung der Ermittlungs- und Gerichtsverfahren bei. Wir haben den Modellversuch in Offenbach fortgesetzt. Ich gestehe Ihnen zu, dass der auch schon unter der alten Regierung eingerichtet worden ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollte ich gerade sagen!)

Das ist ein guter Versuch. Wenn man sich das vor Ort anguckt - wir als Rechtspolitiker der CDU-Fraktion haben das getan -, dann ist man beeindruckt von dem, was dort geleistet wird. Es kommt darauf an, dass die Budgetierung der Ausgaben in Hessen weiter vollzogen wird und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass auch andere Gerichte davon profitieren können. Wir haben das elektronische Grundbuch eingeführt mit dem Ziel, die Zugriffsmöglichkeiten der an den Grundbucheintragungen In-

teressierten auf elektronischem Wege zu ermöglichen, um so die für die Investitionsentscheidungen wichtigen Informationen rasch auch am Wochenende und nachts zur Verfügung zu haben.

Ferner wurde in der Justiz positiv aufgenommen, dass die kw-Vermerke in der Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit, die unter Ihrer Regierung bestanden, für das Jahr 2000 nicht wirksam werden. Bei der Einrichtung von Serviceeinheiten haben wir dafür gesorgt, dass 105,5 Stellen von Vergütungsgruppe VII BAT nun nach V c BAT erhöht wurden und 10 Stellen von Vergütungsgruppe VII BAT auf V b BAT gehoben werden konnten.

Der so genannte Plottnitz-Erlass ist zurückgenommen worden. Auch das ist von den Staatsanwaltschaften positiv aufgenommen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nach dem Erlass sollten sie extensiv von der Möglichkeit der Verfahrenseinstellung Gebrauch machen und Rechtsmittel nur noch in Ausnahmefällen einlegen. Wir haben dafür gesorgt, dass der Ausbau des Konzeptes zur Intensivierung des beschleunigten Verfahrens fortgesetzt wird mit dem Ziel, das beschleunigte Verfahren in Hessen flächendeckend einzuführen. Die Modellversuche in Kassel und in Frankfurt waren erfolgreich. Mit den Anträgen, die wir gestellt haben, haben wir dafür gesorgt, dass das Justizzentrum in Kassel, von dem unter Rot-Grün nicht klar war, ob es weitergebaut werden könnte, nun schnellstmöglich gebaut werden kann und Baumaßnahmen in Hanau vollzogen werden können.

(Beifall bei der CDU - Manfred Schaub (SPD): Leertitel heißt doch nicht weiterbauen! Erzählen Sie doch nichts! Versuchen Sie uns doch keinen Bären aufzubinden!)

- Ja, Herr Schaub, da waren die Mittel nicht eingestellt. Leertitel heißt weiterbauen, wenn bei Maßnahmen Geld übrig bleibt. In Kassel ist schon jetzt von den alten Baumaßnahmen Geld übrig. Da wird weitergebaut. Da würde ich den Präsidenten des Amtsgerichtes fragen. Der kann Ihnen das bestätigen.

(Beifall bei der CDU - Manfred Schaub (SPD): Märchenstunde!)

Unserem Justizminister ist im Justizvollzug die Wende gelungen. Ich muss an dieser Stelle einmal sagen, was wir getan haben, um die Überbelegung, die in Ihrer Regierung so hoch aufgelaufen war, in den Griff zu kriegen; das ist in acht Monaten eine ganze Menge, und das ist mehr als das, was Sie in acht Jahren hingekriegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben dafür gesorgt, dass die JVA Weiterstadt 200 neue Containerhaftplätze erhält. Hierfür wurden 10 Millionen DM in den Haushalt 2000 eingestellt. Wir wollen 500 neue Haftplätze mit dem Konzept einer privaten Justizvollzugsanstalt,

(Norbert Schmitt (SPD): Wann wird die denn in Betrieb gehen?)

und wir wollen die Umwandlung von 250 Plätzen vom offenen in den geschlossenen Vollzug. Nicht vorgelegen hat in Hessen ein einheitliches Strafvollzugskonzept. Auch das wird in Gang gesetzt. Der Minister ist dabei, dort die ersten Schritte zu tun. Weiterhin sind in den Haushalt 5 Millionen DM für den Abriss der JVA Frankfurt I eingestellt. Hier hat Rot-Grün zwei Jahre geschlafen, sonst hätte da schon

viel mehr getan werden können: zwei verlorene Jahre, die zur Überbelegung beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Verabschiedung des Einzelplans 05 des Haushaltes 2000 werden in der Justizpolitik in Hessen neue Wege beschritten. Unser Justizminister Christean Wagner wird Hessens Justizpolitik zu einem Vorbild in der Bundesrepublik Deutschland machen. Unsere vollste Unterstützung hat er.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werte Frau Kollegin Kühne-Hörmann, es ist ja nett, wenn man der Meinung ist, nur, weil man die Mehrheit hat, ist auch alles, was man macht, richtig und gut. Aber wir haben schon in der DDR gesehen: Obwohl auf jedem Parteitag der SED gesagt wurde,

(Minister Dr. Franz Josef Jung: Die haben doch keine Mehrheit! Abenteuerlich!)

der Fünfjahresplan ist erfüllt, hat sich nachher herausgestellt, die Wirklichkeit war eine andere.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist genau der Punkt, an dem Christean Wagner sein Waterloo erleben wird. Er ist in der Wirklichkeit angekommen. Genauso wenig, wie die DDR das elftgrößte Industrieland der Welt war, wie es 1989 die Statistiken auswiesen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Die GRÜNEN haben es immer geglaubt!)

wird Hessens Justizpolitik Vorbild für alle anderen Länder sein. Sie sind mit Ihrer Justizpolitik bisher aber auch in jedem Punkt völlig gescheitert. Ich will Ihnen drei Beispiele nennen.

Stellenbewirtschaftung. Wie hat Christean Wagner vor der Wahl getönt: Wählt mich, es wird keine Stelle mehr gestrichen, es gibt keine Stellenbesetzungssperre mehr, wählt mich, und es fällt Manna vom Himmel.

(Michael Boddenberg (CDU): Er ist gewählt worden!)

Wie ist denn die Wirklichkeit? Die Wirklichkeit ist, dass man jetzt die Stellenbesetzungssperre anders nennt - darauf komme ich noch einmal zurück - und dass man genauso weitermacht wie vorher auch. Dagegen ist nichts zu sagen, weil das Geld nicht rot-grün und auch nicht schwarz-gelb ist. Geld ist da oder es fehlt. Aber wenn man vor der Wahl Versprechungen macht und nach der Wahl in der Stellenbewirtschaftung genau das weiter macht, was die Vorgänger gemacht haben, dann ist das schlicht und einfach Heuchelei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Fragen der Sicherheit bin ich gespannt, ob Sie die Hälfte der Legislaturperiode brauchen, um die Ausbruchszahlen von vier Jahren zu erreichen, oder ob es früher passiert.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Er schafft es schneller!)

Ich glaube, Sie schaffen es schneller. Wer nach dem, was da passiert ist, und in Kenntnis der Ausbruchszahlen immer noch behauptet, Christean Wagner sei der Sicherheitsminister, geht auch jetzt nach draußen und sagt: In einer halben Stunde geht die Sonne auf. - Nein, so geht es nicht.

In der Frage des Bauens einer Justizvollzugsanstalt: Sie mögen Ihre 200 Containerhaftplätze bejubeln. Aber in der letzten Legislaturperiode wurden insgesamt 300 neue Haftplätze geschaffen. Wenn die 200 Containerhaftplätze das Einzige bleiben, was Sie in dieser Legislaturperiode bekommen, dann wird es mit Christean Wagners Neubau gar nichts mehr. Wenn man nur einmal rechnet: Ausschreibung, 30 Monate Bauzeit. Das ist schlimm genug, weil nicht ordentlich angefangen wird. Wir werden dazu kommen, dass selbst Sie, die Sie gesagt haben, wir lösen da alles, immer noch der Meinung sind, Sie seien diejenigen, die die meisten Haftplätze schaffen. Sie werden in dieser Legislaturperiode angesichts der immer weiter steigenden Überbelegung weniger Haftplätze schaffen als wir. Auch da gilt der Punkt: Ankündigung und Wirklichkeit.

Positiv wird Folgendes immer angeführt: Modellversuch Offenbach - Darmstadt haben Sie vergessen -, Serviceeinheiten und beschleunigtes Verfahren. Das sind alles Sachen aus der letzten Legislaturperiode. Das ist alles schon angefangen. Die Frage ist, wo das eigentlich Neue ist. Man spricht auch noch den Plottnitz-Erlass an, der gesagt hat: Macht mehr von Verfahrenseinstellungen Gebrauch. - Der Erste, der gesagt hat: "Bitte, bitte, macht es bei mir", war Ihr Innenminister nach § 153 a.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kündige hiermit an, dass ich morgen einen Brief an Prof. Schlosser von der Universität Frankfurt schreiben werde. Er gehört der Gesellschaft für deutsche Sprache an. Ich werde ihm einen weiteren Vorschlag für das Unwort des Jahres machen. Ich werde ihm das Wort "Wartefristkorridor" vorschlagen.

(Norbert Kartmann (CDU): Ich würde das Wort Tarek Al-Wazir vorschlagen!)

Im letzten Rechtsausschuss habe ich den Herrn Justizminister gefragt: Herr Wagner, erklären Sie mir doch bitte einmal den Unterschied zwischen einer Stellenbesetzungssperre und einem Wartefristkorridor. - Nach viel Wehrauch, Fragen der Generationengerechtigkeit, der finanzpolitischen Trendwende und einer halben Stunde hat er gesagt, er müsse mir eigentlich Recht geben, es sei dasselbe. Das ist wirklich "brave new World".

Genau mit dieser Begründung wird Prof. Schlosser einen Brief von mir kriegen. Ich schlage Christean Wagner für das Unwort des Jahres vor: Wartefristkorridor.

8,9 Millionen DM Minderausgaben, die wieder erbracht werden müssen. Was für ein Desaster, wenn man es mit den Ankündigungen von vor der Wahl vergleicht. Dann wird noch gesagt: Wir bauen weiter bei der Justiz. Und was lesen wir: Justizbehörden Hanau - Leertitel. Justizbehörden Kassel - Leertitel. Neubau einer JVA - Leertitel. Für Neubaumaßnahmen, die in irgendeiner Form relevant wären, steht im Haushalt 2000 keine müde Mark - außer Leertiteln und Ermächtigungen.

Wo es wirklich brutal wird, wenn man sich den Haushalt anschaut, ist die Frage, wo gestrichen wird. 324.000 DM werden beim Täter-Opfer-Ausgleich und bei den Opfer-

hilfeeinrichtungen nach dem Modell der Hanauer Hilfe gestrichen. Was ist denn das für eine Heuchelei, wenn man sich die Reden von Christean Wagner über die Frage: "Wer ist täterorientiert, und wer ist opferorientiert?" durchliest? Das Erste, was er macht, ist, dass er bei den Opferhilfeeinrichtungen 324.000 DM streicht. Man glaubt es kaum.

Wenn man sich dann weiterhin die Drogenberatung hinter Gittern anschaut: minus 90.000 DM. Was sind die Reden gewesen? Drogenproblematik hinter Gittern, man müsse etwas tun. Was passiert? In diesem Bereich wird gestrichen. Genau deshalb haben wir Haushaltsanträge vorgelegt, die diese Streichung rückgängig machen sollen.

Ganz verrückt wird es bei der Frage der elektronischen Fußfessel. Auch das ist ein Haushaltsantrag von uns. Sie sagen: Wir führen die elektronische Fußfessel ein, aber bitte nicht so, dass es die Knäste entlastet. - Da frage ich mich doch, worüber wir in Sachen Überbelegung reden. Wortüber reden wir da eigentlich? Gibt es nicht irgendeinen Bedarf, wenn man schon so ein Modell macht, das hoch problematisch ist, es dann wenigstens so zu machen, dass es Justizvollzugsanstalten entlastet? Da sage ich: Das ist ein völlig falscher Ansatz. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht.

Wir haben außerdem einen Änderungsantrag eingebracht, der 5 Millionen DM an echtem Geld für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt in den Haushalt einstellen soll. Die Hirngespinnste von Christean Wagner über die Frage Privatisierung, über die Frage Prüfung, über die Frage, welche Arbeitsgruppe welche Rechtssachen prüfen soll, über die Frage privater Betrieb haben bisher nichts gebracht, außer dass sie zehn Monate gekostet haben, die ins Land gegangen sind, die wir uns angesichts dieser Überbelegung nicht leisten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Beer für die F.D.P.

Nicola Beer (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn es der Opposition wehtun wird, der Einzelplan 05 die Justiz ist, wie die hier bereits besprochenen Einzelpläne für Kultus sowie Wissenschaft und Kultur, ein Beispiel dafür,

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein Beispiel, ein wirklich schlechtes!)

dass und wie die neue Regierungskoalition aus F.D.P. und CDU ihre politischen Schwerpunkte für diese Legislaturperiode

(Gerhard Bökel (SPD): Das haben Sie vorher auch schon gesagt!)

konsequent, lieber Herr Bökel, in ein Haushaltsgesetz umgesetzt. Das gilt für den Wissenschaftshaushalt genauso wie für den Justizhaushalt und die andere Einzelpläne - nur um das klarzumachen. Denn endlich hat der Justizbereich auch finanziell Priorität, nachdem Rot-Grün in den letzten acht Jahren den Gerichten und Staatsanwaltschaften die Dauerschrauben angelegt hat und die Justizvollzugsanstalten sehenden Auges, Herr von Plottnitz, mit einer beispiellosen Überbelegung im Regen hat stehen lassen. Nein, man muss sagen, Sie haben sie absaufen lassen, die Justizvollzugsanstalten in ihrer Überbelegung.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie glauben es doch selbst nicht! - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

- Vielleicht bekommen Sie sich ein bisschen ein, Herr Schmitt, denn ich habe Ihnen auch zugehört, auch wenn es sehr schwer fällt, Ihnen zuzuhören.

Obwohl das Volumen des Gesamthaushalts zurückgegangen ist - eine Tatsache, die darin begründet ist, dass die F.D.P./CDU-Koalition die Verschuldung des Landes Hessen endlich abbaut und damit einen Beitrag zur Zukunftssicherung für künftige Generationen leistet -, steigt der Justizhaushalt um ca. 6,5%, d. h. von ungefähr 1,46 Milliarden DM auf 1,562 Milliarden DM.

Neben der Umressortierung der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit sind es vor allem Maßnahmen zum Abbau der Überbelegung in den hessischen Justizvollzugsanstalten und zur Modernisierung der Justiz, die sich als umfangreiche Investitionen in diesem erhöhten Einzelplanansatz niederschlagen.

Lieber Kollege Al-Wazir, ohne noch einmal alle Zahlen wiederholen zu wollen, die Frau Kühne-Hörmann schon angeführt hat: Wir werden nicht nur mehr als die 200 geplanten Haftplätze in Weiterstadt schaffen, wir werden auch mehr als die von Ihnen genannten 300 Haftplätze in dieser Legislaturperiode vorweisen können; denn zusätzlich zu den 500 Haftplätzen, für die wir die Voraussetzungen im Haushalt geschaffen haben, werden wir durch Umbaumaßnahmen die dringend benötigten Plätze im geschlossenen Vollzug aus Plätzen des offenen Vollzugs herauswirtschaften. Dieser Haushalt lässt für 2000 alle denkbaren Optionen offen, damit die endgültigen Entscheidungen nächstes Jahr in Bezug auf Standort und auch in Bezug auf das Finanzierungsmodell getroffen werden können.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Haushalt lässt vieles offen, da haben Sie Recht!)

Wir werden dafür sorgen, dass es in dieser Legislaturperiode zu einer wirklich wahrnehmbaren Entlastung in den Justizvollzugsanstalten kommt. Wir werden auch die zusätzlichen Stellen für die 200 Containerhaftplätze zur Verfügung stellen. 30 zusätzliche Stellen werden hier zur Verfügung gestellt und nicht, wie Sie es damals gemacht haben, einfach Referendarstellen für Justizvollzugsbedienstete umgewidmet.

Kollege Al-Wazir hat es angesprochen. Schließlich werden wir 300.000 DM bereitstellen, um mit dem Modellversuch zur elektronischen Fußfessel eine moderne Form des Strafvollzugs zu erproben. Lieber Herr Al-Wazir, auch wenn Sie jetzt den Saal verlassen, der Einsatz bei Ersatzfreiheitsstrafen, wo es wirklich zu einer Entlastung kommen könnte, wird momentan von den Bündnisgrünen auf Bundesebene in Berlin blockiert. Ich fordere Sie noch einmal auf, Ihre Fraktion dort endlich auf die Reihe zu bekommen, damit solche modernen Formen des Strafvollzugs endlich erprobt werden können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ferner wird durch Budgetierung in den Justizvollzugsanstalten in Darmstadt, Wiesbaden und Kassel der Weg hin zu einer modernen Führung unserer Haftanstalten in Hessen besritten. - So viel zum Bereich Strafvollzug.

Aber auch bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften werden die Ansätze für die Ausstattung mit elektronischer Datenverarbeitung 2000 gegenüber 1999 noch einmal erhöht,

nämlich um 9,6 Millionen DM. Frau Kühne-Hörmann hat schon darauf hingewiesen, dass es hier hauptsächlich um die flächendeckende Einführung des elektronischen Grundbuchs und die Einrichtung von weiteren Serviceeinheiten bei den Staatsanwaltschaften geht.

Zur Modernisierung der Gerichte werden auch die geplanten Baumaßnahmen in Hanau und in Kassel beitragen. Letztendlich bedeutet die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei den hessischen Gerichten auch eine Verbesserung der Bedingungen für die Recht suchende Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, hierzu nenne ich auch das Vorhaben, den personalbewirtschaftenden Stellen, also dem Oberlandesgericht, der Generalstaatsanwaltschaft, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Finanzgericht, dem Landesarbeits- und dem Landessozialgericht Personalausgabenbudgets in Höhe von 950 Millionen DM zur Eigenwirtschaftung zu übertragen. Dabei gilt: Alle Stellen von Richtern und Staatsanwälten werden wieder besetzt. Der von der alten Landesregierung geplante Wegfall von Stellen - das werden Sie jetzt nicht mehr gern hören, das war aber Fakt - in der Verwaltungsgerichtsbarkeit wird aufgehoben.

Wenn auch das Justizressort - das ist ja angesprochen worden - als Konsolidierungsbeitrag zur Sanierung der Landesfinanzen, also als Beitrag zur Zukunftssicherung für künftige Generationen, 8,9 Millionen DM an Personalkosten einzusparen hat, so ist es sicherlich zu bedauern, dass dadurch personallenkende Maßnahmen in Form von Wartefristkorridoren notwendig werden. Dies bedeutet aber letztendlich gegenüber den anderen Ministerien - das muss auch gesagt werden - eine deutliche Bevorzugung der Justiz, die der von mir angesprochenen neuen Schwerpunktsetzung in diesem Land entspricht, lieber Herr Schmitt. Außerdem muss darauf hingewiesen werden, Herr Kollege Walter, dass Gerichtsvollzieher, Wachtmeister und Bedienstete im Justizvollzug hiervon ausgenommen sind.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Abgeordnete, lassen Sie trotz der kurzen Redezeit eine Frage zu? - Herr Kollege Walter.

Jürgen Walter (SPD):

Frau Kollegin Beer, Sie merken, dass das geneigte Publikum hier schlichtweg ein intellektuelles Problem hat, sich den Unterschied zwischen einer Stellenbesetzungssperre und Ihrem "Wartefristkorridor" selbst zu erklären. Könnten Sie uns diesen Unterschied zwischen einer Stellenbesetzungssperre und dem "Wartefristkorridor" vielleicht kurz einmal erklären?

Nicola Beer (F.D.P.):

Den Unterschied kann ich Ihnen gerne erklären, lieber Herr Walter. Der Korridor bedeutet einfach, dass man entsprechend den einzelnen Gegebenheiten vor Ort nicht auf eine Sperre zurückgreifen muss, sondern dass sich eben die verschiedenen Fristen, die hier abzuwarten sind, in einem Korridor bewegen können, sodass flexibel vor Ort auch gerade im Rahmen der Personalkostenbudgets reagiert werden kann, dass sich das verändern kann in Absprache mit den einzelnen Einsatzorten, während bei der einer Sperre eine feste Vorgabe vorhanden ist. Das ist der Unterschied.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir natürlich glücklicher wären, wenn wir auch diese Wartezeit vermeiden könnten. Nachdem wir aber in die Kassen gucken mussten und konnten, die uns Rot-Grün hinterlassen hat, war festzustellen, dass noch weniger drin war als befürchtet. Von daher ist das einfach auf Ihr Missmanagement zurückzuführen, lieber Herr Walter.

Zusammenfassend kann man aber sagen - -

(Lebhafte Zurufe)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, es ist zu laut. Sie haben auch eine längere Frist, Frau Kollegin. So laut muss es nicht sein, wenn Sie das so schön erklären mit der berühmten Warteschleife.

(Heiterkeit)

Bitte schön.

Nicola Beer (F.D.P.):

Zusammenfassend kann man also sagen, meine Damen und Herren, der vorliegende Einzelplan 05 für die Justiz setzt deutliche Zeichen zur Modernisierung der Justiz und zur Entlastung der Justizvollzugsanstalten. Der Justizbereich hat endlich Priorität, und zwar die Priorität, die er dringend benötigt, um für die hessische Bevölkerung zügige Gerichtsverfahren und Sicherheit im Strafvollzug gewährleisten zu können. Hessen handelt, und zwar richtig, auch in diesem Einzelplan. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Für die Landesregierung hat Herr Staatssekretär Landau das Wort.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt ein Vernunftbegabter! - Gerhard Bökel (SPD): Wir reden von der Landesregierung!)

- Herr Landau, Sie kriegen gleich Szenenapplaus. Trotzdem, Sie haben das Wort.

Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die hessische Justiz wird auch im Jahre 2000 ihren Auftrag erfüllen.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Frage von Herrn Abg. Müller zu?

(Staatssekretär Herbert Landau: Ja, bitte!)

- Herr Kollege Müller, bitte.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatssekretär, kann ich diesem einen Satz entnehmen, dass die Justiz auch in den vergangenen vier Jahren ihren Auftrag erfüllt hat, wenn sie im Jahr 2000 auch ihren Auftrag erfüllen wird?

Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Sie werden beim weiteren Zuhören merken, dass dieser Auftrag eine viel zu wichtige Sache ist, um tagespolitischen Klamauk damit zu machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Meine Damen und Herren, es ist ein Auftrag, der zu den wichtigsten Zielen eines staatlichen Gemeinwesens zählt, nämlich Gerechtigkeit und Rechtsfrieden herzustellen, Verfassungsgrundsätze wie die Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip zu konkretisieren und auch einen Beitrag zu mehr innerer Sicherheit zu leisten. Mit diesem Auftrag sind gesamtstaatliche Ziele im Interesse des Gemeinwesens bezeichnet, die im Regelfall über den tagespolitischen Auseinandersetzungen stehen und von einem breiten Konsens getragen werden sollten.

Die finanzielle Ausstattung der hessischen Justiz beläuft sich auf 1,56 Milliarden DM, dies entspricht einer Steigerung von 6,5%, mit einem Deckungsgrad von - darauf sind wir stolz - 47,5%,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

bezogen auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften sogar von 62,5%.

Die hessische Justiz wird vom 01.01.2000 an wieder alle Gerichtsbarkeiten, einschließlich der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, umfassen. Dies ist ein Beitrag zur Stärkung der dritten Gewalt und der richterlichen Unabhängigkeit und wird außerdem Synergieeffekte ermöglichen. Das Land Hessen geht damit den umgekehrten Weg wie andere Landesregierungen, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, die durch die Zusammenlegung der Justizressorts mit anderen Ressorts die Stellung der dritten Gewalt schmälern und beeinträchtigen. Wir stärken die herausgehobene Stellung der dritten Gewalt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die hessische Justiz leistet einen beachtlichen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 8,9 Millionen DM, immerhin 0,94% unseres Personalkostenanteils. Wir sind davon überzeugt, dass das finanzpolitische Konzept dieser Landesregierung richtig ist und auch die Justiz, wenn auch in wesentlich geringerem Umfang als andere Ressorts, einen Beitrag als selbstverständliche Verpflichtung hierzu leisten muss.

Gleichwohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist eine harte Nuss. Nach den Gesprächen mit den Präsidenten, den Leitenden Oberstaatsanwälten und den Personalvertretungen bin ich der Überzeugung, dass wir gemeinsam in dem Stil, der hessische Justiz immer geprägt hat, diese harte Nuss knacken werden. Das Szenario, das hier über die angebliche Funktionsunfähigkeit der hessischen Justiz gezeichnet worden ist, wird so nicht eintreten. Wir werden mit diesen Problemen fertig werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden die 106 Stellen einsparen innerhalb des Gesamtvolumens von 8,9 Millionen DM.

(Norbert Schmitt (SPD): Und was ist mit den Stellenkürzungen?)

- Ich komme gleich darauf zurück. - Ich sprach von den 106 Stellen, die wir einsparen werden, die wegfallen, innerhalb des Gesamtvolumens von 8,9 Millionen DM. Und

dies, obwohl wir alle Auszubildenden, alle Anwärter im Jahre 1999 übernommen haben, und unter dem Aspekt, dass wir geschonte Bereiche, wie Gerichtsvollzieher, Justizwachtmeister und den Vollzug, von Stelleneinsparungen ausgenommen haben.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Frage von Herrn Schmitt zu, Herr Staatssekretär?

(Staatssekretär Herbert Landau: Ja, bitte!)

- Herr Kollege Schmitt.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Staatssekretär, wie ist denn Ihre Feststellung, dass 106 Stellen eingespart und gestrichen werden, damit in Einklang zu bringen, dass in der Presseerklärung des Ministers Wagner vom 19. Juli 1999 unter der Überschrift "Die Aufhebung des Stellenabbaues in der Justiz gibt Sicherheit" folgendes Zitat zu finden ist? Wagner betonte, dass der Stellenabbau in der Justiz in den ersten 100 Tagen gestoppt sei. Jetzt wörtlich: "Wir verlieren in der Justiz keine Stelle mehr", so erläuterte Wagner. - Wie ist diese Presseerklärung mit dem in Einklang zu bringen, was Sie sagen?

Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Das Zitat, das Sie hier vortragen, kann ich nicht nachvollziehen. Ich vermute, dass es die Meinung des Ministers war, dass der Stellenabbau hinsichtlich der kw-Vermerke in der Verwaltungsgerichtsbarkeit gestoppt sein soll. Das ist tatsächlich geschehen. Die kw-Vermerke sind abgebaut.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden über 100 Stellen im nachgeordneten Bereich anheben. Das heißt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizdienst werden in dieser Größenordnung besser bezahlt werden.

Die übrigen finanziell wirksamen Maßnahmen werden wir durch die personallenkenden Maßnahmen erwirtschaften können. Wie immer man dieses Kind nennt, die Erklärung von Frau Beer war schon die richtige: Stellenbesetzungssperre ist etwas Pauschales, zentral vorgegebenes, und der Korridor ermöglicht eben Einzelfallentscheidungen. Er ermöglicht das Bewegen innerhalb dieses Korridors. Denken Sie nur an die schwierige Frage des Erziehungsurlaubs, die wir gerade mit den Personalvertretungen und den Frauenbeauftragten unter diesem Gesichtspunkt besprochen haben.

Wir werden also einen solchen Korridor einführen müssen, um dieses Geld als Beitrag zur Gesamtkonsolidierung des Landeshaushalts zu erwirtschaften. Aber die schwierigen Rahmenbedingungen der Justiz bundesweit, nicht nur in Hessen, ergeben sich nicht in erster Linie aus den finanzpolitisch notwendigen Maßnahmen. Das Werkzeug zum Knacken harter Nüsse liegt vorwiegend beim Bundesgesetzgeber in Berlin und eben nicht in der Kompetenz der Länder. Ich spreche nur das Verfahrensrecht an. Ich teile die Meinung der Bundesjustizministerin, dass Gesetzgebung einen langen Atem voraussetzt. Aber es lag ein fertiges Konzept zum Strafverfahrensrecht vor, einstimmig von allen Bundesländern im Jahr 1998 gefasst. Das hätte man umsetzen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir erwarten mehr Engagement bei der Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Überstellungseinkommen, das es uns erlauben würde, ausländische Straftäter auch gegen ihren Willen zur Strafverbüßung in ihre Heimatländer zu schicken. Im Moment brauchen wir nach der Gesetzeslage die Zustimmung. Da hätten wir mehr Engagement erwartet.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Bund bestimmt auch in vielen Bereichen über die Kosten. Es gilt eben nicht der normale Satz: "Wer die Musik bestellt, bezahlt auch", sondern hier ist es so, dass der Bund bestellt und wir zahlen. Beispiel: die Entwicklung der Betreuungskosten. Das Gesetz ist ein gutes Gesetz. Aber die Entwicklung der Betreuungskosten macht uns Sorgen. Im Jahr 1993 haben wir als Land Hessen 2 Millionen DM gezahlt, und 1999 haben wir 40 Millionen DM gezahlt. Das sind Dinge, die uns in wesentlich größerem Umfang beeinträchtigen als die finanzpolitischen Notwendigkeiten des Landes Hessen. Innerhalb unserer Kompetenzen werden wir gleichwohl justiz- und rechtspolitische Schwerpunkte setzen. Ich nenne nur die zwei Wichtigsten.

Der wichtigste Bereich ist für uns der Justizvollzug. Man kann darüber diskutieren, wie man will - die Überbelegung haben wir vorgefunden und hinnehmen müssen, unabhängig davon, worin die Ursachen hierfür liegen, ob in falschen Prognosen oder Einschätzungen oder in einer anderen Vollzugsphilosophie. Die Überbelegung im geschlossenen Vollzug ist eine rot-grüne Altlast. Sie stellt bildlich einen kontaminierten Boden dar, den wir sorgfältig und mühsam Schicht für Schicht abtragen müssen. Diese Überbelegung im geschlossenen Männervollzug ist rezozialisierungsfeindlich und sicherheitsgefährdend. Wir ändern dies Schritt für Schritt unter Beachtung von Recht und Gesetz und des verfassungsrechtlichen Gebots der Resozialisierung sowie unter Betonung des Sicherheitsaspekts, indem wir, wie auch die Bundesjustizministerin, mit langem Atem eine einheitliche Vollzugskonzeption entwickeln.

Teile davon sind umgesetzt, etwa die Checkliste oder die Vorschriften zum Telefonieren in Anstalten. Wir tun dies auch, indem wir den Neubau einer Justizvollzugsanstalt konzeptionell angehen - in der Standortentscheidung und in der Frage, wie es geschehen soll. Die haushaltsrechtlichen Vorgaben sind natürlich beachtet. Und wir tun dies, indem wir parallel dazu in Zwischenschritten versuchen, dieses hinterlassene dringendste Problem der hessischen Justizpolitik abzubauen: 200 Haftplätze in der JVA Weiterstadt im Oktober 2000, einschließlich 30 zusätzlicher neuer Planstellen für den Justizvollzug, 250 neue Haftplätze durch Neu- und Umorganisation in den bestehenden Haftanstalten, auch im Interesse unserer Bediensteten, die unterschiedlich belastet sind, Abriss der JVA Frankfurt am Main zu Beginn des Jahres 2000, um Platz für Neubauten zu schaffen. Es gibt insgesamt ein Investitionsvolumen für das Jahr 2000 in Höhe von 20 Millionen DM, für die gesamte Periode in Höhe von über 300 Millionen DM.

Der zweite justizpolitische Schwerpunkt wird in der Modernisierung der Justiz liegen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Staatssekretär, nur als Hinweis: Die zehn Minuten Redezeit sind abgelaufen. Sie könnten z. B. den weiteren Teil zu Protokoll geben. Ich gebe das zu überlegen.

Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Herr Präsident, ich war gerade im Ansatz, die Vorgängerregierung zu loben. Vielleicht darf ich das doch noch ausdrücklich tun.

(Heiterkeit bei der F.D.P. - Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Modernisierung der hessischen Justiz angeht, können wir hier auf guten Konzepten der Vorgängerregierung zur Budgetierung und zu den Steuerungsmodellen aufbauen. Da ist Hervorragendes geleistet worden. Die richtigen Weichen sind gestellt. Wir bemühen uns, diese Prozesse zu intensivieren und zu verstärken, in der Kommission die Modernisierungsoffensive in der Fortführung der Reorganisation und in der Einrichtung des elektronischen Grundbuches voranzutreiben.

Bei der Betrachtung des Justizhaushaltes sollte nicht zu kurz kommen, dass wir in der hessischen Justiz bürgerschaftliches Engagement par excellence vorleben. Dies gilt für die große Zahl von ehrenamtlichen Richtern und Schöffen, die damit sogar unmittelbar an staatlicher Macht teilhaben. Dies gilt für die Vielzahl der Präventionsräte, der ehrenamtlich Tätigen in den Opferhilfen, aber vor allem auch für die Anstaltsbeiräte, die einen wichtigen Dienst im Justizvollzug leisten. Bürgerschaftliches Engagement ist notwendiger denn je, und das werden wir auch bei der vorgerichtlichen Streitschlichtung umsetzen. Die hessische Justiz hat Dank und Anerkennung diesen vielen Bürgern auszusprechen, die sich in der Justiz engagiert haben. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Schönen Dank. - Ich beschließe damit die Aussprache zu Einzelplan 05 und rufe formell

Einzelplan 06 - Hessisches Ministerium der Finanzen -
in Verbindung mit

Einzelplan 14 - Versorgung -

Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung - und

Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen -

auf. Dazu war keine Diskussion vorgesehen.

Ich rufe jetzt

Einzelplan 07 - Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung -

in Verbindung mit

Einzelplan 19 - Förderung des Wohnungs- und Städtebaues -

auf. Aussprache: zehn Minuten je Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege von Plottnitz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Er ist aber nicht gut vorbereitet!)

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es um die Wirtschaftspolitik im Zeichen der nicht mehr ganz neuen

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Aber noch jungen!)

Landesregierung geht, dann scheint es zunächst einmal eine doch recht gute Nachricht zu geben: Die Geschäfte der CDU zumindest scheinen in den vergangenen Jahren hervorragend gelaufen zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Gründe dafür werden uns morgen beschäftigen. Ob dann noch von guten Nachrichten die Rede sein kann, ist allerdings eher zweifelhaft. Ansonsten sieht es ziemlich düster aus. Wer noch nicht wusste, wie sich Wirtschaftspolitik im Zeichen der neuen Landesregierung gestaltet, der konnte es heute Morgen in der Rede des Herrn Ministerpräsidenten erfahren. Wenn man daraus die Bilanz ziehen soll, muss man feststellen: kein einziger neuer Gedanke, dafür allerdings lauter olle Kamellen, mit denen der Wirtschaft in Hessen nicht geholfen werden kann. Ich fand es schon sehr verwunderlich, dass dem Ministerpräsidenten zum Thema Wirtschaftspolitik nicht mehr einfiel als wortreiche Ausführungen zu einer so ollen Kamelle wie der A 44. Herr Ministerpräsident, das kann Ihnen doch eigentlich auch nicht entgangen sein, dass selbst Rot und Grün mit diesem Thema nicht mehr hinter dem Ofen hervorzulocken sind. Das alles haben wir in der Vergangenheit abgehakt. Wenn das jetzt von Ihnen als große neue verkehrs- und wirtschaftspolitische Errungenschaft der neuen Landesregierung hier ins Feld geführt wird, dann ist das eher ärmlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Ausbau des Flughafens in Kassel-Calden werden trotz der Flughäfen in Erfurt und Paderborn 70 Millionen DM bereitgestellt. Auch da, so meine ich, kann von Innovation keine Rede sein. Da geht es mehr um Betonbahnen, welcher Art auch immer, ob Straßen oder Flugbahnen. Auch das sind keine sonderlich neuen wirtschaftspolitischen Konzepte, sondern es sind, wie gesagt, alte Kamellen.

Sie selbst haben in diesem Zusammenhang, wenn es um Nordhessen geht, darauf hingewiesen, dass die Verkehrsanbindung Nordhessens eigentlich durchaus annehmbar sei. Warum es deswegen vordringlich sein soll, dort neue Straßen und Flughäfen zu errichten, zumal die Gegend in unmittelbarer Nähe schon mit dergleichen gepflastert ist, bleibt unerfindlich.

Eines muss man Ihnen allerdings zugestehen. Das Wort "Zukunftsoffensive" haben Sie nicht in den Mund genommen. Das hat auch seine guten Gründe. Es ist auch Ihnen offensichtlich nicht entgangen, dass da, wo bei Ihnen "Zukunftsoffensive" steht, in der Realität nicht mehr als günstigstenfalls ein Luftschloss zu verzeichnen ist. Die soll es zwar geben. Für welche Zwecke es die jedoch geben soll, bleibt völlig dunkel. Ebenfalls bleibt im Dunkeln, aus welchen Quellen das finanziert werden soll. Vor gar nicht langer Zeit war die Rede vom Verkauf von Landeseigentum zum Zwecke innovativer wirtschaftspolitischer Projekte in Hessen. Dazu haben wir nichts vernommen. Dazu gibt es keinerlei konkreter Konzepte. Insofern haben wir festzustellen: Es gibt weder eine Offensive noch irgendetwas, was mit der Zukunft Hessens zu tun hat. Es gibt im buchstäblichen Sinne Leertitel, und zwar im Sinne der Konzeptionslosigkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wo es konkret wird, sieht es allerdings geradezu trübe aus. Ich denke dabei an den Transrapid. Ich weiß, dass ich damit möglicherweise auch den Kolleginnen und Kollegen aus

den Reihen der geschätzten Fraktion der SPD zu nahe trete. Aber das muss denn nun sein. Am vergangenen Wochenende habe ich in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ein Zitat des neuen Vorstandsvorsitzenden der Bahn AG gefunden. Er wurde zum Transrapid befragt. Er äußerte sich - so steht es hier - zurückhaltend. In diesem Zusammenhang sagt er:

Solange ich Chef bin, gehen wir kein Engagement ein, das sich nicht rechnet und unsere Zukunft

- gemeint ist die Zukunft der Bahn -
gefährdet.

Recht hat der Mann. Aber was stellen wir in Hessen fest? Je größer die Zweifel werden und je offenkundiger es wird, dass es keine Möglichkeit gibt, den Transrapid in der Bundesrepublik unter den bestehenden Voraussetzungen rentabel zu betreiben, umso fieberhafter ist unsere Landesregierung dabei, den Transrapid mit öffentlichen Mitteln, sprich: Bürgschaften, pöppeln zu wollen. Das macht doch keinen Sinn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den Wirtschaftsminister wie für den Ministerpräsidenten scheint die nachfolgende Maxime zu gelten. Ich wende mich einmal an den Herrn Ministerpräsidenten. Er müsste im Gegensatz zu Herrn Mehdorn, dem neuen Chef der Bahn AG sagen: Solange ich Ministerpräsident bin, gehen wir jedes Engagement ein, das sich nicht rechnet und die Zukunft der Bahn gefährdet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ihre Handlungsmaxime. Da können Sie doch schlecht von sich behaupten, dass das in irgendeiner Form zukunftsfähige Wirtschaftspolitik ist. Umso mehr fällt Ihr Eifer auf, mit dem Sie der Industrie, die schon längst nicht mehr an dieses Projekt glaubt, Bürgschaften für den Transrapid aufzudrängen trachten. Es gab unlängst einen Fall, der uns morgen auch beschäftigen wird. Ich denke dabei an die Holzmann AG. Da war die Landesregierung mit ihren Interventionen sehr viel zurückhaltender.

(Michael Denzin (F.D.P.): Gott sei Dank!)

Da gab es viele, sicherlich in Teilbereichen auch verdienstvolle und salbungsvolle Worte. Aber auf den Gedanken, mit Landesmitteln konkret dem Risiko des Verlustes von Arbeitsplätzen vorzubeugen, ist niemand gekommen. Wenn es allerdings um das erkennbar nicht rentable Projekt des Transrapid geht, werden im Zweifel dreistellige Millionenbeträge ins Auge gefasst, mit denen hier Bürgschaften geleistet werden sollen.

Ein letzter Punkt. Er ist auch typisch für die Wirtschaftspolitik der neuen Landesregierung. Das Stichwort dazu lautet Helaba. Trotz der mannhaften Worte, die Sie noch zu diesem Projekt in der Koalitionsvereinbarung gefunden haben, gehört es erklärtermaßen zu Ihren Zielen, bei der Helaba wieder einzusteigen. Ähnlich wie beim Transrapid können Sie sich auch in diesem Fall auf die Unterstützung der größten Oppositionsfraktion des Hessischen Landtags verlassen. Aber wie so häufig gilt auch hier der Satz: Nur weil zwei Große etwas richtig finden, ist es objektiv noch lange nicht richtig. - Sie wandeln hier auf sehr dünnem Eis.

Man könnte über vieles in diesem Zusammenhang noch streiten. Aber dass die Landesregierung ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kommission in Brüssel auf das Allerkritischste überprüft, was es mit der Wettbewerbsfähigkeit der privaten Banken im Zeichen der Aktivitäten der

öffentlichen Banken in der Bundesrepublik auf sich hat, einen Wiedereinstieg bei der Helaba ins Auge fasst, ist doch politisch wie rechtlich hoch riskant. Insofern sind wir bei der weiteren Diskussion im Zusammenhang mit diesem Projekt gespannt darauf, zu erfahren, wie Sie denn nun die zukünftigen öffentlichen Aufgaben der Helaba zu begründen gedenken, die einen Wiedereinstieg, eine Beteiligung und eine Gewährträgerhaftung rechtfertigen könnten. Wenn ich da an die Vorgänge in einem bestimmten Nachbarland denke, muss ich sagen, ich kann mir nicht vorstellen, dass man der Brüsseler Kommission gegenüber mit Aussicht auf Erfolg etwa auf die Dienstleistung von Flugbereitschaften verweisen kann, wenn es um die Beteiligung von Ländern an einem solchen öffentlichen Finanzinstitut geht. Ich meine, Sie wären insofern gut beraten, wenn Sie in Zukunft mehr auf Zurückhaltung setzten, als das in der Vergangenheit und bis jetzt der Fall war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einem Punkt allerdings verdient Ihre Politik Unterstützung. Die Unterstützung kann aber nicht soweit gehen, das wir dem Etat des Wirtschaftsministers zustimmen könnten. Dieser Punkt betrifft die Investitionsbank. Allerdings haben wir es hier nicht mit einem innovativen Projekt der neuen Landesregierung zu tun. Vielmehr haben wir es mit einem Projekt zu tun, bei dem die neue Landesregierung vernünftigerweise auf Kontinuität setzt. Sie macht nämlich genau dort weiter, wo die alte Landesregierung aufgehört hat, allerdings mit einer Einschränkung. Gerade, wo es um die Überlegung bezüglich der politischen Steuerung geht, nämlich bei der Landesentwicklungsgesellschaft, sind Sie offensichtlich bereit - Sie ziehen das vor -, alles dem Wildwuchs zu überlassen. Insofern haben wir auch hier ein Teildefizit zu verzeichnen, das wir sehr bedauern.

Alles in allem kann man sagen: Da hier keine neuen Gedanken feststellbar sind und da hier nur alte Kamellen, wie etwa der Weiterbau der A 44, der A 49 oder der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden, wirtschaftspolitisch als angeblich zukunftsfähige Projekte ins Auge gefasst werden, kann sich die Landesregierung nicht wundern, dass wir und die gesamte Opposition uns außerstande sehen, dem Etat des Einzelplans 07 zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Danke. - Das Wort hat Herr Kollege Reif für die Fraktion der CDU.

Clemens Reif (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hessen ist wirtschaftlich gesehen wieder auf gutem Wege. Der Standort gewinnt wieder und ist endlich aus den negativen Schlagzeilen heraus. Die Politik der gezielten Diskriminierung ungeliebter Technologien und Industrien durch die ehemalige Landesregierung hat mit der Regierungsübernahme von CDU und F.D.P. ein Ende gefunden. Der von der F.D.P. gestellte Wirtschaftsminister Dieter Posch leistet gute und solide Arbeit.

(Beifall bei CDU und der F.D.P.)

Bei den betroffenen Unternehmen - den Unternehmern und den Arbeitnehmern - findet diese solide Arbeit immer mehr und größere Anerkennung.

Die Zahlen der Wirtschaftspolitik geben uns Recht. Sie sprechen für uns. Gestatten Sie mir, hier einige Zahlen zu

nennen. 1991, als Rot-Grün die Regierung im Lande Hessen übernahm, waren 125.000 Menschen arbeitslos. 1999, als Rot-Grün die Regierung an CDU und F.D.P. abgab, waren 242.000 Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit in unserem Bundesland hat sich also binnen acht Jahren nahezu verdoppelt. Herr von Plottnitz, das ist die negative Leistungsbilanz der Regierung, der Sie jahrelang angehört haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Was für ein Stuss!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, eine weitere Zahl zu nennen. Von April 1999 bis zum Dezember 1999 ist die Arbeitslosigkeit in unserem Bundesland kontinuierlich gesunken. Sie sank von 242.000 arbeitslosen Menschen auf 232.000. Das heißt: Wir sind acht Monate lang am Regieren, und in dieser Zeit hat sich die Arbeitslosigkeit pro Monat um mehr als 1.000 Arbeitslose verringert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P. - Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Reif, lassen Sie Zwischenfragen zu?

Clemens Reif (CDU):

Das heißt also, die Zahlen geben uns nicht nur Recht, sie sprechen für uns.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie die Zwischenfrage nun zu oder nicht?

(Clemens Reif (CDU): Ja, bitte!)

Herr Kollege Wagner aus Angelburg hat das Wort.

Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD):

Herr Präsident, es ist keine richtige Zwischenfrage. Aber ich würde Ihnen folgenden Rat geben: Können Sie mir zustimmen, dass es sinnvoll wäre, dem Kollegen ein Glas Wasser zu geben, damit er wieder zu klaren Gedanken kommt?

Clemens Reif (CDU):

Das war ein echter Zwischenruf des Herrn Kollegen Wagner, dem Weltökonom.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, ein Nächstes zu nennen. Seit dem Jahre 1991 sind in Hessen 191.000 industrielle Arbeitsplätze weggefallen. 32.000 dieser 191.000 Arbeitsplätze sind aus Hessen in andere Bundesländer abgewandert, weil sie dort bessere Wettbewerbs- und Standortbedingungen fanden. Das ist - neben dem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 100% - das eigentliche negative Ergebnis der rot-grünen Regierungstätigkeit von 1991 bis 1999.

(Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie mir, noch einmal darauf hinzuweisen, in welchen Branchen das geschah. Das sind alles Branchen, die Sie in den vergangenen acht Jahren durch Ihre Politik in Verruf gebracht haben. Ich nenne die chemische und pharmazeutische Industrie sowie die Kernenergie und die Energie erzeugenden Unternehmen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie machen Reklame! Was haben Sie dafür bekommen? - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne beispielhaft den Straßenbau, die Energieerzeugung und die Kernkraft. Letztere haben Sie im Land Hessen fast ausradiert. Damit haben Sie nichts, aber auch überhaupt nichts erreicht. Sie haben nur erreicht, dass Arbeitsplätze in Hessen weggefallen sind. Sie sind anschließend in Niedersachsen und im nahen bayerischen Alzenau angesiedelt worden. Das war das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das Vertrauen der Wirtschaft in den Standort Hessen ist in diesen acht Jahren von Rot-Grün kontinuierlich gesunken.

(Zurufe von der SPD)

Gestatten Sie mir, etwas zu den Aktivitäten zu sagen, die wir in den letzten acht Monaten eingeleitet haben. Wir haben erreicht, dass der Standort Hessen das Vertrauen der chemischen und der pharmazeutischen Industrie, der Straßenbauunternehmen, der Energieerzeuger und der Betreiber von Kernkraftwerken wiedergewonnen hat.

(Zurufe des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

- Herr Schmitt, Sie können noch so intensiv dazwischenrufen. Das wird daran nichts ändern.

(Norbert Schmitt (SPD): Die haben die CDU geschmiert! Das wissen wir doch!)

Wir treten in einen Wettbewerb mit anderen Ländern ein und sagen: Hessen bleibt ein Standort für Hochtechnologien. Die zentrale Lage unseres Landes ist es wert, dass hier weiterhin Hochtechnologien angesiedelt werden. Das heißt, diese Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen sagen Ja zur Gentechnologie, sie sagen uneingeschränkt Ja zur Biotechnologie, sie sagen Ja zur modernen automobilen Gesellschaft, sie sagen Ja zum Chemiestandort Hessen, sie sagen Ja zu Automobilfirmen, und sie sagen Ja zu all dem, was Sie in den vergangenen acht Jahren diskreditiert haben und wo Sie die Ansiedlung, z.B. über Unternehmensgründungen, neuer, zukunftsreicher Arbeitsplätze verhindert haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Frage von Herrn von Plottnitz zu?

Clemens Reif (CDU):

Nicht mehr, weil ja doch nur unsinnige Anmerkungen gemacht werden.

Wir haben ein Signal auch in eine andere Richtung gesetzt. Sie haben die Straßenbaumittel in den letzten acht Jahren von über 125 Millionen DM pro Haushaltsjahr skandalöserweise auf unter 40 Millionen DM heruntergefahren. Unser politisches Signal war, dass wir nicht nur vor den Wahlen versprochen haben, dass der Straßenbau im Lande Hessen wieder möglich sein werde, sondern dass wir schon im Nachtragshaushalt dieses Versprechen umgesetzt und gesagt haben: Wir werden jedes Jahr 10 Millionen DM drauflegen, sodass am Ende der ersten Legislaturperiode der CDU/F.D.P.-Regierung die Straßenbaumittel von 39 Millionen DM auf über 80 Millionen DM gestiegen sein werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben sehr schnell erkannt, dass dies nicht reichen wird, und haben gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium das "Kommunalinteressenmodell" entwickelt, das uns in die Lage versetzt, in den kommenden vier Jahren außerhalb des regulären Haushaltsansatzes rund 250 Millionen DM in die Infrastruktur unseres Landes zu investieren. Wir werden also 250 Millionen DM über das "Kommunalinteressenmodell" dergestalt investieren, dass Straßenbauprojekte, die vor Ort gewollt sind und in der Vergangenheit überhaupt keinen Streit herbeigeführt haben, im Gegenteil, von den Bürgern sogar gewünscht sind, endlich umgesetzt werden. Wir werden in Ortsumgehungen etwa 160 Millionen DM investieren. Wir werden in Ortsdurchfahrten 65 Millionen DM investieren, und wir werden rund 25 Millionen DM in den Radwegebau investieren, den Sie ebenfalls nicht vorangebracht haben.

Mit diesem Programm werden Mittel freigesetzt, die auch einen erheblichen Beitrag gegen die schleichende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe leisten.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Politik in den letzten Jahren ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass Unternehmen aus dem Tiefbau und dem Bauhauptgewerbe allgemein in die Krise geraten sind und reihenweise insolvent wurden.

Unsere Maßnahmen leisten einen Beitrag für die Infrastruktur des Landes und zur Erhaltung des Straßennetzes. Der Investitionsstau in unserem Land Hessen liegt bei über 600 Millionen DM - allein bei den 7.200 Landesstraßen, die es in Hessen gibt. Wenn man diesen Investitionsstau ins Verhältnis zu dem normalen Reparatur-, Instandhaltungs- und Wartungsaufwand setzt, der notwendig ist, um nicht von der Substanz zu leben, dann muss man feststellen: Der normale Aufwand für die Wartung, die Instandhaltung und die Reparatur der Landesstraßen beträgt jährlich rund 100 Millionen DM.

Über dieses Gesamtpaket - pro Jahr 10 Millionen DM mehr für den Straßenbau, sodass wir am Ende der Legislaturperiode bei 80 Millionen DM angelangt sind, und die 250 Millionen DM, die im "Kommunalinteressenmodell" angelegt werden - werden wir in dieser Legislaturperiode allein für Infrastrukturmaßnahmen im Straßenbau in unser Land Hessen rund eine halbe Milliarde DM investieren. Das kann sich sehen lassen. Damit wird ein wesentliches Versprechen dieser Koalition schon zu Anfang der Legislaturperiode eingelöst.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Gestatten Sie mir, ein Weiteres zu sagen. Wir haben in Sachen Transrapid ein deutliches Signal gesetzt. Wir müssen erkennen, dass in unserem Land, der Bundesrepublik Deutschland, jährlich 250 Milliarden DM in sterbende Industrien und Branchen investiert werden, und zwar durch so genannte öffentliche Subventionen. Wir haben es beim Transrapid mit einer Hochtechnologie zu tun, für die wir eine einmalige Anschubfinanzierung von 6,1 Milliarden DM geben wollen. Wir sind der Auffassung, dass es diese Hochtechnologie wert ist, mit 6,1 Milliarden DM unterstützt zu werden, wenn wir auf der anderen Seite wissen, dass 250 Milliarden DM jährlich, dauernd, immer während in sterbende Branchen und Technologien investiert werden, z.B. in den Bergbau, in Werften, in die Stahlindustrie und in vieles andere mehr.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Reif, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Clemens Reif (CDU):

Deshalb unterstützen wir Herrn Wirtschaftsminister Posch und Herrn Ministerpräsidenten Koch bei ihren Bemühungen, eine Bürgschaft der betroffenen Länder herbeizuführen.

Lassen Sie mich kurz noch Folgendes sagen. Wir sagen auch Ja zum Ausbau des Flughafens Kassel vom Flugplatz zum Flughafen, um die nordhessische Region zu stärken, um damit einen Kontrapunkt zu den neu entstehenden Flugverkehrs-Infrastrukturzentren Paderborn und Erfurt zu setzen. Dadurch werden die Standortvoraussetzungen von Nordhessen verbessert und veredelt, und Nordhessen wird in diesem Bereich von Arbeitsplatzzuwächsen profitieren können, die in diesem strukturschwachen Raum unbedingt notwendig sind.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes war der Regierungswechsel überfällig und höchst positiv. Hessen hat wieder eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Das Land tritt wieder in den Wettbewerb mit anderen Standorten in der Bundesrepublik Deutschland und mit europäischen Standorten und Regionen. Mit dieser Landesregierung lässt sich wieder Staat machen und in eine gute Zukunft blicken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Polster.

Harald Polster (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erspare mir, die Rede des Kollegen Reif zu kommentieren. Ich bedauere eigentlich nur, dass wir wieder in alte Rituale verfallen. Es wurden die gleichen Positionen wir immer eingenommen: Straßenbau hier, öffentlicher Verkehr dort.

Alle Ihre Angriffe sind lächerlich angesichts der hervorragenden Strukturdaten, die dieses Land in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgewiesen hat. Man kann zwar seine Taten feiern lassen, aber man sollte das, was früher einmal war, nicht herunterreden, sondern schlicht einmal konstatieren. Um mehr geht es nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Einzelplan 07 und zum Einzelplan 19. Wir haben heute Vormittag in einer - ich denke schon - eindrucksvollen Rede von Roland Koch

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

ein politisches Programm gehört. Das war so. Aber hier müssen wir jetzt Einzelplan für Einzelplan die Fakten, die Sie niederschreiben, kontrollieren, und da sieht die Welt doch schon etwas anders aus. Der Anspruch, den Roland Koch heute mit großer Verve formuliert hat, findet sich mitnichten hier drin. Ich höre da sehr viel Wunschdenken: Zukunftsoffensive steht da zum Beispiel. Unter diesem Wort verstehen wir viele spannende Themen. Er selbst hat sie genannt: Gründerzentren, Technologieförderung - alles

Dinge, die ja nicht neu sind, sondern in diesem Lande Hessen schon partnerschaftlich organisiert waren. Diejenigen Institutionen, die bislang Technologieberatung im Lande Hessen gemacht haben, die sich für Existenzgründungsprogramme eingesetzt und diese organisiert haben, die wussten und konnten sich bei der Landesregierung darauf verlassen, dass ihr Geld da war.

Es ist ein Skandal, das will ich Ihnen einmal sagen, dass bis heute - wir reden jetzt über den Haushalt 2000 - überhaupt nicht klar ist und auch der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt wird, aus welchen Ressourcen Sie das denn finanzieren wollen. Meine Damen und Herren, das ist ein Skandal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um die Abteilung Spekulation: Zukunftsoffensive - nix Genaues weiß man nicht.

Nächster Punkt. Ein bisschen ist das Machwerk des Einzelplans 07 - Wirtschaft, Verkehr, Technologie - und des Einzelplans 19 - Wohnungsbau - auch Ausdruck dafür, welche Wertigkeit ein Minister innerhalb einer Regierung, eines Kabinetts hat. Meine Damen und Herren, ich habe heute Vormittag wiederum gelernt, dass dieses Kabinett hier nicht stattfindet. Es gibt ein Kabinett, das heißt Roland Koch. Das wollen wir einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank Lortz (CDU))

Ich werde jetzt einmal versuchen, den Einzelplan 07 aufzudröseln. Wenn ich ihn auf die Entscheidungen abklopfe, die getroffen worden sind, dann finde ich keine. Ich finde Luftschlösser und Ankündigungen: Zukunftsoffensive. Auf meine Frage in der kursorischen Lesung an den Wirtschaftsminister, wie er das denn mit Inhalt füllen wolle, erklärte er mir wörtlich - das war ja eine öffentliche Sitzung -: Sie können versichert sein, ich wüsste es auch gern; aber wir werden es demnächst, noch vor der Jahreswende, regeln.

Er wusste es nicht, weil es sicherlich nicht bei ihm, sondern in der Staatskanzlei entschieden wird. Das ist auch aufschlussreich. Das will ich gleich einmal vorwegnehmen: Das Wirtschaftsressort hat wie kein anderes Ressort gelitten, und das bei einem Thema zur Zukunft des Landes Hessen.

Jetzt steigen wir einmal in die einzelnen Blöcke ein, die es hier gibt. Der erste Block - und das war Ihr selbst erklärter: Ja, Sie machen mehr Landesstraßenbau als vorher. Das kommunale Interessenmodell, Herr Denzin, wird dort gefeiert werden, wo eine Straße neu gebaut wird, weil die Kommune in der Lage ist, sie zu finanzieren und das auch will. Das ist so, vollkommen klar. Aber leider können Sie mir nicht die Antwort darauf geben, warum Sie ausgerechnet in einem Haushaltsjahr 2000, wo die Steuerquellen wie nie zuvor in den letzten Jahren sprudeln, angesichts von Steuer Mehreinnahmen von 1 Milliarde DM - in den Folgejahren werden es noch mehr werden - den Kommunen zumuten, die Zwischenfinanzierung für Ihre Landesstraßen zu bezahlen. Das müssen Sie mir einmal erklären. Das können Sie in keiner Weise begründen. Warum finanzieren Sie das nicht selbst vor? Wir wehren uns doch nicht gegen eine private Vorfinanzierung, das ist überhaupt nicht unser Thema. Warum aber ausgerechnet die Kommunen die Zwischenfinanzierung übernehmen sollen, obwohl Sie erkennbar in eine Finanzsituation hineingelangen, die in den letzten acht Jahren überhaupt nicht vorhanden war, das vermag niemand einzusehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Unsere Folgerung ist also auch hier: Sie bauen einen Popanz auf und sagen, dieses Programm ist unser Programm und hebt den Landesstraßenbau. Sie haben gesagt: jedes Jahr um 10 Millionen DM. Im ersten Jahr haben Sie gelogen, ich habe das hier schon einmal gesagt: 1999 waren es nur 8,5 Millionen DM. Aber Schwamm drüber. Tatsächlich legen Sie da etwas drauf.

Sie haben gemerkt, bei Ihren 80 Millionen DM für den Landesstraßenbau bis zum Ende der Legislaturperiode ist der große Wurf nicht zu schaffen. Das ist die Wahrheit.

Mit welchen Methoden hier vorgegangen wird, das will ich auch noch einmal dokumentieren. Der Wählerschaft wird groß erklärt: Einer unserer Schwerpunkte ist der Landesstraßenbau. - Klammheimlich sammeln Sie hier die Anlage II zum Landeshaushalt ein - die haben Sie überhaupt nicht mehr aufgelegt -.

(Gerhard Bökel (SPD): Oha!)

damit kein Mensch merkt, welche Maßnahme in welcher Gemeinde konkret angemeldet ist. Dafür legen Sie ein Bauprogramm 2000 vor, das nichts anders vorsieht als das, was Sie im Jahre 2000 machen können. Dann kreieren Sie ein "Kommunalinteressenmodell" und sagen: Bitte schön, was ihr darüber hinaus haben wollt, das müsst ihr zu euren Lasten finanzieren. - Das war der erste Punkt.

Das ist unseriös, und es ist auch nicht begründbar. Es wäre wirklich eine tolle Sache, wenn dieser Ministerpräsident der Öffentlichkeit sagen könnte: Okay, es ist ein Schwerpunkt, und wir klotzen hier richtig rein, nicht diese 80 Millionen DM, sondern das Land Hessen finanziert 250 Millionen DM vor. - Dann, meine Damen und Herren, wäre das ein Schwerpunkt, aber alles andere ist getürkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun muss man diese Straßen aber auch planen - und siehe da, jetzt komme ich wieder zum Wirtschaftsminister. Der Wirtschaftsminister muss in diesem Kabinett hinnehmen, dass er zu denen zählt, die bei den Personalkosteneinsparungen am meisten bluten müssen. Allein in der Straßebauverwaltung sind mehr als 15 Millionen DM zu erbringen - aber just in dem Verwaltungsteil, der diese Straßen mit großer Verve jetzt realisieren soll. Gut, ich weiß, jetzt wird privatisiert und die Aufträge werden alle herausgegeben, alles wird furchtbar besser, aber es wird nicht billiger, und es muss auch noch fachlich kontrolliert werden. Wir sehen also: Dieser Schwerpunkt läuft erkennbar daneben.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Sie versuchen das zu türken - und sonst geht nichts.

Jetzt komme ich zu dem wesentlicheren Teil. Nach meiner Auffassung spielen die Straßen alleine, für sich betrachtet - und das ist der große Fehler den Sie machen -, für die Zukunftsorientierung dieses Landes nicht die große Rolle. Das ist eine ganz andere Frage.

Was ist uns denn Gott sei Dank in den letzten Jahren gelungen, und zwar uns allen gemeinsam? Ich nehme da die Schwarzen nicht aus und auch die Gelben nicht. Wir haben ein Investitionsklima hinbekommen, einen Investitionsanreiz, sodass sich in Hessen flächendeckend alle Kommunalpolitiker Gedanken machen, wo denn die Schnittstelle zwischen öffentlichem Verkehr und Individualverkehr besser organisiert werden kann. Die Konzepte - ich nenne einmal die Odenwaldbahn, Anbindung Darmstadt, Frankfurt 21,

Regionaltangente West, Stadtbahn Wiesbaden, Lossetal, Lumdatal, Vogelsbergbahn - sind fertig und liegen auf dem Tisch, kommunal gewollt, unstrittig. Die Aufrüstung der Frankenbergbahn in Korbach hat die F.D.P. mit beschlossen - alles Konzepte, die vorliegen. Was aber geschieht jetzt? Anstatt die Chance zu ergreifen, dass vor Ort endlich wie niemals zuvor die Bereitschaft zur Mitfinanzierung besteht, wird in diesem Topf genau die Hälfte der zur Verfügung stehenden beweglichen Mittel eingespart - und zwar werden Bundesmittel eingespart zu Lasten anderer Titel. Mehr als 174 Millionen DM werden irgendwo bei Ihnen zu anderen Zwecken weggelegt.

Ich habe mir einmal angesehen, was Sie mit diesen Mitteln, die überhaupt noch verbleiben, im investiven Bereich noch machen können. Ich warte jetzt einmal auf die Antwort, die uns jetzt sicher Minister Posch - entscheidungsfreudig, wie er ist - geben wird. Kann er denn mit den Restmitteln noch die Odenwaldbahn mitfinanzieren? Kann er die Regionaltangente West finanzieren? Kann er Frankfurt 21 - die Unterschritten sind ja, groß angekündigt, geleistet - mitfinanzieren?

(Zurufe der Abg. Nicola Beer (F.D.P.) und Frank Lortz (CDU))

Das sind alles Mittel, die Sie zur Verfügung hätten, jetzt aber im Haushalt zu anderen Zwecken verbaggern. Geben Sie doch den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort die Auskunft, wo konkret Sie diese Mittel einsetzen und wo nicht. Alles andere ist Blabla.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt will ich Ihnen etwas zum Thema Verkehrsinfrastruktur sagen: Roland Koch hat mit großer Verve heute Vormittag erklärt,

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

ein entscheidender Faktor dafür, wie gut wir beim Organisieren sind, ist die Verkehrsinfrastruktur. Es geschieht aber genau das Gegenteil.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Zu den Punkten, wo Sie die Chance hätten, die Vorarbeiten und das positive Investitionsklima - ich sage es noch einmal - jetzt auszubauen und fortzuführen und den Verkehr intelligent intermodal zu organisieren, vom Flughafen auf die Schiene, auf die Straße, damit die Schnittpunkte Hessens, die Drehkreuze Hessens, mit Technologie und Kommunikation gestärkt werden, dazu lassen Sie aber noch nicht einmal einen Satz verlauten. Deswegen frage ich, warum Sie Ihre rückwärts gewandte Politik fortführen. Zu diesen Themen habe ich nichts außer Luftblasen gehört. Was im Haushalt dazu steht, führt uns um Jahre gegenüber anderen Standorten wie Baden-Württemberg, Berlin und München zurück; die gleichzeitig aufrüsten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Polster, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Harald Polster (SPD):

Dann verbleibt mir in dieser bedeutenden Öffentlichkeit nach diesem Ritual nur noch eine Feststellung.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Frohe Weihnachten zu wünschen!)

Wir werden als Opposition die nächsten Monate und das nächste Jahr nutzen - das ist ganz klar -, die Lebenswirk-

lichkeit, die Sie sicher verändern werden, vor Ort den Leuten darzustellen und sie mit ihnen zu diskutieren. Es reicht nicht, Programme groß und fein zu formulieren, man muss sie auch in die Lebenswirklichkeit transferieren, und da hakt es bei Ihnen erkennbar.

Mein erster Einsparungsvorschlag wäre: Wenn Roland Koch alles entscheidet, brauchen wir den Wirtschaftsminister nicht mehr. Die ganz Abteilung da drüben könnte also genauso gut eingespart werden. Dann wären die 15 Millionen DM schon erbracht.

Meine Damen und Herren, welche Begründung gibt es für den Wirtschaftsminister in Hessen? Entscheidungen trifft er keine, das haben wir nun mitbekommen.

(Clemens Reif (CDU): Blödsinn!)

Für Spatenstiche ist das eigentlich zu teuer. Allein, um die F.D.P. zu bedienen - sie muss ja bedient werden -, ist die F.D.P. in diesem Lande nicht stark genug. Ich würde sagen: Wenn der Wirtschaftsminister so weitermacht, werden wir nächstes Jahr den Vorschlag bringen, ihn einzusparen.

Meine Damen und Herren, in dem Sinne werden Sie nicht damit rechnen können, unsere Zustimmung zu den Einzelplänen 07 oder 19 zu bekommen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Es spricht Herr Kollege Denzin für die F.D.P.

Michael Denzin (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe einen besseren Einsparvorschlag: Solche Reden sollten wir uns in Zukunft sparen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dann wären wir zehn Minuten weiter und um keinen Punkt dümmer, weil da nichts war, was man aufnehmen konnte.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Was man allenfalls aufnehmen kann, ist, dass der Polster ein oder mehrere Eigentore geschossen hat,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Der kann nicht Fußball spielen!)

wie dumm er eigentlich gar nicht sein kann, das so vorzutragen. Da fängt einer von denen an, die seit 1991 das Landesstraßenbauprogramm von über 100 Millionen DM auf 39 DM heruntergefahren haben,

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Recht!)

die die GVFG-Mittel um 95 Millionen DM zulasten des kommunalen Straßenbaus und zugunsten der Schiene gekürzt haben, und macht uns hier Vorhaltungen, dass wir jetzt auf 70 Millionen DM und dann auf 80 Millionen DM hochfahren und dass wir ein Vorfinanzierungsprogramm mit 250 Millionen DM anbieten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was haben Sie denn angekündigt im Wahlkampf?)

Er sagt dann, es müsste noch mehr sein. - Ja, wenn wir einen Investitionsstau haben, dann doch aus diesen acht Jahren und nicht aus diesen acht Monaten. Da greift man sich an den Kopf.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dann fordert der Polster, der acht Jahre jegliche Technologieentwicklung gerade in der Verkehrspolitik tabuisiert hat,

(Beifall der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

technologische Entwicklung und Drehkreuze. Dann spricht dieser Polster ein Thema an, das bei Klemm und seinen Vorgängern sträflich vernachlässigt wurde,

(Petra Fuhrmann (SPD): "Dieser Polster"? Das ist ein Kollege!)

nämlich die Anmeldungen im Schienennahverkehr, im anderen öffentlichen Nahverkehr, wo man keine Reihung hatte, wo man jedes Projekt, ob es eine Busförderung, eine Straßenbahnhaltestelle, eine Bushaltestelle, ein Fahrkartenknipler oder eine Schiene war, nebeneinander gestellt hat, ohne eine Bewertung oder Rangfolge in der Förderung zu haben.

Genau in dieser Situation übernimmt der Minister Dieter Posch dieses Haus. Das alleine zeigt schon, was zu tun ist. Das zeigt, dass abgesehen von einer anderen Politik, die man nicht von heute auf morgen umstellen kann, wenn man ein Haus übernimmt, auch in diesem Haus eine ganz andere Linie und eine ganz andere Programmabwicklung erfolgen müssen, nicht weil die Leute früher nichts geschafft hätten oder dumm gewesen wären, nein, weil die Einsatzstrategie eine andere war und weil die Vorgaben andere waren.

Das muss man sehen, wenn man die einzelnen Abteilungen und Aufgabenbereiche durchgeht. Sie haben Technologie angesprochen. Das habe ich schon zimal beim Haushalt vorgetragen: Technologieförderung lief doch so, dass über 50% der Fördermittel in Technologiefolgenabschätzungsprogramme gegangen sind und nicht in Technologieförderung. Diese Folgenabschätzungsprogramme sind überwiegend - die Liste habe ich vom ehemaligen Wirtschaftsminister - über gewerkschaftseigene Institute erfolgt.

Meine Damen und Herren, wir können das durchgehen. Nehmen wir die Außenwirtschaft, man muss sich nur ein halbes Jahr dort hineinknien. Man muss sich aber wirklich ein halbes Jahr dort hineinknien, um überhaupt eine Konzeption zu entwickeln. Warum? Weil unsere bisherige Außenwirtschaft im Wirtschaftsministerium über Jahre hinweg das Ergebnis von Zufälligkeiten war.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Da ist einer in Wisconsin gewesen, einer in Afrika, einer im Vorderen Orient. Man kann noch ein paar andere Stützpunkte finden. Dann gucken Sie sich einmal die Referate, die sich mit den Aufgaben befassen, spiegelbildlich an.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann sehen Sie, was man erst einmal aufarbeiten muss, ehe man nach außen kommt. Gemessen daran haben Dieter Posch und Herbert Hirschler - beide, der Minister wie der Staatssekretär - in diesen acht Monaten Hervorragendes geleistet.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben als Erstes Vertrauen für Hessen hergestellt. Das ist das Wichtigste in der Wirtschaftspolitik, das ist das psychologische Moment. Vertrauen herzustellen ist gelungen.

Sie haben als Zweites in den harten Infrastrukturbereichen, die tabuisiert waren, gehandelt, z. B. in Bezug auf den

Flughafen. Herr Bender hatte ein Verbot bis zum November 1998, das Flughafenthema überhaupt aufzunehmen. Dieses Verbot ist nicht vom Himmel gefallen, sondern kam aus der damaligen hessischen Landespolitik.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Hä? - Wortmeldung des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, lassen Sie Fragen zu? - Nein.

Michael Denzin (F.D.P.):

Kassel-Calden wurde aufgenommen. Transrapid-Bürgerschaft - wo ist diese Idee entwickelt worden?

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat auch Flugverbot!)

Natürlich wäre es ein Riesenfortschritt, wenn wir aus dem Lande Hessen die Initiative schaffen könnten, dieser zukunftsweisenden Technologie eine Anschubförderung zu geben. Ich will das in der Sache hier nicht weiter erörtern. Es ist schon genug dazu gesagt worden.

Die Aufgaben, die noch vor uns liegen, die man nicht alle in dieser Zeit vollenden kann - es wäre toll, wenn wir das in einem halben Jahr hätten leisten können -, muss man auch einmal skizzieren, weil diese Aufgaben wiederum Versäumnisse aus der Vergangenheit sind. Dazu zähle ich den Fremdenverkehr. Da brauchen wir eine neue konzeptionelle Grundlage. Dazu zähle ich die Dorferneuerung, wenn auch nicht in der Förderung der Höhe nach. Darüber haben wir im Ausschuss schon einmal gesprochen. Da bleiben die 55 Millionen DM. Aber wir müssen diese Programme durchaus inhaltlich beleuchten.

Wir müssen auch im Wohnungsbau sicher einen Schritt weiter gehen. Da ist schon ein Schritt in der Schwerpunktsetzung gemacht worden. Da ist das Eigentumsprogramm schon deutlich herausgearbeitet worden. Darin ist die Modernisierung, die Sie, Herr Klemm, im letzten Jahr noch aufgenommen haben, aber vorher ignoriert haben, enthalten. Darin ist auch die soziale Stadt als das Kernprogramm sozialer Verantwortung. Das ist richtig.

Trotzdem müssen wir in zwei Richtungen weiterentwickeln - auch das habe ich hier schon vorgetragen. Zum einen müssen wir am besten ganz weg vom Bund; denn der hat uns die Mittel wieder drastisch gekürzt, ich glaube, um 40 oder 50 Millionen DM, ich kann es nachsehen. Aber auch wenn wir immer weniger bekommen, sind wir programmhaltlich immer an den Bund gebunden, deshalb: raus damit. Soll er die Mittel im Finanzverbund anders ersetzen.

Wir vom Land müssen wiederum viel stärker heruntergehen auf die Gemeinden, die tatsächlich spüren, wo was zu tun und zu unterstützen ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das wird eine große Aufgabe werden, weil man so ein eingefahrenes System natürlich nicht von heute auf morgen und auch nicht von diesem Jahr auf das nächste Jahr umstellen kann. Das sind Aufgaben, die vor uns liegen.

Meine Damen und Herren, es ist noch sehr viel zu nennen, was allein in dem halben Jahr vom Minister und vom Staatssekretär in Sachen Medienwirtschaft, Medienland Hessen an Bewusstsein geschaffen worden ist, was in die

Öffentlichkeit transferiert werden konnte. Das ist fantastisch. Das hat man acht Jahre lang so gut wie nicht erlebt, außer Herr Klemm persönlich - das muss ich sagen - hat sich um dieses Thema bemüht. Aber es kam doch nicht herüber. Hessen ist als Medienstandort abgehängt gewesen. Die beiden sind dabei, uns hier ein ganzes Stück nach vorne zu bringen. Ich denke, das wird von weit größerem Erfolg gekrönt sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist besser, mit diesem Aufriss einmal gezeigt zu haben, wie sich die Aufgaben nach einem Wechsel stellen, was es für ein Unfug ist, wenn jemand, der 96 Monate Verantwortung getragen hat oder sie in der Fraktion mitgetragen hat, sich hier hinstellt und Dinge einklagt, die er selbst verursacht, zu vertreten und verschuldet hat,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Unerhört!)

und Dinge einfordert, die andere in acht Monaten wirklich nicht alle reparieren können. Ich hoffe, dieser Aufriss ist mir gelungen. Wenn das gelungen wäre, wäre das vielleicht auch eine Lehrstunde für die Zukunft für einige in der Opposition.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Überhaupt nicht gelungen!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Vielen Dank. - Das Wort hat Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf einige Punkte eingehen, die insbesondere von den Abgeordneten der Opposition hier genannt worden sind. Ich beginne in der Reihenfolge mit Ihnen, Herr Kollege von Plottnitz. Wissen Sie, wenn Sie sich hier hinstellen und zum Thema A 44 nichts anderes zu sagen haben, als dass das olle Kamellen seien, dann scheinen Sie in den acht Jahren, die Sie Regierungsverantwortung getragen haben, überhaupt nicht gemerkt zu haben, welches Problem dort oben in Nordhessen bestanden hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wer so argumentiert, hat die Arroganz der Macht nahtlos in die Opposition übernommen und beschimpft die Bevölkerung, die seit acht Jahren auf eine derartige Strecke wartet.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wer so davon spricht und ja weiß, dass es das letzte Verkehrsprojekt deutsche Einheit ist, das noch nicht begonnen wurde, hat bis zum heutigen Tage noch nicht begriffen, was es bedeutet, eine Ost-West-Verbindung zwischen Kassel und Eisenach herzustellen. Arroganter kann man sich über die Bedürfnisse der Leute in Nordhessen nicht hinwegsetzen, als Sie das eben getan haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie haben nichts anderes getan, als dieses Projekt zu verhindern, und mokieren sich jetzt darüber und diskreditieren das, wenn Sie diesen Begriff von "ollen Kamellen" verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Das Gleiche gilt für die anderen Projekte. Verehrter Herr von Plottnitz, wir haben uns bemüht, aus diesem Verkehrslandeplatz Kassel-Calden etwas zu machen. Besser gesagt, wir bemühen uns darum. Die Vorgängerregierung hat für diesen strukturschwachen Raum überhaupt nichts getan.

(Widerspruch bei der SPD)

Die letzte Investition für diesen Flughafen Kassel-Calden stammt von Alfred Schmidt, der damals ILS eingeführt hat. Sie haben nichts für diese strukturschwache Region getan. Und dies wird ebenfalls abgetan, als sei es eine olle Kamelle.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich sage auch an dieser Stelle, das, was wir mit diesem Projekt machen, ist ein einzigartiger Kraftakt. Ich erwarte insbesondere von den kommunalpolitischen Mandatsträgern in Nordhessen, von den Sozialdemokraten, dass sie dieses Projekt unterstützen und nicht permanent nach mehr rufen, sondern sich jetzt darauf besinnen, selbst die Arbeit zu leisten, um dieses Projekt gemeinsam auf den Weg zu bringen. Diese Region leistet sich keinen Dienst, wenn sie jetzt nach diesem Angebot der Landesregierung einmal mehr anfängt zu jammern.

Das Gleiche gilt für das Thema Transrapid. Ich will Ihnen einmal sagen, was ich in diesem Hause zum Transrapid vorgefunden habe. Da war nichts. In diesem Hause hat es Lippenbekenntnisse zum Thema Transrapid, aber überhaupt keine Einschätzung zur ökonomischen Bedeutung gegeben. Wir haben uns dieser Frage angenommen. Es ist richtig, dass es der Landesregierung gelungen ist, zunächst zu verhindern, dass das endgültige Aus für den Transrapid vor wenigen Wochen gesprochen worden wäre.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Das war die Bundesregierung! - Gegenruf von der CDU: Ach ja?)

Ich weiß, dass das Angebot, mit Landesbürgschaften zu helfen, keineswegs sicherstellt, dass diese Technologie auch realisiert wird. Ich habe die Hoffnung, dass dies geschieht. Ich habe die Hoffnung, dass die Bahn AG diese Technologie akzeptiert.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Genau so!)

Ich erwarte von der Bahn, dass sie eindeutig dazu Stellung nimmt, wie dieser Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, ihrerseits beurteilt wird. Wenn eine Teileinsparung 8,5 Millionen Passagiere erbringt und eine zweispurige 8,6 Millionen, der Takt von 20 auf 30 Minuten erhöht wird, dann sind das Dinge, die eigentlich die Bahn veranlassen müsste, sich hier noch einmal einzuschalten und eine endgültige Entscheidung zu treffen.

Wir werden diese Diskussion fortführen. Ich weiß nicht - und ich sage das sehr bewusst -, zu welchem Ergebnis wir kommen werden. Ich hoffe jedoch, dass wir zumindest eines veranlassen haben: dass der Bund noch einmal darüber nachdenkt. Der Bundesverkehrsminister hat für den 22. Oktober eingeladen, um erneut diese Problematik zu besprechen.

Darüber hinaus - Herr Kollege von Plottnitz, "olle Kamellen" - will ich zu den Punkten noch etwas sagen. Wir haben die Investitionsbank im Kabinett entschieden. Der Haushaltsausschuss hat sie passieren lassen. Dafür bin ich recht dankbar. Hier habe ich ein Projekt vorgefunden, das schlecht und dilettantisch vorbereitet war, Ich habe die Diskussionen mit den Genossenschaftsbanken und dem Ban-

kenverband führen müssen, um das Thema Wettbewerbsneutralität sicherzustellen. Dies ist uns ansatzweise gelungen, weil die Grundstrukturen natürlich durch Entscheidungen, die nicht mehr korrigierbar waren, bereits gefällt waren. Ich glaube, dass wir durch diese Diskussionen Vertrauen bei den Genossenschaftsbanken und bei den Privatbanken wieder gefunden haben. Sie waren es, die dieses Konzept gegen Ende des letzten Jahres kurz vor der Landtagswahl lauthals propagiert haben, aber wichtige steuerrechtliche Fragen nicht geklärt hatten. Es war Kleinarbeit in jedem einzelnen Punkt zu erbringen, um diese Investitionsbank jetzt im Kabinett beschließen zu können.

Wir sind froh, dass wir auf diese Art und Weise die Förderaktivitäten des Landes bündeln können und mit der Investitionsbank ein schlagkräftiges Instrument für die Wirtschaftsförderung haben. Wenn Sie jetzt kritisieren, dass die LEG nicht dabei ist, dann gucken Sie sich bitte an, was wir in diesem Zusammenhang in der Grundsatzvereinbarung stehen haben. Darüber hinaus wundert mich das deswegen, weil Sie immer dagegen sind, dass sich das Land wirtschaftlich betätigt, und versuchen, Liberalismus pur darzustellen. Bei der Landesentwicklungsgesellschaft wäre genau das der Fall gewesen, dass sie im Bereich des Projektmanagements und des Grund- und Bodenmanagements tätig geworden wäre.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Insofern sind Sie in Ihrer Argumentation beim besten Willen nicht schlüssig.

Dann ein Wort zu der Frage des Wiedereinstiegs in die Helaba.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Herr von Plottnitz, Sie wissen es ja besser. Die Frage des Wiedereinstiegs als solcher hat mit der EU-Problematik überhaupt nichts zu tun. Hier geht es um die Frage, ob Beihilferecht verletzt ist. Der Wiedereinstieg wird überhaupt nicht von der EU problematisiert. Hier geht es um Fragen wie Gewährträgerhaftung, Anstaltslast und insbesondere, primär im Zusammenhang mit der Problematik der WestLB, ob beihilferechtliche Vorschriften nicht beachtet worden sind.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Hessen sind genauso betroffen!)

Meine Damen und Herren, dies war aus Ihrer Sicht eine Dokumentation dessen, was Sie in acht Jahren in dieser Koalition an Wirtschaftspolitik angestellt haben. Insofern sind Sie sich treu geblieben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das gibt mit Anlass, zu dem überzugehen, was Sie gesagt haben, Herr Polster. Sie haben im Wesentlichen zwei Themen angesprochen, auf die ich kurz eingehen will. Ich sage einmal: Sie haben eigentlich das Recht verloren, sich hier hinzustellen und zu sagen, Sie hätten ein Haus hinterlassen, das in Fragen des Landesstraßenbaus alles bewirkt habe. Nichts haben Sie hinterlassen. Ich habe das mehrfach gesagt. Man scheint es Ihnen immer wieder sagen zu müssen.

Sie haben einen Investitionsbedarf von 1,4 Milliarden DM im Landesstraßenbau hinterlassen. Sie haben einen jährlichen Unterhaltungsbedarf von 100 Millionen DM hinterlassen, den wir jetzt abarbeiten müssen. Sie haben das Recht verloren, in dieser Diskussion überhaupt ernst genommen

zu werden. Sie haben sich von dieser Fraktion bis zum Gehnichts mehr erpressen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jeder sozialdemokratische Bürgermeister freut sich darüber, dass wir im GVFG den Schlüssel wieder auf fifty-fifty umgestellt haben, weil er natürlich weiß, dass kommunaler Straßenbau notwendig ist, um öffentlichen Personennahverkehr mit den Bussen überhaupt erst zu ermöglichen. In der gleichen Richtung will ich Ihnen noch eines sagen, was die Frage der privaten Finanzierung angeht. Wir sind so ehrlich und sagen den Kommunen, bei denen ein dringender Bedarf ist, dass sie sich bitte an der Finanzierung beteiligen sollen.

Sie wissen doch ganz genau, was Sie gemacht haben. Sie haben auch Privatfinanzierung gemacht und haben Verträge mit Kommunen zur Privatfinanzierung abgeschlossen. Darin steht noch nicht einmal etwas über die Rückzahlung der eigentlichen Beträge. Das war Ihre Form der Vorfinanzierung, die in der Tat wirklich kommunalfeindlich war. Das sind die Gemeinden, die jetzt bei uns auf der Matte stehen und fragen, wie es mit den Rückzahlungsverpflichtungen aussieht.

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, das Wirtschaftsministerium habe einen erheblichen Beitrag zu den Personalkosten zu erbringen: Dies stimmt. Sie waren es aber, die in der Vergangenheit veranlasst haben, dass 250 Stellen bei der Straßenbauverwaltung nicht besetzt worden sind, weil bei Ihnen Straßenbau keine Mode mehr war. Mir das deswegen heute vorzuhalten ist geradezu ungeheuerlich.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will deswegen auch zu dem Punkt etwas sagen, wo Sie sich im Bereich der Spekulation bewegen, Herr Polster. Ich werde Ihnen im zuständigen Ausschuss sehr wohl auf die Frage Antwort geben, wie es sich mit dem ÖPNV verhält.

Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, hier würden 170 Millionen DM eingespart, und dabei zu vergessen, dass die so genannten Plus-x-Mittel in den beiden letzten Jahren von Ihnen jeweils um 105 Millionen DM gekürzt worden sind, das ist wirklich einmalig und unverfroren.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister, der übliche Hinweis: Die an sich vereinbarten zehn Minuten sind herum.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich will nur noch einen Satz in diesem Zusammenhang sagen und erlaube mir, den Rest zu Protokoll zu geben, weil dann im Protokoll zumindest festgehalten ist, wie die einzelnen Haushaltspositionen zu bewerten sind.

Wir befinden uns heute bei einem ÖPNV-Volumen von 1,160 Milliarden DM. Der gesamte Einzelplan 07 beinhaltet 1,8 Milliarden DM. Wenn ich die Personalkosten abziehe, sind es etwa 1,7 Milliarden DM. Sie sehen also, welchen Umfang nach wie vor der öffentliche Personennahverkehr in diesem Haushalt einnimmt, allein an diesen Zahlen.

Ich sage auch das: Wir werden bei den ÖPNV-Maßnahmen auf die Kommunen zukommen. Aber es geht nicht nur darum, eine 90-prozentige Finanzierung sicherzustellen, sondern auch betriebswirtschaftliche Überlegungen bei den einzelnen Maßnahmen in die Planung einzubeziehen. Das

hat in der Vergangenheit nicht stattgefunden. Das wird in Zukunft stattfinden.

Infolge des Hinweises des Präsidenten erlaube ich mir, den Rest zu Protokoll zu geben. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. - siehe Anlage)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich auch für diese technische Abwicklung. Ich stelle fest, dass der Einzelplan 07 in Verbindung mit Einzelplan 19 besprochen wurde.

Ich rufe auf

Einzelplan 08 - Hessisches Sozialministerium -

in Verbindung mit

Einzelplan 16 - Wiedergutmachung -

Auch hier zehn Minuten Redezeit pro Fraktion. Die Damen haben sich geeinigt. Frau Kollegin Schönhut-Keil für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat als Erste das Wort.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung hat mit Zustimmung der zuständigen Ministerin die Sozialpolitik und somit auch die Familienpolitik zum finanziellen Steinbruch ihrer Politik erklärt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie führen eine Politik des Sozialabbaus im Jahre 2000 fort, die schon dieses Jahr unter der schweigenden Ägide der zuständigen Ministerin begonnen wurde. Die vollmundigen sozialen Versprechungen im Wahlkampf erweisen sich als Makulatur einer Ministerin, die ihr Haus - Frau Ministerin, da erinnere ich Sie an Ihre erste Pressekonferenz - unter die Kuratel des Finanzministers gestellt hat.

Ich darf einmal daran erinnern, dass das hessische Sozialbudget, für das wir lange gekämpft haben, nun sang- und klanglos abgeschafft wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von dem Budget, das Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung aufgeführt haben, ist heute keine Rede mehr. Ich bin gespannt, ob es noch irgendwo zur Diskussion steht.

Frau Ministerin Mosek-Urbahn, wir werfen Ihnen vor, dass Sie die hessische Sozialpolitik als unwichtiges Politikfeld abwickeln und Ihr Ministerium jetzt zur Restgröße verkommt. Wir werfen Ihnen vor, dass weder ein innovativer Ansatz erkennbar ist, hier noch etwas zu gestalten, noch der Wille vorhanden ist, tatsächlich eine soziale Politik für die Bürgerinnen und Bürger zu betreiben, die einheitliche Lebensverhältnisse für alle hessischen Bürgerinnen und Bürger schafft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das ist das Bitterste, was man überhaupt in diesem Zusammenhang über eine Sozialministerin sagen kann.

18 Millionen DM globale Minderausgabe, Personal 250 Stellen weniger - das sind Luftbuchungen, die im Haushaltsvollzug zu weiteren Kürzungen und Hessen zum Schlusslicht in der Sozialpolitik führen werden. Es gibt keinerlei Konzept, wie diese 18 Millionen DM im Haushalt überhaupt dargestellt werden sollen.

Innovative Arbeitsmarktpolitik ist für diese Landesregierung ein Fremdwort. Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" wird abgewickelt. Das Verstärkungsprogramm für ABM und das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit werden nicht mehr aufgelegt. Die regionalen Koordinierungsstellen in der Arbeitsmarktpolitik werden gestrichen. Meine Damen und Herren, das ist keine Arbeitsmarktpolitik mehr, das ist gar nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es löst alle Bemühungen, die wir in den letzten Jahren hier unternommen haben, in Luft auf, und das bei steigenden Arbeitslosenraten. Frau Ministerin, es ist wirklich sehr, sehr schade, dass Sie nicht in der Lage sind, uns darzustellen, wie Sie denn mit der gesamten Klientel, die eigentlich den Zugang über den zweiten Arbeitsmarkt in den ersten Arbeitsmarkt finden will, überhaupt umgehen. Sie schreiben diese Menschen schlicht ab.

Im Kommunalen Finanzausgleich wird den Kommunen das Geld zum Ausgleich der Belastungen aus überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit genommen und auf die Investitionsseite geschoben, wo es niemandem etwas nützt.

Ist das etwa ein Konzept für eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik? Das nennen wir ein Armutszeugnis.

Ein weiteres Beispiel. Sie haben gesagt, Seniorenpolitik müsse zeitgemäß an veränderten Lebens- und Wohnbedürfnissen angepasst werden. Das beschreiben Sie ja oft sehr blumig. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Satz können wir doch alle unterschreiben. Doch wo und wie geschieht das denn jetzt? Sie betrügen nach Ihrem Wahlsieg im Februar die alten Menschen in Hessen, indem Sie die Beratungs- und Koordinierungsstellen der Altenhilfe kommentarlos streichen, wo Sie erst im April eine Überprüfung angekündigt haben. Meine Damen und Herren, ich frage einmal hier: Wann und wo und in welcher Form hat denn eine Überprüfung der Wirksamkeit dieser Beratungsstellen stattgefunden?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Hat Ihr Staatssekretär Ihnen nicht versichert, aus seiner kommunalpolitischen Erfahrung - Herr Seif, gehen Sie nicht raus - sei die Sicherstellung der Beratung der alten Menschen nicht mehr notwendig?

Oder ein weiteres Beispiel. Wir haben heute Morgen auch viel zum Thema Familienpolitik gehört. Hessen soll familienfreundlicher werden. Über diesen Slogan können wir fast alle nur noch Hohn lachen, wenn es für die hessischen Familien nicht so dramatisch wäre. Herr Milde, die hilflose Rede, die Sie in der letzten Sitzung gehalten haben, spricht doch einfach Bände.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben keinen Plan. Sie haben kein zukunftsweisendes Konzept. Die familienpolitischen Anträge von uns werden - ohne dass wir oder die Familien eine Antwort auf unsere Fragen oder eine inhaltliche Vorlage, wie es denn jetzt weitergehen soll, bekommen - einfach mit Mehrheit niedergestimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehrheit ist eben Mehrheit, aber ich denke, es ist eine arme und inhaltsleere Mehrheit, die uns da begegnet. Ihre Familienpolitik beschränkt sich auf Sonntagsreden und bislang nicht eingelöste Versprechungen. Vielleicht darf ich noch einmal daran erinnern: Der Schwerpunkt der hessi-

schen Familienpolitik in den letzten acht Jahren lag auf der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 1,3 Milliarden DM investiert in Kinderbetreuung, über 50.000 neue Plätze geschaffen, Realisierung der Integration von behinderten Kindern in Kindergarten und Schule, verlässliche Betreuungsformen wie die Grundschule mit festen Öffnungszeiten, unbürokratische Unterstützung von Elterninitiativen und innovative Projekte - das sind nur ein paar Stichworte, um das zu skizzieren, was unsere Familienpolitik ausgemacht hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Familienpolitik bedeutet, dass Sie 111 Millionen DM für Kinderbetreuung streichen und gerade einmal 4 Millionen DM im Staatshaushalt dafür zur Verfügung stellen. Das ist Ihre Form für Familienpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich in der Kürze noch einen Punkt erwähnen: Was ist denn aus Ihrem bertichtigten Sozialvertrag geworden? Eine weitere Chimäre - keine Gelder im Staatshaushalt, aber viel Blabla. Die Kommunen zahlen die Zeche für Ihre Politik. Die Frau Ministerin jammert im Ausschuss, dass alles so schwierig sei und sie nicht wisse, was sie eigentlich so tun solle.

Meine Damen und Herren, wenn Sie regieren wollen, müssen Sie uns sagen, wie es hier mit dem Sozialvertrag weitergehen soll. Das erwarten wir von Ihnen. Dafür sind Sie Ministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch ein paar Akte in diesem mehrmonatigen Drama erwähnen. Ich nenne nur die Stichworte: Jugendpolitik, Schließung der hessischen Jugendbildungsstätten ohne Konzept, keine Neuaufgabe der Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit, die komplette Streichung des Landesfilmendienstes. Keine jugendpolitische Akzentuierung ist in Ihrem Plan mehr zu finden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Oder die Gesundheitspolitik. Erst kürzen Sie die Förderung von Selbsthilfegruppen um 50%. Mühselig muss die Fraktion das Geld dann wieder herbeischaffen. Krankenschwestern werden nicht mehr ausgebildet. Die Verankerung der notwendigen Mittel für den Modellversuch kontrollierte Abgabe von Heroin geht auf uns zurück. Notwendige Präventionsfachstellen werden nicht eingerichtet, obwohl Herr Kollege Gerling - wo ist er? - immer dafür gekämpft hat. Aber mit Vehemenz und mit Fundamentalismus gegen eine Strukturreform in der Gesundheitspolitik zu sein - meine Damen und Herren, so geht das nicht. Sie müssen uns sagen, wie Sie die Gesundheitspolitik in diesem Lande weiter gestalten wollen. Darauf werden wir Sie festnageln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich noch einen Punkt erwähnen. Ich habe eben schon gesagt: Auf den letzten Drücker und mit hängender Zunge haben Sie dann versucht, die Dinge zu korrigieren. Dann hat uns doch etwas verwundert, dass Sie das auf Kosten der Tschernobyl-Hilfe versuchen. Meine Damen und Herren, ein wirklich peinlicher Vorgang, kranke Menschen gegeneinander auszuspielen. Wir alle wissen, wie dringend die Hilfe in diesem Bereich notwendig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas erwähnen, was ich mehr als beschämend finde. Das sind die Kürzungen bei den Mitteln für den NS-Härtefonds, trotz einstimmigen Beschlusses des Landtages in der letzten Legislaturperiode. Meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., Sie haben kein sozialpolitisches Konzept. Aber was viel schlimmer ist: Sie haben offensichtlich überhaupt gar kein Fingerspitzengefühl, wo man denn Kürzungen anbringen kann und wo nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gelingt Ihnen mitnichten, mit diesem Haushalt eine Sozialpolitik vorzustellen, die diesen Namen auch verdient hätte. Wir erwarten von einer hessischen Sozialpolitik, dass Steuerungsfunktionen der Landschaft in Hessen wahrgenommen und innovative Projekte vorangetrieben werden. Nichts davon finden wir in diesem Haushalt wieder.

Wir haben Ihnen einiges vorgeschlagen. Beispiel eins: das Projekt "hessische Gemeinschaftsinitiative soziale Stadt". Hier hätten Sie über ein wichtiges sozialpolitisches Programm zur Bündelung des Gemeinwesens und zur Unterstützung und Förderung des Bürgerengagements mit den Betroffenen nachdenken können: Projekte zur Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen und Qualifizierung zur Überwindung von Armutsrisiken. Gerade in den Städten, wo wir es mit sozialen Brennpunkten zu tun haben, ist das ein elementarer Bestandteil einer vorausschauenden Sozialpolitik. Nichts finden Sie wieder. Alles haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel zwei: das von Ihnen vollmundig angekündigte Integrationskonzept - schon wieder nichts. Einen Beauftragten zu bestellen, Herr Friedrich, ist einfach. Das glauben wir. Nur fragen wir Sie: Wie geht es weiter? Es hieß, noch im Herbst solle etwas vorgelegt werden. Doch auf Nachfragen haben Sie gesagt, dass das Ergebnis noch im Fluss sei, man müsse nachfragen. Es liegt Ihnen kein Konzept vor.

Wir fordern Sie auf, im Einzelplan Haushaltsmittel einzustellen, um das Integrationskonzept für Aussiedler, Migranten und ihre Familien in Hessen umzusetzen. Sie hingegen erhöhen die Mittel für Kulturarbeit der Vertriebenenverbände. Das ist doch kein Konzept zur Integration, und schon gar keine sozialpolitische Aufgabe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nehmen Sie doch einfach zur Kenntnis und beenden Sie Ihre ideologischen Scheuklappen: Aussiedler sind de facto Migranten wie alle anderen auch und haben die gleichen Probleme. Deswegen dürfen Sie nicht die Mittel für die soziale und pädagogische Betreuung von Aussiedlern und Kindern und Jugendlichen mit der Begründung "weniger aufgrund sinkender Zugangszahlen" kürzen. Wir wissen, dass die Zahlen zurückgehen. Doch diese jetzigen Migranten, Herr Friedrich, haben viel größere Probleme als diejenigen, die noch vor 10 oder 20 Jahren zu uns kamen. Das wissen Sie.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist schon abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Deswegen kann ich abschließend sagen, dass es falsch ist, diese Mittel zu kürzen, um heimatpolitische Veranstaltungen zu fördern.

Frau Ministerin, vorbeugend zu Ihrem kommenden Beitrag, nehmen Sie nach einem Dreivierteljahr CDU-Regierung in Hessen zur Kenntnis: Sie sind Mitglied des Kabinetts einer CDU-geführten Landesregierung. Sie haben die Verantwortung. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie diese auch annehmen. Reden Sie hier über die Zukunft. Reden Sie über die Politik, die Sie machen wollen. Schauen Sie nach vorne und nicht zurück, denn beim Rückwärtslaufen gerät man leicht in Gefahr zu straucheln. Aber das merkt ja die CDU auf Bundes- und Landesebene derzeit breithart.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Zumbrägel für die CDU-Fraktion.

Aloys Zumbrägel (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Genau so, wie Frau Schönhut-Keil es hier vorgetragen hat, habe ich es erwartet. So ziehen nämlich auch Sozialdemokraten und GRÜNE durchs Land und erzählen den Bürgern in Hessen, oder sie wollen es ihnen erzählen, in Hessen sei nun der Notstand ausgebrochen, Sozialpolitik finde in Hessen nicht mehr statt.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das merken die Leute von selbst!)

- Ja, das merken die Leute von selbst. Deswegen steigen bei uns auch ständig die Zustimmungen zur CDU-Politik und auch zur Wahl.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Bürgermeister, selbst die SPD-Bürgermeister - Ministerpräsident Koch hat es heute Morgen schon ausgeführt -, sind froh, dass sich in Hessen endlich etwas bewegt, auch in der Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich will Ihnen noch ein Beispiel dafür nennen. Das ist ganz jung. Das ist ein Zeitungsbericht von gestern aus der "Fuldaer Zeitung". Frau Kollegin Hillenbrand hat den Damen von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erzählt, was in Hessen alles so los ist. Sie schreibt, dass alles mit dem Rasenmäher gekürzt werde. Die Betriebs- und Investitionskostenfinanzierung von Kindergärten werde zurückgenommen. Die Dame ist Mitglied des Ausschusses. Sie müsste es eigentlich besser wissen. Ich werde dazu noch etwas sagen, Sie können sich ganz beruhigt zurücklehnen. Der Hammer kommt aber noch.

Sie schreibt, die Landesregierung erdreiste sich sogar, die sonderpädagogischen Einrichtungen für behinderte Kinder in Zukunft aufzulösen.

(Silvia Hillenbrand (SPD): "Erdreisten" steht nicht drin! Das haben Sie hinzugedichtet!)

Zukünftig sollten die behinderten Kinder in Regelkindergärten gehen.

Meine Damen und Herren, Frau Hillenbrand, Sie müssen ein bisschen vorsichtig sein. Sie verwirren die sozialdemo-

kratischen Frauen in Fulda völlig, denn das ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Ich kenne hier im Saal eine ganze Reihe, die das hier gefordert und umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das Thema der Kindertagesstätten haben wir hier schon diskutiert. Wir werden es wahrscheinlich auch noch weiter diskutieren. Die Kindertagesstätten bekommen im nächsten Jahr 7 Millionen DM mehr Betriebsmittel. Das ist die Wahrheit, und alles andere ist falsch.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus dem Kommunalen Finanzausgleich!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Hillenbrand?

Aloys Zumbrägel (CDU):

Nein, ich habe so viel zu sagen, da kann ich nicht noch Leute dazwischen reden lassen.

Sie können reden, wie Sie wollen, 7 Millionen DM mehr für Betriebsmittel bekommen die Kommunen im nächsten Jahr von der Landesregierung zugewiesen, um damit die Kindertagesstätten in den Städten und Gemeinden zu finanzieren. Auch die Investitionsförderung ist nicht gestrichen, wie Sie das landauf, landab und auch hier wieder behaupten. Die Investitionsförderung für die Kindertagesstätten ist in der Tat in die Investitionspauschale eingeflossen. Das ist ein Segen für dieses Land und auch für die Kommunen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir machen damit etwas, was vernünftig ist. Wir geben das Geld direkt dahin, wo es am Ende auch ausgegeben wird. Damit haben wir Ihr altes sozialdemokratisches Prinzip abgeschafft, dass sich erst drei Behörden mit jeder Mark beschäftigen, und der Rest, der dann noch übrig bleibt, unten ankommt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Weil Frau Hillenbrand eben mit den sonderpädagogischen Einrichtungen in den Kindertagesstätten dazwischengerufen hat, will ich ein Wort dazu sagen. Es gibt eine Vereinbarung zwischen dem Land, dem LWV und den Trägern.

(Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege, das sind die Betriebskosten, die zukünftig die Träger pro Platz bekommen, wenn sie einen integrativen Platz in den Kindertagesstätten einrichten.

(Zuruf von der SPD: Wie viel haben sie bisher bekommen?)

Damit finanzieren wir das, was Sie über lange Jahre gefordert haben und was im Einzelfall auch ganz vernünftig ist. Wir bedauern auch, dass damit möglicherweise nicht mehr genügend Geld vorhanden ist in diesem Jahr, um die Sondereinrichtungen zu finanzieren. Alleine die Eingliederung in Regeleinrichtungen ist nicht die Lösung, denn es gibt eine ganze Reihe von Kindern, die in Sondereinrichtungen viel besser betreut werden können als in Regeleinrichtungen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf von der SPD: Sie haben im Ausschuss nicht zugehört!)

Aber darüber brauchen wir hier und jetzt nicht zu diskutieren.

Zu dem Reizthema für Sozialdemokraten und GRÜNE, "Arbeit statt Sozialhilfe", möchte ich ein Wort sagen. Wir haben festzustellen - nicht wir haben es festgestellt, sondern andere -, dass mit dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" in der Vergangenheit nur 30% - das ist schon eine hohe Zahl - das Ziel erreichen, das mit diesem Programm erreicht werden soll. Das ist für die Betroffenen gut. Aber Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass zwei Drittel derjenigen, die in diesen Programmen drin waren, das Ziel nicht erreichen und aus dem Teufelskreis nicht herauskommen. Ich frage mich, wenn zwei Drittel das Ziel nicht erreichen, ob man dann von einem erfolgreichen Prinzip reden kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Frau Kollegin Schönhut-Keil, deswegen haben wir uns Gedanken gemacht, wie man da ein innovatives Konzept entwickeln kann, das erfolgreicher sein wird. Mit dem Kombilohnmodell ist ein erfolgreicherer Mittel da, um mehr Menschen direkt an den Arbeitsplatz zu bringen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich möchte Ihnen hier einige Vorteile schildern. Die Einsparungen bei dem Programm mit dem Einstiegsgeld verringern die Leistungen der Sozialhilfeträger nachhaltig. Denn jede Mark, die die Leute selbst verdienen, brauchen die Sozialhilfeträger nicht aufzuwenden.

Es gibt einen weiteren wichtigen Grund: Nach unserem Modell haben die Teilnehmer einen ganz normalen Arbeitsplatz und unterliegen damit nicht dem Stigma, in einer Sozialhilfeeinrichtung beschäftigt zu sein.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was ist denn das für ein komischer Grund?)

- Das ist zumindest für mich ein ganz wichtiges Thema.

Meine Damen und Herren, weil der Arbeitsplatz nach unserem Programm für die Menschen ganz genau nach Maß ausgesucht wird, führen auch Leistungsminderungen bei Arbeitslosen nicht dazu, dass jemand überhaupt nicht mehr berufstätig sein kann und total von Sozialhilfe abhängig ist. Es ist also ein Modell, das viel flexibler reagieren kann als Ihr Modell "Arbeit statt Sozialhilfe".

In diesem Modell werden tariflich vereinbarte oder ortsübliche Lohnstrukturen nicht angetastet. Auch das ist ein ganz wichtiges Kriterium, das man immer wieder betonen muss. Ich könnte weitere Vorteile auflisten. Sie werden im nächsten Jahr erleben, wenn dieses Programm anläuft, dass die Erfolgsraten sehr hoch sein werden. Ich sehe Sie alle schon in der nächsten Diskussion bei den Haushaltsreden hier das Modell loben; wenn Sie das nicht fertig bringen, werden Sie Anträge stellen, um es in Hessen noch zu verstärken.

Meine Damen und Herren, ich will ein Wort zum Programm "Ausbildung statt Sozialhilfe" sagen, weil Frau Kollegin Schönhut-Keil dies eben auch angesprochen hat. Wahrheit ist doch, dass die alte Landesregierung dieses Programm auf null gefahren hatte.

(Stefan Grüttner (CDU): So ist es und nicht anders!)

Erst diese Landesregierung hat im Nachtragshaushalt und jetzt im Haushalt 2000 die Mittel wieder eingestellt, und zwar in voller Höhe.

(Zuruf von der SDP: So ein Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch, Herr Kollege. Denn die rot-grüne Landesregierung hat diese Mittel gebraucht, um damit die Altenpflegeausbildung zu finanzieren. Diese hatte sie nämlich nicht im Haushalt veranschlagt.

(Stefan Grüttner (CDU): So ist es, jawohl!)

Immerhin handelt es sich um einen Betrag von 2,2 Millionen DM. Sie sollten deshalb auch nicht übers Land gehen und erzählen, die Landesregierung streiche das komplette Programm "Ausbildung statt Sozialhilfe". Das ist glatt gelogen. Wir werden den Bürgern in Hessen sonst deutlich sagen, wie Sie mit der Wahrheit umgehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Haushaltsplan angesehen haben - ich gehe davon aus, dass Sie das getan haben -, dann werden Sie einen neuen Ansatz gefunden haben, der überschrieben ist mit "Regionale Arbeitsmarktpolitik".

(Stefan Grüttner (CDU): Wenn sie ihn wirklich angesehen haben, haben sie ihn noch lange nicht verstanden; das kann nur ein Sozialpolitiker unterstellen!)

- Ja, ich gehe davon aus, dass sie es auch verstanden haben, aber sie dürfen es hier nicht sagen. - Es gibt also einen neuen Ansatz mit dem Titel "Regionale Arbeitsmarktpolitik" mit einem Bewilligungsvolumen von 10 Millionen DM. Das sind nicht alles neue Projekte, aber wir haben in diesem neuen Titel eine ganze Reihe von Projekten zusammengefasst, die damit gegenseitig deckungsfähig sind. Wenn bei einem Programm Geld übrig bleibt, fließt es nicht zurück an den Finanzminister, vielmehr kann man es für andere Maßnahmen oder ein anderes Programm ausgeben.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist schon zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Aloys Zumbrägel (CDU):

Ich komme gleich zum Schluss, Frau Präsidentin.

Wir haben Mittel für die Suchthilfe eingestellt. Wir wollen, dass derjenige, der aussteigen will, auch Hilfe bekommt. Dafür haben wir zusätzliche Mittel eingestellt. Auch das Modellprojekt der Heroinabgabe in Frankfurt ist mit 400.000 DM ausgestattet.

(Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, zu den Beratungs- und Koordinierungsstellen will ich nur einen Satz sagen. Ich rate Ihnen, einmal ins Gesetz zu gucken. Dann werden Sie feststellen, dass nach § 7 des Pflegegesetzes die Beratung Aufgabe der Pflegekassen ist. Wir verhandeln mit den Pflegekassen, um von dort die Mittel, die das Land jetzt nicht mehr ausgeben kann, wieder einfließen zu lassen. Wenn wir in Hessen darüber reden müssen, dass wir jede Mark nicht nur einmal oder zweimal, sondern dreimal umdrehen müssen, dann müssen wir auch die Frage stellen, wer eigentlich nach dem Gesetz verantwortlich und zuständig ist. Dann müssen wir auch diese Mittel ausnutzen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Zumbrägel, ich bitte um den letzten Satz.

Aloys Zumbrägel (CDU):

Meine Damen und Herren, Sie wissen aus eigenen Beratungen, dass manche Entscheidungen gerade für Sozialpolitiker, vor allem wenn sie sparen müssen, nicht ganz leicht sind. Auch wir konnten natürlich nicht an der Notwendigkeit vorbeikommen, sparsam mit öffentlichen Mitteln umzugehen, um eine unverantwortliche Belastung der nachfolgenden Generation zu vermeiden. Ich sehe das bei Ihren Anträgen nicht. Die GRÜNEN allein haben Anträge mit einer Mehrausgabe von 11,7 Millionen DM gestellt. Dafür wurden nur 5,4 Millionen DM an Deckung bereitgestellt. Eine solche Politik geht mit uns nicht. Wir machen unsere Politik vernünftig und ordentlich, damit sie auch finanzierbar ist und damit die Bürger in Hessen davon etwas haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Fuhrmann für die SPD-Fraktion.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Zumbrägel, es wäre ja schön, wenn das, was Sie eben als Schlusssatz formuliert haben, nicht nur ein frommer Wunsch bliebe. - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Beim Sozialhaushalt ist nicht das Problem das Sparen an sich, sondern das Problem besteht darin: Er ist zum Steinbruch geworden, er beweist Stück für Stück die vollkommene Konzeptionslosigkeit der handelnden Ministerin, und er betreibt Etikettenschwindel. Denn den wohlfeilen Reden der Ministeriumsspitze stehen ganz knallharte genteilige Haushaltsbeschlüsse gegenüber. Die Öffentlichkeit wird offen getäuscht, um das einmal ganz klar zu sagen, und zwar in vielen Pressemeldungen. Ich will das an einigen Beispielen kurz klarmachen.

Erstes Beispiel: wohlfeile Reden und Presseerklärungen der Ministerin zu der ach, so wichtigen und unverzichtbaren Arbeit der Selbsthilfegruppen. Ja, Frau Ministerin, so ist es. Eine Woche danach stellt sich bei Vorlage des Haushaltsplans heraus, dass in Ihrem Haushalt die Mittel für Selbsthilfegruppen um 50% gekürzt worden sind.

(Inge Velte (CDU): Die Mittel wurden durch unsere Anträge aber wieder aufgestockt!)

- Liebe Frau Velte, diese Anträge der CDU sind zunächst einmal immer noch nicht richtig, denn die Mittel sind noch nicht aufgestockt, so wie das in Ihren Pressemeldungen angekündigt wurde. Im Übrigen lösen Sie das Problem nicht in Gänze, und deswegen sage ich: Stimmen Sie doch unserem Antrag zu, dann ist das Problem geheilt.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel zwei: wohlfeile Reden und Presseerklärungen der Ministerin, wie wichtig eine vernünftige Seniorenpolitik sei. Dann aber wird durch die Vorlage des Haushalts klar, dass sich die Landesregierung gesetzeswidrig und herzlos gegenüber den alten Menschen verhält.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer 15 Millionen DM bei den Altenhilfeinvestitionen spart - Frau Velte, das wissen Sie so gut wie ich -, der nimmt billigend in Kauf, dass weiterhin Menschen in Pflegeeinrichtungen in Drei- und Vierbettzimmern übernachten. Das nenne ich herzlos.

(Eva Ludwig (CDU): Waren Sie denn schon einmal in einem Altenheim?)

- Ich war schon in vielen Altenpflegeheimen, nur keine Angst, Frau Ludwig. - Die Betroffenen werden es Ihnen danken. Sie werden Ihnen auch danken dafür, dass Sie die Beratungs- und Koordinierungsstellen gestrichen haben. Herr Zumbrägel, da reicht es eben nicht, zu sagen, die Pflegekassen müssen Beratung machen. Das ist schon der gleiche Quatsch, den ich in der kursorischen Lesung gehört habe. Was sind denn die Beratungs- und Koordinierungsstellen? Sie helfen den alten Menschen und ihren Angehörigen bei allen möglichen Problemen und nicht nur bei Problemen mit der Pflegeversicherung. Deswegen haben wir diese Stellen eingeführt. Sie waren sehr wichtig, aber Sie schicken die jetzt wieder weg mit dem Hinweis, es gebe überall Beratung. Sie sorgen dafür, dass die Leute von Pontius zu Pilatus laufen dürfen.

(Eva Ludwig (CDU): Das ist doch Unsinn!)

Damit wird aber ihren Ansprüchen im Zweifel nicht nachgekommen.

Beispiel drei. Wir anerkennen, dass Sie unseren massiven Protesten gefolgt sind und den Arbeitslosenansatz, zumindest im KFA, also den Ansatz zum Ausgleich überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, jetzt per Änderungsantrag der CDU wieder einführen. Aber ich sage: wohlfeile Reden der Ministerin zum Thema Arbeitsmarktpolitik. Als sich die Gruppen, die "Arbeit statt Sozialhilfe" und andere Arbeitsmarktprojekte durchführen, vorgestellt haben, hörte ich eine sehr nette und freundliche Begrüßungsrede. Ihre Arbeit wurde von der Ministerin gewürdigt. Aber bei der Vorlage des Landeshaushaltes wurde etwas anderes klar, nämlich dass etlichen dieser Gruppen, die hier draußen gestanden haben, der Geldhahn abgedreht worden ist, und zwar komplett.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

"Arbeit statt Sozialhilfe" wird, allen Unwahrheiten in Pressemeldungen und sonstigen Dementis zum Trotz - ich sage das ganz bewusst, diese Unwahrheiten scheinen übrigens zum Markenzeichen dieser Regierung zu werden -, nur noch abfinanziert. Es gibt keinen einzigen neuen Platz. Herr Zumbrägel, übrigens lag die Erfolgsquote bei 50%.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Inge Velte (CDU): Das ist doch gar nicht wahr!)

- Aber natürlich.

Zum Thema "Arbeit statt Sozialhilfe". 10 Millionen DM originärer Landesmittel und 10,3 Millionen DM an KFA-Mitteln stehen inzwischen 3 Millionen DM für die regionale Arbeitsmarktpolitik und gerade einmal einem Feigenblättchen von 300.000 DM, bzw. 600.000 DM für zwei Jahre, zur wissenschaftlichen Begleitung des Kombilohnversuchs gegenüber. Die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien werden es Ihnen danken. Die Kommunen danken es Ihnen sicher auch, weil Sie sie nämlich mit dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosen in der Sozialhilfe allein lassen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Frau Ministerin, es ist zynisch, in Dutzenden von Presseerklärungen ein hessisches Kombilohnmodell anzukündigen und dann gerade einmal die wissenschaftliche Begleitung

zu finanzieren. Das habe ich Ihnen auch schon im Ausschuss gesagt. Die Sozialhilfeträger brauchen finanzielle Hilfe und Hilfe bei der Bewältigung der Langzeitarbeitslosigkeit. Das heißt, Sie müssen ihnen auch Geld geben, um den Kombilohn zu verwirklichen. Sie hätten einen Landeszuschuss zu diesen Modellen geben können. Dann wäre das etwas Vernünftiges.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel vier: wohlfeile Reden, diesmal des von mir geschätzten Staatssekretärs Seif in Gießen. Ja, Herr Seif, Sie haben sehr richtig erkannt, dass es neben der baulichen Sanierung von Stadtgebieten auch Gemeinwesenarbeit und Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, braucht. Aber bitte, wo findet sich das in Ihrem Landeshaushalt?

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nirgendwo!)

Dort findet sich ein Leertitel. Wenn der Bund Geld gibt, geben wir es weiter. Deshalb: Stimmen Sie unseren Anträgen zu. Wir beantragen 2 Millionen DM für die Gemeinwesenarbeit, 5 Millionen DM für Arbeitsmarktprojekte in genau diesen sozialen Brennpunkten, damit sie nicht nur saniert werden, sondern damit sich auch die Menschen dort wieder finden. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel fünf: wohlfeile Reden zum Thema Behindertenpolitik. Das Ergebnis ist, dass 300.000 DM bei der Blindenstudienanstalt ohne Ankündigung gestrichen wurden.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja nicht wahr!)

- Aber wohl. Ihr Änderungsantrag nimmt die Hälfte zurück, aber das ist zugleich eine Ohrfeige für die Ministerin.

(Beifall bei der SPD)

Wohlfeile Reden auch bei der Vorstellung der Studie zur Integration behinderter Kinder in Regelkindergärten. Aber entgegen der Zusagen, die bei Abschluss der Rahmenvereinbarung gemacht worden sind, finden sich die Mittel für Investitionen im Haushalt nicht mehr.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das heißt, dass der behindertengerechte Umbau der Kindertagesstätten zur Integration jetzt bei den Kommunen hängen bleibt. Die werden es Ihnen danken. Das widerspricht auch allen Absprachen, die bei dieser Rahmenvereinbarung getroffen worden sind.

Herr Koch hat heute in einer Pressemeldung verkauft - und er hat es auch in seiner Rede heute Morgen gesagt -, dass die Landesregierung jetzt zur Integration der Kinder in die Regelkindergärten beigetragen habe. Das ist falsch. Liga, Träger und überörtlicher Träger haben sich geeinigt. Im Übrigen, und das steht auch heute in der Zeitung, sagt er, jetzt seien 120 Millionen DM für die Integration behinderter Kinder vorhanden. Auch das ist absoluter Quatsch. Es sind 3.000 DM pro Kind, wie bisher. Also war das Schaum-schlägerei. Sie geben keine müde Mark mehr aus als die Vorgängerregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel sechs. Da erleben wir nun eine Provinzposse ersten Ranges.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Na, na, na!)

Der Ministerpräsident und die Familienministerin fordern vollmundig das Familiengeld und werden von der eigenen Partei zurückgepiffen. Das ist wohl einigen aufgefallen, dass es doch vielleicht etwas albern aussehen könnte, wenn man jetzt ein Familiengeld fordert, nachdem man gerade 16 Jahre regiert hat. Das wäre in der Tat albern gewesen.

(Heiterkeit der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn diese Ideen hätten Sie auch dem Kanzler der schwarzen Kassen und schwarzen Konten einmal vortragen können. Das ist mir aber nicht bekannt.

(Zuruf von der SPD)

Da bemüht sich eine CDU-Generalsekretärin gerade ganz redlich darum, das ewig gestrige Familienbild der CDU ein wenig zu entstauben. Sie spricht nicht mehr von der Wahlfreiheit, sondern sie spricht von Vereinbarkeitspolitik. Ich kann nur sagen: willkommen in der Wirklichkeit, Frau Merkel.

Als langjährige ASF-Vorsitzende muss ich sagen - ich hatte mit Frau Velte schon einige Auseinandersetzungen zu dem Thema -: Ich bin froh, wenn die CDU jetzt begreift, wie wichtig Vereinbarkeitspolitik in diesem Lande ist.

(Inge Velte (CDU): Vor allen Dingen wie wichtig Familie ist!)

Aber ich sage Ihnen auch: Wohlfeile Worte helfen da nichts. Man muss auch etwas tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was tut die Landesregierung? - Das glatte Gegenteil. Hier regiert der Rotstift, und zwar genau in den Bereichen, in denen bisher von uns in den letzten Jahren Vereinbarkeitspolitik gemacht wurde. Die Grundschule mit festen Öffnungszeiten wird abgeschafft. Qualitativ gute Betreuung an Grundschulen wird abgeschafft. Da hilft es überhaupt nichts, wenn Frau Wolff immer sagt, 10.000 DM pro Schule seien gerecht. Was ist denn daran gerecht? Eine Schule, die 40 Grundschul Kinder hat, bekommt genauso 10.000 DM wie eine Schule, die 400 Grundschul Kinder hat. Das ist also ein Hintertreppenwitz.

(Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

Ein weiterer Punkt sind die Verstärkungsmittel. Da hat Herr Zumbrägel heute schon wieder Nebel geworfen. Bei Verstärkungsmitteln für Zuschüsse zu Betriebskosten werden an Landesmitteln rund 100 Millionen DM gestrichen. Sie machen Politik mit fremdem Geld, und zwar mit dem Geld der Kommunen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich komme sofort zum Schluss, Frau Präsidentin.

Sie machen in Hessen eine Politik, die sich gegen Frauen und Familien richtet und die eine stockkonservative und rückschrittliche Politik ist.

(Beifall bei der SPD)

Diese Doppelstrategie werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Stimmen Sie unserem Antrag zu, die 100 Millionen DM wieder einzustellen, und hören Sie mit Ihren falschen Behauptungen auf.

(Zuruf von der CDU)

Letzter Punkt. Es gibt keine Spur mehr von einem Sozialbudget und keine Spur von Planungssicherheit für die Träger in Hessen. Im Gegenteil, das Ministerium verschickt lapidar Briefe: ab nächstem Jahr null Kohle.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab nächstem Jahr wird alles noch schlimmer!)

Sie verschicken Bescheide: "Sie sind in der Förderung nicht mehr vorgesehen." Der Sozialetat ist zum Steinbruch geworden. Er ist konzeptionslos.

(Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

Er ist der Offenbarungseid dieser Landesregierung. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Henzler für die F.D.P.-Fraktion.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Uns hier Konzeptionslosigkeit vorzuwerfen ist schon ganz toll.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja!)

Jetzt haben wir von der Opposition 20 Minuten lang ein Feuerwerk von Beschimpfungen darüber erlebt, was alles in Hessen so schrecklich geworden ist. Eigene Konzepte, und was man alles hätte besser machen können und wollen, haben wir allerdings nicht gehört. Was ich noch viel schlimmer finde, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, ist Folgendes: Sie greifen nicht die Regierung an, und Sie greifen auch nicht die die Regierung tragenden Fraktionen an. Sie greifen immer Personen an. Das machen Sie schon die ganze Zeit beim Innenminister, und das machen Sie jetzt bei der Sozialministerin.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf Sie an den Steckbrief von Rupert von Plottnitz erinnern! Seien Sie nicht so empfindlich, wenn Sie an der Regierung sind!)

- Sie brauchen mich nicht an den Steckbrief von Rupert von Plottnitz zu erinnern. Wenn Sie das immer so schlecht fanden, warum machen Sie das jetzt genauso? Dann werfen Sie doch bitte einmal der Regierung vor, was sie gemacht hat, und greifen Sie nicht immer einzelne Personen an. Das halte ich weder für eine sach- noch für eine zukunftsorientierte und uns weiterbringende Politik.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Nein, diesmal nicht.

Eines haben Sie überhaupt noch nicht bemerkt. Das ist mir auch relativ klar. Sie haben überhaupt nicht bemerkt, dass wir den größten Sündenfall, den die Koalition in den letzten acht Jahren - bzw. ich glaube, dass es in den letzten vier Jahren war - begangen hat, behoben haben. Wir haben nämlich endlich wieder das Gezerre zwischen dem Sozialministerium und dem Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit aufgehoben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie können mir glauben, dass das in acht Monaten ein Kraftakt war. Wir haben dafür gesorgt, dass es wieder ein Sozialministerium gibt und dass da wieder Leute arbeiten, die an einem Strang ziehen und von denen nicht der eine in die eine und der andere in die andere Richtung zieht, wie es vorher war.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Frau Stolterfoht sollte uns dafür eigentlich im Nachhinein äußerst dankbar sein. Bei ihr wurde nämlich Frauenpolitik gemacht, aber das Geld für Frauenhäuser und Mütterzentren hat die grüne Ministerin verwaltet. Sie können mir nicht sagen, dass das unbedingt harmonisch an einem Strang ging.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf von der SPD: In einem Sozialbudget!)

Reden Sie einmal mit den Leuten, die vorher betroffen waren.

Der Gipfel dieser Trennung der beiden Ministerien war dann das Problem der Cousinenwirtschaft bei dem Jugendarbeitslosigkeitsprogramm, das auch unbedingt auf beide Ministerien aufgeteilt werden musste. Das hat dann zum Rücktritt geführt. Schließlich hat der Finanzminister gesagt: So, jetzt mache ich die ganze Sache, weil sich die Sozialministerinnen nicht einigen können. - Dieses Problem haben wir beseitigt. Ich kann Ihnen sagen, darüber sollten Sie froh sein. Das ist etwas, worauf man aufbauen kann.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Selbstverständlich muss auch das Sozialministerium sparen. Das war zu Ihrer Zeit genauso wie zu unserer Zeit.

(Zuruf von der SPD: Nein! Es gibt doch mehr Geld!)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie wissen doch wohl noch ganz genau, wie einfach das ist, wenn ein Sozialministerium sparen muss. Da kommt der eine und sagt: "Da können wir nicht", dann kommt der andere und sagt: "Da können wir nicht". Mit dem Rasenmäher wollten wir es auch nicht machen. Wir haben immerhin versucht, es mit Schwerpunkten zu machen. Ich denke, das ist uns auch relativ verträglich gelungen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" auslaufen lassen. Das ist übrigens nichts Neues. Die Fraktionen der CDU und F.D.P. haben schon immer gesagt, dass das nicht effektiv genug ist und wir es auf den Prüfstand stellen werden. Wir haben das geändert. Wir haben ein neues Programm "Regionale Arbeitsmarktpolitik" aufgelegt.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 3 Millionen DM!)

Das Gleiche gilt bei den BeKos. Ich weiß gar nicht, woher Ihre Unruhe kommt. Als damals Ministerin Stolterfoht das Geld, das als Zuschüsse für die Sozialstationen nicht mehr benötigt worden ist, weil die Pflegeversicherung diesen Teil übernommen hat, umgewidmet hat zur Verwendung in Beratungs- und Koordinierungsstellen, haben die Fraktionen der CDU und F.D.P. vehement dagegen gekämpft und in den Haushaltsberatungen auch einen Antrag gestellt, diese Mittel zu streichen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das war schon damals ein Fehler! - Norbert Schmitt (SPD): Schlimm genug!)

Das war damals schon nichts Neues, und es ist natürlich auch nichts Neues, dass wir das jetzt umsetzen. Ich sage Ihnen ganz klar: Gerade das, was wir jetzt bei diesen BeKos erleben, ist Folgendes: Je mehr Angebote vor Ort gemacht werden, je mehr Beratungsstellen wir haben und je mehr Stellen der Hilfe für ältere Menschen es gibt, umso größer wird augenscheinlich das Nachlassen der eigenen Hilfe, der Nachbarschaftshilfe und der Familienhilfe.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Heinrich Heidel (F.D.P.) und bei Abgeordneten der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Zum Schluss brauchen Sie für diese ganzen Anlaufstellen natürlich auch noch eine Beratungsstelle. Das, was die BeKos zum Teil machen, ist eine durchaus wichtige Aufgabe. Das ist die soziale Beratung, die bei der Pflegeversicherung entfallen ist. Dabei handelt es sich aber ganz deutlich um eine kommunale Aufgabe, die vor Ort erledigt werden muss.

(Beifall der Abg. Eva Ludwig (CDU))

Das wird zum Großteil von den Kommunen und den kommunalen Trägern auch sehr gut durchgeführt.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Vergessen Sie bitte übrigens nicht, dass in Baden-Württemberg aufgrund des Hinweises des Landesrechnungshofs diese BeKos gerade wieder abgeschafft wurden.

Sie werfen uns vor, wir täten nichts für die alten Leute. Wer bitte hat denn die Ausbildung der Altenpflegerinnen und Altenpfleger endlich wieder auf einen vernünftigen Stand gebracht?

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.) und bei Abgeordneten der CDU)

Wer hat denn da sofort wieder Landesmittel hineingegeben? Das ist wohl etwas gewesen, was Sie wirklich vergeigt haben.

Nun fordern Sie hier ständig neue Konzepte, einen Sozialvertrag und all solche Dinge. Ich habe das auch schon im Ausschuss gesagt. Ich sage es Ihnen jetzt ganz deutlich. Wenn man vernünftige Dinge machen will, dann braucht man dafür Zeit. Denn gerade die Sozialpolitik ist ein schwieriger Bereich. Das wissen alle Sozialpolitiker. Man muss dann mit den Betroffenen Gespräche führen. Man muss das in Ruhe machen. Da kann man nicht hoppla-hopp irgendetwas vorlegen, was hinterher den ganzen Anforderungen nicht standhält.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Was wir machen wollen, haben wir hier die letzten vier Jahre im Plenum oft genug gesagt. Es steht alles in der Koalitionsvereinbarung. Wir gehen in Ruhe daran, das umzusetzen. Sie werden unsere zukunftsfähigen Konzepte vorgelegt bekommen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wären begeistert, wenn wir welche bekommen!)

Ich bin gespannt, was Sie dann sagen. Denn Sie können denen dann eigentlich nur noch zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Heinrich Heidel (F.D.P.) und bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Sozialministerin Mosiek-Urbahn.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, dass ich in diesem Hause wirklich gesegnet bin. Ich bin gesegnet mit zwei Kontrahentinnen dieser Opposition, die sich ganz bestimmt durch eines auszeichnen, nämlich, um es freundlich auszudrücken, ein äußerst flottes Mundwerk.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Das zeichnet sie aus.

(Norbert Schmitt (SPD): Und Kompetenz!)

- Flott ist noch lange nicht dasselbe wie kompetent. Sie wissen häufig nichts oder wollen es nicht wissen. Aber dafür wissen sie es immer besser. Ihr Motto ist: Hauptsache draufhauen, Hauptsache dagegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.) - Barbara Stolterfoht (SPD): Das ist unverschämt!)

Der eingebrachte Haushaltsplan zeigt, dass die Akzentuierung der sozialpolitischen Perspektiven nicht nur eine Frage des Geldes ist, das zur Verfügung steht, sondern auch eine Frage des politischen Ideenreichtums, der Kreativität und des Mutens zur Innovation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Mit einem Haushaltsplan von 1,3 Milliarden DM haben wir einen sozial verträglichen Etat vorgelegt. Dabei wurde der Landeshaushalt mit knapp 100 Millionen DM aus unserem Sozialetat konsolidiert. Trotz dieser Einsparungen ist es gelungen, bei den freiwilligen Leistungen fast auf dem gleichen Niveau zu bleiben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.) - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schönrednerei!)

- Es konnte auf fast dem gleichen Niveau gehalten werden.

Mit dem Haushaltsentwurf für das Land 2000 hat die Landesregierung einen deutlichen Akzent auf die Bildungspolitik gesetzt.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben!)

Ich unterstütze mit Nachdruck diesen Akzent.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Ich unterstütze ihn mit Nachdruck. Denn die Entscheidung, dass die Bildungspolitik und die Hochschulpolitik im Vordergrund stehen, stellt für mich präventive Sozialpolitik dar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Insofern gebe ich Ihnen völlig Recht. Der Entwurf des Einzelplans 08 hätte unmittelbar nach den Entwürfen der Einzelpläne 04 und 15 gelesen werden sollen. Da haben Sie natürlich Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die beste Schulbildung bietet die besten Chancen, sich in Familie und Beruf zu bewähren. Es ist unverantwortlich, einen solchen Zusammenhang nicht zu sehen und nicht anzuerkennen. Wenn also in der Vergangenheit in der Bildungspolitik gestündigt wurde, dann hat heute auch die Sozialpolitik darunter zu leiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie einmal: Sind Sie Kultusministerin oder Sozialministerin?)

- Ich bin Sozialministerin und sehe das als Teil der Sozialpolitik an, der präventiven Sozialpolitik.

Um die Chancen des Sozialstaates zu verbessern, ist zunächst einmal eine auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze angelegte Sozialpolitik zwingend erforderlich.

(Norbert Schmitt (SPD): Kommt jetzt etwas zur Wirtschaftspolitik?)

Die Lösung dieser Aufgabe wird allerdings dadurch erheblich erschwert - das möchte ich hier auch einmal erwähnen -, dass die Bundesregierung mit ihren Initiativen den Arbeitsmarkt in jeder Beziehung zutiefst verunsichert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das darf doch nicht wahr sein! - Norbert Schmitt (SPD): Jetzt noch etwas zur Umweltpolitik!)

Ich will nur an das Gesetz zur Scheinselbstständigkeit erinnern, das 630-DM-Gesetz und Ihren Vorstoß bezüglich der Rente mit 60.

Menschen, die der staatlichen Hilfe bedürfen, werden nicht alleine gelassen. Wir geben Hilfe zur Selbsthilfe, besonders bei der Arbeitsmarktpolitik. Menschen, die bislang auf öffentliche Unterstützung angewiesen waren, müssen sich ihre Existenz zumindest teilweise oder ganz sichern können. Wir entlasten damit die Kommunen.

Meine Damen und Herren, auch wenn es jetzt schon ein paar Mal erwähnt worden ist, möchte ich das wiederholen. Die Vorgängerregierung verkaufte ihr Modell "Arbeit statt Sozialhilfe" als ein auf finanziell hohem Niveau angesiedeltes Programm.

(Norbert Schmitt (SPD): Jawohl! - Weitere Zurufe)

- Das werfe ich niemandem vor. Ich will das noch einmal erwähnen.

Verschwiegen wurde beharrlich, dass 75% dieses Programms von den Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich finanziert wurden. Das kam bisher nie zur Sprache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stand sogar im Haushalt! - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie nur nicht mitgekriegt!)

Ich will das nur einmal aus gegebenem Anlass erwähnen.

Noch eine Anmerkung will ich dazu machen. Mit dem im Jahre 1999 noch von der alten Landesregierung - -

(Zurufe - Glockenzeichen der Präsidentin)

- Ich habe das nur erwähnt. Warum regen Sie sich so auf?

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, es ist sehr laut.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Mit den im Jahr 1999 noch von der alten Landesregierung in Aussicht gestellten 28 Millionen DM hätten rund 690 Plätze gefördert werden können.

(Norbert Schmitt (SPD): Das Thema Kommunalen Finanzausgleich sollten Sie besser nicht erwähnen!)

Aufgrund der Veränderung Ihrer Richtlinie durch die neue Landesregierung - es gibt jetzt kürzere Förderungszeiten und niedrigere Förderbeträge - konnten jetzt mit rund 14,5 Millionen DM, also mit nur etwas mehr als der Hälfte, 672 Arbeitsplätze gefördert werden.

(Martina Leistenschneider (CDU): Na also!)

Es kann also mit der Hälfte der Mittel nahezu dieselbe Anzahl von Arbeitsplätzen gefördert werden und damit die Möglichkeit unterstützt werden, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.) - Gerhard Bökel (SPD): Da klatscht sogar Herr Heidel! - Heinrich Heidel (F.D.P.): Ja!)

Wir nehmen uns in die Pflicht und investieren in intelligent entwickelte Systeme.

(Petra Fuhrmann (SPD): Welche?)

Wir investieren in neue Systeme. Dies geschieht mit der Zahlung von Einstiegsgehalt, Lohnkostenzuschüssen, mit der Qualifikation von Arbeitnehmern und Fortbildung. Damit wollen wir Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt integrieren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wo? Wann? - Barbara Bergelt (SPD): Wo steht das im Haushalt?)

Wir setzen mit unserem Programm auf Eigeninitiative und gute Leistungen. Es gilt nicht, den Mangel zu verwalten, sondern ihn zu beheben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Dazu dient auch der neue Titel "Regionale Arbeitsmarktpolitik",

(Norbert Schmitt (SPD): Bei Titeln seid ihr gut!)

mit dem ein 10-Millionen-DM-Arbeitsmarktprogramm im Entwurf des Landeshaushalts für das Jahr 2000 verankert wird. Die Aufstockung der ESF-Mittel um mehr als 8 Millionen DM ist darüber hinaus eingeplant.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie doch nicht die falschen Zahlen! Das stimmt doch gar nicht!)

Ziel ist es, mit diesem neuen Programm die Kreise und kreisfreien Städte zu unterstützen und insbesondere Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger in den allgemeinen Arbeitsmarkt einzugliedern. Die örtlichen Sozialhilfeträger können sich aus einem Angebot verschiedener, vom Land geförderter Maßnahmen entsprechend den Bedingungen vor Ort sozusagen à la carte zusammenstellen, welche Kombination von Maßnahmen sie beantragen wol-

len. So wird es erstmals möglich sein, Angebote bereitzustellen, die genau an den örtlichen Erfordernissen orientiert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, am 15. Oktober 1999 ist der Startschuss für die Einführung der Kombilohnmodelle gefallen. Das Hessische Sozialministerium wird in Zusammenarbeit mit acht Gebietskörperschaften den Einsatz von Kombilohnmodellen erproben. Durch eine intensive wissenschaftliche Begleitung sollen diese Modelle vorbereitet, begleitet, durchgeführt und bewertet werden.

Wir bauen darauf, dass sich das Kombilohnmodell als ein Sprungbrett für zukünftige dauerhafte Arbeitsplätze erweist. Wenn Sie darauf hinweisen, dass wir dieses Projekt mit "nur" 600.000 DM fördern, dann möchte ich entgegenhalten: Es kommt nicht auf den DM-Betrag an, sondern es kommt auf den Inhalt und die Effektivität des Konzepts an.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansprechen möchte ich auch das Landesprogramm "Ausbildung statt Sozialhilfe". Sie haben es zu 100% gestrichen - auch wenn Sie dem immer widersprechen -, um die Schulkosten der Altenpflegeausbildung finanzieren zu können. Wir haben diese Streichung sofort wieder rückgängig gemacht, und wir konnten in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Sozialhilfeträgern 91 junge Menschen, die bis dahin keine Chance auf einen Arbeitsplatz hatten, auf einem Ausbildungsplatz eine Chance geben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Im hier eingebrachten Haushaltsentwurf 2000 ist das Programm "Ausbildung statt Sozialhilfe" auf über 6 Millionen DM angehoben. Bei einer dreieinhalbjährigen Ausbildungszeit können damit 115 Ausbildungsplätze finanziert werden. Bei einer kürzeren Ausbildungszeit würde sich die Zahl der förderbaren Plätze deutlich erhöhen.

Die Arbeitslosenzahlen entwickeln sich in Hessen in den letzten Monaten günstiger als im Bundestrend. Mit einer Quote von 7,8% befindet sich Hessen im November 1999 auf dem Jahrestiefstand und bewegt sich in Gegenrichtung zum saisonüblichen Verlauf. Mit unseren neuen Arbeitsmarktprogrammen werden wir diesen Trend verstärken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ein Wort zur Frauenpolitik. Entgegen den vorschnellen Behauptungen, dass im Haushalt 2000 einschneidende Kürzungen im Bereich der Frauenpolitik vorgenommen würden, fördern wir diese Maßnahmen im Jahr 2000 ungekürzt.

(Beifall bei der CDU)

Das hat Ihnen offensichtlich missfallen, weil Ihre Prophezeiungen nicht eingelöst werden.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir behalten uns allerdings vor - darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen -, diese Förderungen zukünftig zu evaluieren und für 2001 neue Akzente zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, dass Hessen - ich sage das, auch wenn Sie wieder stöhnen werden - kinder- und familienfreundlicher wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Unsere mittelfristigen Perspektiven liegen darin, dass wir alterstübergreifende Kinderbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren sowie für Kinder im Grundschulalter anbieten können. Im kommenden Jahr steigen die Betriebskostenzuschüsse aus dem Kommunalen Finanzausgleich gegenüber 1999 um 6,8 Millionen DM. Die finanziellen Leistungen werden damit bedarfsgerecht an die Platzentwicklung angepasst. Sie werden darüber hinaus so aufgestockt, dass die Förderung von Einzelintegrationsplätzen in Kinderbetreuungseinrichtungen ermöglicht wird.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem haben wir die Mittel für das Sofortprogramm "Kinderbetreuung" um 1 Million DM von 3 Millionen DM auf 4 Millionen DM erhöht.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür haben Sie 100 Millionen DM für die Kommunen gestrichen!)

Diese Mittel dienen als investive Starthilfen, um akuten Bedarf vor Ort schnell und unbürokratisch zu befriedigen. Wir werden Maßnahmen zur Stärkung der Kinderfreundlichkeit in Hessen mit 100.000 DM fördern.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Seniorenpolitik hatte Frau Henzler schon etwas ausgeführt. Das Wichtigste, was wir tun konnten, war, uns erst einmal im Bereich der Ausbildung zu engagieren.

(Beifall bei der CDU)

In der Drogen- und Suchthilfe gilt nach wie vor: Der Akzent liegt auf einer ausstiegsorientierten Drogenpolitik. Prävention und Aufklärung genießen Vorrangstellung.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Darüber hinaus unterstützen wir aber die Stadt Frankfurt mit 600.000 DM bei der Teilnahme am Modellversuch Heroin.

Ich komme zur Gesundheitspolitik: Das Krankenhausprogramm wird weiterhin in Höhe von 200 Millionen DM bestehen. Wir fördern darüber hinaus neu das Modellprojekt Neugeborenen-Hörscreening mit 82.000 DM.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben unsere Versprechen gegenüber den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern ebenfalls eingehalten. Wir haben den diesbezüglichen Mittelansatz deutlich erhöht. Wenn Sie uns hier "Steinbruch" vorwerfen: Wenn ich mir die Entwicklung der Haushaltsansätze ansehe, dann stelle ich fest, dass wir im Jahre 1991 von einem Ansatz von fast 1,7 Millionen DM gekommen sind und bei 500.000 DM gelandet waren. Wir haben diesen Ansatz auf 750.000 DM erhöht.

(Beifall bei der CDU)

Rom ist ganz sicher nicht an einem Tag erbaut worden. In den vergangenen acht Monaten haben wir erste Verbesserungen geschaffen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese werden wir im Laufe dieser Legislaturperiode kontinuierlich ausbauen. Eines möchte ich noch erwähnen.

Schlusslichtpositionen haben Sie auch im Bereich Soziales einige zurückgelassen. Diese wollen wir im Laufe dieser Legislaturperiode verlassen, und wir wollen aufrücken.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache zu Einzelplan 08 beendet.

Ich rufe

Einzelplan 09 - Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten -

auf. Das Wort hat Herr Kollege Pawlik für die SPD-Fraktion.

Siegward Pawlik (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ministerin Mosek-Urbahn muss es wohl bitter nötig haben, dass Sie ihr so demonstrativ ein Stück Beifall spenden müssen, um sie aufzurichten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich möchte den Versuch machen, ein kleines Stück mit dem Ritual der bisherigen Diskussion zu brechen, und uns erst einmal gemeinsam fragen, ob es in der Umweltpolitik Positionen gibt, die wir gemeinsam im Generellen formulieren können.

Bisher bin ich davon ausgegangen, dass zwischen den Parteien die grundsätzlichen Positionen klar sind. Die Umweltpolitik muss wie jede Politik, die den Anspruch erhebt, zukunftsfähig zu sein, dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung gerecht werden. Sie muss den Ausgleich zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Fragen aktiv gestalten. Das müsste spätestens seit der Konferenz von Rio Allgemeingut aller politisch Handelnden sein.

Wir wissen, dass die Erfolge von Wissenschaft und Technik sowie ihre breite wirtschaftliche Anwendung von uns allen in Wirtschaft, Politik und Regierung - das gilt auch für die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen - eine verpflichtende Übernahme von Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Grundlagen des Lebens verlangen. Die Natur und die natürlichen Grundlagen des Lebens müssen geschützt werden vor ihrer Zerstörung durch das Übermaß unseres - ich sage bewusst: unseres - gewollten Erfolges in Wissenschaft und Technik und seiner breiten wirtschaftlichen Anwendung. Das unterscheidet unsere Zeit von anderen, von früheren Zeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen - das ist für uns selbstverständlich -: Aktiver Umweltschutz ist ein Motor für Innovationen und damit für die wirtschaftliche Entwicklung und für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Dieser Zusammenklang - die Grundlagen des Lebens erhalten und schützen und die dafür notwendigen wissenschaftlichen Weiterentwicklungen und technologischen Errungenschaften für wirtschaftliche Innovationen und zukunftsfähige Arbeitsplätze nutzen - ist für uns das Grundkonzept verantwortungsbewusster Umweltpolitik in den zurückliegenden Jahren in Hessen gewesen. So muss es bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Beispiele negativer wie auch sehr positiver Art für diesen Zusammenklang gibt es viele. Diese Stunde, in der wir die

sen Einzelplan beraten, ist so etwas wie ein Lackmuestest auf die politische Glaubwürdigkeit dieser generellen Formulierung, die sich in vielen politischen Erklärungen findet.

In meiner Rede heute lasse ich mich ein Stückchen von der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten leiten, von dem, was er dort formuliert hat, und ich will sehen, ob sich das im Haushalt wieder findet. Ich zitiere jetzt den Ministerpräsidenten, der am 22. April dieses Jahres hier erklärt hat:

Die Umweltpolitik der Hessischen Landesregierung orientiert sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ...

Und an anderer Stelle weiter:

Eine Schlüsselrolle für die Umwelt nimmt die Energiepolitik ein. Wir brauchen einen sparsamen Umgang mit Ressourcen ... Dabei setzen wir auch auf eine verstärkte Nutzung von regenerativen Energien.

(Beifall des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Dem können wir zustimmen. Das war am 22. April.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Sehr gut!)

Lackmuestest: vorliegender Haushalt. Die Mittel für den Bereich sparsame Energienutzung, Einsatz regenerativer Energien, Agenda 21, querdurch im Land Hessen, sind an vielen Stellen gekürzt worden,

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Hört, hört!)

von 47,9 Millionen DM um 30,4 Millionen DM auf 17,5 Millionen DM.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Armutszeugnis!)

Eine aktiv gestaltende Politik findet nicht mehr statt. Es gilt das gebrochene Wort der Koalitionsfraktionen und des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Meine Damen und Herren, wie ist das von Ihnen formuliert worden - ich nehme doch an, dass der Ministerpräsident für Sie gesprochen hat? - Zitat:

Wir wollen eine aktive Natur- und Umweltschutzpolitik.

(Beifall des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD) - Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur leere Worte!)

Der Naturschutz hat einen so niedrigen Stellenwert, dass er nicht einmal im Namen des Ministeriums auftaucht.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Armutszeugnis!)

Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 finden sich querdurch im Naturschutzbereich drastische Kürzungen: bei der Unterhaltung von Naturschutzgebieten, bei der Entschädigung für naturschutzbedingte Nutzungseinschränkung,

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Das wird ja immer schlimmer!)

beim Erwerb von Grundstücken.

(Gerhard Bökel (SPD): Aber dafür zwei Staatssekretäre!)

Meine Damen und Herren, wie hieß es? Ich wiederhole das:

Wir wollen eine aktive Natur- und Umweltschutzpolitik.

Ich sage auch an dieser Stelle: Das ist eine Politik des gebrochenen Wortes, und es ist eine Politik, in der Zusagen kein halbes Jahr halten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe im Entwurf Kürzungen im Personalbereich. Globale Minderausgabe: 19,8 Millionen DM, Kürzungen im Bereich der Landwirtschaft - bei der Umsetzung von EU-Richtlinien, Stichwort Agenda 2000 - global 5,9 Millionen DM, die zur Gegenfinanzierung zur Verfügung gestellt werden müssen, ohne dass man in der Lage war, sie zu konkretisieren, sodass es lapidar heißt: Kürzungen an anderen Stellen im Haushalt.

Bei der kursorischen Lesung hat sich herausgestellt - Herr Minister Dietzel, Sie waren dabei -, dass es aufgrund dieser 19,8 Millionen DM, des vorhandenen Personaletats und dem, was an Fluktuation zu erwarten ist, wahrscheinlich nicht möglich sein wird, diese Summe hier zu erbringen. Also werden Sie zu einer über das ganze Jahr laufenden Personalbesetzungssperre greifen müssen. Die Handlungsfähigkeit des Ministeriums und die Sachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch personale Verdünnung nach dem Prinzip des Zufalls - wie Kolleginnen und Kollegen ausscheiden - kontinuierlich abgebaut und reduziert werden. - Wie hieß es so schön?

Wir wollen eine aktive Natur- und Umweltschutzpolitik.

Meine Damen und Herren, den Ökobauern ist von Ihnen versprochen worden - ich zitiere auch hier wieder -:

Der Ökobauer hat in Hessen seinen selbstverständlichen Platz.

Dann aber hält diese Landesregierung, das Ministerium, Zusagen, die die alte Landesregierung gegeben hat, nicht ein, und es wird in dem Bereich schrittweise deutlich abgebaut. Kontinuität und Glaubwürdigkeit sehen für uns anders aus.

Ich fasse zusammen. Umweltpolitik, Naturschutz, Klimaschutz: Zentrale Bereiche sind für diese Mehrheit, für die Regierung und für den Ministerpräsidenten persönlich - das wird hoffentlich aus den Zitaten deutlich - Lippenbekenntnisse, mehr aber nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr richtig!)

Wo es konkret gilt, eine Politik aktiv zu gestalten, dort ist der Einzelplan 09 einer, der zur Gegenfinanzierung anderer Teile des Landeshaushalts dient. Das wurde ebenfalls bei der kursorischen Lesung deutlich, indem dort immer wieder, beispielsweise im Naturschutzbereich, darauf hingewiesen wurde, dass diese Kürzungen wegen der erforderlichen Einsparpolitik im Landeshaushalt unvermeidlich seien. Sehen wir uns andere Positionen an, dann erkennen wir, dass zum Teil - wenn es politisch gewollt war - dort Geld keine Rolle spielte. Der Umkehrschluss ist: Natur-

schutz hat für dieses Haus und für diese Regierung keinen Stellenwert.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, mit dem Landeshaushalt 2000 haben Sie sich aus einer aktiv gestaltenden Umweltpolitik verabschiedet. Damit vernichten Sie eine ganze Reihe von innovativen Ansätzen, die sich in der Energiepolitik und im Grundwasserschutz an den verschiedensten Stellen aus Förderprogrammen - auch aus der Grundwasserabgabe - in den letzten Jahren entwickelt haben. Es passt nicht zusammen und es reicht nicht, wenn der Ministerpräsident und Ihre Koalition durchs Land ziehen und von Innovationen und Leistungsfähigkeit sprechen, während Sie gleichzeitig in einem wichtigen Bereich, in dem wir in der Vergangenheit als Koalition von SPD und GRÜNEN Beschäftigungsimpulse setzen konnten, in dem wir Innovationsimpulse für wirtschaftliche Aktivitäten gesetzt haben, dies jetzt politisch trocken fallen lassen und austrocknen. Auch hierin liegen Widersprüche. Dieses Land hat Besseres verdient. Dieses Land hat eine aktive Umweltpolitik verdient, die gleichzeitig auch wirtschaftliche und innovative Impulse für Hessen setzt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner ist Herr Kollege Heidel für die F.D.P.-Fraktion.

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Pawlik hat einen Punkt angesprochen, den Punkt der Gemeinsamkeit. Es gibt bei uns sehr viele Gemeinsamkeiten, denn wir sind alle im Bereich der Umwelt, des Naturschutzes, der Landwirtschaft und der Forste sehr engagiert. Vor allen Dingen kann ich das für diejenigen sagen, die Mitglieder in unserem Ausschuss sind. Dieser Ausschuss, der - das ist, glaube ich, unbestritten - auf einer sehr guten sachlichen Basis arbeitet,

(Silvia Hillenbrand (SPD): Nur einseitig!)

hat natürlich ein breites Spektrum abzudecken, ein genauso breites Spektrum wie das Ministerium. Meine Damen und Herren von der Opposition, trotzdem halte ich es für richtig, dass wir Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz und den Umweltbereich zusammengefasst haben. Dies gehört einfach zusammen, das haben wir gemacht, und das ist eine Qualitätsverbesserung für die Politik in Hessen, die ihresgleichen sucht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Lassen Sie mich ein paar Anmerkungen zu einigen wenigen Punkten machen.

Zur Grundwasserabgabe. Wir stehen zu unserer Wahlausage, die Grundwasserabgabe abzuschaffen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsche Entscheidung!)

Wir werden diese Grundwasserabgabe auch abschaffen.

(Norbert Schmitt (SPD): Drei Wochen vor der Landtagswahl!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie versuchen dies wieder zu konterkarieren,

indem jetzt über sehr viele kommunale Ebenen nachgeschoben wird, man könne den Wasserpreis nicht senken und man könne dem Verbraucher dies nicht zugute kommen lassen. Wir werden uns auf allen Ebenen vehement dafür einsetzen, dass diese Absenkung der Grundwasserabgabe auch dem Verbraucher zugute kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eigentlich bin ich sehr optimistisch, dass - wenn die großen Wasserversorger mitziehen - dann auch die Kommunen gefordert sein werden, ihre Gebühren zu senken.

Obwohl wir diese Grundwasserabgabe zurückfahren, obwohl wir sie abschaffen, haben wir den Grundwasserschutz ausgeweitet.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wo denn? - Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Wir haben den Grundwasserschutz ausgeweitet, indem wir, die Fraktionen und die zuständige Landesregierung von CDU und F.D.P., diesen rot-grünen Sumpf - ich sage das ganz bewusst -, in dem viele Gelder für Gutachten und dergleichen verschwunden sind, jetzt trockengelegt haben, weil wir diesen Geldhahn zugekehrt haben. Deshalb sind wir in der Lage, in anderen Bereichen sinnvollen Grundwasserschutz zu betreiben.

(Lachen der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Nicht so viel Weihrauch!)

Ich nenne Ihnen drei Punkte. Erstens. Das Lagerstättenprogramm in der Landwirtschaft war früher bei vielen SPD-Abgeordneten unbestritten, aber es war mit den GRÜNEN nicht durchzusetzen, weil ein damaliger Staatssekretär Baake, auf den ich nachher zurückkommen werde, immer wieder gesagt hat, dieses trage er nicht mit.

Zweitens das Thema Altlasten. Hier werden wir das Finanzvolumen deutlich ausweiten.

(Norbert Schmitt (SPD): Was?)

- Wir werden es deutlich ausweiten. Herr Schmitt, Sie brauchen gar nicht zu kommen. Die Zahlenspiele haben wir alle schon im Ausschuss gemacht. Dieses Thema ist abgehandelt. Wir werden es ausweiten.

Genauso werden wir beim Hochwasserschutz ausweiten, wo Sie immer wieder versichert haben, Hessen werde seinen Aufgaben gerecht, aber Ihre Kollegen aus NRW und Rheinland-Pfalz das immer ganz anders gesehen haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Haben Sie vielleicht einen anderen Haushalt vorliegen als wir? Wir müssen über einen anderen Haushalt reden! - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bauen Sie einen Polder? Das ist neu!)

Wir werden diesen Aufgaben gerecht werden.

Weitere Bemerkung. Nicht Sie, sondern wir haben dafür gesorgt, dass Landwirtschaft nicht mehr das fünfte Rad am Wagen im Innenministerium ist. Wir haben dafür gesorgt und werden mit diesem Haushalt dafür sorgen, dass der Investitionsstau abgebaut wird. Wir werden, so hoffe ich, wenn die Zahlen stimmen, den Investitionsstau bei den Stallbauten sogar in einem Jahr abbauen können.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Heidel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Nein.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt wollte ich sehen, ob die Zahlen stimmen!)

Wir bekennen uns als CDU und F.D.P. zu einer flächendeckenden Landwirtschaft. Dieses Bekenntnis habe ich in vielen Bereichen bei der Vorgängerregierung vermisst. Wir bekennen uns auch zu einer Landwirtschaft, die produziert, die Waren und Produkte herstellt. Wir wollen dieser Landwirtschaft die Chance geben, dies zu tun, und werden sie dabei über einen erhöhten Ansatz bei der Marketinggesellschaft unterstützen.

Im Bereich Naturschutz, der ebenso stark kritisiert wurde, wird es darum gehen, die Aktivitäten zu bündeln. Es wird darum gehen, auch EU-Gelder, die möglich sind, dort mit einzubringen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es wird aus meiner Sicht auch darum gehen, um es ganz deutlich zu sagen, den Vertragsnaturschutz zu stärken und damit auch den Naturschutz mit den Eigentümern und den Landbewirtschaftern voranzubringen.

(Reinhard Kahl (SPD): Aber die Haushaltsmittel sind gekürzt! - Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Das steht im Gegensatz zu dem, was Sie in den vergangenen acht Jahren betrieben haben. Sie haben zusätzliche Auflagen für anderer Leute Grundstücke erlassen, wo die Eigentümer hinterher sehen mussten, wie sie damit zurechtkamen. Wir gehen den Weg mit den Eigentümern.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Norbert Schmitt (SPD): Mit weniger Mitteln!)

Zur Abfallwirtschaft. Ich glaube, hier ist auch ein großer Nachholbedarf aus Ihren acht Jahren übrig geblieben. Sie haben mit Zwangszuweisungen agiert und haben das vor Gericht dann nicht halten können. Heute stehen wir in vielen Bereichen da und müssen erst einmal gucken, wo denn die Kapazitäten sind, wo die Möglichkeiten der Verbrennung sind, wie wir das alles am besten umsetzen können. Dies ist eine Aufgabe, die von uns in Angriff genommen wird. Der Abfallwirtschaftsplan, Teil 1 und 2, wird fortgeschrieben werden. Das haben Sie auch nicht getan. Wir werden dafür sorgen, dass man auch über DSD nachdenken kann, dass man hier die Möglichkeit schafft, einen Markt, einen Wettbewerb im Sinne und zum Wohle der Gebührenzahler zu eröffnen. Es kann doch nicht angehen, dass dieser Monopolist auf Dauer alles diktieren kann.

Lassen Sie mich als nächsten Punkt das Thema Biblis ansprechen. Es ist schon ein bisschen aberwitzig, was sich in den letzten Parlamentssitzungen abgespielt hat. Diejenigen rufen nach sicherheits erhöhenden Maßnahmen, die sie acht Jahre nicht umgesetzt haben, die acht Jahre alle sicherheits erhöhenden Maßnahmen verhindert haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Kommen Sie doch nicht mit der Argumentation "Alles auf einmal". Ich bin der Meinung, es ist besser in kleinen Schritten, schrittweise umgesetzt. Das ist doch so, als wenn ich mit dem Fahrrad fahre, der Schlauch zwei Löcher hat, ich aber nur einen Flicker habe und sage: Ich repariere jetzt nur einmal ein Loch und fahre. - Das macht aber keinen Sinn; ich schiebe dann mein Fahrrad.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Kann es sein, dass Ihr Beispiel für uns spricht?)

Meine Damen und Herren, wir werden die Sicherheitsmaßnahmen sukzessive erhöhen. Von Ihnen hat mir auch in fünfständigen Ausschusssitzungen noch keiner erklären können, warum das Erdbebengutachten bei Biblis A und B unterschiedlich Anwendung finden sollte. Dies hat mir auch Herr Schmitt noch nicht erklärt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will noch zwei Punkte aufgreifen, die der Kollege Pawlik angesprochen hat. Wir werden die Agenda 2000 gegenfinanzieren. Die Programme sind erstellt und über Bonn nach Brüssel zur Genehmigung gegangen. Wir sind optimistisch, dass sie genehmigt werden.

Meine Damen und Herren, wir werden auch die Mittel des Bundes ausschöpfen. Wir werden die Mittel zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes gegenfinanzieren, was in den vergangenen Jahren nicht immer der Fall war.

(Reinhard Kahl (SPD): Na, na, na!)

Von daher denke ich, dass das ein richtiger Politikansatz ist.

Zu dem Thema Kellerwald, das wir hier in den vergangenen Wochen ausgiebig diskutiert haben, kann ich zu meiner Meinung aus den vorhergehenden Reden nur sagen: Sie hat sich bis heute nicht geändert.

Ich fasse zum Schluss zusammen: Wir haben die von Rot-Grün verursachte Nationalpark-Panikmache beendet. Wir haben den von Rot-Grün veranlassten Sicherheitsstillstand in Biblis beendet.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir beenden das rot-grüne Umwelchaos.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Wir beenden die rot-grüne Naturschutzideologie. Wir wollen einen Naturschutz, der ideologiefrei ist. Letztendlich befreien wir die Landwirtschaft vom rot-grünen Ökoteror. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin, Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Ökoteroristin! - Stefan Grüttner (CDU): Jetzt kommt das Maschinengewehr!)

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Heidel, ich habe mir drei Punkte notiert, die Sie in Ihrer Rede erwähnt hatten. Sie wollten damit herausstellen, was Sie jetzt Besonderes und Gutes in Ihrem Haushaltsplan tun, was den gesamten Umweltbereich betrifft. Sie hatten die Altlastensanierung, den Hochwasserschutz und die Abfallwirtschaft angesprochen. Zugegeben, das Lagerstättenprogramm ist etwas, wo-

mit ich mich anfreunden kann, aber das ist nichts Zukunftsweisendes im Sinne dessen, was eine notwendige Umweltpolitik in Hessen ausmacht. Bei den Reduzierungen, die Sie im Vergleich zu Rot-Grün bei Altlasten vorgenommen haben, müssten Sie sich eigentlich schämen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Hier den Punkt Hochwasserschutz zu nennen, das ist in meinen Augen hanebüchen. Ich erinnere mich an die letzten Auseinandersetzungen, auch mit Frau Kollegin Ludwig, wo wir darauf hingewiesen haben, dass im Nachtragshaushalt eine Reduzierung auf 6,5 Millionen DM erfolgte, und diese vehement verteidigt wurde. Es wurde dargestellt, warum das notwendig sei. Ich sage Ihnen, Sie haben die Gelder nur erhöht, weil Sie überall Druck bekommen haben und weil das interne Schreiben aus dem Ministerium belegt, dass hier ein hohes Schadenspotenzial besteht und die Gelder notwendig sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Schmitt (SPD): Nur dieser Druck hat Sie dazu gebracht, den Änderungsantrag zu stellen!)

Zur Abfallwirtschaft. Herr Kollege Heidel, Sie sind Vorsitzender des Umweltausschusses. Im November wurde beantragt, dass wir über den Abfallwirtschaftsplan des Landes Hessen diskutieren, dass wir die Synopse bekommen, dass wir die Stellungnahmen bekommen. - Wir haben bis heute noch nichts, obwohl ich in der letzten Umweltausschusssitzung im Dezember das wieder eingeklagt habe. Das ist Ihre Abfallwirtschaftspolitik, an der Sie niemanden teilhaben lassen wollen und wo wir sehen, dass große Verschlechterungen im Verhältnis zu Rot-Grün damit einhergehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Schnelle Sprache ersetzt nicht Substanz!)

Jetzt komme ich zu den weiteren Punkten meiner Rede. Dieser von Ihnen vorgestellte Haushaltsentwurf zeigt deutliche finanzielle Rückschläge, was den Umweltbereich und den Naturschutzbereich anbetrifft. Für Sie ist es problematisch, dass Sie diese ideologische Entscheidung der Abschaffung der Grundwasserabgabe für sich festgelegt haben; denn nun fehlt Ihnen Geld, und das ist jetzt in allen Bereichen ganz deutlich zu erkennen.

Meine Damen und Herren, diese finanziellen Rückschritte sind gerade dort in einer großen Zahl festzustellen, wo es Schutz, Sicherung und Bewahrung von Grundwasseraufkommen betrifft.

Statt 54,1 Millionen DM stehen nur noch 21,8 Millionen DM zur Verfügung. Sie haben die Pauschalen an die Kommunen radikal gestrichen. Umweltpolitisch ist das ein ganz gravierender Rückschlag. Ich möchte es Ihnen noch einmal vor Augen halten.

(Stefan Grüttner (CDU): 20-Minuten-Rede im 10-Minuten-Takt!)

Im Vergleich zu 1991 sind 1997 nicht nur 83 Millionen m³ Trinkwasser eingespart worden, sondern auch die hessischen Handwerksbetriebe profitieren von der Auftragsvergabe bei dem Einbau dieser modernen Wasserspartechnologien.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Allein im Jahre 1998 erhielten die Kommunen im Rahmen der Pauschalen aus der Grundwasserabgabe rund 51 Millio-

nen DM. Sie wissen, wie viele zahlreiche sinnvolle Maßnahmen damit umgesetzt wurden.

(Stefan Grüttner (CDU): Wie viele Beschäftigte haben Sie dafür eingesetzt?)

Aber nicht nur wir üben Kritik an dem Wegfall der Grundwasserabgabe. Kommunal wird dies über Parteigrenzen hinweg auch so gesehen, Herr Grüttner. So gibt es Gemeindevertretungs- und in der Zwischenzeit auch Stadtverordnetenversammlungsbeschlüsse, die sich für den Erhalt der Grundwasserabgabe aussprechen. Ich nenne ein Beispiel, weil es ein Vertreter der F.D.P. aus Dreieich gewesen ist, der sagte:

Es ist bedauerlich, dass keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, denn mit den Geldern konnten wirklich sinnvolle Investitionen getätigt werden, um den Trinkwasserverbrauch zu senken.

(Stefan Grüttner (CDU): Waschmaschinen!)

Dies stellt ein Beispiel für zahlreiche ähnlich lautende Aussagen dar. Da wir die Grundwasserabgabe aus ökologischen Gründen sowie im Hinblick auf die Förderung von Arbeitsplätzen im Umweltschutz erhalten wollen, haben wir zahlreiche Anträge zu diesem Haushalt gestellt.

(Stefan Grüttner (CDU): 1.000 DM Zuschuss pro Waschmaschine!)

Wir wollen für Maßnahmen des Grundwasserschutzes 34,3 Millionen DM einstellen. Für Energiesparförderungsmaßnahmen sollen zusätzlich 22,4 Millionen DM bereit gestellt werden, da hier CDU und F.D.P. radikal gekürzt hatten. Diese Entscheidung war von Ihnen ein vollkommen falsches Signal und umweltpolitisch völlig unverantwortlich. Im Hinblick auf die auf dem Gipfel in Buenos Aires beschlossenen und in Kioto festgelegten CO₂-Minderungsmaßnahmen ist dies eine fatale Fehlentscheidung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Energiesparprogramm wird nicht mehr in dieser Art und Weise gefördert, wie es unter Rot-Grün gefördert wurde. Das stellen auch die Handwerksbetriebe leidvoll fest. Uns liegt ein Schreiben der Firma Wagner aus Cölbe vor. Dieser wurde vom Umweltministerium mitgeteilt:

Diese Entscheidung ist uns außerordentlich schwer gefallen. Jedoch stehen für das Energieförderungsprogramm wesentlich weniger Mittel zur Verfügung.

Weiter sagt das Ministerium:

Das Programm ist von den Verbrauchern sehr gut angenommen und auch von der Fachwelt anerkannt worden.

Das ist Ihnen egal. Sie streichen die Mittel. Sie reduzieren die Fördermaßnahmen, was CO₂-Einsparung anbetrifft. Aber auch in einem anderen Bereich fallen Sie hinter Ihre Versprechungen zurück. Die Förderung der Biomasse hatte für Sie einen hohen Stellenwert. Wer sich den "Staatsanzeiger" vom 06.12.1999 ansieht: Da teilt die Landesregierung mit, dass künftig keine Biogasanlagen, keine Holzhackschnittel-Feuerungsanlagen über 100 kW gefördert werden.

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist unüblich, von der Waschmaschine zur Biogasanlage! - Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

So viel zu Anspruch und Wirklichkeit. Zu Ihrem Atomjubiläum, dem Sie beigetreten sind, der so genannten

Reaktorsicherheitskommission: Die hessischen Bürger müssen 1 Million DM für ein unsinniges Gremium bezahlen. Wir haben Änderungsanträge gestellt. Wir wollen, dass die Gelder sinnvoller eingesetzt werden. Diese 1 Million DM sehen wir besser in der Unterstützung oder Finanzierung des hessischen Krebsregisters angelegt. Wir wollen auch die Mittel für Altlastensanierung erhöhen. Wir sehen gerade, was den Bereich Lampertheim-Neuschloß angeht, dass dringender Sanierungsbedarf ansteht. Wir wollen allein für diesen Bereich Haushaltsmittel von über 2 Millionen DM zur Verfügung stellen. Auch wollen wir die Mittel für die lokale Agenda 21 per Antrag erhöhen. Sie wollten nur noch 1 Million DM zur Verfügung stellen.

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist eine Zusammenfassung aller Reden der letzten acht Monate! - Gegenruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür ist doch die Haushaltsdebatte da!)

Sie wissen aber ganz genau, dass die Warteliste noch mit über 50 Kommunen belegt ist, die davon nicht bedient werden können. Deshalb war uns dieser Ansatz so wichtig. Eine umfassende Umweltbildung ist für die Veränderung von negativen Verhaltensweisen unserer Gesellschaft notwendig. Wir haben dies im Gegensatz zu Ihnen erkannt und deshalb in einem Antrag ein neues Landesprogramm Umweltbildung gefordert. Dafür wollen wir 2 Millionen DM bereitstellen. Die Deichverstärkungsmaßnahmen habe ich vorhin angesprochen. Hier hat nur der Druck der Bevölkerung bewirkt,

(Stefan Grüttner (CDU): Der Druck des Wassers! Welche Bevölkerung hat gedrückt?)

dass Sie auch einen Änderungsantrag eingebracht haben, der diese zusätzlichen Mittel, die notwendig sind, zur Verfügung stellt. Ich sage Ihnen aber, der Deckungsvorschlag, den Sie gebracht haben, ist für mich problematisch, denn er ist höchst unsozial und unseriös. Sie wollen die Löhne der Waldarbeiter und Waldarbeiterinnen um 2 Millionen DM reduzieren und setzen die Einnahmen aus Holzverkäufen hoch, obwohl Sie wissen, dass das, was Sie jetzt schon eingestellt haben, eine Luftnummer beinhaltet. Meine Damen und Herren, Sie haben auch im Hinblick auf die Klientelbefriedigung eine falsche Richtung eingeschlagen.

(Stefan Grüttner (CDU): Sind wir jetzt schon beim Kellerwald? Ein bisschen systematisch arbeiten!)

Sie wollen eine einseitige Förderung des Vereins Naturlandstiftung Hessen durchführen. Sie wollen dort 40.000 DM im Jahr zur Verfügung stellen. Das ist eine Ungleichbehandlung den anderen Verbänden gegenüber, die unter § 29 Bundesnaturschutzgesetz fallen. Die bekommen nur 20.000 DM. Sie wissen auch, die Naturlandstiftung hat in Ihren Augen eine andere Funktion - sie wird von Jägern getragen

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Nein, das stimmt nicht!)

oder überwiegend von Jägern getragen -, weil Sie hier vermehrt Mittel einsetzen und die Ungleichbehandlung herbeiführen. Kritisch sehen wir auch, und das sage ich Ihnen ganz deutlich, den Änderungsantrag über die Kürzung der Gelder für Ernährungsprojekte der Verbraucherzentrale Hessen um weitere 80.000 DM auf rund 140.000 DM. Es ist besonders prekär, da Sie diese Mittel schon einmal um 50% gekürzt hatten.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Skandale in der Lebensmittelproduktion - Stichworte: BSE, Dioxin, Klärschlämme in Futtermitteln - legen wir Wert auf eine trans-

parente, den Verbraucher schützende, artgerechte und naturverträgliche Landbewirtschaftung. Daher wollen wir das Hessische Kulturlandschaftsprogramm von 19,3 Millionen DM um 3,15 Millionen DM erhöhen.

Wir erreichen dadurch zum einen, dass die Zusagen der alten Landesregierung auf Angleichung der Förderprämien erfüllt werden können, und zum anderen, dass die Kürzung durch CDU und F.D.P. bei den Ersteinsteigern im ökologischen Landbau wieder rückgängig gemacht werden kann. Mit den zusätzlichen Mitteln wird es auch möglich sein, der Wettbewerbsverzerrung, die gegenüber anderen Bundesländern - ich verweise auf Bayern - im Gemüse- und Ackerbau bestehen, entgegenzutreten. Da die Vermarktung im Landwirtschaftsbereich ein wesentliches Element ist, wollen wir zusätzlich 3,15 Millionen DM für die Vermarktung von ökologisch erzeugten Produkten bereitstellen. Auch die Lebensmittelüberwachung soll hinsichtlich des Verbraucherschutzes mit zusätzlich 1,5 Millionen DM verstärkt werden.

In der Auseinandersetzung um das Jagdgesetz wollen wir einen anderen Weg beschreiten, denn wir wollen den Tierschutzvereinen 150.000 DM aus Mitteln der Jagdabgabe zur Verfügung stellen. Die haben, indem ihnen Fundtiere gebracht werden und sie dort für eine Unfruchtbarkeit sorgen, enorme Aufwendungen. Es kann nur im Sinne der Jäger sein, dass dieser sinnvolle Beitrag den Tierschutzverbänden aus der Jagdabgabe zur Verfügung gestellt wird.

(Stefan Grüttner (CDU): Was sagen Sie zur Bienen-seuche?)

Ich hatte eingangs erwähnt, der Naturschutz leidet besonders unter der CDU und der F.D.P. Die Haushaltsmittel wurden - Sie wissen es - auf 18 Millionen DM gekürzt. Sie wissen das auch vor dem Hintergrund, dass es für den Naturschutz in Hessen künftig weniger Gelder gibt, weil es eben keine Ausgleichsabgabe mehr im Innenbereich gibt, die jährlich über 30 Millionen DM gebracht haben. Das war Ihnen aber egal. Sie sind trotzdem mit dem Rotstift an diesen Bereich herangegangen.

Die Unterhaltung von Naturschutzgebieten, die Entschädigung nach § 39 HeNatG, der Erwerb von Grundstücken - das wird nicht mehr in der alten Form aufrechterhalten. Statt dass Sie hier Gelder einstellen, um wirklich dem Naturschutz den Stellenwert zu geben, haben Sie eine Kürzung vorgenommen. Auch wollen wir 10 Millionen DM gerade für Naturschutzmaßnahmen zur Verfügung stellen. Ein großer Teil soll in einen Nationalpark Kellerwald fließen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn wir wissen, dass dies ein Projekt ist, das einen hohen naturschutzfachlichen Stellenwert hat. Diese Gelder sollten unseres Erachtens in diesen Bereich hineinfließen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss.

Unsere Anträge sind sämtlich gedeckt, sind seriös und zukunftsweisend, im Gegensatz zu Ihrem vorgelegten Haushalt mit den beigelegten Änderungsanträgen. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Gotthardt für die CDU-Fraktion.

Frank Gotthardt (CDU):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir gehen in ein Jahrtausend, wo zumindest in der Wirtschaftspolitik nicht mehr die Großen, sondern die Schnellen die Starken sind. Ich glaube, dass an dieser Stelle festzuhalten ist, dass SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN doch ein Relikt aus dem vergangenen Jahrhundert sind, denn sie haben den Eindruck, wenn sie viel Geld ausgeben, hätten sie auch viel erreicht. Es kommt aber nicht darauf an, wie viel Geld Sie ausgeben. Es kommt darauf an, was Sie wollen und was Sie mit diesem Geld tun. Das scheint mir der entscheidende Unterschied in der neuen Umweltpolitik und neuen Landwirtschaftspolitik in Hessen zu sein.

(Beifall bei der CDU - Norbert Schmitt (SPD): Haben Sie etwas vom ererbten Geld gehört?)

Es reicht nicht, das Geld aus dem Fenster zu schmeißen, sondern es muss auch etwas passieren. Mehr Personal heißt nicht immer schnellere und bessere Bearbeitung, sondern manchmal heißt auch weniger Personal bessere und schnellere Bearbeitung.

(Beifall bei der CDU)

Manchmal bedeutet die Abschaffung der Grundwasserabgabe auch mehr und nicht weniger Grundwasserschutz.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann sagen Sie doch einmal, wie viel von dem Geld, das Sie pro Jahr eingenommen haben, tatsächlich dem Grundwasser zugute gekommen ist und wie viel für Energie, wie viel für Personal und wie viel für alle diese anderen Sachen draufgegangen ist. Das ist doch der Punkt. Wir wollen, dass die Bürger das Geld in der Hand haben und selbst Umweltschutz so gestalten können, wie sie es für richtig halten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich habe sowohl die Äußerungen der Kollegin Hinz als auch die Äußerungen der Kollegin Hammann mit großem Interesse gehört. Aber ich muss Ihnen gestehen, dass das, was insbesondere die GRÜNEN hier vortragen, absolut nicht seriös ist. Sie haben eine große Anzahl von Änderungsanträgen gestellt. Unter anderem haben Sie viele Probleme dadurch gelöst, dass Sie gesagt haben: Wir erhöhen die Einnahmen aus der Grundwasserabgabe von 210 auf 228 Millionen DM.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Antrag stellen Sie mit Datum vom 01.12. Wissen Sie, was Ihre Fraktionsvorsitzende, die ehemalige Umweltministerin, in einer Presseerklärung in ihrer Heimatzeitung erklärt? Dort redet sie davon, dass die Einnahmen aus der Grundwasserabgabe im kommenden Jahr 210 Millionen DM betragen werden. Wie kommt es denn, dass Ihre Fraktionsvorsitzende hier das erklärt und Sie eine Woche später einfach 18 Millionen DM mehr einnehmen? So ist Ihre Politik und so finanzieren Sie Ihre Anträge.

(Beifall bei der CDU)

Es geht ja weiter, Frau Hammann. Frau Hinz hat heute Mittag kritisiert, dass wir 70 Millionen DM in eine Rücklage der Grundwasserabgabe legen. Dann erklären Sie uns doch einmal bitte, wie es kommt, dass die Rücklage der Grundwasserabgabe, die Sie eingeführt haben, mit Datum vom 31.12.1998 324 Millionen DM betragen hat. Tun Sie doch nicht so, als würden wir eine Rücklage einführen.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben sie schon immer gehabt. Was haben Sie damit finanziert? Sie haben 35 Millionen DM für das Energiesparprogramm ausgegeben, alles Punkte, die mit Grundwasser nichts zu tun haben.

Lassen Sie mich aber jetzt zu einzelnen Punkten kommen. Ich muss gestehen: Nach den bisherigen Erklärungen der Opposition habe ich fast den Eindruck, dass Sie unserem Haushalt an dieser Stelle und unseren Änderungsanträgen zustimmen werden.

(Stefan Grüttner (CDU): So ist es!)

Nehmen wir die Deichsanierung, Frau Kollegin Hammann. Sie haben kritisiert: Es geschieht zu wenig. Es wird zu wenig Geld ausgegeben. Die Deiche werden zu tief oder zu hoch, zu feucht oder zu trocken, oder was auch immer. - Dann müssten Sie jetzt laut Halleluja rufen. Wir erhöhen durch die Anträge der Koalition die Ansätze im Haushalt von 13,6 auf 16,6 Millionen DM.

(Beifall bei der CDU)

Auch an dieser Stelle, Frau Hammann, ist es nicht eine Frage, wie viel auf dem Papier steht, sondern wir werden dafür sorgen, dass dieses Geld auch verausgabt wird. Deswegen haben wir die Finanzierung umgestellt. Frau Kollegin Hammann, dann erwähnen Sie doch in dem, was Sie vortragen, dass unter der rot-grünen Regierung im Jahre 1998 nur 2 Millionen DM - nur 2 Millionen DM - für den Deichbau ausgegeben worden sind. Sagen Sie das doch in Ihrer angeblichen Erfolgsbilanz.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch im Bereich der Altlasten habe ich den Eindruck, dass Sie unseren Anträgen zustimmen werden. Denn auch dort erhöhen wir durch Koalitionsanträge den Ansatz zusätzlich um 4 Millionen DM auf 65 Millionen DM, sodass auch in diesem Bereich die Arbeit kontinuierlich weitergeht. Ich glaube, dass dies eine sehr wichtige Nachricht an Hessens Bürger an dieser Stelle ist.

Zum Thema Kellerwald wird es Sie nicht verwundern, wenn wir von unserer Position, dass wir einen Naturpark wollen und keinen Nationalpark, nicht abrücken. Aber auch an dieser Stelle besteht ein Unterschied. Es geht nicht darum, möglichst viel Geld in irgendwelche Projekte hineinzustecken, sondern es geht darum, dass wir vor Ort einen Naturschutz praktizieren, im Einvernehmen mit den Bürgern, dass wir an einem Strang ziehen, weil auf diese Art und Weise mehr herauskommt, als wenn wir in umstrittene Projekte möglichst viel Geld hineinstecken.

Ich komme zu einem der letzten Punkte, nämlich zur Frage von Biblis. Ich will nicht die Frage wiederholen, warum Frau Ministerin Hinz scheinbar nicht in der Lage war, die Stilllegungsverfügung - zumindest den Entwurf - rechtzeitig loszuschicken. Aber das, was sich im Moment abspielt, ist doch hanebüchen. Trittin argumentiert, in Biblis A würden die Nachrüstungen nicht stattfinden, weil ein Gutach-

ten zur Erdbebensicherheit fehlt. Dann erklären Sie doch einmal den interessierten hessischen Bürgern, worin der Unterschied bei der Erdbebensicherheit zwischen Biblis A und Biblis B besteht. Denn in Biblis B dürfen wir es. Warum nicht in Biblis A, meine sehr geehrten Damen und Herren? Sie werden den hessischen Bürgern bei der Politik, die Sie machen - eine Politik der Verstopfung ohne Transporte -, erklären müssen, warum Sie argumentieren, in Biblis A darf nicht nachgerüstet werden, Sie aber jetzt sagen: keine Transporte, sondern ein Zwischenlager auf dem Gelände von Biblis. Ich kann nicht erkennen, dass das der richtige Weg ist. Sie wollen ein Zwischenlager genehmigen, aber eine Computeranlage darf nicht eingebaut werden. Das kann ja wohl an dieser Stelle nicht sein. Sie werden sich daran messen lassen müssen, ob Sie im Endeffekt den Atomtransporten zustimmen oder nicht. Ich füge hinzu: Selbst wenn Sie sämtliche Atomkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland stilllegen, werden diese Transporte laufen müssen, weil die Kernbrennstäbe nicht an dieser Stelle bleiben können, wo sie sich im Moment befinden.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe so ein bisschen den Eindruck, dass sich die Opposition insbesondere in der Umweltpolitik noch nicht daran gewöhnt hat, dass die Anträge und Reden inzwischen nicht mehr aus dem Ministerium geliefert werden, sondern dass die Fraktionen sich jetzt selbst darum kümmern müssen.

(Beifall bei der CDU)

Anders kann ich es nicht interpretieren, dass Sie geradezu willkürlich Haushaltsansätze bei den Einnahmen hochsetzen und die Ausgaben dann dort verwenden, wo Sie möchten. Ich darf einmal aus der "FAZ" zitieren, einen wunderbaren Artikel vom 04.11. dieses Jahres.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie es bleiben!)

Da berichtet der Fraktionsvorsitzende der SPD über die Haushaltsklausur der SPD in Kassel. Dort sagt er, die Fraktion sei in Kassel zusammengekommen, um sich - wortwörtlich - wieder fit zu machen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe den Eindruck, Sie brauchen noch verdammt viele Klausurtagungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 09 ist solide und zukunftsorientiert.

(Beifall bei der CDU)

"Ökonomie und Ökologie sind für uns keine Gegensätze." Das sagte Roland Koch im April hier an diesem Pult. Ich denke, dass gerade der Einzelplan 09 dies ausdrückt.

Wir mussten in diesem Haushalt 60 Millionen DM an allgemeinen Einsparungen bringen, Personaleinsparungen von 19,8 Millionen DM. Ich denke, dass wir dies schaffen und im nächsten Jahr umsetzen durch eine politische Führung

in unserem Hause, mit dezentraler Verantwortung, leistungsorientierter Steuerung und Deregulierung. Alle diese Dinge versuchen wir in unserem Hause umzusetzen. Ich muss zugeben, dass wir dort auf einem guten Wege sind, der auch in den letzten Jahren gerade in diesem Bereich eingeschlagen worden ist. Die Budgetierung in unserem Hause schreitet voran. Das war der richtige Weg. Das Ministerium, Umweltämter, das Landgestüt, vier Forstämter sind budgetiert. Ich glaube, das war richtig so. Im Jahre 2000 kommen die Landesämter für Umwelt und Geologie dazu, die wir zum 1. Januar des kommenden Jahres fusionieren werden. Der Forst wird sich dazugesellen. Im Jahre 2001 werden die letzten Dienststellen budgetiert sein. Wir versuchen, den Leuten, die bei uns arbeiten - nicht nur im Ministerium, sondern auch in den nachgeordneten Dienststellen -, mehr Verantwortung zu geben, damit sie vor Ort - dort, wo die Fragen gestellt werden, dort, wo auch die Frage nach Steuerung in diesem Land gestellt wird - die Entscheidungen treffen können.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik ist, dass wir die Umweltallianz, die als erster Ansatz hier im Haushalt vorzufinden ist, nach vorn treiben. Dieses ist sicher ein richtiger Weg, der in Bayern schon seit zehn Jahren eingeschlagen ist.

Ich denke, dass wir hier auf freiwilliger Basis hervorragende Ergebnisse erreichen können, indem wir höchstmögliche Umweltstandards in den Betrieben erhalten und weiterentwickeln, aber auf der anderen Seite das Angebot des Staates zur Deregulierung machen, den Unternehmen entsprechende Freiheit zu geben.

Lassen Sie mich einige Punkte aus dem Haushalt ansprechen. Der Deichbau ist meiner Meinung nach eines der wichtigen Dinge gerade hier unten im Rhein-Main-Gebiet. Dieser Ansatz von 16,6 Millionen DM plus 30 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen ist eine Größenordnung, mit der wir bei dem Ausbau der Deiche zügig voranschreiten können.

Dass in diesem Jahr nur 6,5 Millionen DM eingesetzt wurden, lag doch daran, dass der Bund die Mittel erst im Mai freigegeben hat, sodass die Ausschreibungen nicht rechtzeitig erfolgen konnten. Wie Kollege Gotthardt eben sagte, haben wir deshalb das System umgestellt. Wir nehmen diese Mittel nicht mehr aus der Gemeinschaftsaufgabe, sondern aus normalen Haushaltsmitteln, sodass wir schon im Januar mit den Ausschreibungen beginnen können und die Gelder auch ausgegeben werden können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zu Biblis haben wir gesagt, bei Sicherheit gibt es keinen Rabatt. Deswegen sind wir der Internationalen Expertenkommission Kerntechnik beigetreten. Ich denke, dass diese 1 Million DM, die wir auch im kommenden Haushalt dafür eingestellt haben, gut angelegt ist. Im Vergleich zu der 1 Milliarde DM, über die wir uns für Nachrüstungen in Biblis unterhalten, ist dies lediglich 1 Promille. Wir wollen diese Experten am Tisch haben, und wir wollen diese Beratung entsprechend nutzen.

Meine Damen und Herren, die Grundwasserabgabe wird im Jahr 2001 gesenkt, weil wir das Geld in der Tasche der Bürger lassen wollen, damit sie selbst entscheiden können, was sie in diesem Bereich damit tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Kollegin Hammann hat gerade angesprochen, dass mit dem Instrument der Grundwasserabgabe eine Steuerung möglich ist. Wir hatten in Hessen eine Grundwasserabgabe von 50 Pfennig, bei Unternehmen bis zu 1,10 Mark. Dies war gegenüber anderen Ländern wie Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Thüringen, die diese Grundwasserabgabe nicht haben, ein Wettbewerbsnachteil. Bei uns ging der Wasserumsatz um 5% zurück. Nordrhein-Westfalen, das keine Grundwasserabgabe hat, hatte 6% und das Saarland, das ebenfalls keine Grundwasserabgabe hat, 7% Rückgang.

Meine Damen und Herren, einige Sätze zur Landwirtschaft. Unser Leitspruch ist: Produktion vor Nichtproduktion. Deswegen haben wir auch die Zuschüsse für Investitionen vom ursprünglichen Ansatz 1999 in diesem Jahr auf 38 Millionen DM nach oben gefahren. Wer investiert, ist Optimist. Wer dieses Geld ausgibt, will danach wieder Geld verdienen, er tut etwas für den ländlichen Raum, er schafft oder erhält zumindest Arbeitsplätze. Ich meine, dass wir in diesem Bereich auf dem richtigen Weg sind. Der Kollege Pawlik hat vorhin angesprochen, dass bei uns der Ökolandbau so schlecht weggekommen ist. Wir wollen aber ab dem nächsten Jahr einheitlich für alle Ökobetriebe 350 DM pro Hektar zahlen. Schauen wir einmal über die Grenze. Niedersachsen, SPD-regiert, will 240 DM pro Hektar bezahlen,

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bayern?)

Sachsen-Anhalt, auch SPD-regiert, 240 DM. Wir geben daher hier ein faires Angebot für die Ökobetriebe ab.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, der Naturpark Edersee-Kellerwald ist aus unserer Sicht - und ich denke, auch aus der Sicht der Mehrzahl der dort lebenden Bevölkerung - die beste Lösung für diese Region. Deshalb haben wir auch den Ansatz als Anschubfinanzierung von 520.000 DM im Haushalt 2000 erhalten. Ich bedanke mich bei all denen, die in diesem Arbeitskreis mitarbeiten und fair und gerecht miteinander umgehen. Landwirte, Forstwirte, Naturschützer und Kommunalpolitiker ziehen an einem Strang und erstaunlicherweise bisher auch noch in eine Richtung. Gerade dieser Arbeitskreis leistet für unsere Region hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, all diese Dinge, die ich hier aufgeführt habe, bestätigen das, was ich am Anfang gesagt habe: Der Einzelplan 09 ist solide und zukunftsorientiert. - Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, zu

Einzelplan 10 - Staatsgerichtshof - und

Einzelplan 11 - Hessischer Rechnungshof -

war keine Aussprache vorgesehen. Damit sind wir am Ende der Einzelplanberatung. Wir treten jetzt in die Abstimmung ein. Ich lasse zuerst über die Einzelpläne abstimmen.

Ich rufe Einzelplan 01 auf. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 01 einstimmig angenommen.

Einzelplan 02. Wer stimmt dem zu?

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Zum ersten Mal seit Jahren, dass die Schwarzen
nicht dagegen sind!)

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 02 mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 03. Wer ist hier für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 03 ebenfalls mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen angenommen.

Einzelplan 04. Wer möchte ihn annehmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einzelplan 04 ist mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so angenommen.

Einzelplan 05. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 05 ebenfalls mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 06. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einzelplan 06 ist ebenfalls mit den Stimmen der Koalitionsfractionen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen angenommen.

Einzelplan 07. Wer möchte ihm zustimmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch dieser Einzelplan wurde mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen so beschlossen.

Einzelplan 08. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch dieser Einzelplan wurde mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen.

Einzelplan 09. Wer stimmt ihm zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einzelplan 09 ist mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 10. Wer möchte dem zustimmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist Einzelplan 10 einstimmig angenommen.

Einzelplan 11. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

Einzelplan 14. Wer möchte dem zustimmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch dieser Einzelplan wurde einstimmig angenommen.

Einzelplan 15. Zustimmung? - Bei CDU und F.D.P. Dagegen? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine.

Einzelplan 16. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Einzelplan ist mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 17. Zustimmung? - Bei CDU und F.D.P. Gegenstimmen? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Einzelplan 18. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einzelplan 18 ist mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 19. Zustimmung? - Bei CDU und F.D.P. Dagegen? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich lasse jetzt in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften, Drucks. 15/403, in Form der vorliegenden Beschlussempfehlung abstimmen. Wer ist für Annahme dieses Gesetzentwurfes? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der vorliegende Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es ist vorgeschlagen, ihn zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuss zu überweisen. - Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme jetzt zur Abstimmung in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2000, Drucks. 15/402, in Form der vorliegenden Beschlussempfehlung. Wer dem in zweiter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der vorliegende Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in zweiter Lesung angenommen.

Auch hier wurde vorgeschlagen, ihn zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuss zu überweisen. - Dem wird nicht widersprochen. Dann ist auch das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Abstimmung. Nach § 88 unserer Geschäftsordnung gebe ich jetzt Herrn Kollegen Kaufmann das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich gebe namens meiner Fraktion eine Erklärung zur Abstimmung ab, und zwar konkret zur Abstimmung über Einzelplan 16 - Wiedergutmachung. Wir haben diesem Einzelplan nicht zugestimmt, aber nicht deshalb, weil wir etwas gegen die Wiedergutmachung hätten, sondern weil sich die Koalition die Schabigkeit

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

nicht verkneifen konnte, den NS-Härtetfonds zu kürzen. Wir halten dies für grundfalsch und für ein eindeutig falsches Signal - gerade in dieser Zeit. Wegen dieser Ablehnung, der wir deutlich widersprechen - der Ablehnung der Erhöhung des Härtetfonds -, konnten wir diesem Einzelplan nicht zustimmen.

Das sagen wir hier deutlich. Das haben wir durch unser Abstimmungsverhalten auch dokumentiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Schaub möchte ebenfalls eine Erklärung zur Abstimmung abgeben.

Manfred Schaub (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich gebe namens unserer Fraktion eine Erklärung zur Abstimmung, damit deutlich wird, dass der Einzelplan Wiedergutma-

chung nicht generelle Ablehnung erfährt, sondern auch wegen der Frage des NS-Härtefonds.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung, und ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh.

(Zuruf)

- Die Beschlussempfehlungen zu Petitionen hätte ich jetzt beinahe vergessen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 15/731 -

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Beschlussempfehlungen abstimmen. Wer sie annehmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann sind diese Beschlussempfehlungen ebenfalls einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Ende. Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh 9 Uhr.

(Schluss: 20.42 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 4 a)

Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 4 a der Tagesordnung, Drucks. 15/877 zu Drucks. 15/403 - hier: Einzelplan 07 -, zu Protokoll gegebene Stellungnahme des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch:

Die Landesregierung verfolgt klare Zukunftsprojekte, die sich für mein Ressort mit dem Stichwort Mobilität umreißen lassen - sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinne. Hessen muss beweglicher werden, wenn wir bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen wollen. Deshalb möchte ich drei Schwerpunkte meines Haushaltes besonders herausstellen: Verkehrsinfrastruktur, Förderung von Mittelstand und Existenzgründungen, Technologieförderung.

Die neue Hessische Landesregierung setzt konsequent die Zusagen aus der Koalitionsvereinbarung in die Tat um. Nachdem wir bereits in diesem Jahr die Mittel für den Landesstraßenbau von 39 Millionen DM auf 49 Millionen DM erhöht haben, stocken wir den Ansatz für das Jahr 2000 um weitere 10 Millionen DM auf 59 Millionen DM auf. Zugleich stellen wir im Haushalt 2000 zusätzliche 6,7 Millionen DM für Planungsmittel bereit.

Hierzu gehören ebenso die Änderungen im GVFG. Die neue Landesregierung hat die Benachteiligung des Straßenbaus bei der Mittelverteilung rückgängig gemacht und den Verteilungsschlüssel auf 50% zu 50% geändert. Diese Änderung der Mittelaufteilung wird sich 2000 in vollem Umfang auswirken. Dann stehen dem kommunalen Straßenbau 95 Millionen DM jährlich zur Verfügung. Dies ermöglicht die Förderung von rund 270 neuen Straßenbauprojekten mit einem Investitionsvolumen von rund 320 Millionen DM. Für den Tiefbau stellt dies ein kleines Konjunkturprogramm dar. Gefördert werden insbesondere verkehrswichtige innerörtliche Straßen in den Städten und Gemeinden sowie verkehrswichtige zwischenörtliche Straßen und Zubringerstraßen in den ländlichen Regionen sowie Radwege.

Auch mit der Verdoppelung der Landesstraßenbaumittel kann der Investitionsstau in Hessen nicht völlig beseitigt werden. Allein für die Erhaltung des Landesstraßennetzes wären jährlich ca. 100 Millionen DM erforderlich. Ziel der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen des Hessischen Landtags ist es deshalb, die engen finanziellen Spielräume im Landesstraßenbau gerade auch im Interesse der hessischen Gemeinden, der mittelständischen Bauwirtschaft und im Hinblick auf den Standort Hessen insgesamt schnellstmöglich zu erweitern. Deshalb werden wir Maßnahmen, die in dieser Legislaturperiode regulär nicht finanzierbar wären, an deren zeitnaher Realisierung aber ein besonderes Interesse der Kommunen besteht, mit den Möglichkeiten der privaten Vorfinanzierung durchführen können.

Das von den hessischen Koalitionsfraktionen gemeinsam vorgeschlagene Sonderprogramm Vorfinanzierung nach dem Kommunalinteressenmodell geht von einem Gesamtbauvolumen von ca. 250 Millionen DM aus. Davon entfallen auf die Bereiche Ortsumgehungen rund 160 Millionen DM, Ortsdurchfahrten rund 65 Millionen DM und Radwege rund 25 Millionen DM. Wir waren immer davon überzeugt, dass unser Vorfinanzierungsmodell durch das Haushaltsrecht gedeckt ist. Nachdem uns dies auch der von der SPD angerufene Rechnungshof vergangene Woche offiziell bescheinigt hat, hoffe ich, dass nun bei der Opposition letzte Zweifel beseitigt sind.

Zur Förderung von Existenzgründungen, Handwerk und Mittelstand. Die Leitidee einer freiheitlichen Gesellschaft ist die Selbstständigkeit. Sie ist Motor wirtschaftlicher Dynamik und Innovation und nicht zuletzt Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes.

Anstatt einen zweiten Arbeitsmarkt zu subventionieren, setzen wir deshalb vielmehr auf die Stärkung von Selbstständigkeit, Eigeninitiative und Flexibilität. Im Haushalt 2000 spiegelt sich dies in folgenden Ansätzen wider: erneut 5 Millionen DM für Existenzgründungen, davon mehr als die Hälfte für das Handwerk, eine kräftige Aufstockung der Mittel für die überbetrieblichen Lehrgänge von 7,2 Millionen DM auf 8,45 Millionen DM, die anteilige Förderung der 45 Beratungsstellen des hessischen Handwerks mit rund 1,7 Millionen DM und die Fortführung der Landesprogramme zur Schaffung von Ausbildungsplätzen mit 7,4 Millionen DM wie 1999. Darin enthalten sind Hilfen für Existenzgründer, die noch in der Aufbauphase Auszubildende aufnehmen, von 2,835 Millionen DM auf 4,05 Millionen DM aufgestockt, sowie das Konkurslehrlingsprogramm, von 1,21 Millionen DM auf 1,875 Millionen DM erhöht, ebenso die Neuauflage des Programms "Fit für Ausbildung", das wir gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung umsetzen wollen.

Besonderer Dank geht an das Handwerk, das bei der Bereitstellung von Auszubildenden auf bekanntem Niveau nochmals fast 1% zugelegt hat.

Zur Dorferneuerung und Kofinanzierung der EU-Förderung. Wir wollen gerade auch das Zukunftspotenzial des ländlichen Raumes weiter erschließen. Wir stellen deshalb für die Dorferneuerung die gleichen Ansatzmittel bereit wie 1999. Dies bedeutet für das Landesprogramm Dorferneuerung erneut 16 Millionen DM, für die Dorferneuerung als Gemeinschaftsaufgabe wiederum 13,52 Millionen DM und für die Dorferneuerung im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs erneut 28,3 Millionen DM. Wenn wir also für die Dorferneuerung fast 58 Millionen DM aufbringen, dann wissen wir: Dieses Geld ist gut angelegt, denn es löst Investitionen in etwa fünffacher Höhe aus und damit einhergehend für den ländlichen Raum lebenswichtige Beschäftigungseffekte in Handwerk und Mittelstand.

Wir sind ebenso stolz darauf, dass es uns im Haushalt 2000 gelungen ist, die Kofinanzierung der EU-Förderung sicherzustellen. Wir bringen im Landeshaushalt rund 90 Millionen DM auf, um die zur Verfügung stehenden EU-Mittel voll ausschöpfen zu können. Angesichts der schwierigen Haushaltslage und der Notwendigkeit, die Landesfinanzen weiter zu konsolidieren, ist dies eine besondere Leistung.

Ich bin froh darüber, dass wir am kommenden Montag den Vertrag zur Gründung der Investitionsbank unterzeichnen können. Die Förderpolitik des Landes insgesamt wird damit neu geordnet und wird dadurch effektiver und zielgenauer. Die Investitionsbank, die aus der HLT hervorgeht und mit der Helaba über einen starken Partner verfügt, wird neue Maßstäbe in der Strukturpolitik setzen. Wir werden starke Impulse für die Entwicklung zukunftssträchtiger Wirtschaftsaktivitäten im Land geben können. Wir werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Hessen stärken, Gründungen fördern und Infrastrukturen modernisieren können.

Zu unserem Einzelplan 19 möchte ich Folgendes festhalten: Obwohl der Bund Hessen rund 40 Millionen DM als Bewilligungsrahmen beim sozialen Wohnungsbau gestrichen hat, hat das Land seine wohnungs- und städtebauliche

chen Leistungen verstetigt. Das heißt für das Jahr 2000 in Hessen:

Erstens. Der Wohnungsbau wird auch im kommenden Jahr - unabhängig von der Reduzierung der Finanzhilfen des Bundes - mit einem Programmvolumen von 180 Millionen DM gefördert.

Zweitens. Für die Förderung des Städtebaus steht ein Bewilligungsrahmen von insgesamt 35 Millionen DM zur Verfügung - im Einzelplan 17, Kommunalen Finanzausgleich, 7 Millionen DM und im Einzelplan 19 ca. 28 Millionen DM.

Drittens. Ohne die länderfeindliche Novelle des Bundeswohngeldgesetzes, deren konkrete Auswirkungen noch unbekannt sind, können in Hessen im kommenden Jahr 550 Millionen DM als Miet- und Lastenzuschüsse, also 36 Millionen DM mehr als 1998, ausgezahlt werden.

Allein die Wohnungs- und Städtebauförderpolitik löst mit 215 Millionen DM mindestens 600 Millionen DM an Folgeinvestitionen aus und bringt für über 12.000 Beschäftigte in der Bauwirtschaft und den Zuliefererfirmen Lohn und Brot. Unter unserer Verantwortung werden 30% der Fördermittel für die Schaffung von Wohneigentum, das sind 54 Millionen DM, und 20% der Gelder für die Modernisie-

rung und Energieeinsparung, das sind 36 Millionen DM, eingesetzt. Für den Mietwohnungsbau sind auch im kommenden Jahr immerhin noch 90 Millionen DM vorgesehen. Damit können rund 1.000 Sozialmietwohnungen gebaut werden. Die Gesamtzielzahl beträgt rund 3.500 Wohneinheiten.

Die Mittel, die im Rahmen des Sondervermögens "Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen" eingesetzt werden, werden ab dem Jahr 2000 aber nicht nur für die Wohnungsbauförderung, sondern auch für die Wirtschaftsförderung verwendet.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Auf wohnungsbaupolitischem Gebiet hat die Bundesregierung die soziale Gerechtigkeit nachweislich erheblich abgebaut - und damit ihre Wahlkampfversprechen zum Thema Wohnungsbau und Wohngeld gebrochen. Die Landesregierung realisiert dagegen trotz Bundesmittelkürzungen und Lastenverlagerungen auf die Länder ihre Ankündigungen in der Wohnungs- und Städtebaupolitik. Wir setzen das Regierungsprogramm und die Koalitionsvereinbarung konsequent in die Tat um und antworten auf die enormen Veränderungen und Herausforderungen mit intelligenten Lösungskonzepten. Dazu gehören insbesondere auch Maßnahmen zur Deregulierung und Flexibilisierung im Baubereich.